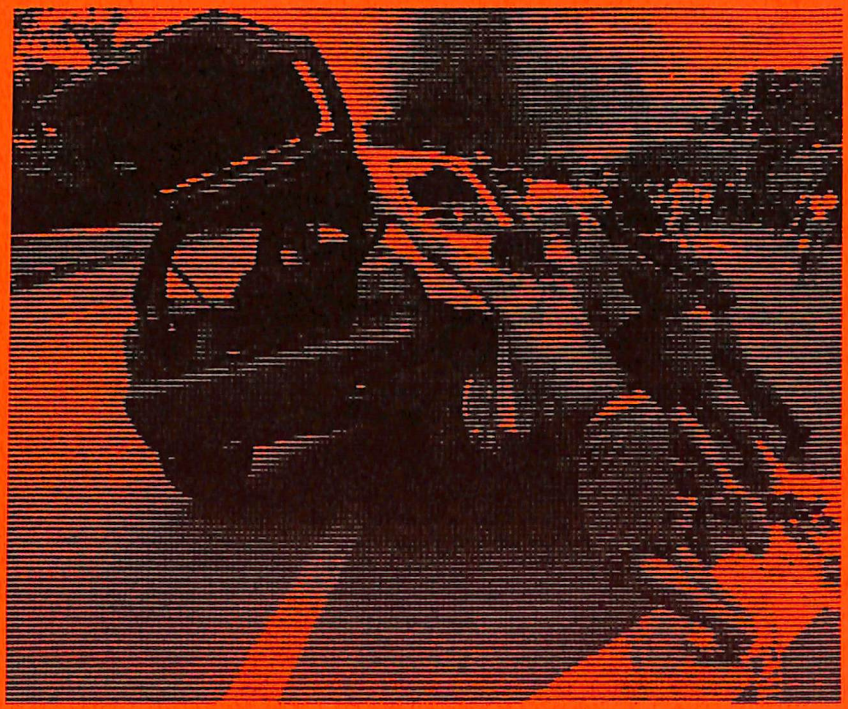
Wildcat-Zirkular

Nr. 30/31 November 1996

8 Mark

Geld und Krise 2. Teil



November 1996 Nr. 30/31

Wildcat-Zirkular

Inhalt:

Editorial 2

Werner Bonefeld und John Holloway:
»Einführung: Die Politik des Geldes« 6

Peter Burnham: »Kapital, Krise und das Internationale Staatensystem« 12

Harry Cleaver: »Das Geld als Kommando –
und wie es in der aktuellen Krise unterlaufen wird« 35

Werner Bonefeld: »Geld, Gleichheit und Ausbeutung:
Eine Interpretation der Marxschen Auffassung vom Geld« 73

Werner Bonefeld und John Holloway:
»Schlußfolgerungen: Geld und Klassenkampf« 104

Asien in Umwälzung (Veranstaltung in Ludwigshafen) 122

Karl Heinz Roth: Verabredungen mit wem? 134

Kontakte:

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.aball.de).

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln (wildcat@link-lev.dinoco.de).
Wildcat, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen,

Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747 (suba@wildcat.pfalz.de).

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg.

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

V.i.S.d.P.: P.Müller

– Editorial –

Wie im letzten Zirkular angekündigt kommen in diesem Heft die übrigen Aufsätze aus dem Buch von Werner Bonefeld und John Holloway *»Globales Kapital, Nationalstaat und die Politik des Geldes«* – außer dem Text von Christian Marazzi: *Das Geld in der Weltkrise*, den wir bereits in TheKla 10 abgedruckt haben. Aus diesem Grund ist es wieder eine umfangreichere Doppelnummer geworden. Mit den beiden Doppelnummern 28/29 und 30/31 wollen wir nicht das Wildcat-Zirkular in eine neue Buchreihe verwandeln, sondern die Diskussion um Arbeiterklasse, globale Krise und unsere Position als Revolutionäre weiterbringen. Damit nehmen wir den Faden wieder auf, mit dem wir – vor fast drei Jahren – die Herausgabe des Wildcat-Zirkulars begonnen und nach dem Zusammenhang von »Klassenkampf – Krise – Kommunismus« gefragt hatten. Damals hatten wir einen neuen Schub theoretisch-politischer Diskussion vorgeschlagen, um uns *bewußt* mit der eigenen Krise auseinanderzusetzen und zu einer neuen Grundlage für ein kollektives revolutionäres Projekt zurückzufinden.

Die Reaktionen auf das Zirkular 28/29 waren gemischt. Häufig wurde gesagt: ist mir zuviel, schaff' ich nicht zu lesen. Naja, dann kann man ja wenigstens mal anfangen. Die negativen Reaktionen (es gab auch einige äußerst positive!) lassen sich etwa in vier Sätzen wiedergeben:

»Wollt Ihr jetzt nur noch Theorie machen?«
»Hat nix mit meinem Alltag zu tun!«
»In diesen Texten kommt die Klasse nicht vor.«
»Akademisches Forschungsprojekt ...«

(1) »Theorie?« Ja! »nur noch?« Nein! Diese Doppelnummer soll erstmal die letzte sein. Wie schon letztes Mal beschrieben, wurde im Anschluß an ein Treffen im Sommer ein kollektives Übersetzungsprojekt vereinbart, dessen Ergebnis Ihr in diesen beiden Doppelheften nachlesen könnt. Wir brauchen die Texte als Material für unsere eigene Diskussion - die fängt gerade an. Klar stimmen wir nicht mit allen vorkommenden Positionen überein, aber wir werden sie uns *gemeinsam* kritisch aneignen.

(2) Falsch! Das (Thema) »Geld« wird uns doch tagtäglich aufgedrängt. Alle reden von »Globalisierung«, lassen sich von der scheinbar unbesiegbaren Macht des »Finanzkapitals« in die persönlich-politische Krise treiben. Die jährlich wiederkehrenden Sparprogramme und Kürzungsdrohungen lösen nur noch Lethargie aus. Oder Aktienbesitz als Alternative zur Arbeit. Glänzender Sieg des Kapitals auf allen Ebenen oder Krise ohne Ende - wie sie Christian Marazzi schon 1976 vorhersagte (»das gesamte kapitalisische System [gerät] in den Zustand eines äußerst instabilen Dauernotstands«, TheKla 10, S. 249).

(3) Richtig, die Texte haben ihre Grenzen! Es ist zwar viel von »Arbeiterklasse«, »Arbeit«, der »Aufsässigkeit der Arbeit« usw. die Rede, die der Macht des Kapitals Grenzen setze und die eigentliche Ursache der kapitalistischen Krise sei, aber sie bleibt seltsam blaß. Zum einen wird weder zwischen Arbeiterklasse, Gewerkschaft oder Arbeiterbewegung unterschieden. Zum anderen kommen die ArbeiterInnen selbst, die ProletarierInnen mit ihrem täglichen Verhalten nicht vor: weder die Kämpfe, die sie führen, noch veränderte Verhaltensweisen zum Geld, zur Arbeit, zum Kredit, zum Staat. Die Arbeiterklasse erscheint wie ein Fluchtpunkt, der zwar noch irgendwie für die Menschlichkeit in der Welt steht, aber ihre Aufsässigkeit wird geschichtslos.

In der *Wildcat* haben wir jahrelang die militante Untersuchung propagiert, das organisierte Hineingehen in Ausbeutungsverhältnisse, die Verbindung von Untersuchung und Kampf, die Orientierung an der Selbsttätigkeit der Klasse, an den Verhaltensweisen der ProletarierInnen, die über dieses System der Ausbeutung und Konkurrenz hinausweisen. Wir nehmen davon nichts zurück. Auch in der Vergangenheit haben wir dazu immer wieder Phasen von theoretischer Aufarbeitung und politischem Entwurf gebraucht. Und so eine Phase ist jetzt auch wieder.

Kurz gesagt: Die fertige Anleitung zum Klassenkampf erwarten wir gar nicht von *Texten*; diese sind nur Mittel für unsere kollektive Debatte, mit der wir letztlich unsere Praxis politisch bestimmen wollen.

(4) Es ist uns durchaus ein Problem, daß unter den Verfassern der Texte, die wir diskutieren, immer mehr Professoren sind. Bzw. daß ihre Texte in relativ unbekannten Zeitschriften einer kleinen links-unabhängigen akademischen Gemeinde erscheinen, statt breit in einer Bewegung diskutiert und produziert zu werden. Denn revolutionäre Theorie ist nicht als Einzelleistung einer Handvoll radikaler Denker zu haben.

In der Besorgnis »akademisches Forschungsprojekt« steckt aber letztenendes ein dicker Irrtum, nämlich die große politische Bedeutung des (theoretischen Streits ums) Geld(es) nicht zu sehen; dazu folgende kurze Anekdote:

»Unter dem unscheinbaren Titel ›Vom Gelde‹ erschien im Jahre 1931 (ein

Jahr nach dem englischen Original) das erste ›große‹ Werk von Keynes, in dem er die orthodoxe Auffassung des Geldes kritisierte. Davon ausgehend legte er dann 1936 seine ›General Theory‹ vor, die zu dem vielleicht einflußreichsten wirtschaftstheoretischen Werk dieses Jahrhunderts wurde, was aber nicht verhinderte, daß sie vom gegenwärtigen neoklassischen Mainstream als im wesentlichen überholt betrachtet wird.

Nicht viel anders erging es einem anderen Autor, der gut 70 Jahre vor Keynes auch zunächst eine Schrift veröffentlichte, die die vorherrschenden Geldtheorien (und zwar sowohl der ›bürgerlichen‹ Ökonomen als auch der sozialistischen Autoren seiner Zeit) kritisierte und einige Jahre später mit einer breit angelegten Analyse und Kritik kapitalistischer Produktionsverhältnisse an die Öffentlichkeit trat.....«

»Inzwischen ist aber durch die tatsächliche ökonomische Entwicklung vielleicht noch deutlicher geworden, daß gilt: ›money matters‹. Im Prozeß der deutschen Vereinigung spielte die Währungsunion sicher eine wichtigere Rolle als die politische Vereinigung. Was die EU angeht, so ist auch hier die geplante Währungsunion zu dem Thema schlechthin geworden, das alles andere in den Schatten stellt....«

»Wäre Geld tatsächlich nur ›numéraire‹ und bloßes ›Schmiermittel‹ für die ›realen‹ Transaktionen - wie es die neoklassische Geldorthodoxie will - so ließe sich die ganze Aufregung kaum verstehen.« (aus dem Editorial der Prokla-Redaktion zur Prokla 103: Vom Gelde)

Zu den Texten in diesem Heft...

Die einzelnen Aufsätze aus dem Buch werden im Einführungskapitel »Die Politik des Geldes« genauer eingeordnet. Wer sich zunächst einen Überblick verschaffen und die politische Position dieser Strömung verstehen will, sollte die Lektüre daher mit der Einführung und den »Schlußfolgerungen: Geld und Klassenkampf« beginnen. Die beiden Aufsätze von Burnham und Bonefeld (Kapitel 5 und 8) skizzieren ihren grundlegenden theoretischen Ansatz und ihren Bezug auf Marx. Einen anschaulicheren Überblick über die Politik des Geldes – von seiner gewaltsamen Durchsetzung zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise bis in unsere Tage – bietet der Aufsatz von Cleaver. Die dort entwickelte Diskussion hat eine enorme Bedeutung, gerade im Vergleich zu den meisten in Deutschland geführten Debatten: sie bringen die Diskussion von Anfang an auf die Ebene einer *radikalen Kritik des globalen Kapitalverhältnisses*, und das ist entscheidend auch für alle praktischen Versuche in der Zukunft. Zum einen fehlt es überall an einer *radikalen Kritik* der kapitalistischen Ver-

kehrsformen, ob es sich nun um Geld, den Warencharakter unserer Bedürfnisse, das Recht, oder als naturhaft anerkannte Institutionen wie Ärzte und Schulen handelt. Im politischen Handgemenge beschränkt sich die Kritik auf die moralischen Inhalte dieser Formen (gute und schlechte Waren, gute und böse Ärzte), statt diese Formen selber zu kritisieren und zu zeigen, wie die einzelnen Übel dieser Welt in ihnen zusammenhängen. Zum anderen verstehen wir es noch nicht, das *globalisierte Kapital- und Klassenverhältnis* als die größte revolutionäre Ausgangsbasis unserer Zeit in die täglichen Kämpfe einzubringen. »Globalisierung« wird von Unternehmern und Staat zu einem angstbesetzten Dämon gemacht, mit dem sie ihre Klassenmacht zu legitimieren suchen. Auf diese Weise wird zugleich die enorme revolutionäre Potenz verborgen, die in diesen Prozessen liegt. Oder anders gesagt: In den Debatten über »Globalisierung« läßt sich die Linke die wesentliche und einzig mögliche Ebene von Revolution – die Welt! – vom Kapital enteignen, der alte »Internationalismus« der Linken wird von der »Globalisierung« des Kapitals abgelöst. In den hier übersetzten Texten wird konsequent die »Dialektik« der Globalisierung ins Spiel gebracht, sie stellen nicht einen alten Bündnis-Internationalismus von links der Globalisierung des Kapitals gegenüber, sondern zeigen, wie sich hinter den weltweiten Bewegungen des Kapitals die Globalisierung der Arbeiterklasse verbirgt. So sehr das Kapital auch versucht, in der Globalisierung dem Klassendruck zu entkommen, so sehr entwickelt es damit zugleich die notwendigen Verbindungen und die Zusammenarbeit für seinen endgültigen Untergang.

Die Beiträge von einer Veranstaltung zu Asien am Schluß des Zirkulars lenken den Blick auf diese Seite der Globalisierung. Der Diskussionbeitrag von Karl Heinz Roth, der schon im letzten Zirkular stehen sollte, bezieht sich kritisch auf die Thesen von Ingrao/Rossanda und setzt damit auch die in Zirkular 27 und 28/29 geführte Debatte um das politische Konzept des »Postfordismus« fort. Mit seinem entschiedenen Aufruf zu einer neuen Phase von »Militanter Untersuchung« endet dieses Zirkular.

Mittlerweile haben wir gemeinsam entschieden, das Wildcat-Zirkular fortzuführen – es wird in Zukunft wieder etwa monatlich erscheinen und zum üblichen Umfang zurückfinden.

(Das Bild auf dem Titel stammt aus Tahiti im Sommer letzten Jahres, nach dem ersten französichen Nukleartest. Eine tahitianische Zeitung titelte dazu: »Von der nuklearen Explosion zur sozialen Explosion«. In dieser Revolte drückte sich zugleich mit dem Haß auf die französischen Kolonialisten auch ein Aufstand gegen das soziale Elend aus – sie war Teil der Kämpfe gegen die Austerität, worin Bonefeld/Holloway die materielle Einheit des globalen Klassenkampfs sehen.)

Einführung: Die Politik des Geldes

Werner Bonefeld und John Holloway (in: Bonefeld / Holloway (Hrsg.): Global Capital, National State and the Politics of Money, 1995, Kapitel 1)

Die neoliberale Wende weg vom Staat, die in den letzten Jahren die Politik fast aller Staaten geprägt hat, bedeutet einen Wechsel in der Form der Machtausübung. Die »Wende weg vom Staat« hat im allgemeinen die Rolle des Staates nicht reduziert und die Gesellschaft auch nicht weniger bürokratisch gemacht, aber sie hat viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in unmittelbare Warenbeziehungen (zurück)verwandelt. Viele unserer sozialen Bedürfnisse, die zuvor der Staat bedient hatte (zumindest in minimaler Form), sind jetzt in Tauschobjekte verwandelt worden. Unser Zugang zu so vielen Dingen, die früher nicht völlig vom Markt abhängig waren – medizinische Versorgung, Wohnen, Bildung, Transport, ganz zu Schweigen von so luxuriösen Dingen wie Urlaub, Essen und Trinken – sind zunehmend ausschließlich davon abhängig, wieviel Geld wir in der Tasche haben. In unseren Alltagserfahrungen hat sich das Geld zu einer neuen Bedeutung empor geschwungen.

Der Aufstieg des Geldes ist nicht nur eine Frage der persönlichen Erfahrung. Die Beziehungen zwischen der produktiven, der Waren- und der Geldform des Kapitals haben sich in den letzten zwanzig Jahren deutlich verändert. Die »Deindustrialisierung«, die in diesem Zeitraum in Großbritannien und vielen anderen Ländern immer wieder Anlaß zur Besorgnis gab, bedeutete vor allem die Umwandlung von produktivem Kapital in Geldkapital. Wenn eine Fabrik geschlossen wird, verschwindet das Kapital nicht einfach. Und normalerweise taucht es auch nicht einfach im Bau einer neuen Fabrik an einem anderen Ort wieder auf. Aus dem ehemals produktiven Kapital wird Geldkapital, das weltweit dahin bewegt werden kann, wo es den größten Profit einbringt. Gleichzeitig hat die Geldbewegung im Verhältnis zur Warenbewegung (Handel) an Bedeutung gewonnen. 1979 beliefen sich die Transaktionen auf den internationalen Finanzmärkten auf den sechsfachen Wert des Welthandels; 1986 stellten sie ungefähr den fünfundzwanzigfachen Wert des Welthandels dar (siehe Walter, 1993, S. 197).

Die enorme Verlagerung von Kapital in Geld hat für die Staaten und ihre Beziehungen zur internationalen Wirtschaft bedeutende Auswirkungen. In Großbritannien hat der schwarze Mittwoch (am 16. September 1992 zwangen die gegen das Pfund gerichteten Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten die Major-Regierung zum Austritt aus dem europäischen Wechselkurs-

mechanismus und zu einer radikalen Überprüfung ihrer Wirtschaftspolitik) das öffentliche Bewußtsein von der furchteinflößenden politischen Macht der riesigen Geldsummen überzeugt, die täglich auf den internationalen Finanzmärkten gehandelt werden (gegenwärtig über eine Billion Dollar), und ein Bewußtsein für die veränderten Beziehungen zwischen der internationalen Finanzwelt und den einzelnen Nationalstaaten geschaffen.[1] Ereignisse wie diese haben klargemacht, daß es unmöglich ist, die politische Entwicklung irgendeines Staates isoliert von den Geldbewegungen auf den Weltmärkten zu diskutieren.

Ein Aspekt beim Aufstieg des Geldes war die noch spektakulärere zunehmende Bedeutung der Schulden. Die möglichen Konsequenzen der Schuldenausweitung wurden 1982 während der sogenannten »Schuldenkrise« klar, die durch die Ankündigung der mexikanischen Regierung ausgelöst wurde, daß sie ihren Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Das hatte auf die ganze Welt enorme Auswirkungen: Der Zahlungsverzug von Mexiko und anderen Hauptschuldnern wie Argentinien und Brasilien hätte leicht zu einem völligen Kollaps des Weltfinanzsystems führen können. Damals wurde die unmittelbare Gefahr teilweise dadurch vermieden, daß großen Teilen der Weltbevölkerung beispiellose »Sparprogramme« aufgezwungen wurden (das »verlorene Jahrzehnt« in Lateinamerika, Elend und Hunger in Afrika), teilweise durch Umschuldungen. Die Schulden verschoben sich in die reicheren und scheinbar kreditwürdigeren Teile der Welt: durch Steuersenkungen und steigende Militärausgaben übernahm die US-Regierung die Rolle des Hauptschuldners (natürlich auf einem viel höheren Niveau), außerdem gab es in allen reichen Ländern einen riesigen Anstieg der privaten und gewerblichen Verschuldung.[2] Als sich der auf Krediten beruhende Boom der 80er Jahre in die Rezession der neunziger Jahre verwandelte, wurden die Konsequenzen der steigenden Privatverschuldung immer spürbarer. Die Angebote leicht zu erhaltender Kredite verwandelten sich in Schuldeneintreibung, Bankrotte und Häuserpfändungen.[3]

---

[1] Die Reserven der Zentralbank entsprechen nicht einmal den Umsätzen, die auf den Geldmärkten der Welt in zwei Tagen gemacht werden. Hierdurch wird deutlich, daß auch ein Zusammenschluß verschiedener Zentralbanken gegen einen konzertierten Angriff der Währungsmärkte auf eine besondere Währung oder Währungen nichts ausrichten kann (Walter, 1993, S. 199).

[2] »Zwischen 1976 und Mitte 1987 hatte sich die Verschuldung der USA von 2,5 auf fast 8 Billionen Dollar aufgehäuft, der Schuldenanteil am Bruttosozialprodukt war von 136 Prozent auf 178 Prozent angestiegen (...). In Japan ist die Verschuldung des privaten Sektors in den letzten Jahren beträchtlich angestiegen: Die Verschuldung der nicht im Geldgeschäft engagierten Gesellschaften stieg von 94 Prozent des Bruttoinlandprodukts im Jahre 1975 auf 135 Prozent 1990, während in der gleichen Periode die Verschuldung der privaten Haushalte von 45 Prozent auf 96 Prozent der verfügbaren Einkommen stieg (Walter, 1993, S. 214/215).

[3] Zur Diskussion um die Folgen der steigenden privaten Verschuldung, siehe Ford (1988).

Diese knappen Erläuterungen zum Aufstieg des Geldes und der Schulden sollten deutlich gemacht haben, daß wir von einer »Politik des Geldes« sprechen müssen. Der Aufstieg des Geldes bedeutet eine Veränderung der Form, in der die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ausgefochten werden. Geld war in der kapitalistischen Gesellschaft immer eine dominante Form der Machtverhältnisse, es hat aber in den letzten Jahren eine neue Qualität, eine neue Art der Unverfrorenheit bekommen. Vieles von dem, was der kapitalistische Sozialstaat der Nachkriegsperiode vorübergehend aus dem Blickwinkel genommen hatte, wird nun offensichtlich: In erster Linie die Macht des Geldes und (dasselbe anders ausgedrückt) der in sich globale Charakter der Machtverhältnisse.

Geld kann somit nicht als ein Aspekt der Ökonomie betrachtet werden. Auf einer Ebene erscheint das Geld sicherlich so, als hätte es ein Eigenleben, als wäre es ein ökonomisches Ding, das außerhalb und über den gesellschaftlichen Konflikten stehen würde. Andererseits erleben wir das Geld täglich als ein ständig umkämpftes Machtverhältnis. Bei jedem Einkauf, wenn uns auf der Straße ein Bettler begegnet, wenn in ein Haus eingebrochen wird, wenn die Zinsrate steigt oder die Aktien fallen, wenn wir wegen der Kosten zögern, zum Zahnarzt zu gehen, wenn der Gerichtsvollzieher anklopft – immer geht es ums Geld, aber nicht als etwas, das sich außerhalb des gesellschaftlichen Konflikts befindet oder nur den Rahmen abgibt, sondern als den Dreh- und Angelpunkt des Konflikts.

Dieses Buch leistet einen Beitrag zum wachsenden Feld der internationalen politischen Ökonomie. Die von uns gewählte Herangehensweise ist aber eine besondere. Alle Autoren schreiben vor dem Hintergrund der marxistischen Theorie. Aber sowohl in der marxistischen wie in der nichtmarxistischen Tradition wurde das Geld allzu oft als ein Aspekt der »Wirtschaft« behandelt, als Teil des Rahmens, in dem sich der Klassenkampf austobt, statt das Geld selbst als eine Form des Klassenkampfes zu betrachten. Im Mittelpunkt dieses Buches steht der Versuch, das Geld als Klassenkampf zu verstehen und zu kapieren, wie die sich verändernde Funktion des Geldes von den antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnissen im Kapitalismus hervorgebracht wird. Dieser Bereich der Diskussion ist von Marxisten und Nichtmarxisten meistens vernachlässigt - worden.

Das Buch untersucht drei zusammenhängende Aspekte der Krise der kapitalistischen Akkumulation. Es untersucht die Krise des Keynesianismus und den Aufstieg des Monetarismus; es analysiert die Beziehungen zwischen globaler Ökonomie und Nationalstaat und die Transformation dieser Beziehung in den letzten zwanzig Jahren; und es liefert eine Kritik an der Politik des Geldes.

Das Buch ist eine Untersuchung des Geldes als einer Form der gesellschaftlichen Verhältnisse, als einer Form des Klassenkampfes. Dieses Interesse teilen alle hier vorgestellten Beiträge: sie folgen nicht alle derselben Argumenta-

tionslinie, aber alle versuchen, ein Verständnis der sich verändernden Bedeutung des Geldes als Klassenkampf zu entwickeln. Im Mittelpunkt der ganzen Debatte um das Geld als Form des Klassenkampfes steht das Verständnis, daß die andere Seite der monetären Instabilität die aufsässige Macht der ArbeiterInnen ist. Dieses Problem wird in allen unseren Beiträgen von verschiedenen Seiten aus aufgegriffen.

Die Krise des Keynesianismus (eine Herrschaftsform, in der viele Aspekte der Gesellschaft der direkten Unterwerfung unter das Geld entzogen sind) und der Aufstieg des Monetarismus haben zentrale Bedeutung für die gesamte Diskussion. In Kapitel 2 und 3 werden diese beiden Themen von John Holloway und Werner Bonefeld diskutiert. Ihre Beiträge zeigen, daß Keynesianismus und Monetarismus Antworten auf die aufsässige Macht der ArbeiterInnen waren. Holloway betont die Bedeutung der Oktoberrevolution von 1917 für die sogenannte keynesianistische Revolution, für ihn war der Keynesianismus ein Mittel, um den Kapitalismus für das Kapital sicher zu machen. Er argumentiert weiter, daß der Klassenkampf der späten 60er Jahre den keynesianistischen Begriff eines reformierten Kapitalismus untergrub. Bonefeld behauptet, daß die monetaristische Politik die Krise des Keynesianismus nie überwunden hat und daß der augenscheinliche Erfolg des Monetarismus während der 80er Jahre eine Täuschung war. Beide Beiträge folgen der Flugbahn des Keynesianismus/Monetarismus und zeigen, daß der politische Charakter von Keynesianismus und Monetarismus darin liegt, wie die aufsässige Macht der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis integriert wird.

Die Analyse des sich verändernden Verhältnisses zwischen Nationalstaaten und globaler Geldbewegung sowie der sich verändernden Bedeutung »des Staates« im Verhältnis zum weltweiten Kapitalismus wird in den Kapiteln 5 und 6 von John Holloway und Peter Burnham entwickelt. Holloway beginnt mit der Bewertung der sogenannten »Staatsableitungsdebatte« der 70er Jahre und untersucht dann die territoriale Organisation des »Politischen« in der Form des Nationalstaats. Burnham untersucht die historische Entwicklung des kapitalistischen Staates während der sogenannten ursprünglichen Akkumulation und legt dar, daß der »kapitalistische Staat« immer in der Form eines kapitalistischen Staatensystems existiert hat. Er kritisiert die realistische Methode der Untersuchung der internationalen Beziehungen, indem er die sich verändernde Beziehung zwischen Nationalstaat und Weltwirtschaft während der letzten zwei Jahrzehnte analysiert.

Die Frage der inneren Beziehung zwischen Geld und Klassenkampf und der Währungspolitik in den 70er und 80er Jahren wird in Kapitel 4, 7 und 8 von Christian Marazzi, Harry Cleaver und Werner Bonefeld entwickelt. In Kapitel 8 setzt sich Bonefeld mit der Beziehung zwischen Geld und Staat auseinander. Er liefert eine Interpretation der Marxschen Schriften zum Geld und zeigt, daß das Geld auf widersprüchliche Weise als Kommando über Arbeit existiert. Seine

Interpretation von Marx zeigt, daß die spekulative Form der kapitalistischen Akkumulation während der 80er Jahre kein Fehltritt war, sondern daß sich in ihr eher die elementarste Form des kapitalistischen Reichtums manifestierte, das heißt die Vermehrung von Geld durch Geld. Gleichzeitig zeigt sein Beitrag den widersprüchlichen Charakter der kapitalistischen Spekulation. Aus seiner Sicht hat Geld nur dann eine Bedeutung, wenn es die Arbeit anderer kommandiert. Diese Spekulation, die einerseits die elementarste Form der kapitalistischen Akkumulation darstellt, beraubt auch das Kapital seiner Bedeutung. Daraus folgt eine Sicht von Geld als gesellschaftlicher Macht, die sich mittels Zwang durchsetzt. Er faßt Marxens Abhandlungen zum Geld zusammen, indem er das Verhältnis des Geldes zum Staat untersucht. Das Thema Geld als in sich widersprüchliche gesellschaftliche Macht wird im Beitrag von Marazzi analysiert. Er untersucht das Verhältnis von Geld zu Ausbeutung vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Systems von Bretton Woods und zeigt, wie die Ausweitung des Geldes ein Ausdruck dafür war, daß es die Ausbeutung der Arbeit nicht mehr kontrollieren konnte. Er entwickelt eine Theorie der Krise des Geldes und untersucht die Austeritätspolitik der 70er Jahre am Beispiel von New York City. Dabei konzentriert er sich auf das Geld als furchteinflößende gesellschaftliche Macht, die er als »internationalen Terrorismus des Geldes« bezeichnet. Marazzi zeigt, daß der Aufstieg des Monetarismus in den 70er Jahren eine Antwort war auf die Inkonvertibilität von Geld in erweitertes Kommando über die Arbeit in der Produktion. Der Beitrag von Cleaver zeigt, daß die Begriffe »keynesianische Ökonomie« und »monetaristische Ökonomie« falsche Namen für kapitalistische Strategien sind, mit denen die Ausbeutung der Arbeit gesichert werden sollte. Er rückt das Scheitern der monetaristischen Politik der 80er Jahre in den Brennpunkt seiner Analyse und argumentiert, daß die monetaristischen Regime der Geldverknappung mit dem Versuch scheiterten, eine stärkere Verknüpfung zwischen Geld und Ausbeutung herzustellen. Die andere Seite dieses kapitalistischen Scheiterns beim Gebrauch des Geldes als Mittel zur Steuerung der Ausbeutung von Arbeit ist für ihn die aufständische Macht der ArbeiterInnen. Er zeigt, daß es diese Macht ist, die der kapitalistischen Krise zugrunde liegt. Die andere Seite der Kreditausweitung während der 80er Jahre ist die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse, deren Vergesellschaftung und Globalisierung seiner Ansicht nach stark zugenommen hat.

Das Buch schließt in Kapitel 9 mit einem von Bonefeld und Holloway gemeinsam verfaßten Artikel. Wir versuchen dort, einige der Fäden in der These zusammenzuführen, daß die Entwicklung des Geldes als eine Bewegung der Zusammensetzung, Zersetzung und Neuzusammensetzung der aufsässigen Arbeit betrachtet werden kann. Die Studie zieht Parallelen zu den 30er Jahren und behauptet, daß die gegenwärtige Krise sowohl eine Hoffnung wie eine Warnung enthält. Die Warnung besteht darin, daß die gegenwärtige Zerbrechlichkeit des

Kapitalismus durch eine Wirtschaftskrise (oder Schlimmeres) mit all ihren politischen und menschlichen Folgen gelöst werden könnte. Die Hoffnung liegt darin, daß die aufsässige Macht der Arbeit produktiv und fruchtbar gemacht werden kann – für eine Welt, in der Armut nicht die Bedingung von Reichtum ist.

Nach dieser kurzen Präsentation einiger Themen, die in den in diesem Buch gesammelten Studien diskutiert werden, könnte es den Anschein haben, als ob es hier lediglich um Begriffsdefinitionen und eine Analyse des sich verändernden Verhältnisses zwischen globaler Wirtschaft und Nationalstaat gänge, die kaum von praktischer Bedeutung ist. Weit gefehlt.[4]

Wir müssen uns daran erinnern, daß die letzte größere Krise des Kapitalismus nur durch die Zerstörung von Millionen Menschenleben gelöst wurde – und es besteht die sehr reale Möglichkeit, daß so etwas wieder geschieht, aber in einem weit größeren Maßstab. »Krise«, so bemerkte einer von uns einmal an anderer Stelle, »handelt nicht einfach von 'harten Zeiten', sondern von Wendepunkten. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Sprünge in der Geschichte, auf Brüche im Lauf der Entwicklung, Risse in einem Bewegungsmuster, Variationen in der Intensität der Zeit« (Holloway, 1992, S. 146). Dieses Buch soll zu einem Verständnis der Gefahren und Möglichkeiten der heutigen Krise beitragen. Krise bedeutet nicht die Umstrukturierung des Kapitals, obwohl die Möglichkeit der Umstrukturierung darin enthalten sein mag. Zwischen Krise als Bruch und Krise als Umstrukturierung gibt es einen Abgrund von Möglichkeiten. Wir hoffen, daß dieses Buch einen kleinen Beitrag zum Aufbau einer vernünftigen Gesellschaft leisten wird, in der die Menschlichkeit als Zweck existiert und nicht als ein Rohstoff für die Akkumulation von Geld. Die Kritik der kapitalistischen Ausbeutung enthält eine Kritik des »Geldes« und die Auffassung, daß die Befreiung von der Ausbeutung eine Befreiung vom Geld bedeutet. ■

Literatur

Ford, J. (1988) *The Indebted Society: Credit and Default in the 1980s* (London: Routledge).

Holloway, J. (1992) »Crisis, Fetishism, Class Composition« in W. Bonefeld, R. Gunn and Psychopedis, K. (eds), *Open Marxism Vol. II: Theory and Practice* (London: Pluto Press).

Ticktin, H. and Cleaver, H. (1993) »Harry Cleaver debates Hillel Ticktin on Capitalism's present Crisis ... Danger and Opportunity«, *Radical Chains* #4.

Walter, A. (1993) World Power and World Money (London: Harvester Wheatsheaf).

[4] Siehe auch die Debatte zwischen Ticktin und Cleaver (1993).

Kapital, Krise und internationales Staatensystem

Peter Burnham (in: Bonefeld / Holloway (Hrsg.): Global Capital, National State and the Politics of Money, 1995, Kapitel 5)

Einleitung

Ende 1993 wurden zwei Abkommen unter Dach und Fach gebracht, die von den Liberalen als neue und stabile Grundlage für die Weltwirtschaft gefeiert wurden. Die Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) durch die USA im November wurde noch übertroffen vom Abschluß der formell im September 1986 eingeläuteten Uruguay-Runde durch den Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) im Dezember 1993. Begleitet vom Knallen der Champagnerkorken verkündete die *Financial Times*, die Abkommen gäben »der Weltwirtschaft ein festes Fundament, der Konkurrenz neuen Anreiz und denjenigen Entwicklungsländern und ehemaligen kommunistischen Ländern, die sich dem internationalen Handel öffnen, neue Hoffnung«.[1] Schon Anfang 1994 ließen der zapatistische Aufstand in Chiapas (siehe Kapitel 7 und Cleaver 1994) und die Spannungen in Europa wegen der hartnäkkigen Wirtschaftsflaute und der Streitigkeiten über die Ausweitung der Europäischen Union diesen liberalen Triumphalismus etwas verfrüht aussehen.

Zwar wird allgemein hervorgehoben, die re-regulierten Finanz- und Warenmärkte des heutigen Kapitalismus hätten die Macht des international mobilen Kapitals verstärkt, aber was diese Verschiebung für die Nationalstaaten bedeutet, ist nicht so klar. Die »gesellschaftlichen Kosten« der »Strukturanpassung« der Ökonomien durch die Liberalisierung des Handels werden wahrscheinlich dazu führen, daß sich der Klassenkonflikt innerhalb der Staaten verstärkt und sich gleichzeitig die Steuerkrise verschärft und der internationale Schuldenberg weiter anwächst. Dieses Kapitel soll von Marx ausgehend einen Rahmen liefern, um zu verstehen, wie sich die Krise des heutigen Kapitalismus als Krise der nationalen Form des Staats niederschlägt. Damit soll es zur Überwindung einer Schwäche in der marxistischen Staatstheorie beitragen, die meist nicht über eine Theorie der zwischenstaatlichen Beziehungen hinausgeht.

---

[1] *Financial Times*, 16.12.93, S. 18.

1969 stieß Ralph Miliband die Staatsdebatte unter westlichen Linksradikalen wieder an, indem er auf das Paradox hinwies, daß jede politische Analyse auf einer »Theorie des Staates« beruht, aber der Staat selbst als Gegenstand der politischen Untersuchung lange vernachlässigt worden war.[2] Milibands Darstellung des kapitalistischen Wesens des Staates ist zwar schon lange überwunden, aber nach wie vor konzentrieren sich die meisten marxistischen Darstellungen wie er auf den kapitalistischen Staat (im Singular) statt auf die Vielheit der Staaten, aus der das internationale Staatensystem besteht. Außer von Braunmühl (1978) und Barker (1978/91) scheint so gut wie niemand dieses Defizit bemerkt zu haben, und bei einer Durchsicht der marxistischen Literatur könnte man leicht den Eindruck gewinnen, daß es im Kapitalismus nur einen einzigen Staat gibt. Dieses Kapitel geht davon aus, daß sich die gegenwärtigen Entwicklungen in der weltweiten politischen Ökonomie nicht ohne eine materialistische Analyse des zwischenstaatlichen Systems verstehen lassen.

Der erste Teil dieses Kapitels zeigt, wie wichtig Marx' dialektische Methode ist, um das Verhältnis zwischen Klasse und Staat zu verstehen. Marx faßt den Staat als die konzentrierte und organisierte Gewalt in Klassengesellschaften auf, die die Volksmassen kontrolliert und unterwirft – die organisierte Gewalt ihrer Unterdrückung (Marx 1871, S. 336). Anders als Weber, der den Begriff der Herrschaft verdinglicht und »das Politische« daher als eigenständige Form des Handelns sieht, die sich hinsichtlich der Zwecke und Mittel immer und überall vom »wirtschaftlichen Handeln« unterscheiden lasse, versteht Marx das »Moment des Zwangs« und das »Moment der Aneignung« aber als Glieder einer Totalität, Unterschiede innerhalb einer Einheit – wie es bei jedem organischen Ganzen der Fall ist (Marx 1857, S. 33). Dialektisch gesehen ist der Staat daher nicht selbständig oder einfach auf »die Wirtschaft« *bezogen*. Vielmehr ist er ein integraler Aspekt einer Reihe von gesellschaftlichen Beziehungen, deren Gesamtform durch die Art und Weise bestimmt ist, wie die Abpressung des Mehrprodukts vom unmittelbaren Produzenten gesichert wird.[3] So verstanden läßt sich die historische Besonderheit der jeweiligen Staatsformen (antik, feudal, kapitalistisch) analysieren, die sich aus der gesellschaftlichen Organisation der Produktion in Klassengesellschaften ergeben.

---

[2] Miliband [1969], S. 3f. Das Wesen des Staates war natürlich um die Jahrhundertwende ausgiebig in sozialistischen und anarchistischen Zirkeln diskutiert worden. Siehe DeLeon (1896), Kropotkin [1897], Paul (1916), Lenin [1917], Hunter (1918). Unter dem doppelten Einfluß der stalinistischen Theorie des Staatsmonopolkapitals und der westlichen sozialdemokratischen pluralistischen Sichtweisen wurden aber seit Anfang der 30er Jahre keine ernsthaften Analysen mehr geleistet.

[3] Siehe den berühmten Abschnitt in Kapitel 47 im dritten Band des *Kapital* (Marx 1894, S. 790-821); und die klare Darstellung bei de Ste Croix (1981, S. 52).

Ausgehend von der »Formanalyse«[4] läßt sich der kapitalistische Staat als historisch spezifischer Niederschlag des »Politischen« im Kapitalismus verstehen. Die *Absonderung* des Staates (d.h. seine institutionelle Trennung vom unmittelbaren Produktionsprozeß) ist ein wesentliches Bestimmungsmerkmal seiner kapitalistischen Form. Aber die Besonderheit der kapitalistischen Staatsform läßt sich nur verstehen, wenn der Klassencharakter des kapitalistischen Staates im Zusammenhang mit der historischen Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft [civil society] betrachtet wird, die mit der Auflösung der feudalen gesellschaftlichen Verhältnisse allmählich erreicht wird.

Der dritte Teil des Kapitels gibt eine systematische Darstellung der Nationalstaaten, aus denen das internationale System besteht. Erst dann (ausgehend von einer vorhergehenden Analyse der Staatsformen) läßt sich sinnvoll über besondere Nationalstaaten und ihre unterschiedliche historische Entwicklung diskutieren. Hier zeigt sich deutlich die Schwäche eines Großteils der Staatstheorie. Es ist wichtig, sich von Untersuchungen zu lösen, die das Weltsystem als Ansammlung von getrennten Einheiten betrachten.[5] Von Braunmühl (1978, S. 162) hat klar gezeigt, wo der Fehler bei solchen Untersuchungen liegt: Sie argumentiert überzeugend, daß das internationale System nicht die Summe vieler Staaten darstellt, sondern im Gegenteil aus vielen Staaten *besteht*. Außerdem durchdringt die zweifache Bestimmung des Staates (gegenüber »seinen Bürgern« und dem internationalen System) permanent alle Aspekte staatlicher Politik und staatlichen Handelns (Barker 1978/1991, S. 207). Daher müssen theoretisch geleitete empirische Analysen einzelner Nationalstaaten vom Weltmarkt ausgehen – einem einzigen System, in dem die staatliche Macht bei verschiedenen territorialen Gebilden liegt. In diesem Teil werde ich eines der wichtigsten, aber zugleich theoretisch am wenigsten beleuchteten Spannungsverhältnisse des Spätkapitalismus skizzieren: das Spannungsverhältnis zwischen der gegenwärtigen nationalen politischen Konstitution des Staates und dem globalen Charakter der Akkumulation.

Davon ausgehend wird der letzte Teil des Kapitels zeigen, wie sich die Überakkumulationskrisen des Nachkriegskapitalismus in der Beziehung zwischen Nationalstaat und Weltökonomie manifestieren. Vom Nachkriegsarrangement bis

---

[4] Zu einer Diskussion der Formanalyse siehe die Einführung in Bonefeld et al. (1992).

[5] Am beredtsten hat diese Position immer noch Bucharin [1917] vertreten. Bucharin war natürlich völlig klar, daß »nationale Ökonomien« nicht mehr existieren konnten. Er stellt die Weltwirtschaft als ganze aber so dar, als bestünde sie nur aus »staatskapitalistischen Trusts« von Gruppen der Bourgeoisie auf nationaler Grundlage. Eine derart einfache Gleichsetzung von Staat und Kapital ist sowohl historisch ungenau als auch theoretisch bankrott. Bei der Staatstheorie geht es ja gerade darum, zu erklären, warum und wie Staat und Kapital zusammenhängen. Bucharin geht von einer Behauptung aus, die selbst kritisch untersucht werden muß.

zu den multilateralen Handelsgesprächen und dem Prozeß der finanziellen Reregulierung kämpfen die Nationalstaaten seit 1945 darum, die Folgen dieser Spannung zwischen Nationalem und Globalem zu vermitteln. Statt mich auf realistische Debatten zu konzentrieren, in denen es in erster Linie um den Verlust der staatlichen Souveränität geht, werde ich zu der Schlußfolgerung kommen, daß eine marxistische Analyse anfangen muß, »internationale Beziehungen« als nationale Verarbeitung der globalen Klassenbeziehungen zu verstehen.[6] Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital produziert an allen Punkten im Akkumulationskreislauf Krisensituationen, die von der globalen Konkurrenz verschärft werden (siehe Kapitel 4 in diesem Band). Solche Krisen zeigen sich auf der Ebene des Staates als nationale Krise in Form von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Steuerkrise, niedriger Produktivität, politischer Überlastung usw.. Wegen der widersprüchlichen Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ist die Krise notwendigerweise endemisch und sorgt für ständigen Wandel im ganzen Weltsystem. Die Nationalstaaten – als politische Form der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse – sind nicht einfach von »ökonomischen Trends« oder von der »Globalisierung« betroffen, sondern vielmehr ein Teil dieser Krise des gesellschaftlichen Ganzen. Als Reaktion auf die jüngste und tiefste Krise des Nachkriegs-Weltkapitalismus stellen wir bisher nicht das Aussterben des Nationalstaat fest, sondern den konzertierten und paradoxen Versuch, die nationale Form des Politischen durch Maßnahmen zu erhalten, die auf die Regionalisierung des Weltmarkts abzielen. Trotzdem läßt die Europäische Union in vieler Hinsicht vermuten, daß die nationalstaatlichen Beziehungen auf eine neue Grundlage in einem sich langsam herausbildenden System regionaler politischer Koordinierung gestellt werden. Das bedeutet ein neues Intensitäts- und Instabilitätsniveau in der seit dem Ende der keynesianischen »Herrschaftsweise« in Westeuropa vor sich gehenden Neuordnung der Klassenbeziehungen, denn die Art und Weise, wie der globale politische Rahmen neugestaltet wird, erhält das »reale Freimaurertum« der kapitalistischen Klasse gegenüber der Arbeiterklasse als ganzer aufrecht. Kurz gesagt erleben wir die Umstrukturierung der zwischen den Nationalstaaten bestehenden Beziehungen von Konflikt und Zusammenarbeit. Die auf der ganzen Welt zu beobachtenden Regionalisierungsschübe (Europäische Union, NAFTA, APEC) mildern die Spannungen zwischen den Nationalstaaten und der Weltwirtschaft, da sich die Krise des Klassenverhältnisses gleichzeitig als Krise des internationalen Staatensystems ausdrückt.

---

[6] Ausführlicher wird dieser Punkt bei Burnham (1993) analysiert.

Marx, Methode und »politische Herrschaft«

Die meisten »marxistischen« Herangehensweisen an den Staat lassen sich einer von zwei Positionen zuordnen. Entweder wird behauptet, daß der Staat kapitalistisch ist, weil die wirtschaftlich herrschende Klasse auch politisch herrscht, oder der Staat wird als aus der Strukturlogik des Kapitals geweissagter *Deus ex machina* interpretiert. Während die erste Position einfach ein radikal klingender Pluralismus ist, ist die zweite ein genauso unhaltbarer marxifizierter Parson'scher Strukturfunktionalismus.[7] Die Defizite dieser Ansätze lassen sich nicht einfach dadurch beheben, daß man meint, die Argumente ergänzten sich gegenseitig.[8] Beide sind falsch, denn implizit sanktionieren sie ein Basis-Überbau-Modell des Kapitalismus, diffamieren die Vorstellung vom Kampf als von außen kommende Variable und sind im großen und ganzen ahistorisch. Der Hauptfehler dieser Ansätze aber ist, daß sie die Irrtümer der orthodoxen Politikwissenschaft übernehmen, die von den entfremdeten Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ausgeht, ohne dem »inneren Zusammenhang« nachzugehen, wie Marx es nannte.[9] Um zu verstehen, was diese Kritik für die Staatsdebatte bedeutet, müssen wir zeigen, inwiefern der Begriff des »inneren Zusammenhangs« zentral für jede dialektische Methode ist.[10]

Wie Marx in den *Grundrissen* umreißt, liegt der Irrtum der positivistischen Orthodoxie darin, daß sie äußere Erscheinungen lediglich in eine äußerliche Beziehung miteinander stellt. »Die Roheit und Begriffslosigkeit liegt eben darin, das organisch Zusammengehörige zufällig aufeinander zu beziehen, in einen bloßen Reflexionszusammenhang zu bringen« (1857, S. 23). Anders als nicht-

---

[7] Der erste Ansatz ist pluralistisch, weil er das kapitalistische Wesen des Staates im Ausdruck von Interessen statt in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen verortet. Der zweite ist funktionalistisch, weil er annimmt, daß »das Kapital« a priori Bedürfnisse habe, die der Staat erfülle. Auffassungen, nach denen der Staat eine »relative Selbständigkeit« hat, können auch nicht befriedigen, da sie tendenziell tautologisch argumentieren. Carnoy (1984) faßt die marxistischen Debatten gut zusammen, ebenso Jessop (1990). Wichtige Kritiken sind Clarke (1977/1991) und Holloway/Picciotto (1977/1991).

[8] Diese überraschende Lösung bietet Miliband an.

[9] Marx 1894, S. 825. Ein gutes Beispiel für die »Inkonsequenzen, Halbwahrheiten und unaufgelösten Widersprüche« der orthodoxen Politikwissenschaft findet sich beim Guru der realistischen internationalen politischen Ökonomie, Robert Gilpin. Zum Thema gegenwärtige politische Ökonomie schreibt Gilpin (1987, S. 10, Anm. 1): »(...) die historische Beziehung zwischen Staat und Markt ist Gegenstand heftiger akademischer Kontroversen (...), aber für das Thema dieses Buches müssen sie nicht unbedingt geklärt werden. Wie auch immer Staat und Markt entstanden sein mögen: Sie existieren unabhängig voneinander, haben ihre jeweils eigene Logik und interagieren miteinander.«

[10] Nützliche Darstellungen zur dialektischen Methode bei Marx finden sich bei Rosdolsky (1973), Murray (1988) und Bonefeld (1993).

dialektische Forschungen, die mit einer isolierten Einheit anfangen und versuchen, das Ganze zu rekonstruieren, indem sie äußerliche Verbindungen herstellen, fangen dialektische Forschungen beim Ganzen an und suchen dann nach der wesentlichen Abstraktion, die gesellschaftliche Erscheinungen als untereinander verbundene, komplexe Formen konstituiert, die voneinander verschieden, aber ineinander vereinigt sind (Bonefeld 1993, S. 21; Ollman 1993, S. 12-17). Die Begriffe der Äußerlichkeit und der Struktur werden durch die dialektischen Kategorien des Prozesses und der widersprüchlichen inneren Beziehung ersetzt.[11] Während nicht-dialektische Methoden die gesellschaftliche Welt unterteilen und die zufälligen Beziehungen äußerer Erscheinungen analysieren, geht Marx davon aus, daß gesellschaftliche Beziehungen verschiedene *Formen* annehmen und damit eine differenzierte, widersprüchliche Einheit schaffen. Statt die Form im Sinne von Spezies zu verstehen (als Form von etwas hinter der Erscheinung verborgenen Grundsätzlicherem), stellt sich für Marx die Form als Existenzweise dar – als etwas, das nur in und durch die Form existiert, die es annimmt (siehe Bonefeld *et al.* 1992, S. XV). Daher existieren verschiedene Erscheinungen wie der Staat und die Ökonomie nicht als äußerlich verbundene Gebilde, sondern als Momente des Klassenverhältnisses, das sie konstituiert (Bonefeld 1992, S. 100). Wenn man davon ausgeht, daß die Klassenbeziehungen den politischen, ökonomischen und ideologischen Formen, die diese Beziehungen annehmen, analytisch vorausgehen (obwohl die Klassenbeziehungen nicht unabhängig von diesen Formen existieren), läßt sich mit einer marxistischen Analyse die Komplexität der Beziehungen zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen und die Verbindung zwischen beiden als komplementären Formen des zugrundliegenden Klassenverhältnisses begrifflich fassen, ohne die Theorie zugunsten eines pragmatischen Pluralismus aufzugeben (Clarke 1978, S. 42).

Dieser Ansatz verdeutlicht, worin der Fortschritt von Marx gegenüber den klassischen politischen Ökonomen liegt, die die bürgerliche Form der gesellschaftlichen Produktion mit ewigen, natürlichen Produktionsverhältnissen verwechselten und insofern nicht die Besonderheit der Wertform und folglich der Warenform, der Geldform und der Kapitalform erkannten. Die klassischen Autoren tun so, als würde die Produktion von ewigen, von der Geschichte unabhängigen Naturgesetzen beherrscht, »bei welcher Gelegenheit dann ganz unter der Hand *bürgerliche* Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze der Gesellschaft in abstracto untergeschoben werden. Dies ist der mehr oder weniger bewußte Zweck des ganzen Verfahrens« (Marx 1857, S. 22). Diese Betonung der »Formanalyse« ist nicht nur wichtig, weil sie uns für die Flüssigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen sensibilisiert, sondern grundsätzlicher auch, weil sie

[11] Zu einer Darstellung siehe Bonefeld et al. (1992, S. xv).

mit der alten Unterscheidung zwischen Wesen und Schein bricht und uns nahelegt, die Formen an und für sich zu entschlüsseln. Ein Großteil der Verwirrung in Diskussionen des Staats stammt daher, daß die orthodoxe Politikwissenschaft nicht in der Lage ist, eine »Formanalyse« zu entwickeln.[12] Genausowenig können wir uns den Nationalstaat weiter als unwandelbar vorstellen, wie es Lenin tat. Vielmehr müssen wir von der sich verändernden Natur der Staatsform als Existenzweise der Klassenbeziehungen ausgehen.

Um die dialektische Methode auf die Untersuchung des Staates anzuwenden, müssen wir zunächst auf einer sehr allgemeinen Ebene die Beziehung zwischen Arbeit und politischer Herrschaft genauer bestimmen. Marx betont, daß sich die einzelnen gesellschaftlichen Formationen nicht so sehr darin unterscheiden, wie das Gros der Produktionsarbeit geleistet wird, sondern darin, wie die herrschenden besitzenden Klassen, die die Produktionsbedingungen kontrollieren, die Abpressung des Mehrprodukts sicherstellen, auf der ihre herrschende Stellung beruht (de Ste Croix 1981, S. 52). Marx hat diesen Punkt am klarsten im dritten Band des *Kapital* ausgeführt:

> »Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten (...), worin wir das innerste Geheimnis, die verborgne Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.« (1894, S. 799f.)

Der »Staat« – verstanden als »politisch organisierte Unterwerfung«[13], der die Durchsetzung der Herrschaft obliegt und die ermächtigt ist, Gewalt auszuüben,

---

[12] Ein gutes Beispiel für diese Verwirrung findet sich in der Debatte zwischen Wallerstein (1984) und Skocpol (1979) über das Verhältnis »des Staates« zur Entwicklung des Kapitalismus. Keiner von beiden begreift, daß sich die *Form* des Staates nur auf der Grundlage der historisch besonderen Gesellschaftsverhältnisse verstehen läßt, zu der sie gehört. Wenn diese Autoren fragen, ob »Staaten« nach oder vor dem Kapitalismus entstanden sind, vermengen sie schon verschiedene Analyseebenen und kommen so unausweichlich zu falschen Schlußfolgerungen.

[13] Diesen nützlichen Begriff hat Philip Abrams (1977) als Ersatz für den Begriff »Staat« geprägt, der sich nach Abrams Auffassung zu leicht verdinglichen läßt.

um die die gesellschaftliche Ordnung konstituierenden Beziehungen zu schützen – muß als »Moment des Zwangs« verstanden werden, ohne das keine Klassengesellschaft existieren kann. Im Laufe der Geschichte hat sich die Form dieser Durchsetzung immer wieder radikal verändert. Aber alle bisher existierenden Gesellschaften (die über ein primitives Niveau hinausgehen) haben die Etablierung von politischen Herrschaftsmitteln vorausgesetzt, die weit über Webers Betonung des *Anspruchs* auf den legitimen Gebrauch körperlicher Gewalt hinausgehen.[14]

Diese allgemeine Analyse der inneren Beziehung zwischen der Organisation der Arbeit und der politischen Herrschaft sagt uns zwar nichts über tatsächliche historische Gesellschaften, aber nichtsdestotrotz stellt sie das Fundament dar, von dem ausgehend wir die Entwicklung der kapitalistischen Form des Staates verstehen können. Bevor wir uns detailliert mit der Besonderheit der modernen Staaten (z.B. dem britischen und dem französischen Staat) beschäftigen, aus denen das internationale System besteht, müssen wir diesen zweiten Schritt machen. Das leistet Marx in seiner klassischen Schrift *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* [1843].

Der Klassencharakter der kapitalistischen Form des Staates

Marx stellt den Aufstieg des modernen politischen Staates vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Kämpfe dar, die den Sturz der feudalen Eigentums- und Produktionsverhältnisse begleiteten. Trotz seines Hinweises, daß es auch in den feudalen Verhältnissen Monarchen gab, die (auf Eigentum beruhende) Macht ausübten, behauptet er: »Die Abstraktion des *Staats als solchen* gehört erst der modernen Zeit (...). Die Abstraktion des *politischen Staats* ist ein modernes Produkt.« (Marx 1843, S. 233). Dieses Argument sollten wir uns genau ansehen.

Für Marx hatte die alte (feudale) bürgerliche Gesellschaft direkt politischen Charakter. Alles, was das bürgerliche Leben ausmachte – das Eigentum, die Familie, die Arbeitsweise –, machte in Form von Lehensherrschaft, Ständen und Korporationen auch das politische Leben aus. In diesem Sinne bestimmte die Stellung eines Individuums in einem Stand seine politische Beziehung, das heißt seine Trennung und seinen Ausschluß von anderen Bestandteilen der Gesellschaft. Marx sagte es später im ersten Band des *Kapital* so: »Statt des unabhängigen Mannes finden wir hier jedermann abhängig – Leibeigene und Grundherrn, Vasallen und Lehnsgeber, Laien und Pfaffen. Persönliche Abhängigkeit charakterisiert ebensosehr die gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion als die auf ihr aufgebauten Lebenssphären« (Marx 1867,

[14] Weber (1992). Siehe auch Corrigan und Sayer (1985).

S. 91). Unter diesen Umständen sind verschiedene Bereiche des Handels und der Industrie das Eigentum verschiedener Zünfte; Gerichtsbarkeit und Rechtsprechung sind das Eigentum bestimmter Stände; und die verschiedenen Provinzen sind das Eigentum einzelner Fürsten. Im Mittelalter finden wir also Leibeigene, feudale Stände, Handels- und Handwerkszünfte und Korporationen von Gelehrten, wobei jede Sphäre (Eigentum, Handel, Gesellschaft, Mensch) direkt politisch ist – »jede Privatsphäre hat einen politischen Charakter oder ist eine politische Sphäre, oder die Politik ist auch der Charakter der Privatsphären« (Marx 1843, S. 233). Marx charakterisiert das Mittelalter als die »Demokratie der Unfreiheit«, da es in einem Kontext, wo Handel und Grundeigentum nicht frei und noch nicht unabhängig geworden waren, auch noch keine politische Konstitution gab. Jede Theorie der Entstehung der kapitalistischen Staatsform muß also von der Identität von bürgerlicher und politischer Gesellschaft im Feudalismus ausgehen. Marx sah die Identität der bürgerlichen und der politischen *Stände* als Ausdruck der Identität von bürgerlicher und politischer *Gesellschaft*. In jedem einzelnen Fürstentum stellten die Fürsten (die Souveränität) einen besonderen Stand dar – »ihr Stand war ihr Staat« (Marx 1843, S. 276) – der gewisse Privilegien hatte, aber entsprechend durch die Privilegien der anderen Stände eingeschränkt war. Die gesetzgebende Macht, die sie ausübten, vervollständigte einfach ihre im wesentlichen auf bürgerliche Angelegenheiten gerichtete souveräne und exekutive Macht. »Sie wurden nicht *politisch*-ständisch, weil sie teil an der Gesetzgebung hatten; sondern sie hatten teil an der Gesetzgebung, weil sie *politisch*-ständisch waren« (Marx 1843, S. 276). Dazu läßt sich noch ergänzen, daß die Beziehung der Stände zum Reich nur eine Vertragsbeziehung verschiedener Staaten mit Nationalität war, »ihre gesetzgebende Tätigkeit, ihre Steuerbewilligung für das Reich war nur ein besonderer Ausfluß ihrer allgemeinen politischen Bedeutung und Wirksamkeit« (Marx 1843, S. 276).

Weder entstand die kapitalistische Staatsform automatisch als Reaktion auf die Entwicklung des Welthandels, noch ging es dabei einfach um die Übertragung der Macht von einer Klasse auf eine andere. Die Form des Staates veränderte sich historisch allmählich mit dem Sturz der souveränen Macht durch politische Revolutionen (in denen sich der politische Staat als Angelegenheit des Allgemeininteresses konstituierte) und grundlegenden gesellschaftlichen Kämpfen, die sich sowohl gegen die Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse richteten als auch selbst ein Ausdruck dieser Veränderung waren. Diese gesellschaftlichen Kämpfe »zerschlug[en] notwendig alle Stände, Korporationen, Innungen, Privilegien, die ebenso viele Ausdrücke der Trennung des Volks von seinem Gemeinwesen waren« (Marx 1844c, S. 368). Diese Kämpfe schafften den direkten politischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft ab und schufen zugleich den modernen Staat. Allmählich verwandelten sich die

Beziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft: Die von den »heiligen Schauern der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung« gekennzeichneten »buntscheckigen Feudalbande« (Marx/Engels 1848, S. 464f.) wurden vom krassen Materialismus der modernen Privateigentumsverhältnisse unter der Herrschaft von Geld und Gesetz und dem egoistischen Kampf aller gegen alle abgelöst. Nachdrücklich stellt Marx fest: »Die *Konstitution des politischen Staats* und die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft in die unabhängigen *Individuen* – deren Verhältnis das *Recht* ist, wie das Verhältnis der Standes- und Innungsmenschen das *Privilegium* war – vollzieht sich in *einem und demselben Akte.*« (Marx 1844c, S. 369)

Der gesellschaftliche Kampf steht daher bei Marx im Zentrum der Darstellung der Entstehung des modernen Staates. Die Einheit des feudalen Staates beruhte auf der politischen Einheit der Stände, aus denen das Fürstentum bestand. Die gesellschaftlichen Kämpfe, die die persönlichen und gemeinschaftlichen Grundfesten dieser Macht auflösten, führten zur Trennung des Staates von der bürgerlichen Gesellschaft – was paradoxerweise die Abhängigkeit des heutigen Staates von der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse unterstreicht. Wie Clarke (1988, S. 127f.) zeigt, setzt die formale Trennung des kapitalistischen Staates von der bürgerlichen Gesellschaft seiner Macht Grenzen. Der Staat gibt den gesellschaftlichen Beziehungen nur die Form, aber ihr Wesen wird in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt: »Die *Administration* muß sich daher auf eine *formelle* und *negative* Tätigkeit beschränken, denn wo das bürgerliche Leben und seine Arbeit beginnt, eben da hat ihre Macht aufgehört« (Marx 1844a, S. 401). Die formelle und regelnde Aktivität des Staates *par excellence* besteht darin, die Grundlage der neuen gesellschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, die den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft darstellen.

Auf der Basis des »Widerspruch[s] des besonderen und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als *Staat* eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an« (Marx 1845/46, S. 33). Indem der Staat gewaltsam die Herrschaft von Gesetz und Geld aufrechterhält, bewahrt er die formelle Disziplin des Marktes und vermittelt dadurch den Widerspruch zwischen dem Ausdruck von allgemeinen und besonderen Interessen. Diese Disziplin muß notwendigerweise in einer von privaten Interessen losgelösten »unabhängigen Form« *erzwungen* werden: »Eben weil die Individuen *nur* ihr besonderes Interesse, für sie nicht mit ihrem gemeinschaftlichen Interesse zusammenfallendes suchen (...), wird dies als ein ihnen 'fremdes' und von ihnen 'unabhängiges' (...) Interesse geltend gemacht (...) als Staat« (Marx 1845/56, S. 34).

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß der Klassencharakter des kapitalistischen Staates nicht durch die Vorherrschaft der Kapitalisten oder den »Vorrang der Ökonomie« bestimmt ist. Vielmehr ist er bestimmt durch die

historische Form der Trennung des Staates von der bürgerlichen Gesellschaft. Holloway und Picciotto (1977/1991, S. 112) haben dazu klug bemerkt, daß eine materialistische Theorie des Staates nicht von der Frage ausgeht, wie die »ökonomische Basis« den »politischen Überbau« bestimmt, sondern von der Frage, warum die Gesellschaftsverhältnisse im Kapitalismus zur *scheinbaren Trennung von ökonomischen und politischen Formen* führen. Obwohl der heilige römische Kaiser und der Papst in den feudalen Gesellschaftsverhältnissen an der Spitze standen, war die Struktur keine durchgehende Hierarchie. Die Souveränität war vielmehr zersplittert, und Gewaltakte waren nicht zentral gesteuert oder in einem allgemeinen Rechtssystem verwurzelt (Kay und Mott 1982, S. 80-84). In der feudalen Fronarbeit wurde die Gewalt direkt auf den Leibeigenen als Produzenten ausgeübt und zwang ihn, Rente für den Herrn zu produzieren. Diese Gewalt war eine besondere und wurde auf jeden Leibeigenen getrennt angewandt, im Gegensatz zum Arbeitszwang im Kapitalismus, der durch einen unpersönlichen Arbeitsmarkt funktioniert. Die Beziehungen waren daher nicht durch eine zentrale Autorität vermittelt, sondern sie wurden an allen Punkten direkt hergestellt. Die feudalen Produktionsverhältnisse waren unmittelbar Machtverhältnisse. Dagegen finden die kapitalistischen Verhältnisse durch den scheinbaren Tausch von Äquivalenten statt. Wo sich Arbeit und Kapital treffen, herrscht allein »Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham« (Marx 1867, S. 189), die ein Vertrag zusammenbringt, der an sich schon jeden unmittelbaren politischen Inhalt ausschließt. Der moderne Vertrag setzt ja schon voraus, daß beiden Parteien das Recht entzogen ist, ihre eigenen Interessen gewaltsam durchzusetzen. Damit »wird in einer Gesellschaft von durch Vertrag aufeinander bezogenen Äquivalenten die Politik aus den Produktionsverhältnissen herausabstrahiert, und die Ordnung wird zur Aufgabe eines spezialisierten Organs: des Staates« (Kay und Mott 1982, S. 83). Der Staat als abgesonderte Verkörperung der Herrschaft und die Ersetzung des Privilegs durch die Äquivalenz sind also Teil desselben Prozesses, denn die »Staatsbürger« erblicken einander nur durch das Medium des Staates, der »von ihnen allen gleich weit entfernt ist«.

Unsere zweite Abstraktionsebene hat die Besonderheit des modernen Staates also in der historischen Form verortet, in der sich mit der Auflösung der feudalen Gesellschaftsverhältnisse allmählich der Staat von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. Die erzwungene Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft ist natürlich eine institutionalisierte Illusion.[15] Damit der Staat als »politische« Sphäre existieren kann, muß die bürgerliche Gesellschaft »entpolitisiert« sein. Der Akt der »Entpolitisierung« ist selbst politisch, und diese auf dem

[15] Das wird bei Murray (1988, S. 32) betont und bei Holloway und Picciotto (1977/1991) ausgeführt.

Privateigentum beruhende Realität verschwindet hinter dem institutionellen Staat. Aus der obigen Ableitung des kapitalistischen Staates ergibt sich natürlich, daß jede Vorstellung von einem »autonomen« Staat reine Haarspalterei ist. Die Macht des Staates in seiner liberalkapitalistischen Form stellt sich dar als Herrschaft von Gesetz und Geld (auf denen er zugleich beruht).[16] Diese Form stellt die beste Grundlage für die Ausdehnung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse dar, da sich die gesellschaftliche Macht der Bourgeoisie in der abstrakten Form des Geldes verkörpert. An die Stelle der politischen Monopole und Privilegien des Feudalismus tritt die »göttliche Kraft des Geldes«, während der Mensch als »juristische Person« nicht vom Eigentum oder dem Geschäftsegoismus befreit wird, sondern die Freiheit erhält, Eigentum zu besitzen und Geschäfte zu betreiben.[17] Die institutionelle Trennung des öffentlichen Staates ist die historisch besondere Form der politischen Herrschaft – das politische Moment – der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse. Der dialektische Ansatz von Marx zeigt, daß diese Trennung illusionär ist, und eröffnet einen Raum, um den Zusammenhang von Staat und bürgerlicher Gesellschaft theoretisch als *differenzierte Formen kapitalistischer Macht* zu fassen.

Die Nationalstaaten im internationalen System

Bisher scheitert die Entwicklung einer marxistischen Theorie des zwischenstaatlichen Systems vor allem an der Schwierigkeit, einen vorrangig in Bezug auf eine inländische Klassenstruktur definierten Staatsbegriff damit in Einklang zu bringen, daß der Staat Bestandteil eines Staatensystems ist.[18] Wie Picciotto (1991, S. 217) zeigt, neigt die marxistische Literatur noch stärker dazu als die nicht-marxistische, da sie den Klassencharakters des Staates betont und den Staat daher in Bezug zur Gesellschaft diskutiert. Der Einfachheit halber nimmt sie also an, daß sich die Gesellschaft und die Klassen in ihr mit dem Staat in dieser Gesellschaft decken.

Diese Schwierigkeit entsteht aber wiederum aus der Vermischung von Analyseebenen. Die kapitalistische Staatsform läßt sich nicht aus einer »inländischen« Analyse ableiten, an die dann im nachhinein »äußere« Bestimmungsmomente angehängt werden. Die besondere Staatsform des Kapitalismus muß, wie schon gesagt, aus Marx' Analyse der grundlegenden Veränderung der

---

[16] Das zeigt Clarke sehr schön (1988, S. 127).

[17] Marx (1844b, S. 565) und (1844c, S. 369).

[18] Siehe die Debatte zwischen Chris Harman, Alex Callinicos und Nigel Harris, zusammengefaßt bei Callinicos (1992).

Gesellschaftsverhältnisse durch den Niedergang des Feudalismus abgeleitet werden. Diese Analyseebene ist (wie fast immer im *Kapital*) weder »rein historisch« noch »rein abstrakt«, sondern benutzt vielmehr den dialektischen Ansatz, um sich dem Konkreten anzunähern.

Wenn wir nun das heutige internationale System analysieren, verändern sich natürlich unser Thema und unsere Abstraktionsebene: Jetzt geht es nicht mehr um »den Staat« (die kapitalistische Staatsform), sondern um besondere Nationalstaaten (den schwedischen oder den mexikanischen Staat).[19] Dabei haben wir es mit folgendem Paradox zu tun: Während sich die Akkumulation schon seit ihren frühesten Anfängen auf globaler Ebene vollzieht, haben sich die kapitalistischen Staaten auf der Grundlage des Territorialitätsprinzips im Recht entwickelt. Parallel zur Internationalisierung des Kapitals hat sich ungleichmäßig die Fragmentierung des »Politischen« in Nationalstaaten entwickelt, die aber von Anbeginn Teile eines internationalen Systems waren. Wie Picciotto (1991, S. 217) zeigt, konnte sich das internationale kapitalistische System nur entwickeln, wenn der persönliche Souverän von einer abstrakten Souveränität öffentlicher Autoritäten über ein bestimmtes Territorium ersetzt wurde, da dieser plurale [multifarious] Rahmen die weltweite Zirkulation von Waren und Kapital erlaubte und erleichterte. Das neo-realistische Bild von unabhängigen und gleichen souveränen Nationalstaaten ist allerdings eine fetischisierte Erscheinungsform, denn das globale System ist keine Ansammlung von aufgesplitterten Einheiten, sondern vielmehr ein einziges System, in dem die Staatsmacht bei verschiedenen territorialen Gebilden liegt. Das ist wichtig, da sich ein ausschließliches Recht unmöglich definieren läßt, so daß es faktisch ein Netz von sich überlagernden und ineinandergreifenden Rechtsräumen gibt.

Während der Klassencharakter der kapitalistischen Form des Staats also global definiert ist, wird die politische Stabilität der einzelnen Staaten bis heute zum großen Teil auf nationaler Grundlage erreicht – obwohl Bündnisse und Verträge das Stabilitätsmanagement gelegentlich verbreitern. Die Frage, warum das »Politische« in Nationalstaaten fragmentiert ist (die Antwort läge bei einer detaillierten historischen Analyse der weiter wirkenden Folgen des Absolutismus), ist weniger wichtig als die heutigen Folgen dieser Fragmentierung für die Nationalstaaten. Ein zentrales Merkmal des weltweiten kapitalistischen Systems (und zugleich ein historisches Ergebnis der Klassenkämpfe, die die feudalen Gesellschaftsverhältnisse beseitigt haben) ist die *nationale politische Konstitution der Staaten und der globale Charakter der Akkumulation.* Obwohl die Ausbeutungsbedingungen national standardisiert sind, sind die souveränen Staaten über den Wechselkursmechanismus international in eine Hierarchie von Preissystemen

[19] Sehr schön zeigt das John Holloway [1996].

eingebunden. So wie die Gerichtsbarkeit über die nationalen Rechtssysteme hinausgeht, so geht das Weltgeld über die nationalen Währungen hinaus. Daher sind die Nationalstaaten, die auf der Herrschaft von Geld und Recht (als Quelle ihres Steueraufkommens und als Anspruch auf Legitimität) beruhen, gleichzeitig durch die Grenzen beschränkt, die ihnen die Kapitalakkumulation in weltweitem Maßstab setzt – was sich vor allem und am offensichtlichsten an ihrer Unterordnung unter das Weltgeld zeigt (siehe Marazzi 1977).

Die Nationalstaaten (als historisch ausgeprägte politische Form der bürgerlichen Klassenverhältnisse) halten nicht nur durch Formen der Rechts- und Geldregulierung die Autorität des Marktes aufrecht, sondern sie reagieren auch politisch auf Krisen, die aus der widersprüchlichen Grundlage ihrer gesellschaftlichen Form entstehen. Die »Politik« läßt sich daher nicht von der »Ökonomie« trennen. Vielmehr müssen sowohl das Politische als auch das Ökonomische als Formen der Gesellschaftsverhältnisse verstanden werden, deren Differenzierung die alltägliche Führung der Staatsgeschäfte ermöglicht, deren widersprüchliche Einheit aber gleichzeitig die freie Willensausübung der Staaten einschränkt. Die Regierungen reagieren damit auf die Macht der Arbeit zu Hause (und treffen vorbeugende Maßnahmen gegen sie) und sind gezwungen, sich mit den Folgen der weltweit laufenden Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital auseinanderzusetzen. In Klassenbegriffen drückt sich die widersprüchliche Grundlage der kapitalistischen Akkumulation[20] in der Fähigkeit des Kapitals aus, durch die Warenform (den Tauschwert) immer intensivere Arbeit (abstrakte Arbeit) durchzusetzen. Die Nationalstaaten bekommen die Folgen dieser endemischen Klassenkämpfe im Form von sinkender nationaler Produktivität und von Finanzkrisen zu spüren. Und da die internationale Politik wegen der Zersplitterung des »Politischen« anarchisch funktioniert, müssen sich die Nationalstaaten mit Sicherheitsfragen beschäftigen und dann in der Regel die Folgen der Macht/Sicherheits- und Verteidigungsprobleme vermitteln (Buzan 1991). Der Nationalstaat kann diese Widersprüche zwar letztlich nicht lösen (da er selbst ein Ausdruck der Krise auf der politischen Ebene ist), aber er kann unter Umständen Ressourcen mobilisieren und Einfluß auf die internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen nehmen, um vorläufig eine günstigere Stellung im ungleichmäßig entwickelten zwischenstaatlichen System zu erreichen.[21] Die

---

[20] Clarke (1991b) stellt den Hauptwiderspruch brauchbar dar als Tendenz, die Produktivkräfte grenzenlos zu entwickeln und diese Entwicklung gleichzeitig in den Grenzen des Profits einzusperren.

[21] Eine brauchbare Analyse der institutionellen Strukturen, die die »Konkurrenzfähigkeit« beeinflussen, findet sich bei Hall (1986): die Arbeitsorganisation, die Kapitalorganisation, die Organisation des Staates, die Stellung des Staates in der internationalen Wirtschaft und die Organisation seines politischen Systems.

Nationalstaaten stellen die inländische politische Grundlage für die Beweglichkeit des Kapitals dar und sichern gleichzeitig durch rudimentäre institutionelle Vorkehrungen die internationalen Eigentumsrechte, damit sich das Kapital weiter ausdehnen kann. So lassen sich die Nationalstaaten am besten theoretisch als differenzierte Formen der globalen kapitalistischen Verhältnisse fassen. Wegen der widersprüchlichen Grundlage der Klassenverhältnisse sind Ausgleich und gleichmäßige Entwicklung aber ganz und gar nicht die Norm. Die zwischenstaatlichen Beziehungen sind vielmehr von Konflikten und Zusammenarbeit gekennzeichnet, indem die Nationalstaaten darum kämpfen, die Folgen der Spannungen zwischen Nationalem und Globalem zu vermitteln. Während jeder Nationalstaat versucht, die Bedingungen des Klassenkonflikts in seinem Zuständigkeitsbereich zu regulieren, stehen die Gesamtinteressen der Nationalstaaten nicht in direktem Gegensatz zueinander, und dadurch werden antagonistische und kooperative Beziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene reproduziert.

Die Spannung zwischen Nationalem und Globalem stellt die einzelnen Nationalstaaten vor das Dilemma, daß die Weltwirtschaft vom folgenden Credo angetrieben wird: »Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!« (Marx 1867, S. 621). Als Reaktion auf die Vulgärökonomen, die behaupteten, kapitalistische Überproduktion sei unmöglich, führt Marx (1884, S. 120) ganz klar vor, daß die Größe der von der kapitalistischen Produktion erzeugten Warenmasse vom Umfang dieser Produktion und von ihrem Zwang zu ständiger Ausweitung bestimmt ist, und nicht von einem vorherbestimmten Umfang von Angebot und Nachfrage, von zu befriedigenden Bedürfnissen. Mit der beständigen Ausweitung des Marktes nehmen daher sowohl die Produktion als auch die Realisierung des Mehrwerts zu, was von der Globalisierung nicht nur des Handels, sondern auch der Produktion, des Kapitalexports, des Ankaufs von Arbeitskraft und des Kapitaleigentums abhängt.

Letztlich leiten die Nationalstaaten sowohl ihr Steueraufkommen als auch ihre Macht aus dem Kapital ab. Das gilt abstrakt, insofern die Macht des Nationalstaates sich in der Herrschaft von Gesetz und Geld, also von fetischisierten Formen der Macht des Kapitals ausdrückt, wie auch konkret, insofern sich das Steueraufkommen vom vorgeschossenen Kapital und der daraufhin innerhalb der Grenzen seines Hoheitsgebiets beschäftigten Arbeiterklasse ableitet. Um die Chancen zu verbessern, Kapital innerhalb ihrer Grenzen anzuziehen und zu halten (siehe Holloway 1996), verfolgen die Nationalstaaten alle möglichen Arten von Politik (Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kooptierung und Zwang usw.) und bieten gleichzeitig Investitionsanreize und -anregungen. Der »Erfolg« dieser »nationalen« Politik hängt aber von der Wiedererrichtung von Bedingungen ab, unter denen das Kapitals in weltweitem Maßstab erweitert akkumulieren kann. Die Nationalstaaten stehen vor dem Dilemma, daß es zwar notwendig ist, an multilateralen Handelsrunden und Finanzgipfeln teilzunehmen, um die Kapitalak-

kumulation auf weltweiter Ebene zu steigern, daß daraus aber gleichzeitig Nachteile entstehen können, die die ökonomische Strategie eines besonderen Nationalstaats ernsthaft bedrohen. Die Geschichte des internationalen Systems nach dem Krieg ist die Geschichte des Hinauszögerns dieses Widerspruchs. Wichtig an diesem Spannungsverhältnis ist seine räumliche Dimension, die zwangsläufig dazu führt, daß die Entwicklung ungleichmäßig stattfindet und die weltweite Krise des Kapitals in bestimmten Nationalstaaten und Regionen sichtbar wird. Die Krise des Kapitalverhältnisses ist daher gleichzeitig eine Krise des internationalen Staatensystems. Die dem Kapitalverhältnis endemische Krise resultiert weniger aus einer umfassenden Erschöpfung eines besonderen »Akkumulationsregimes« als vielmehr aus der gesellschaftlichen Form der kapitalistischen Produktion selbst (Clarke 1991b), die zur Überakkumulation führt, aber mit unterschiedlichen Auswirkungen in verschiedenen Teilen der Welt. Der letzte Teil dieses Kapitels illustriert diese Bemerkungen mit einer kurzen Übersicht über die Neustrukturierung des zwischenstaatlichen Systems nach dem Krieg.

Schluß: Das Management der Nachkriegskrise

Die Desorganisation der Arbeiterklassen 1945 machte es möglich, daß die Politik noch einmal durch die Form des Nationalstaats kanalisiert wurde. Wie nach dem Ersten Weltkrieg ließ die europäische Arbeiterklasse die Gelegenheit zu Einheit und Kampf um die Form des Staates verstreichen und entschied sich stattdessen für die Entfremdung ihrer gesellschaftlichen Macht und die Suche nach einer politischen Vertretung *durch* den Nationalstaat.

Die dringendste Aufgabe, die sich den vom Krieg zerstörten Gesellschaften Westeuropas 1945 stellte, war der materielle Wiederaufbau. Die Wiederaufbauziele und die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ließen sich aber nur durch den eher subtilen diplomatischen Wiederaufbau der internationalen Handels- und Zahlungssysteme erreichen, die den internationalen Austausch erleichterten und den geregelten Import von wesentlichen Waren und Rohstoffen sicherten.[22] Eine schnelle Akkumulation wurde 1945 vor allem durch die ungleichmäßige Entwicklung des Weltkapitalismus gehemmt, die zu einem ernsthaften Produktions- und Handelsungleichgewicht zwischen der östlichen und der westlichen Hemisphäre geführt hatte, das sich in der »Dollarlücke« [dollar gap] ausdrückte. Die wirtschaftliche Strategie der europäischen Nationalstaaten kreiste daher darum, eine Lösung für die wiederkehrenden Zahlungsbilanzkrisen zu finden, in denen sich diese ungleichmäßige Entwicklung, die selbst eine Folge

[22] Zu Details siehe Burnham (1990).

der widersprüchlichen Grundlage des Klassenverhältnisses war, zeigte. Für diese Nationalstaaten übersetzte sich die Notwendigkeit, die Akkumulation zu maximieren, in die Notwendigkeit, Weltwährung zu akkumulieren. Großbritannien (das im wesentlichen für die europäischen Staaten handelte) und die USA führten so eine Reihe von langwierigen Verhandlungen zur Wiederherstellung weltweiter Akkumulationskreisläufe. Angesichts dieses grundlegenden strukturellen Ungleichgewichts leistete Großbritannien erfolgreich Widerstand gegen die multilateralen Ziele der USA (sofortige volle Währungskonvertibilität, unbeschränkter Handel und Zollsenkungen), und im Gegensatz zur gängigen Wahrnehmung lag das Bretton-Woods-System bis 1959 effektiv auf Eis (siehe Kapitel 4 in diesem Band). Die Schlüsselepisoden der Regierungsverhandlungen bei der Wiederherstellung des Nachkriegskapitalismus zeigen sehr deutlich, welche widersprüchlichen Konflikt- und Zusammenarbeitsbeziehungen zwischen den Nationalstaaten bestanden. 1945 wollten alle Nationen zunächst einen funktionierenden Mechanismus für den internationalen Austausch aufbauen. Die Kämpfe um die konkrete Ausformung der europäischen Handels- und Zahlungsabkommen belegen aber, wie stark der Konflikt sowohl innerhalb Europas als auch zwischen den europäischen Staaten und den USA war, da jeder Nationalstaat bezüglich der Dollarlücke einen Konkurrenzvorteil suchte.

In den späteren Stufen der Wiederaufbauphase sorgten die steigenden Löhne und das Wachstum der Konsumentenkredite für eine stetige, aber alles andere als gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa. Ende der 50er Jahre aber erschienen die Kontrollen und Austauschbeschränkungen, mit denen die europäischen Nationalstaaten nach dem Krieg ihre Weltwährungbestände schonen wollten, dann als prinzipielle Schranke für weiteres Wachstum. Da Kontrollen jetzt als überflüssig galten, führte die Liberalisierung von Handel und Finanzen zur Steigerung des Konkurrenzdrucks auf den Weltmärkten und Ende der 60er Jahre letztlich zur Überakkumulation von Kapital und zur Überproduktion von Waren. Clarke (1988, S. 125) führt überzeugend vor, daß der grundlegende Irrtum des Keynesianismus im Glauben besteht, Überakkumulation und Unterkonsumtion seien zwei Seiten derselben Medaille und Akkumulationskrisen ließen sich daher durch eine Ausweitung des Marktes beheben. Sobald wir aber erkennen, daß die Krise in der gesellschaftlichen Form der kapitalistischen Produktion selbst wurzelt (in der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der Produktionszweige), ist klar, daß sich die kapitalistische Krise weder durch das Wachstum des Marktes noch durch die Ausweitung des Kredits »lösen« läßt. Der Kredit befreit das Kapital zwar von den Grenzen des knappen Geldes, aber damit schafft er das Potential für noch verheerendere zukünftige Krisen.

In den 70er Jahren war dann klar, daß viele europäische Nationalstaaten keine Wirtschaftspolitik entwickelt hatten, die dauerhaftes Wachstum garantieren

konnte. In Großbritannien setzte die Liberalisierung des Handels und die Konvertibilität des Pfunds zum Beispiel der relativ ineffektiven »inländischen« Produktion von Waren für die sicheren Märkte des Commonwealth ein Ende. Obwohl der britische Staat versuchte, die Kosten der Arbeitskraft durch eine Umstrukturierung der Arbeiterorganisationen zu senken, gelang es ihm nicht, die institutionellen Strukturen, die sich auf die »Konkurrenzfähigkeit« auswirken, wirklich neuzukonstituieren. Dem japanischen Staat dagegen, der von dem Zwang befreit war, einen Großteil des Bruttosozialproduktes für das Militär auszugeben, und den kein Gesetz daran hinderte, den Arbeitstag beliebig zu verlängern, gelang durch die Nutzbarmachung innovativer Produktionsmethoden (und während des Korea-Kriegs vom amerikanischen Kapital gestützt) eine weitreichende Neukonstitution (Morioka 1989). Je schneller die modernen von Japan und Deutschland aus operierenden Kapitale in ehemals geschützte Märkte eindrangen, desto deutlicher wurde die Brüchigkeit des Gold-Dollar-Konvertibilitätsstandards von Bretton Woods. Schon 1950 waren in den USA Zahlungsbilanzdefizite aufgetreten. Zwischen 1950 und 1964 lief durch Militärhilfe und direkte Verteidigungsausgaben im Ausland (ohne die direkten Haushaltskosten des Korea-Krieges) auf den staatlichen Auslandskonten ein Defizit von 35 Milliarden Dollar auf (Burnham 1991). Die gesellschaftlichen Kämpfe und die Ausgaben für den Vietnam-Krieg führten dazu, daß die USA das internationale Finanzsystem Anfang der 70er Jahre in die Krise brachten, da das Liquiditätsproblem intensive Spekulationen gegen den Dollar auslöste und sie deshalb keine Abwertung vornehmen konnten. Auf die deutschen und japanischen Exporte wirkte sich der überbewertete Dollar zwar sehr günstig aus, aber um das Weltfinanzsystem zu stabilisieren, mußte ein System floatender Wechselkurse eingeführt werden (das 1978 abgeändert wurde, um noch größere Unterschiede zwischen den Wechselkursarrangements der einzelnen IWF-Mitglieder zu ermöglichen).

Die Krise von »Bretton Woods« wird überwiegend technisch interpretiert, nämlich als »Liquiditäts-«, »Anpassungs-« oder »Münzwertkrise« und/oder als Beispiel für das »Greshamsche Gesetz« (Pilbeam 1992). Diese Erklärungen beschreiben zutreffend die Oberflächenerscheinung der Krise, vernebeln aber ihre Ursache. Um an die Wurzel zu gelangen, müssen wir uns die Produktion ansehen und vor allem sehen, wie die Spannung zwischen Nationalem und Globalem die Überakkumulationskrise als gesteigerten Arbeitszwang nach Amerika verlagerte und wie damit verbundene kapitalistische Strategien den Arbeitsprozeß im Pazifikbecken revolutionierten. Das läßt sich den Zahlen zur amerikanischen Zahlungsbilanz entnehmen: Im April 1971 wies die amerikanische Handelsbilanz zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ein Defizit aus (US Department of Commerce 1975). Betrug Japans Rohstahlproduktion noch 1950 nur 5,5 Prozent der amerikanischen, so hatte es die USA 1980 überholt, und

1988 überflügelte Japan die USA sogar bei der PKW-Produktion. Und während Reagan die amerikanische Wirtschaft zwischen 1981 und 1987 erfolglos anzukurbeln versuchte, indem er über 531 Milliarden Dollar an Krediten aufnahm, wurde Japan die größte Verleihernation der Welt, und sein Auslandsanlagenüberschuß, der 1980 noch 11,5 Milliarden Dollar betragen hatte, war 1988 auf 291,7 Milliarden Dollar angewachsen (Rothschild 1988, Shinohara 1991).

Der Erfolg des in Japan ansässigen und von dort aus operierenden Kapitals zeigt, daß die Nationalstaaten die Krise zwar am schärfsten als Haushalts- und Finanzkrise spüren, die Ursache der Krise aber im Produktionsprozeß liegt, worin sich die ungleichmäßige Entwicklung widerspiegelt. Genauso wie inländische Kredite vorübergehend ineffektive Kapitale stützen, sind internationale Kredite eine Option für Nationalstaaten, die darum kämpfen, die institutionellen Strukturen zu schaffen, mit denen das Kapital seinen Produktionsumfang ausweiten kann, indem sie ihr Staatsgebiet für weitere Investitionen attraktiver machen. Die Schuldenkrise in Lateinamerika hat auf tragische Weise klargemacht, daß diese Option die Gefahr einer weiteren Überakkumulationskrise mit noch schlimmeren Folgen mit sich bringt.[23]

Die Ursache der gegenwärtigen Krise wird oft dem stürmischen Prozeß der Internationalisierung des Kapitals (besonders des Finanzkapitals) zugeschrieben, der die Souveränität der Nationalstaaten beeinträchtige.[24] Die Globalisierung ist aber nicht Ursache, sondern Auswirkung der Krise. Die Akkumulation läßt sich innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen nur dann erfolgreich reproduzieren, wenn sie sich in weltweitem Maßstab reproduzieren läßt. Die Integration der globalen Akkumulationskreisläufe ist zwar immer eine Frage des Zufalls, da sie auf der fortwährenden Unterwerfung der Arbeiterklasse und der Eindämmung ihrer Militanz beruht, aber von ihr hängen die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten ab, die darum wetteifern, die Folgen der globalen Überakkumulation zu minimieren. Wenn es Nationalstaaten gelingt, die institutionellen Strukturen, die die »Konkurrenzfähigkeit« steigern, neuzukonstituieren, hilft ihnen die Internationalisierung des Kapitals, die Grenzen des Wirtschaftswachstums vorübergehend zu durchbrechen und in die Weltmärkte einzudringen. Das Auftreten der Krise folgt dann nicht aus dem Internationalisierungsprozeß selbst, sondern vielmehr aus dem Versuch des Kapitals, den ihm innewohnenden Widerspruch zu überwinden, und der davon hervorgerufenen Überakkumulation

---

[23] Diese Folgen werden, wie Cleaver (1989) betont, auf die Arbeiterklasse abgewälzt und sind selbst das Produkt des weltweiten Klassenkampfs.

[24] Siehe z.B. die Sonderausgabe von *Capital and Class* (Nr. 43, 1993), in der die von Robin Murray und Bill Warren angefangene Debatte weitergeführt wird; siehe Radice (1975).

in weltweitem Maßstab. Die kapitalistischen Staaten bekommen die globale Krise dann in nationaler Form zu spüren. Die Nationalstaaten vermitteln diesen Widerspruch zwar durch multinationale Runden, Finanzgipfel und begrenzte Formen von Regionalismus, aber im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse läßt er sich nicht lösen, da sich in ihm die gesellschaftliche Form dieser Verhältnisse ausdrückt.

Die seit Ende der 50er Jahre stattfindende Liberalisierung des Handels und der Finanzen enthüllt mit jedem neuen Schub globaler Krise, daß die nationale Form des Staates immer weniger als integrierte Einheit zur Herstellung der für die globalen Klassenverhältnisse unverzichtbaren politischen Stabilität funktioniert. Selbst die mächtigsten Nationalstaaten (Deutschland, die USA und Japan) sind jetzt zunehmend auf der Suche nach regionalen Lösungen für ihre nationalen Zahlungsbilanzprobleme und die Handels- und Finanzregulierung. Die »Aushöhlung« der nationalen Form des Staates ist nicht als Reaktion auf den »Postfordismus« zu verstehen (Jessop (1992) möge mir verzeihen), sondern vielmehr als Eingeständnis, daß die Revolutionierung der Verhältnisse und die ununterbrochene Störung aller Gesellschaftsverhältnisse, die schon Marx 1848 mit der kapitalistischen Gesellschaft assoziiert hatte, nicht vor der Neustrukturierung des zwischenstaatlichen Systems haltmachen. In Westeuropa deuten die Zeichen darauf hin, daß die Europäische Union – wie zögerlich auch immer – die politischen Beziehungen zwischen den westlichen Staaten verwandeln könnte. Wenn die gegenwärtigen Trends weitergehen, ist es möglich, daß die Schaffung einer europäischen Währung und Zentralbank und die zunehmende Übertragung politischer Autorität nach Brüssel letztenendes zur Einrichtung eines komplexen Systems politischer Koordinierung in ganz Europa führen könnten. Diese Neustrukturierung wird (falls sie sich nicht zu einem echten politischen Regionalismus ausweitet) die heutigen Staaten Westeuropas nicht von den heute so aussichtslos erscheinenden Finanz- und Haushaltsproblemen befreien können. Die Regionalisierung des Weltmarktes und die regionale politische Koordinierung werden aber den Rahmen setzen, in dem sich eine intensivere Phase des globalen Klassenkampfes abspielen wird.

Daß die Staatsmacht *einfach* von der nationalen auf die regionale Ebene übertragen wird, ist am unwahrscheinlichsten. Eher sieht es nach der Herausbildung eines komplexeren Musters aus, in dem einige Aufgaben der Nationalstaaten auf pan-regionale oder internationale Organe übertragen, andere auf die lokale Ebene innerhalb des Nationalstaats und noch andere von entstehenden (lokalen und regionalen) horizontalen Netzen übernommen werden, die die Zentralstaaten umgehen und Orte, Regionen und mehrere Nationen miteinander verbinden (Jessop 1992; Rosewarne 1993). So, wie es aussieht, wird sich das Management der Währungsbeziehungen ganz ähnlich entwickeln, wie sich an der veränderten Rolle des IWF zeigt (seit 1979 hat kein einziges westliches

Land mehr Kredite beim IWF aufgenommen, worin sich die verstärkte Rolle des Europäischen Währungskommitees bei der Europäischen Kommission zeigt).

Aber auch die gegenwärtige Verwandlung der nationalen Form des Staates und die regionale Koordinierung der politischen Beziehungen werden das Muster von Konflikt und Zusammenarbeit, das das zwischenstaatliche System heute kennzeichnet, bloß in größerem Maßstab reproduzieren.[25] Vielleicht führen sie aber auch zu engerer Zusammenarbeit zwischen den »nationalen« Arbeiterbewegungen und verstärken die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals noch mehr, so daß wir uns der im *Kommunistischen Manifest* beschriebenen Situation nähern, wo die nationalen Unterschiede »mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse« verschwinden (Marx/Engels 1848, S. 479). Angesichts des gegenwärtigen Revivals des politischen Nationalismus (und des Neofaschismus) wirken die schon hin zu einer regionalen Koordinierung der politischen Beziehungen unternommenen Schritte brüchig und die Prognose von Marx allzu optimistisch. Trotzdem schafft diese Neustrukturierung Möglichkeiten für die sozialistische Strategie, die sich nicht mehr in das Dilemma »Internationalismus oder Sozialismus in einem Land« pressen lassen.

Der Kampf der Nationalstaaten in der Weltwirtschaft läßt sich nicht als Kampf zwischen dem »sozialdemokratischen Schweden« und dem »monetaristischen Großbritannien« verstehen, sondern vielmehr als ein Kampf zwischen verfeindeten (und gegenüber der Arbeiterklasse notwendigerweise einigen) Brüdern, die darum konkurrieren, zu vermeiden, daß eine Überakkumulationskrise mit ihren nachteiligen Folgen wegen der ungleichmäßigen Entwicklung gerade bei ihnen ausbricht. Theoretisch soll dieses Kapitel zeigen, daß die Nationalstaaten eine differenzierte Form kapitalistischer Macht sind – eine sich ergänzende und widersprüchliche Form der Klassenbeziehungen. Die Krise der nationalen Form des Staates führt zu einer Neustrukturierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Das unbestimmte Ergebnis eines Übergangs zu komplexen politischen und ökonomischen Formen von regionaler Koordinierung (und genauer insbesondere das unbestimmte Ergebnis einer Krise dieser Regionalisierung) eröffnet reale Möglichkeiten für globale sozialistische Strategien und macht endgültig Schluß mit allem Gerede von einem nationalen Weg zur Befreiung. ■

---

[25] Es dürfte klar sein, daß ich hier keine Neuauflage von Kautskys These vom Ultraimperialismus vertrete. Regionale Koordinierung darf nicht mit den »friedlichen Bündnissen« des international vereinigten Finanzkapitals gleichgesetzt werden, die die Widersprüche des Imperialismus auflösen. Im Gegenteil steigern die Schritte hin zu einer komplexen politischen und wirtschaftlichen Regionalisierung des Weltsystems die Widersprüche und die ungleichmäßige Entwicklung.

Literatur

Abrams, P. (1977) »Notes on the difficulty of studying the State«, *Journal of Historical Sociology*, 1.

Barker, C. (1978/1991) »A Note on the Theory of Capitalist States«, *Capital & Class 4*, und in: S. Clarke (ed.) *The State Debate* (London: Macmillan).

Bonefeld, W. (1992) »Social Constitution and the Form of the Capitalist State«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds), *Open Marxism, Vol. 1: History and Dialectics* (London: Pluto Press).

Bonefeld, W. (1993) *The Recomposition of the British State During the 1980s* (Aldershot: Dartmouth).

Bonefeld, W., and Gunn, R. and Psychopedis, K. (eds) (1992) *Open Marxism, Vol. 1: History and Dialectics* (London: Pluto Press).

von Braunmühl, C. (1978) »On the Analysis of the Bourgeois Nation State Within the World Market Context«, in J. Holloway and S. Picciotto (eds), *State and Capital* (London: Edward Arnold).

Bucharin, N. [1917] (1926) *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals* (Wien: Verlag für Literatur und Politik).

Burnham, P. (1990) *The Political Economy of Postwar Reconstruction* (London: Macmillan).

Burnham, P. (1991) »Imperialism and post-revisionism: reassessing the role of the United States in the global political economy 1900-1960«, *CSE Conference Papers* (July).

Burnham, P. (1993) »Marxism, Neorealism and International Relations«, *Common Sense*, 14.

Buzan, B. (1991) *People, States and Fear* (London: Harvester).

Callinicos, A. (1992) »Capitalism and the state system: A reply to Nigel Harris«, *International Socialism*, 54.

Carnoy, M. (1984) *The State and Political Theory* (Princeton: Princeton University Press).

Clarke, S. (1977/1991) »Marxism, Sociology and Poulantzas' Theory of the State«, *Capital & Class*, 2, und in: S. Clarke (ed.), *The State Debate* (London: Macmillan).

Clarke, S. (1978) »Capital, Fractions of Capital and the State«, *Capital & Class*, 5.

Clarke, S. (1988) *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State* (Aldershot: Edward Elgar).

Clarke S. (1991) »Overaccumulation, Class Struggle and the Regulation Approach«, in W. Bonefeld and J. Holloway (eds), *Post-Fordism and Social Form* (London: Macmillan).

Clarke, S. (ed.) (1991) *The State Debate* (London: Macmillan).

Cleaver, H. (1989) »Close the IMF, abolish debt and end development: a class analysis of the international debt crisis«, *Capital & Class*, 39.

Cleaver, H. (1994), »The Chiapas Uprising and the Future of Class Struggle«, *Common Sense*, 15.

Corrigan, P. and Sayer, D. (1985) *The Great Arch* (Oxford: Blackwell).

DeLeon, D. (1896) *Reform and Revolution* (Glasgow: Socialist Labour Press).

de Ste Croix, G.E.M. (1981) *The Class Struggle in the Ancient Greek World* (London: Duckworth).

Gilpin, R. (1987) *The Political Economy of International Relations* (Princeton: Princeton University Press).

Hall, P. (1986) *Governing the Economy* (Oxford: Blackwell).

Holloway, J. and Picciotto, S. (1977/1991) »Capital, Crisis and the State«, *Capital & Class* 2, und in: S. Clarke (ed.), *The State Debate* (London: Macmillan).

Holloway, J. [1996] (1995) »Globales Kapital und Nationalstaat«, *Wildcat-Zirkular* 28/29.

Hunter, R. (1918) *Bolshevism and the Labour Movement* (London: Routledge).

Jessop, B. (1990) *State Theory* (London: Polity Press).

Jessop, B. (1992) »Towards the Schumpeterian Workfare State«, *Lancaster Regionalism Group Working Paper.*

Kay, G. and Mott, J. (1982) *Political Order and the Law of Labour* (London Macmillan).

Kropotkin, P. [1897] (1920) *Die historische Rolle des Staats* (Berlin: Verlag Der Syndikalist). (1978) Aufsatzsammlung, 2.: Der Staat (Frankfurt/Main: Verlag Freie Gesellschaft).

Lenin, V.I. [1917] Staat und Revolution, in: Lenin-Werke, Bd. 25.

Marazzi [1977] (1988) »Das Geld in der Weltkrise«, in: *Zerowork*, Thekla 10.

Marx, K. [1843] »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1.

Marx, K. [1844a] »Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußens«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1.

Marx, K. [1844b] Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Ergänzungsband.
Marx, K. [1844c] »Zur Judenfrage«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1.
Marx, K. [1845-6] »Die deutsche Ideologie«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3.
Marx, K. [1857] *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 42.
Marx, K. [1867] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23.
Marx, K. [1871] »Der Bürgerkrieg in Frankreich«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 17.
Marx, K. [1884] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. II, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 24.
Marx, K. [1894] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. III, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 25.
Marx, K. and Engels, F. [1848] »Das kommunistische Manifest«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 4.
Miliband, R. [1969] (1972) *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft: Eine Analyse des westlichen Machtsystems* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).
Miliband, R. (1991) »The State«, in T. Bottomore et al. (eds), *A Dictionary of Marxist Thought* (Oxford: Blackwell).
Morioka, K. (1989) »Japan«, in T. Bottomore and R. Brym (eds), *The Capitalist Class: An International Study* (London: Harvester).
Murray, P. (1988) *Marx's Theory of Scientific Knowledge* (London: Humanities Press).
Ollman, B. (1993) *Dialectical Investigations* (London: Routledge).
Paul, W. (1916) *The State. Its Origin and Function* (Glasgow: Socialist Labour Press).
Picciotto, S. (1991) »The Internationalisation of Capital and the International State System«, in S. Clarke (ed.), *The State Debate* (London: Macmillan).
Pilbeam, K. (1992) *International Finance* (London: Macmillan).
Radice, H. (ed.) (1975) *International Firms and Modern Imperialism* (London: Penguin).
Rosdolsky, R. (1973) *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«*, Bd. 1 (Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt).
Rosewarne, S. (1993) »The Transnationalisation of the State«, paper presented to the CSE Annual Meeting.
Rothschild, E. (1988) »The Real Reagan Economy«, *New York Review of Books* (30 June).
Shinohara, M. (1991) »Japan as a World Economic Power«, *The Annals* (January).
Skocpol, T. (1979) *States and Social Revolutions* (Cambridge: Cambridge University Press).
US Department of Commerce (1975) *Survey of Current Business.*
Wallerstein, I. (1984) *The Politics of the World-Economy* (Cambridge: Cambridge University Press).
Weber, M. (1992) [1918] *Politik als Beruf* (Stuttgart: Reclam).

Das Geld als Kommando – und wie es in der aktuellen Krise unterlaufen wird

Harry Cleaver (in: Bonefeld / Holloway (Hrsg.): Global Capital, National State and the Politics of Money, 1995, Kapitel 7)

Im Laufe von zwanzig Jahren hat sich das Geld in weiten Teilen der Welt zu einer zentralen Achse des Klassenkonflikts entwickelt. Das Kapital hat das Geld gegen die aufständische Kraft der Arbeiterklasse benutzt: zunächst mit der Umstellung von festen auf flexible Wechselkurse Anfang der 70er Jahre, dann mit dem Aufstieg des Monetarismus und der Politik des knappen Geldes und schließlich mit der Schuldenkrise der 80er Jahre. Inzwischen ist es unmöglich geworden, das Geld weiterhin in bloß technischer Weise als »Preismaßstab«, »Zirkulationsmittel«, »Zahlungsmittel« oder »Wertaufbewahrungsmittel« zu betrachten. Es ist auf neue und ungewöhnlich brutale Weise zu einer Herrschaftswaffe geworden. Aber gleichzeitig hat sich, wie wir sehen werden, das monetaristische Geld im Vergleich zum früheren keynesianischen Gebrauch des Geldes als bestenfalls stumpfes und grobes Instrument herausgestellt. Es ist nützlich, um gnadenlos die Reallöhne und den Lebensstandard zu senken und um massive Arbeitslosigkeit und weitverbreitetes Elend zu schaffen. Aber es ist ihm nur begrenzt gelungen, sich in wahrhaft produktives Kapital zu verwandeln. Bisher ist es ihm nicht gelungen, einen neuen Akkumulationszyklus zu organisieren. Und das liegt, wie wir sehen werden, daran, daß es auf zwei verschiedene Weisen unterlaufen wird: einmal aus dem Kapital selbst heraus, wo das Geld eher zur Umverteilung als zur Schaffung von Mehrwert genutzt wird, und zum anderen aus der Arbeiterklasse, die das Geld in einen nicht-kapitalistischen Gebrauch umleitet und damit die Grundlagen der kapitalistischen Akkumulation angreift.

Im folgenden werde ich vier Argumente skizzieren: erstens, daß in der marxistischen Theorie das Geld im Kapitalismus die Verkörperung von Klassenmacht ist; zweitens, daß in der Ära des keynesianischen Staates das Geld beim kapitalistischen Management der Klassenbeziehungen sowohl national als auch international eine grundlegende Rolle spielte; drittens, daß der Kampfzyklus der Arbeiterklasse, der diese Ära beendet hat, teilweise den keynesianischen Gebrauchs des Geldes ausgehöhlt hat; und viertens, daß in der aktuellen Phase des kapitalistischen Gegenangriffs der Einsatz von Geld als Waffe seine wichtigsten Ziele nicht erreicht hat.

Die marxistische Theorie vom Geld als Kommando

Marx beginnt seine Analyse des Geldes mit den Rollen, die es in der kapitalistischen Gesellschaft spielt; er beendet sie mit einem Verständnis der verschiedenen Rollen des Geldes in der Dynamik des Klassenkampfs. Die Unterordnung des Geldes als Mittel des Tauschs (W-G-W) unter das Geld als Zweck (G-W-G) ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Was aber bedeutet es, daß Geld zum Zweck wird? Wenn wir bei der rein quantitativen Anhäufung von Geld (Profit) stehenbleiben, fallen wir einem Fetischismus zum Opfer. Marx zeigt uns gerade, daß die wesentliche gesellschaftliche Rolle des Geldes im Kapitalismus im Kommando über das Leben der Menschen als Arbeit besteht. Die »Kapitalisten« sind nicht einfach die Reichen, die Luxus konsumieren – das tat der vorkapitalistische Landadel. Sie sind nicht einfach Händler, die kaufen und verkaufen, um Profit zu machen – solche Leute hat es seit den Sumerern gegeben. Sie sind eine neue Sorte von Ausbeutern, die ihr Geld benutzen, um Menschen zum Arbeiten zu bringen, wobei die Produktion von Gebrauchswerten lediglich das notwendige Mittel zum Zweck der Organisierung der Gesellschaft um die endlose Arbeit herum ist. Ja, diese Arbeit produziert immer mehr Wert und Mehrwert (vom Geld her gesehen: Profit), aber dieser Mehrwert ist (als Kapital) nur das Mittel, um die Leute, oftmals mehr Leute, wieder zum Arbeiten zu bringen. Wie Marx immer wieder betonte, ist das Kapital ein soziales Verhältnis – ein antagonistisches Verhältnis der Durchsetzung der Arbeit und des Widerstandes gegen sie. Deshalb erhoben sich historisch die Kapitalisten gegen die Muße und den Konsum sowohl der Landaristokratie als auch der arbeitenden Klassen und hißten stattdessen das Banner der Genügsamkeit, der Investition und der Arbeit.

Das ist das Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation: die Erschaffung einer neuen Klassenstruktur, in der die eine Klasse (die Kapitalisten) das Geld benutzt, um die andere (die »arbeitende« Klasse) zum Arbeiten zu bringen. Im Verlauf dieser Geschichte wurden Land und Werkzeuge der Mehrheit weggenommen und in den Händen der neuen herrschenden Klasse konzentriert, die sie benutzt, um das Leben dieser Mehrheit der Arbeit zu unterwerfen. Wie Marx und andere nach ihm gezeigt haben, war diese Unterwerfung alles andere als einfach, da sich die meisten Leute äußerst hartnäckig dagegen wehrten, nun unter schweren Ausbeutungsbedingungen für andere arbeiten zu müssen. Dieser weitverbreitete Widerstand wurde ebenso vielfältig wie die Umstände, unter denen die Arbeit durchgesetzt wurde. Um diesen Widerstand zu überwinden, brauchte es die kapitalistische Kontrolle über zwei miteinander verbundene Institutionen: *das Geld* und *den Staat*.

Die Zentralität des Geldes in den neuen Klassenverhältnissen war genau die

Zentralität des Kommandos. Die Schaffung der Arbeiterklasse bestand zuerst und vor allem darin, das (kapitalistisch kontrollierte) Geld als Vermittlung zwischen den Menschen und den Subsistenzmitteln durchzusetzen. Die Enteignung von Land und Werkzeugen machte es den Menschen unmöglich, unabhängig zu leben. Aber die Durchsetzung des Geldlohns und des Geldpreises war notwendig, um die Menschen zu zwingen, für das Kapital zu arbeiten. Diese Durchsetzung setzte vor allem neue Gewalten eines neuen kapitalistischen Staates voraus: die Kontrolle über die Herstellung und Regulierung des Geldes und die Polizeigewalt, um der Gesellschaft das Geld als universelles Maß und universellen Vermittler aufzuzwingen. Daher war die »Blutgesetzgebung« gegen die Enteigneten – die mit Peitsche, Brandeisen und Galgen durchgeführt wurde – vor allem die Durchsetzung von Geldbeziehungen: das Geld wurde zum einzigen Subsistenzmittel, und die Verfügung über Geld wurde davon abhängig, daß man sein eigenes Leben als Arbeitskraft verkaufte. Die zahlreichen und weitverbreiteten Versuche, unabhängig zu werden – von der Rücknahme des Landes (z.B. die Diggers) über die direkte Aneignung von Reichtum (z.B. betteln und »stehlen«) bis hin zu offener Rebellion (z.B. die Erhebung von 1745 in den schottischen Highlands) –, mußten hart und gründlich unterdrückt werden, um die neuen monetären Regeln des kapitalistischen Spieles durchzusetzen[1]. Die Herrschaft des Kapitals war eine Herrschaft des Geldes, und wie Peter Linebaugh kürzlich gezeigt hat, war eine neue »Thanatokratie« (»Todesherrschaft«) nötig, um sie durchzusetzen[2]. »Wenn das Geld, nach Augier, ›mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt‹, so das Kapital (die kapitalistische Nutzung des Geldes) von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend«.[3] Gleichzeitig beinhaltete die Durchsetzung des Geldes – ebenso wie alle anderen Herrschaftsmechanismen – ein ständiges Risiko: nämlich daß die Arbeiterklasse es für ihre Zwecke nutzen würde. Damit meine ich nicht einfach, daß das Geld für die Subsistenzmittel ausgegeben wird; das ist an sich völlig im Sinne des Kapitals, solange es dabei lediglich um die Reproduktion der Arbeitskraft geht. Wir müssen aber feststellen, daß es in dieser Rolle des Geldes nur einen begrenzten Automatismus gibt. Die Arbeiterklasse muß ihren Lohn ausgeben, um sich zu reproduzieren, und solange das Kapital weiter die Arbeit durchsetzen kann, wird die Konsumtion unvermeidlich Arbeitskraft reproduzieren, zumindest bis zu einem gewissen Grad. Gleichzeitig haben die Arbeiter jedoch auch bewiesen, daß sie ziemlich gut in der Lage sind, Geld für

---

[1] Zur Rolle des Geldes bei der »Zivilisierung« der schottischen Highlands nach dem Aufstand von 1745 und zu dem Beitrag, den David Hume dazu leistete, siehe Caffentzis (1992).

[2] Linebaugh (1992).

[3] Marx (1867, S. 788).

Zwecke einzusetzen, die einer solchen Reproduktion zuwiderlaufen. Offensichtlich ist es da, wo ArbeiterInnen Geld benutzt haben, um ihre Kämpfe gegen das Kapital zu finanzieren: von Streikkassen und Waffen bis zur regelmäßigen Vermeidung der Arbeit, wenn das Geldeinkommen dazu ausreicht.[4] Über dieses rein negative Unterlaufen des Geldes hinaus geht die Nutzung des Geldes durch die ArbeiterInnen, um ihre eigenen kreativen Formen der Selbsttätigkeit zu finanzieren, mit denen sie anderen Lebensweisen nachgehen als dem Kapital – von Neuerungen in traditionellen kulturellen Aktivitäten bis zur Entwicklung neuer Formen kommunistischer sozialer Beziehungen[5]. So oder so muß man sich natürlich von Fall zu Fall genau ansehen, inwieweit das Geld wirklich unterlaufen worden ist, da die Nutzbarmachung des Klassenkampfs den Motor der kapitalistischen Entwicklung selbst darstellt. Trotzdem ist das Kapital niemals von vornherein in der Lage, bestimmte Formen des Kampfes der Arbeiterklasse zu begrenzen und zu reintegrieren, und wie wir wissen, war es oft nicht in der Lage dazu, so daß dem Kapital nur der Ausweg blieb, die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse offen zu unterdrücken. Es geht nur darum, daß die Durchsetzung des Geldes als universellem Vermittler von Anfang an bis heute ein solches Potential der Unterlaufung durch die Arbeiterklasse mit sich brachte, wie ich es beschrieben habe.

Nach der ursprünglichen Durchsetzung des Geldes und seiner Rolle als Werkzeug kapitalistischer Herrschaft ging es darum, diese Beziehungen im Verlauf des Akkumulationsprozesses aufrechtzuerhalten und anzupassen. Obwohl die Arbeiterklasse angeblich subtil über »Marktzwänge« kontrolliert wird – im Gegensatz zu den nackten Gewaltverhältnissen, die angeblich in früheren Gesellschaften geherrscht haben –, war der Widerstand der Arbeiterklasse so groß, daß das Kapital nie auf die – direkte wie indirekte – Macht des Staates verzichten konnte. Stets mußte das Verhalten der Arbeiterklasse polizeilich kontrolliert

---

[4] Die Vermeidung der Arbeit kann die Form von regelmäßigem wöchentlichen Fehlen am Lohnarbeitsplatz annehmen, wie es Ende der 60er Jahre äußerst verbreitet war. Es kann auch die Form von nur zeitweiliger Lohnarbeit annehmen, wenn das dabei verdiente Geld ausreicht, um anschließend eine Zeitlang frei vom Arbeitsmarkt durchkommen. In der traditionellen Familie, wo einige (gewöhnlich Männer) für einen Lohn arbeiten und andere (gewöhnlich Frauen und Kinder) nicht, gelingt es denjenigen, die die unentlohnte Arbeit machen, unter Umständen, einen ausreichenden Teil des Lohns in arbeitssparende Anwendungen zu kanalisieren (vom Kauf einer Waschmaschine bis zum Essen gehen). Ähnliche Erscheinungen gibt es bei anderen Einkommensformen neben dem Lohn wie dem Markteinkommen von Bauern oder der Arbeitslosenversicherung – die beide unter Umständen ausreichen, um relativ lange um die Arbeit fürs Kapital herumzukommen.

[5] Solche Projekte der Selbstverwertung bedeuten durch ihr bloßes Anderssein gegenüber dem Kapital gleichzeitig seine Negation. Mir geht es hier darum, Kampfprojekte, die einfach Widerstand gegen die kapitalistische Herrschaft leisten oder sie angreifen, von solchen zu unterscheiden, die versuchen, neue Grundlagen für eine gesellschaftliche Entwicklung jenseits des Kapitals zu schaffen.

werden: von der Verhinderung von Sabotage, Streiks und »Riots« der Industriearbeiter über die polizeiliche Überwachung des nichtangepaßten, nichtentlohnten Lumpenproletariats bis zur militärischen Niederschlagung von aufständischen Bauern und Plantagenarbeitern in den Kolonien. Immer wieder wurde die Rolle des Geldes bedroht, was staatliches Handeln notwendig machte: von der direkten Regulierung des Vermittlers selbst bis hin zur Steuerung des Geldflusses.

Deshalb mußte die Rolle des Staates bei der Herstellung und Steuerung des Geldes erhalten und sogar erweitert werden: von der Prägung metallener Münzen über das Bedrucken von Papier bis hin zur Regulierung der Bankreserven und zur Finanzpolitik (Steuern und Ausgaben). Die Entwicklung einer solchen staatlichen Politik und die philosophischen und politisch-ökonomischen Debatten darüber stellen eine lange Geschichte von Versuchen dar, die beste Methode zu finden, wie sich das Geld als wesentliches Moment kapitalistischer Klassenbeziehungen durchsetzen läßt. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es dabei zwei große Hindernisse: erstens bei den Kapitalisten selbst einen Geld-Fetischismus, der wesentlichere gesellschaftliche Beziehungen verdeckt, und zweitens die auf dem Antagonismus beruhende Macht der Arbeiterklasse, das Geld vom kapitalistischen Kommando zu trennen und es für autonome Zwecke zu nutzen.

In der klassischen politischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts nahm der Kampf gegen das erste Hindernis, den Geld-Fetischismus, die Form eines Angriffs auf die verschiedenen Richtungen merkantilistischen Denkens und merkantilistischer Politik an, die das Geld in seiner Gold- oder Silber-Form als die wesentliche, in erster Linie durch Handel zu erreichende Form des Reichtums ansahen. Obwohl ein gewisser Fetischismus in Form von Spielarten von Humes und Lockes Quantitätstheorie überlebte, brachen die klassischen Ökonomen dem Geld-Fetischismus das Rückgrat, indem sie wieder zeigten, daß die Arbeit die Quelle des Reichtums darstellt, speziell die industrielle Arbeit, die Waren für den Markt produziert. Ihre Arbeitswerttheorie drückte deshalb die grundlegendste Charakteristik der kapitalistischen Gesellschaft aus (die Zentralität der Unterordnung des Lebens unter die Arbeit) und fand im Arbeitswert das Maß allen Reichtums. Über Steuart und Smith bis Ricardo entwickelte sich daher schließlich die Einsicht, daß das Geld keine selbständige Macht ist, sondern von diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgebracht wird. Marx erarbeitete schließlich eine Theorie dieser Beziehungen, die ihren ausbeuterischen Charakter von Klassenherrschaft und Kampf betonte. Diese intellektuellen Bemühungen gegen das »monetäre System« dienten nicht nur zur Unterfütterung aller möglichen politischen Aktivitäten, die industrielle Investitionen und Entwicklung fördern sollten (z.B. die Abschaffung der Corn Laws), sondern auch zur Begründung einer neuen Politik, in der das Geld, vor allem das Wachstum und die Regulierung des Bankgeldes (Banknoten und Kredit), direkt vom Staat gesteuert werden sollte. Ricardos Arbeiten über das Geld, dienten z.B. dazu, Sir

Robert Peels Bankgesetze von 1844 und 1845 zu rechtfertigen und die Wirksamkeit der nicht ganz so unsichtbaren Hand des Goldstandards zu begründen[6].

In den Kämpfen des 17. und 18. Jahrhunderts gegen das zweite große Hindernis für die kapitalistische Nutzung des Geldes – die Arbeiterklasse – ging es abgesehen von den von mir bereits beschriebenen Maßnahmen zur Durchsetzung immer universellerer Geldbeziehungen um die Durchsetzung eines einheitlichen Geldstandards und seine Verteidigung gegen »Verschlechterung«. Der Staat konnte einen solchen Standard zwar rein physisch durch die Prägung von Münzen und später durch das Drucken von Geld schaffen, aber es war wesentlich schwieriger, ihn auch gesellschaftlich einzuführen und aufrechtzuerhalten. Erstens, weil Geld schon früh in einer Vielzahl von – offiziellen wie privaten – Formen zirkulierte und erst durch den einheitlichen, staatlich sanktionierten Standard ersetzt werden mußte. Das war sogar nach der Einführung des Papiergeldes noch der Fall, als z.B. im Schottland des 18. Jahrhunderts lokale Autoritäten Geld herausgeben konnten, je nachdem, welchen Zwängen sie sich gerade ausgesetzt sahen, von der Zahlung von Löhnen bis zur Vermeidung von Straßenraub.[7] Zweitens, weil die verbreiteten Widerstandsformen wie Münzschneiden, Fälschen und Schmuggel unterdrückt werden mußten. Eine solche Periode des Konflikts zwischen dem Staat und den weitverbreiteten und größtenteils unsichtbaren »Münzverschlechterern« der Währung waren die 1790er Jahre, als John Locke sowohl seine Geldtheorie als auch den Verfolgungsapparat des Münzamtes mobilisierte, um die Währung zu verteidigen. Mithilfe einer Kombination aus Aufhängen und Münzneuprägungen stellte er die Macht des Geldes wieder her und verteidigte die Macht des Staates.[8]

Eine zweite Anwendung der Geld- und Wirtschaftstheorie, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu überwinden, betraf die Arbeitslosen und ihre Beziehung zu den Entlohnten. Ob Geld ausgegeben wurde (als Armengeld und im Arbeitshaus) oder ob Geld zurückgehalten wurde (die Abschaffung der Armengesetze, die Begrenzung der Löhne), das Ziel war das gleiche: die Aufrechterhaltung eines ökonomischen Zwangs, der groß genug war, um die ArbeiterInnen in den Arbeitsmarkt und in die Arbeit selbst zu zwingen. Mit so unver-

---

[6] Marx' Analyse dieser Entwicklung findet sich in verschiedenen zwischen 1857 und 1858 veröffentlichten Artikeln zu den Finanzproblemen in England und in Kapitel 2, Teil C von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (Marx 1859).

[7] Linebaugh (1992), S. 210-213. Wie Caffentzis (1992) zeigt, bestand Humes Lösung für diese Probleme darin, einen einzigen und metallischen Währungsstandard einzuführen – nicht aus irgendeinem Goldfetischismus heraus, sondern als Mittel zur Durchsetzung von Währungsdisziplin.

[8] Diese Geschichte wird vom Klassenstandpunkt aus neu untersucht und interpretiert bei Caffentzis (1989).

schämten Argumenten wie denen von Malthus forderten die politischen Ökonomen, die Löhne auf die puren Subsistenzkosten zu begrenzen und mithilfe von Armut und Elend die Arbeit zu sichern. Den ArbeiterInnen mußte wohl Geld für ihre eigene Reproduktion überlassen werden, aber zuviel Geld würde nur dazu führen, daß die ArbeiterInnen sich gehen ließen und weniger arbeiteten und daß es letztenendes mehr ArbeiterInnen gäbe, deren Konkurrenz um Arbeitsplätze die Löhne wieder auf ein Subsistenzniveau zwingen würde. Die Angst davor, daß die Arbeiterklasse die Macht des Geldes unterlaufen und für ihre eigenen Zwecke benutzen könnte, ist in dieser Argumentation fast explizit.[9]

Marx beschritt in seiner Analyse des Geldes zwei Wege: eine gründliche Kritik früherer Autoren und Politiker und eine fortlaufende Untersuchung der Klassendynamik des Geldes im 19. Jahrhundert. So ging er von der Lektüre und der Kritik von Hume, Locke, Steuart, Smith und Ricardo zu aktuellen Konflikten um die Geld- und Finanzproblematik über. Er stellte nicht nur eine theoretische Analyse darüber an, welche Rolle das Geld als Kommando im Kapitalismus allgemein spielte, sondern er untersuchte auch detailliert eine Reihe besonderer monetärer Erscheinungen.

Eine der ersten (und im Licht der aktuellen Schuldenkrise interessantesten) Analysen offenbarte, wie die revolutionäre französische Regierung 1848 ihre Schulden gegen die Pariser Arbeiterklasse benutzte. Er zeigte, wie die Anerkennung der vorrevolutionären Staatsschuld an die französischen Bankiers zu einem Werkzeug der Spaltung zwischen Bauern und Arbeitern wurde, indem die Steuern für die ersten erhöht wurden, während den zweiten die Verantwortung dafür zugeschoben wurde – eine Strategie die es erlaubte, die Arbeiter innerhalb weniger Monate niederzuschlagen.[10]

Marx erkannte und untersuchte außerdem einige der Hindernisse bei der erfolgreichen Verwendung des Geldes in der Akkumulation, die auch den Apologeten des Kapitals Sorgen machten. Er studierte z.B. genau die Entwicklung des kapitalistischen Finanzwesens – den Aufstieg des Banksystems und der Börse – und die Probleme, die sich dem Staat bei seinen Regulierungsversuchen auftaten. Seine Sicht der Rolle, die die Banken und die öffentliche Verschuldung in der ursprünglichen Akkumulation spielten, nämlich das für kapitalistische Investitionen notwendige Geld durch zinstragende Kredite an den Staat zu zentralisieren, die aus Steuergeldern zurückgezahlt wurden, erschien unproblematisch. Aber seine Untersuchungen über die Crédit-Mobilier-Affäre zeigten,

---

[9] »Es gibt nichts Häufigeres«, sorgte sich Defoe, »als daß ein Engländer arbeitet, bis er die Tasche voller Geld hat, um sich sodann dem Müßiggang hinzugeben«. Zitiert bei Linebaugh (1992, S. 54).

[10] Diese Darstellung findet sich in Marx' Schrift *Die Klassenkämpfe in Frankreich*. Eine ausführliche Analyse findet sich bei Ricciardi (1985).

daß dem überhaupt nicht so war.[11] Im Gegenteil zeigte Marx an dieser ersten französischen »Investmentbank« ebenso wie in seinen Arbeiten über die Börse, wie die zeitliche und örtliche Trennung finanzieller Transaktionen von echten Investitionen in den Bau von Fabriken und in die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einem neuen Fetischismus führte: Spekulation auf fiktives Kapital mit dem Hauptziel finanzieller Bereicherung. Crédit Mobilier behauptete zwar, die Rolle des finanziellen Vermittlers zu spielen, nämlich das Geld zu zentralisieren, um es für die Großinvestitionen anderer (z.B. der Eisenbahnen) zur Verfügung zu stellen, aber seine Gründer und Manager betrieben in Wirklichkeit finanzielle Spekulationsspiele, um ihre eigenen Aktien aufzuwerten und sich persönlich zu bereichern. Die gleiche Art fetischistischer Jagd nach dem Geld um des Geldes willen war im 19. Jahrhundert auf allen Finanzmärkten verbreitet, und Marx' Analyse der Dynamik hinter solchen Spekulationen zeigte, wie die Spekulation ganz allgemein zur Destabilisierung und Krise des Kapitalismus beitrug.

Parallel zu seiner Arbeit über den Bereich der »privaten« Finanzen untersuchte Marx die offizielle staatliche Geld- und Finanzpolitik. Neben seinen relativ begrenzten Untersuchungen über die mit öffentlicher Verschuldung, Steuern und Staatsausgaben zusammenhängenden Geldflüsse sollten wir uns seine ausführlicheren Arbeiten über die erfolglosen Versuche des englischen Staates ansehen, über den Goldstandard konstruktiv in die Geldzirkulation einzugreifen. Wie oben festgestellt, stellten Ricardos Arbeiten zum Geld die Grundlage für Peels Bankgesetze dar, mit denen die Disziplin des Münzflußmechanismus in den englischen Binnenfinanzen durchgesetzt werden sollte. Die Bankgesetze sollten die Geldmenge und ihre Bewegung an die Edelmetallmenge und ihre Bewegung binden. Marx zeigte die theoretischen Fehler, die dieser Doktrin zugrundelagen (z.B. daß die zirkulierende Geldmenge vom Wert der Waren abhängt und nicht von den Bankreserven) und ihre praktische Unmöglichkeit, die sich in jeder Krise bewies, wenn nämlich die Bankgesetze außer Kraft gesetzt wurden, um die dringende Nachfrage nach Geld zu befriedigen und den Bankrott der Bank of England zu verhindern. Darüberhinaus führte seine Arbeit über die allgemeinere Geschichte und Theorie der Krise Marx zu der Ansicht, daß solche Booms und Kräche krasser Ausdruck der zugrundeliegenden industriellen Basis waren, deren Instabilität nicht in Geldproblemen sondern vielmehr in Klassenkonflikten wurzelte. Marx zeigte also,

---

[11] Marx' Kommentar zur Rolle der Banken in der ursprünglichen Akkumulation findet sich im ersten Band des *Kapital* im 24. Kapitel über die »Genesis des industriellen Kapitalisten« (Marx 1867, S. 777ff). Seine Schriften über den Crédit Mobilier bestehen hauptsächlich aus Ende 1857 geschriebenen Zeitungsartikeln, die sich zum größten Teil in MEW 12 finden. Die Bedeutung dieser Schriften für Marx' Analyse des kapitalistischen Finanzwesens unterstreicht Riccardi (1985, Kap. 5); siehe auch Bologna (1993).

daß der englische Staat nur begrenzte Macht besaß, ein nur scheinbar von seiner Klassenbasis abgelöstes Finanzsystem direkt zu regulieren.

Was die Hindernisse angeht, die die Arbeiterklasse der kapitalistischen Verwendung des Geldes setzte, so lieferte Marx nicht nur eine Theorie der Arbeiterklasse als autonomem und zunehmend revolutionärem Subjekt, sondern auch Elemente einer Theorie des Lohnes als Ausdruck nicht der Ausbeutung, sondern der Klassenmacht. In seiner eigenen politischen Arbeit zeigte sich diese Einschätzung in seiner Unterstützung der Lohnkämpfe gegen Weston.[12] Die Arbeiter müßten für höhere Löhne kämpfen und sich gegen Lohnsenkungen wehren, meinte er, um schließlich die Kraft zu entwickeln, das System umzustürzen. Außerdem zeigte sich in seiner Formulierung des Kreislaufs, in dem die Arbeiterklasse Geld erwirbt und ausgibt (Arbeitskraft-Geld-Kapital) eine Sichtweise, nach der vom Standpunkt der ArbeiterInnen (im Gegensatz zum Standpunkt des Kapitals) das Geld zum Leben durch Konsum diente (im Gegensatz zur Reproduktion des Lebens als Arbeitskraft).[13] Dennoch wurde in seinen Arbeiten ebenso klar, daß er reale kurzzeitige Grenzen für Lohnkämpfe sah (z.B. in der Fähigkeit des Kapitals, auf fallende Profite mit einem Investitionsstreik zu antworten).[14] Tatsächlich betonte er auch in seinem anderen wohlbekannten Streit mit anderen Linken über die Politik des Geldes, daß die Arbeiterklasse das Geld nur begrenzt in ihrem eigenen Interesse nutzen könne. Diese zweite Debatte führte er mit Proudhon und seinen Anhängern über die Idee einer Volksbank. Sie meinten, wenn die Arbeiter einen immer größer werdenden Teil des Geldes übernähmen und kontrollierten, könnten sie die kapitalistische Macht untergraben und gleichzeitig eine andere, eigene Gesellschaftsordnung aufbauen. Marx lehnte dieses Schema als illusorisch ab und wies darauf hin, daß keine Manipulation des Geldes die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse (speziell die Durchsetzung der Klassenherrschaft durch die Arbeit) beseitigen könnte und daß diese direkt beseitigt werden müßten.[15] Neben diesen Momenten der Argu

---

[12] Und zwar in der Rede vor Arbeitern 1865 (*Lohn, Preis und Profit*), mit der Marx die Argumente des Owenianers John Weston gegen Lohnkämpfe widerlegen wollte (Marx 1865).

[13] *Das Kapital*, 2. Band, 1. Kapitel (Marx 1884).

[14] Neben seinen Kommentaren in *Lohn, Preis und Profit* (Marx 1865) beschäftigt er sich damit auch im ersten Band des *Kapital* (Marx 1867), wo es um Löhne im Zusammenhang mit dem Wirtschaftszyklus geht.

[15] Siehe das Kapitel über das Geld in den *Grundrissen* (Marx 1857). Angesichts seiner Argumentation gegen Weston hätte Marx ein bißchen großzügiger gegenüber Proudhon sein können – d.h. wenn er nicht so sehr mit dem politischen Kampf gegen ihn beschäftigt gewesen wäre. Ein leichterer Zugang zu Krediten für die Arbeiterklasse würde den Kapitalismus zwar genauso wenig zu Fall bringen wie höhere Löhne, aber Marx hätte durchaus erkennen können, daß mehr Kredite genauso wie mehr Löhne und der Kampf für Kredite genauso wie der Kampf für Löhne durchaus positiv zur

mentation blieb jedoch noch eine Menge in seiner Theorie zu entwickeln, und es sollte eine Generation von Kämpfen dauern, um deutlich zu machen und zu entwickeln, was es sonst noch bedeuten kann, daß die Arbeiterklasse das Geld gegen das Kapital benutzt.[16]

Ich will diese Elemente von Marx' Analyse des Klassencharakters des Geldes zunächst nutzen, um eine spätere Periode zu analysieren, nämlich den sogenannten Keynesianismus oder Fordismus, der der heutigen Krise direkt vorausging.

Geld in der keynesianischen Ära

Die theoretische Kritik und sorgfältige historische Untersuchung von Marx haben zwar in aller Deutlichkeit vorgeführt, wie unbeholfen die Versuche der Bank of England waren, das Anwachsen des zirkulierenden Geldes und damit den Rhythmus der Entwicklung zu steuern, aber diese Kritik kann nur ein Ausgangspunkt sein, um die sehr viel ausgefeilteren Bemühungen des keynesianischen Staates zu verstehen, zuerst in seiner amerikanischen und dann in seinen weltweiten Ausprägungen. Es stimmt, daß der keynesianische Staat aus der Asche des großen Krachs von 1929 gestiegen war, hinter dem zum Teil genau die spekulativen Geldfieber gestanden hatten, die Marx in den 1850er Jahren entdeckt hatte, zum Teil auch andere Krisenursachen, die Marx ebenfalls in der Klassendynamik der kapitalistischen Entwicklung verortet hatte. Andererseits standen dem keynesianischen Staat viel mächtigere Instrumente zur Steuerung der Geldflüsse zur Verfügung. Wir können uns leicht vorstellen, wie zufrieden Marx über das Schauspiel des großen Krachs und der anschließenden kontraproduktiven Geldpolitik und über die darauffolgende Explosion der Arbeiterkämpfe gewesen wäre, aber mit Sicherheit hätte er sich gut überlegen müssen, was er von den von Keynes vorgeschlagenen neuen Arten der monetären Manipulation hielt, die im Fahrwasser seiner *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* in die Praxis umgesetzt wurden.

Marx' Analyse des Geldes hat gezeigt, daß im Zentrum aller tatsächlichen

---

Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse beitragen kann, wenn er in nicht-utopischer Weise betrieben wird.

[16] Das war die Generation der 60er und 70er Jahre in Italien, die sich in den Kämpfen der Massenarbeiter entwickelte und sich dann über sie hinaus auf die unentlohnte und teilweise entlohnten StudentInnen, Hausfrauen und Bauern ausweitete. Theoretisch gesagt entwickelte sich die marxistische Lohntheorie folgendermaßen: Während es zunächst vor allem um die politische Autonomie der Forderungen der Arbeiterklasse ging, wurden zunehmend Projekte praktischer Selbstverwertung anerkannt, die mit Geld »finanziert« wurden, das zunehmend von der kapitalistischen Arbeit getrennt wurde.

und denkbaren Rollen, die das Geld spielt, immer das Klassenmachtverhältnis der jeweiligen Zeit steht. In der hier behandelten Zeit, der großen Depression nach dem großen Krach, änderten sich diese Kräfteverhältnisse ganz epochal. Auf der materiellen Grundlage, die Frederick Taylor und Henry Ford (durch die Entwicklung der Massenproduktion) und die IWW (durch die breite Organisierung ungelernter Arbeiter) zehn Jahre zuvor völlig reorganisiert hatten, breitete sich eine vollkommen neue Struktur der Arbeitermacht aus: die Macht der Fabrik-Massenarbeiter, Tarifverhandlungen und eine neue Art von Industriegewerkschaften durchzusetzen, verbunden mit der gesellschaftlichen Macht, Vollbeschäftigung, steigende Löhne, Sozialversicherungen, Arbeitslosengeld und andere Säulen eines neuen »Wohlfahrts«-Staates durchzusetzen. Die Arbeiter wollten wirklich »neue Karten« [a truly »new deal«], und nur die staatlichen Institutionen auf Bundesebene hatten die Macht, darauf zu reagieren. Im Zentrum der keynesianischen Theorie und anschließend der Politik des kapitalistischen Staates stand die Einsicht in die Notwendigkeit, auf diese Forderung entschlossen und kreativ zu reagieren.[17] Die Reaktion erfolgte über das Geld.

Trotz der üblichen Teilung der keynesianischen Politik in »Währungs«- und »Finanzpolitik« dürfen wir nicht übersehen, daß zu beiden eine hochentwickelte Manipulation des Klasseninhaltes der Geldflüsse gehört. In beiden Fällen war die grundlegende keynesianische Antwort auf die Stagnation während der großen Depression dieselbe: eine Ausweitung des Geldflusses zu erlauben und anzuregen, um nicht nur die Ausgaben, sondern auch Investitionen, Beschäftigung und Produktion anzuregen.

Auf der Währungsseite konnte die keynesianische Politik auf den institutionellen Strukturen aufbauen, die als Reaktion auf die von Marx analysierten Arten von destabilisierender Spekulation entstanden waren. Als Antwort auf die wiederkehrenden Wellen von Finanzspekulation, Bankenpanik und Zusammenbrüchen (und auf die populistischen Forderungen nach einer Regulation des Bankwesens) im 19. Jahrhundert wurde 1913 das Federal Reserve System geschaffen, um die Praxis der Banken durch die Regulierung der Reserven und eine flexiblere Ausgabe von Banknoten zu stabilisieren. Als Antwort auf den (zum großen Teil durch Bankkredite finanzierten) spekulativen Börsen-Boom, der Mitte der 20er Jahre begann und 1929 zusammenbrach, und die daraus resultierenden tausenden von Bankenpleiten und auf die Machtlosigkeit der Federal Reserve, den Zusammenbruch zu verhindern, wurden neue Finanzgesetze erlassen, um in Zukunft die Spekulation zu dämpfen und finanzielle Instabilität zu verhindern. Das Federal Reserve System bekam die Macht, die Rücklageanforderungen zu erhöhen oder zu senken (und damit den Umfang der

---

[17] Klassisch wird diese Interpretation bei Negri (1968) vertreten.

Bankkredite zu steuern). Der Kapitalmarkt wurde von der Fed [Federal Reserve Bank] und einer neuen Securities and Exchange Commission [Wertpapier- und Börsenkommission] reguliert. Die Federal Deposit Insurance Corporation [Bundesanlagenversicherungsgesellschaft] wurde gegründet, um die Bank-Sichteinlagen – die schon lange den größten Teil des Geldangebotes ausmachten – zu versichern und eine strenge Politik der Bankenüberprüfung umzusetzen. Diese Maßnahmen, führten zusammen mit einer Vielzahl neuer Bundeskredite wie etwa von der Federal Housing Administration [für den Eigenheimbau], dazu, daß das Bankensystem leichter an Geld herankam und daß die Zinsen so stark sanken, daß Geld eher für Realinvestitionen als für spekulative Investitionen verfügbar wurde. Es dauerte nicht lange, bis steigende Einkommen der Arbeiterklasse zu einer weiteren Veränderung kapitalistischer Finanzen führten: Verbraucher-Kredite fanden weite Verbreitung, Einzelhandels- und Bankkredite wurden vergeben, die allgegenwärtigen Nutzung der Kreditkarte weitete sich aus.

Diese neuen Mächte und Einschränkungen gegen die fetischistische Jagd nach Profit ohne Rücksicht auf reale Investitionen waren so wichtig, daß die spekulativen finanziellen Instabilitäten, die das gesamte 19. und die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts charakterisiert hatte, praktisch verschwanden. In der Periode des keynesianischen Staates ging es der »Währungs«-Politik (d.h. den Aktivitäten der Fed zur Regulierung der Banken und der Geldflüsse) nicht in erster Linie darum, Spekulation oder Panik zu verhindern, sondern darum, durch niedrige Zinsen, Vollbeschäftigung und Steuerung des Preisniveaus dafür zu sorgen, daß die Akkumulation finanziert wurde. Der Erfolg dieser Politik zeigte sich teilweise in hohen Firmenprofiten, die eine neue Ära von eigenfinanzierten Investitionen bei historisch niedrigen Fremdkapitalanteilen ermöglichten.[18] Auf der Haushaltsseite bestand die keynesianische Politik zusammengenommen darin, durch die Ausweitung der Bundesausgaben, die Begrenzung der Steuern und, wenn nötig, die Finanzierung von Defiziten die Akkumulation anzukurbeln.[19] Genauer betrachtet war der keynesianische Haushalt so strukturiert, daß sowohl der Konsum gefördert wurde (von der Sozialversicherung und

---

[18] Dieser Übergang wurde von den sozialistischen Ökonomen Baran und Sweezy als endgültiger Übergang zur Ära des »Monopolkapitals« und Ende der vorherigen Ära des »Finanzkapitals« verkündet. Siehe Baran und Sweezy (1964), wo die Analyse eher auf der neoklassischen Firmentheorie und der keynesianischen Makroökonomie als auf der marxistischen Theorie beruht.

[19] Die Konzentration des Geldes in den Händen der Kapitalisten über öffentliche Schulden und Steuern, die Marx in der Phase der ursprünglichen Akkumulation beobachtet hatte, war schon lange zum integralen Teil der laufenden Akkumulationsmuster geworden. Die neu eingerichtete Fed hatte diesen Prozeß schon während des Ersten Weltkrieges beschleunigt und machte in der keynesianischen Zeit weiter damit.

der Sozialhilfe über die Anerkennung der Gewerkschaften bis hin zur progressiven Einkommenssteuer) als auch die Ausgaben ausgeweitet wurden, die die Investitionen förderten und die Produktivität steigerten (von der etablierten Förderung von Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft über die direkte Unterstützung neuer Kalter-Kriegs-Industrien und die Entwicklung ganzer neuer Technologien bis hin zur Investition in »Humankapital«).

Von der Klasse her gesehen erforderte die keynesianische Kontrolle des Geldes eine »Feinabstimmung«: Im Kern der Ausweitung der Gesamtnachfrage stand der Kampf der Arbeiterklasse um höhere Löhne und Sozialleistungen. Keynes hatte akzeptiert, daß sich die Löhne ab jetzt nach oben entwickeln würden, und die Politiker unterstützten ab Roosevelt die Veränderungen, die diesen Prozeß scheinbar institutionalisierten. Aber diese Steigerungen mußten im Rahmen des Anstiegs der Produktionskapazitäten bleiben. Die Bindung der Lohnsteigerungen an die Steigerung der Produktivität sollte die Lohnkämpfe vor den Wagen der Entwicklung des kapitalistischen Systems als Ganzes spannen – eine Institutionalisierung des relativen Mehrwerts. Wenn das Gleichgewicht nicht mehr stimmte, konnten Währungs- und Haushaltspolitik zusammengenommen entweder die Geldmenge ausweiten und damit eine kleine Inflation auslösen, um die Reallöhne im Rahmen der Produktivitätssteigerung zu halten, oder die Geldmenge verringern, um die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und somit das Anwachsen der Nominallöhne zu verlangsamen.

Auf der Mikro-Ebene bedeutete das formale »Produktivitäts-Deals« in gewerkschaftlich verhandelten Tarifverträgen[20] und auf molekularer Ebene hieß es, daß die Lohnsteigerungen (mehr Geld für die ArbeiterInnen) in solche Arten von Konsum umgewandelt werden mußten, die zu mehr Arbeit führten. Deshalb mußten die höheren Löhne und Verbraucherkredite in die Reproduktion des Lebens als Arbeitskraft kanalisiert werden: mehr Geld für Autos, um zur Arbeit zu fahren, mehr Geld für Berufsausbildung und Massenmedien, die Normen und Werte vermittelten, die sich mit der Akkumulationsdynamik im Einklang befanden.[21] Ähnlich war auch das Geld für Arbeitlose nicht als Unterstützung eines

---

[20] Obwohl diese Kollaboration von Gewerkschaften und kapitalistischer Entwicklung von mächtigen kommunistischen und Arbeiterparteien abgesegnet wurde, gab es über Jahre hinweg eine Kritik daran in der oppositionellen Kultur der außerparlamentarischen marxistischen Linken. Einige Beispiele finden sich in den Schriften der Johnson-Forest-Tendency in den USA in den 50er Jahren (z.B. C.L.R. James (Johnson) und Raya Dunayevskaya (Forest)) und der italienischen Neuen Linken in den 60er Jahren (z.B. Raniero Panzieri und Mario Tronti).

[21] Die integrative Funktion solcher gesteuerten Ausgaben wird in den meisten kritischen Diskursen über die »Konsumgesellschaft« klar benannt – auch wenn ihnen eine Klassenanalyse fehlt. Hier liegt die Betonung aber genau andersherum als in der üblichen Sichtweise der Konsumgesellschaft: Statt zu meinen, die Arbeit würde von der Organisation des Lebens um den Konsum herum verdrängt,

autonomen Lebens in Muße oder Kampf gedacht, sondern es war an die Job-Suche und das Funktionieren des Arbeitsmarktes gebunden. Sozial- und Bildungsgelder waren nicht nur »Rechte«, sondern wurden zunehmend als Investitionen in die Schaffung von »Humankapital« und eines höheren Produktivitätsniveaus verstanden.[22] So versuchte der keynesianische Staat praktisch alle Gesellschaftsbereiche mit der relativen Höhe der Gelder und der daran gebundenen Bedingungen und Zwänge zu durchdringen und zu steuern. Dieses komplexe Manipulationssystem ist wegen der Arbeitsteilung nicht immer sichtbar – Makroökonomen beschäftigen sich nur mit den Gesamtflüssen, Haushaltsökonomen beschäftigen sich mit Haushaltsbilanzen, und Spezialisten aller Art managen die besonderen Geldaspekte der komplizierten gesellschaftlichen Fabrik.[23]

Der Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, der Sturz des Kolonialismus und die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zwangen der westlichen Welt eine neue Pax Americana auf [die Pax Romana war der römische Frieden im römischen Reich]. Damit wurde die keynesianische Lösung der Klassenwidersprüche in den USA zur Norm in der westlichen Welt, und in einem Land nach dem anderen kopiert oder angepaßt. In den Verhandlungen von Bretton Woods konnte der amerikanische Staat (gegen Keynes, der lieber eine internationale Währung und eine internationale Bank gehabt hätte) feste Wechselkurse, die Hegemonie des Dollars und den Internationalen Währungsfonds (IWF) als Schlüsselelemente einer neuen internationalen Geldordnung durchsetzen. Diese Ordnung war davon abhängig, daß der keynesianische Nationalstaat fähig war, seine inneren Geldflüsse so zu regulieren, daß er jede international verlangte Anpassung mitmachen konnte. Ein Importüberschuß z.B. ließ sich zeitweilig aus den Reserven ausländischer Währungen oder durch IWF-Kredite finanzieren, aber letztlich mußte der Staat seine Währungsmenge verringern und eine Deflation durchsetzen – d.h. die Lohnsteigerungen der örtlichen Arbeiterklasse kleinkriegen –, um die Importe zu reduzieren und die Exporte zu steigern. Die internationale Regulierung des Systems der Nationalstaaten hing deshalb von der inneren Fähigkeit ab, das in Geld ausgedrückte Gleichgewicht der Klassenmacht

---

geht es darum zu zeigen, daß in der »Konsumgesellschaft« das Leben so strukturiert wird, daß mehr Arbeit dabei herauskommt. Wer sich zum Kauf des neuesten Modells verführen ließ, ließ sich dazu verführen, mehr zu arbeiten, um das dafür notwendige Geld zu verdienen (oder um die Raten abzubezahlen). Wie wir unten sehen werden, trat die Krise für das Kapital da auf, wo die ArbeiterInnen wirklich anfingen, den Gebrauch des Geldes von der Arbeit zu trennen.

[22] Eine marxistische Interpretation dieser »Humankapital«-Investitionen findet sich bei Caffentzis (1975).

[23] Der Begriff der »gesellschaftlichen Fabrik« stammt aus den Arbeiten von Mario Tronti von Anfang der 60er Jahre in Italien und wurde 1974 von der Gruppe »Modern Times« aus Cleveland und 1975 von *Zerowork* für die USA formuliert. Siehe Tronti (1973; 1976), THEKLA 9.

zu regulieren. Jedes grundlegende Versagen dieser inneren Fähigkeit bedrohte wiederum das System als Ganzes.

Im Lauf der Zeit führte die Dominanz der amerikanischen Wirtschaft in Verbindung mit dem schnellen Wachstum des Handels und der Investitionen während des Wiederaufbaus in Westeuropa und Japan (und dem sehr viel langsameren Wachstum der Goldmenge zur Deckung des Geldes) nicht nur zur Herausbildung eines faktischen Dollarstandards in der westlichen Weltwirtschaft, sondern über kurz oder lang auch zur Entstehung eines riesigen Eurodollar-Marktes. Diese Herausbildung einer internationalen Liquidität bestätigte – und zwar auf globaler Ebene – sowohl für das ungedeckte Geld als auch für den Goldstandard eine von Marx' Lieblingsbehauptungen: daß nämlich die Menge des zirkulierenden Geldes in erster Linie durch die Ausdehnung des Warenhandels und der finanziellen Transaktionen bestimmt wird.[24] Über diese (durch amerikanische Importe und Auslandsinvestitionen in die Welt »gepumpte«) Dollar-Liquidität verfügten teilweise die immer zahlreicher werdenden multinationalen Industriekonzerne und teilweise die immer multinationaler werdenden privaten Geschäftsbanken. Sie machten sie allgemein zur Finanzierung der meisten Devisengeschäfte des Weltsystems verfügbar. Im Verhältnis zu diesem rapiden Wachstum des internationalen privaten Geldes spielte der IWF eine immer kleinere Rolle, obwohl er auch weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Stützung von Ländern spielte, die ihre Anpassungsprobleme nicht schnell genug lösen konnten, um Krisen zu vermeiden.

Die Krise der keynesianischen Währungskontrolle

Daß der keynesianische Gebrauch des Geldes, der in den 30er und 40er Jahren so machtvoll begonnen hatte und in den 50er und frühen 60er Jahren so erfolg-

---

[24] Und damit indirekt durch die Ausdehnung des Zwangs zu der Arbeit, die die Waren hergestellt hat und die von den Investitionen finanziert wird. Wie wir gleich sehen werden, zeigte sich in der Krise der Dollarliquidität, die den westlichen Polit-Strategen solche Sorgen machen sollte, die darunterliegende Krise der Klassenbeziehungen.

Dadurch, daß die internationale Geldordnung nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Dollar aufgebaut wurde, konnte die Geldmenge tatsächlich schneller wachsen, als es für das Wachstum des Handels und der Kapitaltransaktionen nötig gewesen wäre, und das trat tatsächlich zunehmend ab Ende der 60er Jahre ein. Es ist aber interessant, wie viele Jahre lang theoretisch und praktisch mit dem Thema »Liquidität« umgegangen wurde – nämlich so, daß das Geldangebot mit dem Bedarf der internationalen Wirtschaft wuchs, ohne zu Deflation oder zu störender Inflation zu führen.

reich war, schließlich nicht mehr funktionierte, lag an den Prozessen der politischen Neuzusammensetzung der Klasse, in denen entlohnte wie unentlohnte ArbeiterInnen neue Kampfformen entwickelten, denen die bestehenden Geld- und sonstigen staatlichen Strategien nicht gewachsen waren. Mit »politischer Neuzusammensetzung« meine ich Veränderungen in der Verteilung der Klassenmacht unter den ArbeiterInnen und somit auch Veränderungen zwischen den ArbeiterInnen insgesamt und dem Kapital.[25] In den Ende der 60er Jahre immer noch führenden USA hatten die grundlegendsten dieser Neuzusammensetzungsprozesse mit einer neuen Welle von Kämpfen der unentlohnten ArbeiterInnen begonnen, die von vereinzelten Anfängen Ende der 50er Jahre bis Mitte der 60er Jahre zu einer unkontrollierbaren Massenbewegung angewachsen waren, die auch die entlohnten ArbeiterInnen mobilisierte. Ein wichtiger Ausgangspunkt war die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die zur Black-Power-Bewegung mutierte und mit den Sozialhilfebewegungen und den in mehreren amerikanischen Städten explodierenden urbanen Aufständen weiterging und die Entwicklung von Bewegungen aus StudentInnen-Minderheiten an Universitäten im ganzen Land forcierte. Ein weiterer Ausgangspunkt waren die südostasiatischen Bauernkämpfe, die sich schnell an amerikanischen Universitäten fortpflanzten und eine weiße Studentenbewegung stärkten, die bereits gegen die Humankapital-Strategien aufgestanden war, die die Universitäten in Fabriken verwandelt hatten. Das Ergebnis war die Anti-Kriegs-Bewegung, die sich in der ganzen Gesellschaft ausbreitete und Geburtshilfe sowohl für die Umwelt- als auch für die Frauenbewegung leistete.

Viele dieser Kämpfe der Unentlohnten pflanzten sich schließlich in den Fabriken und Büros der amerikanischen Wirtschaft fort, sowohl direkt durch die Aktivitäten der Militanten, als auch indirekt durch die materiellen Veränderungen, die diese auslösten. Die schwarzen Jugendlichen mit ihren Erfahrungen im Straßenkampf z.B. brachten ihre Militanz in Fabriken, wo schon lauter schwarze Arbeiter arbeiteten, die in den 40er Jahren nach dem Norden gekommen waren, und gründeten Gruppen wie die League of Revolutionary Black Workers, die sich an die Spitze von Basiskämpfen der Basis gegen die Vormacht der Gewerkschaftsbürokraten stellten.[26] Gleichzeitig hatten die Sozialhilfekämpfe und Aufstände in den Städten eine riesige Ausdehnung der »Humankapital«-Investitionen ausgelöst, wodurch die Untergrenze der Geldeinkommen angehoben wurde, die der gesamten Lohnhierarchie zugrunde lag, was die Kämpfe der Fabrik

---

[25] Siehe die Einleitung zu *Zerowork*, Nr. 1 (1975) und Moulier (1986).

[26] Siehe Romano und Stone (1947), Facing Reality (1964), Georgakis und Surkin (1975) und Georgakis (1981).

arbeiterInnen um höhere Löhne und bessere Sozialleistungen stärkte.[27]

An dieser Diskussion über die Krise des keynesianischen strategischen Gebrauchs des Geldes ist wichtig, zu sehen, wie all diese verschiedenen Kämpfe jeweils die besonderen monetären Momente eines ausgeklügelten, von monetären Sehnen zusammengehaltenen gesellschaftlichen Organismus sprengten. Bei den Unentlohnten verwandelten die verschiedenen Bewegungen die steigenden Investitionen in die Verbesserung des »Humankapitals« in Ressourcen für den Kampf. Die »Great Society«-Sozialhilfegelder, die zur Befriedung der Städte und zur Verbesserung der Produktion von Arbeitskraft ausgegeben wurden, finanzierten ausgedehnte Kämpfe. Riesige Geldsummen, die zum selben Zweck in das Bildungswesen investiert wurden, wurden umgeleitet in Kämpfe gegen die Unterordnung der Universitäten unter die Wirtschaft und zur Finanzierung der Entwicklung einer ganzen antikapitalistischen und antistaatlichen Gegenkultur. Der unbeugsame Widerstand der südostasiatischen Bauern, der schon bald von der amerikanischen Anti-Kriegs-Bewegung unterstützt wurde, zwang das Kapital, hunderte Milliarden von Dollars aus Investitionen für Polizeiaufgaben auf beiden Seiten des Pazifik abzuzweigen.[28]

Auf der Arbeit war ein neuer Zyklus von Basiskämpfen für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen in Gang gekommen, der sich, wie wir gerade sahen, auf die steigenden Einkommensuntergrenzen der Unentlohnten und die Militanz auf der Straße stützen konnte. Er untergrub sowohl die Kontrolle durch die Gewerkschaftsbürokraten als auch die keynesianischen »Produktivitäts-Deals«, von denen alles abhing und zu deren Durchsetzung sich diese Gewerkschaftsbürokraten verpflichtet hatten. Das galt nicht nur für den privaten Sektor: Je mehr die Welle der Kämpfe anschwoll, desto mehr erfaßte sie auch die Arbeiter des öffentlichen Sektors, die nun ihre eigenen, neuen Kämpfe um Selbst-Organisierung und bessere Gehälter entwickelten.[29] Außerdem wurde mit dem immer leichteren Zugang zu Verbraucher-Krediten die Anbindung des

---

[27] Siehe Carpignano (1975) und Fox Piven und Cloward (1977).

[28] Natürlich wurden mit einem Großteil des Geldes, das der militärisch-industriellen Komplex für Kriegsmaschinen bekam, Investitionen und Arbeitsplätze in den Kriegsindustrien finanziert, und es ist schon viel über diesen Aspekt der »permanenten Rüstungsökonomie« als Charakterzug des keynesianischen Staatskapitalismus geschrieben worden. Rückblickend aber wurde nicht nur ein Großteils des Kriegsgeldes für verschwendete Gebrauchswerte statt für Investitionen ausgegeben, sondern die Umleitung der Investitionen vom zivilen in den militärischen Bereich trug auch dazu bei, daß die amerikanischen Kapitalisten nicht mehr in der Lage waren, steigende Lohnforderungen mit Produktivitätssteigerungen zu beantworten.

[29] Zu den Kämpfen der ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes und zur Verbindung dieser Kämpfe mit den Auseinandersetzungen im Privatsektor und auf der Straße siehe O'Connor (1973), Demac und Mattera (1977) und Lichten (1988).

Konsums an die Arbeit immer schwächer.[30] Das manifestierte sich in beschleunigten Lohnsteigerungen (und einem dank Krediten noch schneller steigenden Konsum) und sinkenden Produktivitätssteigerungen. Die Gewinne auf der Lohnseite wurden in neue Kämpfe und in Teilhabe an der entstehenden Gegenkultur »investiert«. Das führte zu sinkenden Profiten, beschleunigter Inflation, steigender Verschuldung der Konzerne und zu einer »Finanzkrise«.[31] Obwohl die Unternehmen mithilfe von Preissteigerungen, die durch eine entgegenkommende Geldpolitik des Bundes ermöglicht wurden, das Ansteigen der Reallöhne größtenteils verhindern konnten, handelte es sich nicht um eine begrenzte keynesianistische Feinsteuerung, sondern um eine zunehmend außer Kontrolle geratende Lohn-Preis-Spirale. Ob die wirtschaftstheoretischen Analysen von »Nachfragesog«-Inflation oder von »Kostendruck«-Inflation sprachen, die Bedeutung war dieselbe: der keynesianische Staat hatte die Fähigkeit verloren, das Geld so zu steuern, daß es die Akkumulation stabilisierte. Im Zentrum der wachsenden wirtschaftlichen und monetären Krise stand ein Verlust kapitalistischer Macht – und wie ich schon erklärt habe, nicht nur auf dem Gebiet der formalen Wirtschaft, sondern auch in der größeren gesellschaftlichen Fabrik. Überall finanzierte das Geld, das bis dahin als Werkzeug des Kapitals fungiert hatte, stattdessen die autonomen Aktivitäten der Arbeiterklasse.

Diese Risse, die sich beim keynesianischen Gebrauchs von Geld im Inland auftaten, setzten sich genauso tiefgehend auf der internationalen Ebene fort. Wie wir schon gesehen haben, war das Funktionieren des internationalen Währungssystems davon abhängig, daß die keynesianischen Nationalstaaten die meisten Anpassungsprobleme intern lösen konnten. Das System konnte nur begrenzt auf supranationale Hilfsmittel zurückgreifen. Nationale Währungskrisen drückten sich nicht nur auf der internationalen Ebene aus, sondern sie zerstörten zunehmend die Fähigkeit der Bretton-Woods-Institutionen, diese auftauchenden Probleme zu lösen.

---

[30] Interessante Überlegungen über die Folgen dieser schwächer werdenden Anbindung finden sich bei Nicolas-Le Strat (1992).

[31] Daß Nicht-Finanz-Konzerne immer mehr Kredite bei Finanz-Konzernen aufnehmen mußten, zeigt, daß Barans und Sweezys sich selbst finanzierendes »Monopolkapital« viel weniger auf dem Monopol an sich gegründet war als auf der besonderen, für den Keynesianismus charakteristischen Zusammensetzung der Klassenbeziehungen. Mit der Krise des Keynesianismus kam die Krise des Monopolkapitals. Daher überrascht es nicht, daß die wachsende Verschuldung der Konzerne bei einigen Marxisten neues lebhaftes Interesse an Hilferding und allgemein neue Sorgen über eine angebliche Renaissance des »Finanzkapitals« auslöste. Siehe die Artikel von Fitch und Fitch und Oppenheimer in *Socialist Revolution* 1970 und die Antworten von O'Connor und Sweezy. Da diese ganze Debatte die Analyse der Beziehungen zwischen verschiedenen Kapitalsektoren von der Analyse der Krise der Klassenbeziehungen abtrennte, trug sie wenig zum Verständnis der neuen Rollen des Geld in der Krise bei.

Eines dieser Probleme, das in zunehmendem Maße direkt aus der inneren und äußeren amerikanischen Krise resultierte, war die rapide wachsende internationale Verfügbarkeit des Dollar. Während in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein »Dollar-Mangel« geherrscht hatte, weil das zuverlässige amerikanische Geld für die Finanzierung des Wiederaufbaus in Europa und Japan nachgefragt wurde, führte die beschleunigte Inflation im Mutterland verbunden mit den amerikanischen Ausgaben im Ausland im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg (der zu einem wachsenden amerikanischen Zahlungsdefizit beitrug) dazu, daß ausländische Politiker (deren Bankensysteme über die wachsende Menge an »Eurodollars« verfügten und sie nutzten) von einer »Dollar-Schwemme« sprachen. Sie beschuldigten den amerikanischen Staat, seine Inflation zu exportieren, und beklagten sich darüber, daß sie ihre eigene Geldpolitik der Neutralisierung des amerikanischen Inflationsdrucks untergeordnet hatten.

Gleichzeitig hatte das Wachstum des Eurodollar-Marktes, der von keiner nationalen oder übernationalen Institution reguliert worden war, auf globaler Ebene einige der alten Gefahren finanzieller Spekulation und Instabilität, die auf lokaler Ebene weitestgehend bezwungen waren, wieder heraufbeschworen. Die Existenz großer Mengen unregulierter Rücklagegelder bei den Geschäftsbanken machte eine sehr hohe Flüchtigkeit auf dem Eurodollar-Markt möglich. Multinationale Firmen konnten ebenso wie die Banken selbst mit zunehmender Leichtigkeit Gelder von Land zu Land oder von Währung zu Währung verschieben und dies auch taten. Dabei konnten sie sich sicher sein, daß sich die nationale Politik oder die wirtschaftlichen Bedingungen (die durchaus das Resultat angenommener zukünftiger Veränderungen innerhalb der Balancen der Klassenmacht sein konnten) ändern würden, zumindesten spekulierten sie darauf. Wenn z.B. irgendein Nationalstaat aufgrund des Widerstandes der Arbeiterklasse besondere Schwierigkeiten bei der Durchsetzung einer »Abkühlung« seiner Wirtschaft (d.h. ansteigende Arbeitslosigkeit und langsameres Wachstum der Löhne) hatte, konnten massive Geldbewegungen aus diesem Land oder aus seiner Währung heraus eine Krise oder eine Abwertung provozieren. Auf diese Weise untergruben solche internationalen Geldbewegungen das auf Bretton Woods aufbauende keynesianische Gerüst, das Anpassungsmaßnahmen den jeweiligen Staaten überlassen hatte. Veränderungen der festen Wechselkurse wurden seltener und dramatischer, und die schwindende Fähigkeit der nationalen Währungsbehörden, mit ihren eigenen internen Klassenproblemen fertigzuwerden, führte zu immer breiteren Unstimmigkeiten zwischen ihnen. Das Ergebnis war eine wachsende Gegnerschaft zwischen den Nationalstaaten, als viele europäische Staaten unter Führung des französischen Präsidenten De Gaulle begannen, nicht nur den Stopp der amerikanischen Dollarexporte in die Weltwirtschaft, sondern eine grundle

gende Änderung des internationalen monetären Systems zu fordern.[32]

Alle diese Krisen hatten ihre Ursachen, wie wir gesehen haben, in einer Neuzusammensetzung der Klassenmacht, die 1971 zu einem Höhepunkt kam. Der 1970 in den USA fehlgeschlagene Versuch, die Lohnsteigerungen durch eine keynesianisch gesteuerte Rezession zu verlangsamen, in Kombination mit dem Auftreten eines amerikanischen Handelsdefizits und einem Ansturm auf den Dollar im Frühjahr 1971 zwangen die Nixon-Regierung zu fundamentalen Veränderungen. Die Goldkonvertibilität des Dollar wurde aufgehoben (und damit die festen Tauschraten des Bretton-Woods-Systems), der Staat griff in die Lohnverhandlungen und in die Preisbildung ein (Lohn- und Preis-Stopp), und die Importsteuer wurde um 15 Prozent erhöht, was zusammen mit der weiteren Abwertung des Dollars die Reallöhne in den USA kappte und die Anpassungskosten auf Amerikas Handelspartner abwälzte. Zunächst weniger sichtbar kam es hinter den Kulissen zu wichtigen Veränderungen bei der staatlichen Steuerung der Geldflüsse – dazu gehörte der beginnende Rückzug der USA aus Vietnam und der Rückzug der Bundesregierung aus dem Krieg gegen die Armut und aus dem Sozialstaat.

Der Gegenangriff: Neue Methoden der kapitalistischen Nutzung des Geldes

Vom Klassenkonflikt um das Geld aus betrachtet beginnt die aktuelle Phase entweder mit den späten 60er Jahren oder mit 1971, je nachdem, ob wir die Subversion des Geldes durch die Arbeiterklasse betonen, oder den kapitalistischen Gegenangriff auf die daraus resultierende Krise. Für die Zwecke dieses Kapitels habe ich mich für letzteres entschieden und werde mich im Schlußabschnitt mit den letzten zwanzig Jahren beschäftigen, in denen die Politiker des kapitalistischen Staates – in seinen nationalen wie in seinen übernationalen Formen – immer wieder versucht haben und dabei immer wieder frustriert wurden, die Kontrolle über das Geld zurückzuerlangen und es zu einem brauchbaren Hebel für die Steuerung der Kapitalakkumulation zu machen.

---

[32] De Gaulles Finanzminister Jacques Rueff war einer der Wortführer für die Forderung eines bestimmten Teils der Kapitalistenklasse nach einer Wiederherstellung der Zentralität des Goldes als internationales Geld. Dies war eine Reaktion auf die Unfähigkeit der amerikanischen Regierung, durch Einschränkung des Dollar-Angebots für stabile Preise zu sorgen. Teilweise handelte es sich hierbei um einen gewissen Gold-Fetischismus, teilweise war es dieselbe Sorge um monetäre Disziplin, die Hume im 18. Jahrhundert umtrieb (siehe oben). Sie sollte in den 80er Jahren mit Reagan's Befürwortern des Gold-Standards im Gefolge der Inflation in den 70er Jahren wiederkehren. Es gibt eine interessante Parallele in der Geschichte der marxistischen Ökonomie, an der auch Goldfetischisten beteiligt waren, die fest davon überzeugt waren, daß sich das kapitalistische System aufgrund seiner Abschaffung von »wirklichem« Geld im Niedergang befinde.

Das zentrale und bisher erfolgreichste Element dieses kapitalistischen Bemühens war der Versuch, das Geld auf direkte oder indirekte Weise der Kontrolle der Arbeiter zu entziehen. Im ersten Jahrzehnts des hier betrachteten Zeitraums geschah dies durch direkte Angriffe auf Beihilfen und indirekte Reallohnsenkungen durch Inflation. Im zweiten Jahrzehnt traten an die Stelle der Inflation massive Arbeitslosigkeit und Angriffe auf die Nominallöhne, während die Versuche zur Senkung der Beihilfen fortgesetzt und intensiviert wurden. Sowohl die staatliche Geld- wie die Haushaltspolitik spielten in beiden Zeitabschnitten eine aktive Rolle, und zwar auf allen Ebenen: lokal, national und international.

Das andere, bisher nur teilweise erfolgreiche, Element dieses kapitalistischen Bemühens war der Versuch, mit einer Umlenkung der Geldflüsse den Arbeitszwang erneut durchzusetzen, um die nötige Profitabilität für einen neuen Akkumulationszyklus zu schaffen. Die Mechanismen dieser Umlenkung waren sowohl finanzielle als auch anderweitige, nationale wie internationale. Sie wurde von Banken, Unternehmen, Regierungsbehörden und internationalen Institutionen umgesetzt. Wir wollen nun einige Beispiele dieser beiden Anstrengungen untersuchen und uns anschauen, was aus ihnen geworden ist.

In den 70er Jahren versuchten die kapitalistischen Politiker zunächst zwei ihrer monetären Probleme in Lösungen für das eigentlich zugrundeliegende Problem der zerfallenen Klassenmacht umzukehren. Eines dieser Probleme war die sich beschleunigende Inflation, das andere der Zusammenbruch der festen Wechselkurse. Die Umwandlung dieser beiden Probleme in Lösungen wurde gleichzeitig während der meisten Zeit dieses Jahrzehnts betrieben. In beiden Fällen kam es wesentlich auf die internationale Dimension an.

Die Ende der 60er Jahre eingeleiteten Anstrengungen, ein neues internationales Währungssystem auszuarbeiten und eine formale Übereinkunft darüber zu erzielen, wurden unter dem Druck der Krise und der Uneinigkeit fallengelassen. Auf die einseitige Aufkündigung von Bretton Woods durch die US-Regierung folgte zwischen 1971 und 1973 ein stockender und von harten Verhandlungen begleiteter Übergang zu einer ad-hoc-Regelung flexibler Wechselkurse – eine Lösung, die schließlich auf den IWF-Treffen 1976 in Jamaica rechtskräftig wurde.[33] Angesichts einer Krise der keynesianischen Kontrolle auf der Ebene der nationalen Klassenbeziehungen entschieden sich die wichtigsten westlichen Regierungen für einen Währungsmechanismus der internationalen Regulierung, der im Prinzip automatisch funktionieren würde, ohne daß sie mit innenpolitischen Maßnahmen offen auf Angriffe der Arbeiterklasse reagieren

---

[33] Ein brauchbarer Überblick über diese Entwicklung – vom kapitalistischen Standpunkt aus – findet sich bei De Vries (1976). Eine marxistische Analyse entwickelt Marazzi, »Das Geld in der Weltkrise« (in *Thekla 10*).

müßten. Internationale Schwierigkeiten wie das amerikanische Handelsdefizit, dessen Auftreten im Frühjahr 1971 zur Beschleunigung der Krise des alten Regimes beigetragen hatte, sollten durch Wechselkursänderungen gelöst werden, die sich automatisch auf einem für die Anpassung erforderlichen Stand einpegeln würden. Z.B. würde eine Abwertung des Dollars gegenüber anderen Währungen Importe teurer und Exporte billiger machen und somit das Ungleichgewicht korrigieren. Gleichzeitig übertrugen dieselben nationalen Regierungen dem übernationalen IWF eine sehr viel größere Macht zur »Aufsicht« über die Gestaltung der Wechselkurse und auch erweiterte Ressourcen, die die Rolle des IWF bei der Steuerung der ausgleichenden Finanzierung stützten. Auf diese Weise versuchten sich die nationalen Regierungen von den inländischen Klassenkonflikten um die Wirtschaftspolitik abzukoppeln, indem sie auf internationale Ausgleichsmechanismen setzten, die für den normalen Arbeiter praktisch unsichtbar waren.

Die gesteigerten IWF-Ressourcen wurden auch zur Steuerung der anderen monetären Strategie dieser Periode benötigt: zur Finanzierung einer rasanten Beschleunigung der Inflation, um nicht nur das Ansteigen der Reallöhne zu begrenzen, sondern sie selbst zu senken und einen Werttransfer von den Arbeitern zum Kapital herbeizuführen. Veränderungen in der amerikanischen Innenpolitik und die Anerkennung bestimmter politischer Veränderungen anderer Nationalstaaten führten diese Beschleunigung herbei. Zu ersterem gehörten die gezielten Bemühungen von Teilen der Nixon-Administration, durch Produktionseinschränkungen und gleichzeitige Exportsteigerungen (vor allem durch den berüchtigten Weizen-Vertrag mit Rußland von 1972) die Preise in der Landwirtschaft dramatisch zu erhöhen. Angeblich sollte damit der Wert der amerikanischen Exporte gesteigert werden, um mit dem neuen Handelsdefizit fertigzuwerden. Das Ergebnis war aber auch ein dramatischer Anstieg der Lebensmittelpreise, was sowohl im Inland wie im Ausland zu Reallohnsenkungen führen sollte.[34] Die Anerkennung auswärtiger politischer Veränderungen äußerte sich im passiven amerikanischen Verhalten gegenüber dem von der OPEC herbeigeführten dramatischen Anstieg der Ölpreise 1974. Obwohl sie öffentlich das Gegenteil beteuerten, billigte die amerikanische Regierung die Preiserhöhungen, und das internationale Kapital versuchte sie für einen gigantischen Werttransfer von den Konsumenten zu den Unternehmen zu nutzen, indem die OPEC-Gewinne bei Geschäftsbanken angelegt wurden. Preiserhöhungen bei Öl (oder Lebensmitteln) führen zu Reallohnsenkungen, weil sich der Preis dieses grundlegenden Guts quer durch die Wirtschaft auf die Preise aller Konsumgüter auswirkt, die mit seiner Hilfe hergestellt werden – entweder direkt als Rohstoff (Benzin, Dün-

---

[34] Zur Erörterung dieser Politik in Klassenbegriffen siehe Cleaver (1977), S. 35-40.

ger, Plastik) oder indirekt (als Energie-Input in fast allen Produktionszweigen).[35] Während die nationalen Regierungen die »Araber« dämonisierten, ihnen die Schuld für diesen inflationären Angriff auf die westlichen Löhne zuschoben und die Öl-Inflation als Entschuldigung nutzten, um durch Geldverknappung eine Rezession durchzusetzen, konnte das internationale Kapital in aller Ruhe zur Bank gehen, um sich OPEC-Petrodollars für neue Kapitalinvestitionen zu borgen.[36]

Zum Unglück für das Kapital wirkten sich alle diese Manipulationen der Geldflüsse anders als geplant aus. Anstatt einen internationalen Ausgleich auf eine Weise herbeizuführen, die die nationalen Regierungen vor öffentlichem Unmut bewahrte, erwiesen sich nicht nur die flexiblen Wechselkurse aufgrund der enormen Mengen sehr beweglichen Eurogeldes als wechselhaft und abträglich für das »internationale Investitionsklima«, sondern die Nationalstaaten wurden durch öffentlichen Druck wiederholt gezwungen, auf den ausländischen Devisenmärkten durch Kauf oder Verkauf ihrer Währungen zu intervenieren, um ihre Arbeiterklassen vor den Auswirkungen freier Schwankungen zu schützen. Solche wiederholten Eingriffe führten zum sogenannten System des »schmutzigen Floatens« und zeigten, daß es kein einfaches monetäres Entkommen vor der Auseinandersetzung mit den eigenen Klassenproblemen gab. Die Unzufriedenheit brachte die Währungsbehörden einiger europäischer Länder dazu, zu festen Wechselkursen zurückzukehren: von der »Währungsschlange« über das Europäische Währungssystem (EWS) von 1979 bis hin zu den aktuellen Verhandlungen zur Schaffung einer einzigen europäischen Währung. Wie Robert Triffin den US-Politikern erklärt hat, sollte mit der europäischen Rückkehr zu wenigstens lokal feststehenden Wechselkursen eine Situation geschaffen werden, in der sich Angriffe auf die Arbeiterklasse im nationalen Rahmen (z.B. die Durchsetzung von Austeritätspolitik) mit der moralischen Pflicht zur Einhaltung internationaler Zusagen rechtfertigen ließen.[37]

Was die von den Lebensmittel- und Ölpreisen angeheizte Inflation betrifft, so bewiesen die Arbeiterklassen der ölkonsumierenden Welt mehr Stärke als erwartet. Trotz der Rezession und höheren Arbeitslosigkeit in den Jahren 1974/75 konnten sie die Nominallöhne so weit steigern, daß es zu keiner Reallohnsenkung kam. Das Ergebnis war eine Beschleunigung der Inflation, die

---

[35] Diese »Sraffanische« Strategie des Werttransfers mithilfe der Inflation bei Basisgütern wurde von den Midnight Notes in »Arbeit, Entropie, Apokalypse«, *Thekla 12*, analysiert.

[36] Berti (1975) untersucht vom Klassenstandpunkt aus ein frühes Beispiel dieser Art von monetaristischer Einschränkung, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet war, und die später von den USA weltweit durchgesetzt wurde.

[37] Triffin (1978/79).

nichts zur Wiederherstellung der Profite oder der Geschäftsstabilität beitrug und nichts an den wachsenden Handelsdefiziten änderte, weil die weiterhin hohe Nachfrage zu hohen Ölimporte führten und Exporte durch die Rezession begrenzt waren. Um diese Defizite zu finanzieren, mußten schließlich riesige Mengen Petrodollars, die eigentlich für Investitionen verfügbar sein sollten, zur Stützung der Zahlungsbilanz eingesetzt werden – teilweise mit Hilfe einer neuen Öl-Kreditlinie des IWF. Kurz gesagt, mit keiner Strategie konnten die Nominallöhne dramatisch gesenkt werden, um ein Gleichgewicht mit der Produktivität oder den Profitanteilen einer früheren keynesianischen Phase wiederherzustellen.

Erfolgreicher waren in den 70er Jahren die Bemühungen, die Geldflüsse zu den Nichtentlohnten und den ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes zu kappen – entweder durch scheibchenweise Angriffe auf einzelne Programme oder durch eine allgemeinere Austeritätspolitik mithilfe der »Finanzkrisen«. Während einige Angriffe fehlschlugen, wie etwa der auf die Lebensmittelmarken, der unter Nixon begonnen hatte und unter Ford und Carter jeweils erneuert wurde, waren andere erfolgreicher.[38] Zurückschauend hat sich die New Yorker Finanzkrise von 1974/75 als Vorläufer einer viel allgemeineren staatlichen Strategie herausgestellt, fiskalische (wie auch internationale) Ungleichgewichte und öffentliche Verschuldung als Hebel für den Angriff auf alle Einkommensformen der Arbeiterklasse zu nutzen. Die »Krise« im New Yorker Haushalt läßt sich auf drei Phänomene zurückführen: erstens erzwangen Klassenkämpfe höhere kommunale Ausgaben für Sozialprogramme und für höhere Löhne und Sozialleistungen im öffentlichen Dienst, die teilweise durch Steuererhöhungen finanziert werden mußten; zweitens gingen Steuereinnahmen verloren, da Geschäfte und hochbezahlte Angestellte vor der wachsenden Macht anderer Arbeiter in der Stadt flohen; und drittens ein zunehmender Rückgriff der Stadt auf Verschuldung, um ihre Defizite zu finanzieren. Die Entwicklung dieser Trends von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre war für einen monetären Gegenangriff der Banken und des Staates gegen die Arbeiterklasse von New York City wegbereitend. Der Gegenangriff begann, als die Banken weitere Kreditverlängerungen davon abhängig machten, daß die Stadt eine Austeritätspolitik und insbesondere Kürzungen der Löhne im öffentlichen Dienst und bei den öffentlichen Dienstleistungen durchsetzte. Gleichzeitig wurde die Aufsicht über die Politik der Stadtregierung einer Reihe speziell eingerichteter Aufsichts- und Kontrollgremien übertragen, was die Widerstandsmöglichkeiten der örtlichen ArbeiterInnen weiter einschränkte (siehe

---

[38] Der erfolgreiche Widerstand gegen diese Angriffe auf das Lebensmittelmarken-Programm ist bei Reynolds (1980) dokumentiert.

auch Marazzi).[39] Die in New York angewandten Methoden wurden vom Kapital bald auch in anderen Teilen der Welt eingesetzt, so z.B. in Ägypten und Polen 1976, wo andere »Finanzkrisen« und der Druck von Finanzinstitutionen (dem IWF) für Angriffe auf die Löhne und den Lebensstandard genutzt wurden. Sie wurden schließlich durch die 1982 einsetzende internationale Schuldenkrise verallgemeinert. Da ich mich mit der Schuldenkrise schon anderswo beschäftigt habe[40], will ich hier nur betonen, daß es in dieser Krise - wie in New York oft eine Subversion des geborgten Geldes durch die Arbeiterklasse als auch den monetären Terrorismus des (nationalen wie übernationalen) Staats gab, der den Geldfluß an die ArbeiterInnen als auch seinen realen Wert senkte, um diese Subversion zu beenden. Sämtliche »Anpassungsprogramme« des IWF, von denen Umschuldungen abhängig gemacht wurden, forderten nicht nur die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Geld in die Hände der ArbeiterInnen gaben (Lebensmittelsubventionen, Löhne im öffentlichen Dienst, Investitionen in bessere Ausbildung), sondern mit ihnen wurden auch lokale Währungsabwertungen, Privatisierungen, drastische Einschränkungen von Konsumgüterimporten, Rezession und hohe Arbeitslosigkeit durchgesetzt. All dies verringerte die Möglichkeiten der Arbeiter, Geld zu bekommen und zu nutzen.

Historisch ging die Verallgemeinerung der Strategie der monetären Austerität jedoch nicht wie in New York von einzelnen privaten Kreditinstitutionen aus, sondern von den höchsten Ebenen der kapitalistischen Politikgestaltung: vom IWF und der Exekutive der amerikanischen Regierung. In den 70er Jahren verlangte der IWF immer wieder die Unterordnung der makroökonomischen Politik unter einen konzertierten Angriff auf die Inflation – eine euphemistische Art, einen Angriff auf die Arbeiterklasse zu fordern, in deren Macht er ganz zu Recht die Quelle der steigenden Preise ausgemacht hatte. Während die herrschende Klasse in Europa diese Ziele durch die Rückkehr zu regional festen Wechselkursen zu erreichen versucht hatte, reagierten Jimmy Carter und die Fed auf diese Forderung, mit dem Einsatz eines militanten Monetarismus gegen die Arbeiterklasse ab Mitte 1978.[41]

---

[39] Zu diesen Behörden gehörte die Municipal Assistance Corporation und das Emergency Financial Control Board, mithilfe derer es möglich war, die Kontrolle über die städtischen Finanzen dem Land und dem Bund zu übertragen. Zur Geschichte der New Yorker Finanzkrise in Klassenbegriffen siehe Demac und Mattera (1977) und Lichten (1986).

[40] Siehe Cleaver (1989).

[41] Im Gegensatz zu dem früheren Fall Italien, den wir oben erwähnten, zwang die Übernahme dieser Strategie durch die amerikanische Fed der gesamten Welt höhere Zinsraten auf, da andere Währungsbehörden zum Nachfolgen gezwungen waren, um massive Kapitalabflüsse zu den höheren Zinsraten in den USA zu verhindern. Wie wir sehen werden, waren die Vereinigten Staaten trotz dieser Bemühungen anderer Zentralbanken in der Lage, einen Großteil ihrer enormen Budgetdefizite

»Monetarismus« wird hier als ökonomische Theorie und als Wirtschaftspolitik verstanden. Während der keynesianischen Ära, als Geld geschickt dazu eingesetzt wurde, die Klassenkonflikte in das Wirtschaftswachstum einzubinden, war die Theorie des »Monetarismus« nur ein Mauerblümchen in den theoretischen und politischen Diskussionen. Sie existierte vor allem hinter den Mauern der Universität von Chicago, wo sie von Milton Friedman und seinen Kollegen betrieben wurde. Solange Inflation ein unbedeutendes Phänomen war und sogar als nützliches Mittel betrachtet werden konnte, mit dem »das Getriebe der Wirtschaft geschmiert« und die Reallöhne in Grenzen gehalten werden konnten, wurde der monetaristischen Forderung, die Rolle der Fed auf die Steuerung eines langsamen und stetigen Wachstums der Geldmenge zu reduzieren, von denen wenig Beachtung geschenkt, die für die »Feinsteuerung« der Klassenbeziehungen in der Akkumulation verantwortlich waren. Als aber der Produktivitäts-Deal gekippt wurde und die Inflation Ende der 60er Jahre anstieg und Mitte der 70er durch die Erhöhungen der Grundgüterpreise und der Löhne beschleunigt wurde, öffnete sich mit den Fehlschlägen der keynesianistischen Politik (und somit der Theorien) der Raum für einen schnell wachsenden Einfluß monetaristischer Theorien und Politikkonzepte. So wie der Keynesianismus vorherrschend geworden war, weil er mit der Deflation der Großen Depression hatte fertig werden können, so wurde er nun vom Monetarismus ersetzt, weil dieser eine Analyse (zu schnelles Wachstum der Geldmenge) und ein Heilmittel für die Inflation anbot.[42]

Das Heilmittel bestand natürlich in monetären Einschränkungen und einem Wechsel der Fed-Politik von einer Politik, die Lohnsteigerungen ermöglichte und Investitionen durch niedrige Zinsraten zu fördern versuchte, zur Politik eines eingeschränkten Geldmengenwachstums, womit die galoppierende Inflation verhindert werden sollte. Dieser Wechsel fand statt, als Carter 1979 Paul Volcker zum Chef der Fed machte. Dieser setzte sofort eine dramatische Reduzierung der Geldmenge durch, was die Zinsraten in Rekordhöhen schnellen ließ und das Land und die Welt in eine Depression stürzte. Die ökonomische Theorie des Monetarismus – die eine moderne Variante der Quantitätstheorie enthält – war beinahe so geld-fetischistisch wie das merkantilistische Denken, das von den klassischen politischen Ökonomen bekämpft worden war. Dies versorgte zwar

---

mit ausländischem Geld zu finanzieren, und dies sogar an den Tiefpunkten der folgenden Depression unter Reagan.

[42] Es würde den Umfang dieses Kapitels sprengen, alle hier zu erörtern, aber wir sollten anmerken, daß »Monetarismus« im engeren Sinne nur ein Element des »neoklassischen« Angriffs auf die keynesianische Theorie und Politik war, der eine ganze Serie von »marktorientierten« Maßnahmen in dieser Zeit rationalisierte – von der Deregulierung bis zum Freihandel.

die überlebenden Keynesianisten mit unendlich viel Material für ihre Kritik, in der sie darauf pochten, die Theorie müsse die tatsächlichen ökonomischen Beziehungen begreifen, von denen Geld nur ein Teil ist. Aber die monetaristische Politik hatte einen viel offensichtlicheren Klassengehalt: zum einen wurden die Löhne der Arbeiterklasse durch Depression und hohe Arbeitslosigkeit auf direkte Weise und durch das dramatische Anwachsen der Reservearmee auf indirekte Weise angegriffen, zum anderen zielte die Kreditbegrenzung auch unmittelbar auf eine Senkung der verfügbaren Verbraucherkredite und damit auf die Wiederanbindung des Konsums an die Arbeit.[43] Die alten Warnungen von Marx vor der Fähigkeit des Kapitals, Lohnsteigerungen durch Krise und Arbeitslosigkeit zu begrenzen, wurden plötzlich wieder derart aktuell, wie sie es seit den 30er Jahren nicht mehr gewesen waren.

Dieser Klassengehalt wurde noch sichtbarer an den Haushalts-Strategien der »Finanzkrise«, die oben diskutiert wurden. Die monetäre Attacke auf den Lohn wurde durch »angebotsorientierte« Haushaltmaßnahmen vervollständigt, um Wert/Geld von der Arbeiterklasse zum Kapital zu transferieren. Obwohl dieser Prozeß unter Carter begann, beschleunigte er sich unter der Reagan-Administration in den 80er Jahren und gewann in dieser Zeit ein viel klareres Gesicht. »Angebotsorientierte« Wirtschaftslehre und Monetarismus wurden zur neuen staatswirtschaftlichen Lehre, die den Keynesianismus definitiv ersetzte. Deregulierung, um Unternehmenskosten zu senken, Steuersenkungen zugunsten der Unternehmen und eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Regierungsausgaben von solchen, die den Arbeitern zugute kamen, zu solchen, die das Kapital unterstützten, wurden zusammen mit dem knappen Geld zur expliziten Politik des neuen Regimes.[44]

Obwohl in den 70er Jahren einige Sozialprogramme erfolgreich gekürzt werden konnten, speziell im ersten Jahr der ersten Reagan-Administration, kam es auch wieder zu Fehlschlägen. Die defensive Gegen-Mobilisierung der verschiedensten betroffenen Gruppen – von der Verteidigung der Lebensmittelmarken für Arme bis zur Verteidigung der sozialen Sicherheit der Mittelklasse – konnte vieles retten, was nach dem angebotsorientierten Programm Reagans

---

[43] Eine Darstellung der Entscheidung, die Konsumentenkredite direkt anzugreifen, findet sich bei Greider (1987), S. 181-187. Greider zufolge ging der Anstoß eher vom Präsidenten denn von Volcker aus. Dies paßte gewiß zu Carter's kurz zuvor geäußerten Attacken auf »Maßlosigkeit und Konsum« und seinem Ruf nach Selbstverleugnung und Aufopferung. Siehe den Text seiner berühmten Rede vom 15. Juli in der *New York Times* vom 16. Juli 1979.

[44] Zur Analyse des Klassengehalts der »angebotsorientierten« Ökonomie siehe Cleaver (1981). Trotz ihrer ganzen anti-sowjetischen Rhetorik war es so offensichtlich, daß die Arbeiterklasse der zentrale Feind der Reagan-Regierung war, daß Fox Piven und Cloward deren Politik denunzierten. Siehe Fox Piven und Cloward (1982).

hätte abgeschafft werden sollen.[45] Aufgrund des erfolgreichen Widerstandes gegen solche Kürzungen führten die Steuersenkungen des Reagan-Programms ohne die entsprechenden Ausgabenkürzungen zu einem himmelhohen Haushaltsdefizit, das nur durch eine massive Verschuldung im europäischen und japanischen Ausland finanziert werden konnte. Schließlich war Volcker im Herbst 1982 aufgrund der Unzufriedenheit der Unternehmen über die Depression und über den Ausverkauf des Bundes den Geldmärkten sowie der mexikanischen Androhung in der Schuldenkrise, die Schulden nicht zurückzuzahlen, gezwungen, die monetäre Politik zu lockern und die Zinsraten zu senken. Sein ausdrückliches Ziel dabei war die Stimulation des Konsums, nicht der Investitionen. Die darauf folgende langwierige und träge Erholung hatte sehr zum Leidwesen der Monetaristen und Angebotsorientierten einen keynesianistischen Beigeschmack. Da durch Arbeitslosigkeit, Senkung der Einkommenssteuern und finanzielle Deregulierung Geldeinkommen von den LohnarbeiterInnen zu Angestellten und Managern verschoben wurden – und damit die Yuppy-Generation finanziert wurde –, fand diese vom »Konsum gezogene« wirtschaftliche Erholung zwar auf der Grundlage einer neuen Klassenzusammensetzung statt, aber es war eben nicht das von den angebotsorientierten Politikern angestrebte investitionsgezogene Wachstum.

Diese Geschichte des Klassenkonflikts um das Geld auf der Ebene des Staates spielte sich im Rahmen viel umfassendere Konflikte zwischen ArbeiterInnen und individuellen Arbeitgebern auf der privaten Ebene ab. Obwohl der harte Schlag gegen die Fluglotsen zunächst im Hintergrund der Reagan-Politik stand, signalisierte er den Beginn eines umfassenden Angriffs auf die stärksten Sektoren der amerikanischen Arbeiterklasse – wobei Stärke am Geld gemessen wird. Zusammen mit der staatlich geförderten hohen Arbeitslosigkeit und den Angriffen auf die Sozialleistungen, die die Lohnhierarchie von unten her angriffen, spielte die Deregulation – die mit der Begründung verkauft wurde, »uns die Regierung vom Hals zu schaffen« – eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen, Löhne und Absicherungen in der Privatwirtschaft zu senken. Sie senkte nicht nur unmittelbar die Kosten für die Unternehmen, die durch Arbeitskämpfe in die Höhe getrieben worden waren (z.B. für Arbeitssicherheit und Umweltschutz), sondern ermöglichten den Unternehmen auch ihre Reorganisation auf Firmen- und Industrieebene. Chapter 11 [des US-amerikanischen Konkursrechtes] wurde dazu benutzt, Zugeständnisse bei Lohn- und Leistungskürzungen zu erzwingen, den Firmen einen leichteren Zugang zu Industrien wie der Luftfahrt zu verschaffen, und um es dem Kapital leichter zu machen, sich in

[45] Siehe Cleaver (1986) und Palazzini (1992), die sich auf die Kämpfe um Lebensmittelmarken und soziale Sicherheit konzentrieren.

neuen, gewerkschaftsfreien Unternehmen zu reorganisieren und damit vom den alten keynesianischen formellen Tarifverhandlungen zu befreien. Wo die Gewerkschaften es nicht geschafft hatten, die ArbeiterInnen in die Schranken des Profits zu weisen, wurden sie gemieden, und die Drohung mit Arbeitslosigkeit eingesetzt, um Löhne und Absicherungen niedrig zu halten.

Gleichzeitig nutzten viele Unternehmen den wachsenden Vorteil fallender Löhne in der Dritten Welt, die auch vom monetären Terrorismus durchgesetzt worden waren (in diesen Fällen vom IWF gesteuert), um NiedriglohnarbeiterInnen gegen besser bezahlte ArbeiterInnen auszuspielen. Produktionsverlagerungen ins Ausland wurden angedroht und tatsächlich durchgeführt, z.B. von amerikanischen Firmen nach Mexiko, von nordeuropäischen in den Mittelmeerraum, von japanischen und südkoreanischen nach Südostasien. Als in Detroit, Liverpool, Lille, Hamburg, Kyoto und Seoul Fabriken geschlossen wurden und einstmals hochbezahlte ArbeiterInnen von ihrem Platz in der Lohnhierarchie geworfen wurden, öffneten neue Fabriken in Mexiko City, Spanien, Bangkok und Singapur, wo die ArbeiterInnen mit bedeutend weniger Geld oder irgendwelchen anderen Einkommensformen im Austausch gegen härtere, gefährlichere und längere Arbeit abgespeist werden konnten.

Zu den Maßnahmen, mit denen diese multinationale Zersetzung der globalen Strukturen von Klassenmacht vorangetrieben werden sollten, gehörten auch Anstrengungen, Handelsströme (Waren und Dienstleistungen) und Geldflüsse (sowohl Aktien wie Direktinvestitionen) von Einschränkungen zu befreien. Der Abbau solcher Einschränkungen, der für den Prozeß der gesellschaftlich-geographischen Reorganisierung notwendig war, wurde zum Teil mit dem Druck erreicht, den der IWF auf nationale Regierungen ausübte, die zu Umschuldungsmaßnahmen gezwungen waren. Außer den schon erwähnten Haushaltskürzungen, Währungsabwertungen und Privatisierungen, wurden sie zur Abschaffung verschiedener protektionistischer Maßnahmen gezwungen, mit denen sie inländische Industrien hatten schützen wollen, und zur Abschaffung von Hindernissen für Kapitalbewegungen, mit denen die Gewinnrückführung aus ausländischen Investitionen begrenzt werden sollte. Kurz gesagt, »freie Märkte« aller Art waren eine Voraussetzung für die Freiheit des Kapitals, Geld wieder so einzusetzen, daß es die Kontrolle über die Arbeiterklasse zurückerlangen konnte.[46] Um diese Freiheit ging es auch in der Uruguay-Runde der GATT-

---

[46] Die offensichtliche Ausnahme bei diesem Streben nach internationalen »freien Märkten« waren die Märkte für Arbeitskraft. Während jede Anstrengung unternommen wurde, um Einschränkungen der freien Beweglichkeit von Waren und Geldkapital abzubauen, wurden die ArbeiterInnen dem genauen Gegenteil ausgesetzt: zunehmend stärkere Einschränkungen für Einwanderer und Flüchtlinge sowohl durch die offizielle Politik (z.B. Grenzkontrollen) wie durch einen inoffiziellen Rassismus gegen Immigranten. Die Existenz dieser Kontrollen ist ein klares Zeichen für die Autonomie der

Verhandlungen und beim amerikanischen Drängen auf ein Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA) als erstem Schritt zu einem gemeinsamen Markt, der die halbe Erdkugel umfassen würde.[47] In beiden Fällen war das wichtigste zu überwindende Hindernis – das hinter den widerstreitenden Verhandlungspositionen der verschiedenen Nationalstaaten stand – die Gegnerschaft verschiedener Arbeitergruppen, von Reisbauern in Japan und Südkorea über Bauern in Europa bis zum verbreiteten Widerstand von Industriearbeitern, Umweltschützern und sogar Kleinbauern[48] in ganz Nordamerika, denen die Bedrohung klar war, ArbeiterInnen mit Hilfe des internationalen Handels gegen

---

Bewegungen der Arbeiterklasse und der in ihr liegenden Bedrohung der kapitalistischen Macht. Würden die ArbeiterInnen wohl oder übel nur dorthin gehen, wo ihre Arbeitskraft gefragt ist, dann wären solche Kontrollen nicht nötig. Zu den Einschränkungen in Europa als Reaktion auf die Autonomie der Immigranten siehe Moulier-Butang und Ewenzyck (1978). Zu den Einschränkungen gegenüber der nicht-legalisierten Mobilität in Nordamerika siehe Flores (1977).

[47] Die Parallelen zu Argumenten für den Freihandel, die aus der klassischen politischen Ökonomie des 18. und 19. Jahrhunderts stammen, scheinen auf der Hand zu liegen. Unglücklicherweise wurden diese früheren Argumente von Marxisten normalerweise als Ausdruck des britischen Imperialismus und nicht als Antwort auf den Druck der Arbeiterklasse betrachtet. Eine Ausnahme ist die Arbeit von Ricardo Salvatore über den Handel zwischen Argentinien, England und den Vereinigten Staaten im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, den er in Bezug auf die Dynamik des Klassenkampfs in den einzelnen Ländern analysiert und dabei zeigt, wie der Klassenantagonismus durch den Handel selbst übertragen und zirkuliert wurde. Siehe Salvatore (1987).

[48] Die Teilnahme der Bauern an der Anti-Nafta-Bewegung in Nordamerika nahm in der Zeit, in der dieses Kapitel zur Veröffentlichung vorbereitet wurde, sprunghaft zu. Am 1. Januar 1994, als NAFTA in Mexiko in Kraft treten sollte, führten die Indios aus Chiapas in vier verschiedenen Städten Überraschungsangriffe auf Regierungsbehörden durch und erklärten dem mexikanischen Staat den revolutionären Krieg. Während sich unter ihren Schlachtrufen auch altbekannte Forderungen wie die nach Rückgabe des Landes und Beendigung der Unterdrückung befanden, stellten sie ihren Kampf auch ganz ausdrücklich in einen Zusammenhang zu NAFTA. In einer Stellungnahme, die sowohl über die Massenmedien wie durch den oppositionellen Cyperspace sofort rund um die Welt gingen, erklärte ein Sprecher der indianischen Streitkräfte, die in San Cristóbal de las Casas einmarschiert waren: »Das Freihandelsabkommen ist der Totenschein für die indianischen Menschen in Mexiko.« Die überraschend schnelle und weitverbreitete Mobilisierung zur Unterstützung des indianischen Kampfes in Mexiko und auf der ganzen Welt stoppte den Gegenangriff der mexikanischen Regierung. Daß eine derart lokale und kleine Bewegung eine solche Oppositionsbewegung auslösen konnte, sollte deutlich machen, daß der internationale Widerstand der Arbeiterklasse viel entwickelter ist, als viele annehmen. Die nordamerikanische Unternehmerpresse verstand sofort, welche Gefahr
dies für die internationalen Strategien des Kapitals zur Klassenzersetzung darstellte. Sie warnte die mexikanische Regierung, daß irgendwelche wesentlichen Zugeständnisse an die Indianer geplante Ausweitungen der Kapitalinvestitionen vereiteln würden. Siehe z.B. *Business Week* (Januar 1994).

einander auszuspielen.[49]

An dieser Stelle möchte ich von den verschiedenen Versuchen, den Arbeitern Geld und Einkommen zu entziehen, zu den Bemühungen der Kapitalistenklasse übergehen, dieses Geld wieder in die Akkumulation zu leiten. Ein Teil dieser Geschichte ist zwangsläufig schon erwähnt worden: die weitgehend fehlgeschlagenen Anstrengungen, höhere Ölpreise in kapitalistische Investitionen umzuwandeln, die weitgehend erfolgreiche Verlagerung von Investitionen über die Grenzen hinweg und die industrielle Reorganisation, der Ergebnisse gemischt waren. Aber über diese einzelnen Maßnahmen hinaus stellt sich die allgemeinere Frage, in welchem Maße es dem Kapital gelungen ist, mit Hilfe des Geldes die Grundlage eines neuen Akkumulationszyklus zu schaffen, der sich trotz möglicherweise anderer Steuerungsformen mit dem vom keynesianistischen Staat organisierten Zyklus vergleichen ließe.

Die Antwort auf diese Frage muß meines Erachtens weitgehend negativ ausfallen. Die langwierige Erholung (1983-89) von der Reaganschen monetaristischen Depression war schwach, und die zielstrebige Verfolgung einer repressiven »Null-Inflations« der Fed, die sich gegen die Löhne richtete, löste am Vorabend des Golfkrieges eine neue Depression aus. Darüber hinaus wurde der gesamte Versuch, einen neuen Akkumulationszyklus einzuleiten, von zwei Phänomenen untergraben – einem alten und einem neuen.

Das alte Phänomen waren die anhaltenden Kämpfe der Arbeiterklasse, defensive wie offensive, innerhalb der Vereinigten Staaten wie in anderen Teilen der Welt. Ich bin bereits auf den entschlossenen und ziemlich erfolgreichen Widerstand eingegangen, der sich gegen die Versuche von Reagan und Bush formierte, Sozialprogramme zu kürzen. Die tatsächlich erzielten Kürzungen wurden dadurch eingeschränkt und Milliarden von Dollar blieben in den Händen der Arbeiterklasse. Aber wir müssen auch sehen, daß die Arbeiterklasse neben den Versuchen, den in früheren Jahren bereits erreichten Lebensstandard zu verteidigen (was sie in Wirklichkeit nicht erreichen konnte), auch beträchtliche Mengen ihres Geldes in die Verfolgung eigener Ziele gesteckt hat. In den 80er Jahre gehörten dazu vor allem die Erringung der Autonomie der schwarzen Arbeiterklasse in Südafrika, die Ausbreitung und Verteidigung der Revolution in Mittelamerika, der Befreiungskampf der Palästinenser, die Verfolgung eines

---

[49] In Opposition zu diesen Handelsabkommen standen offensichtlich auch verschiedene Kapitalistengruppen, die vom Abbau diverser Schutzmaßnahmen betroffen wären. Diese Mischung aus Klasseninteressen in der Oppositionsbewegung machte sie anfällig für verschiedene Formen populistischer Ideologie. Bemerkenswert war jedoch das spontane und weitverbreitete Anwachsen einer äußerst niveauvollen Basisbewegung – die sich zunehmend international durch Informationsaustausch und Diskussionen vernetzte, was durch den Gebrauch internationaler Computer-Kommunikations-Systeme befördert wurde.

ökologischen Programmes, das (ob es die Beteiligten so sehen oder nicht) die Überwindung des Kapitalismus erfordert, die Ausdehnung der Macht der Frauen, die Erweiterung von Rechten für Minderheiten und eingeborene Bevölkerungen, kulturelle Erneuerung usw.. All das stellte eine fortgesetzte und sich in viele Richtungen ausbreitende Subversion des Geldes da, das von den kapitalistischen Zielsetzungen weg in die Kämpfe umgeleitet wurde. Die wiederholten Fehlschläge des Kapitals bei dem Versuch, mithilfe der Schuldenkrise eine für die Akkumulation ausreichende Kontrolle wiederzuerlangen, waren in dieser ganzen Phase ein Maßstab für die Stärke des Widerstands der Arbeiterklasse. Wo ökonomische Mittel fehlschlugen, wurde die Macht der Arbeiterklasse durch militärische Interventionen – vor allem dem Golfkrieg von 1991 – angegriffen, sowohl direkt wie indirekt. Auf direkte Weise bekam das öl-produzierende Proletariat diesen Angriff zu spüren, dessen Arbeitsplätze militarisiert wurden und das sich einem riesigen Zersetzungsprozeß durch Tod, Knast und Deportation ausgesetzt sah. In indirekter Weise wurde die »Krise« als Rechtfertigung für erneute Angriffe auf die Arbeiterklasse benutzt, auf ihr Einkommen (höhere Ölpreise) und auf ihre qualitativen Erfolge (reduzierte Umweltkontrollen, erneuerter Push der Nuklearenergie, gesteigerter Rassismus in Form einer härteren Politik zur Kontrolle der Arbeitsimmigranten).

Das neue Phänomen war die enorme Umleitung von Geld weg vom umstrittenen Feld der Produktion hin zur Spekulation, die in Folge der finanziellen Deregulierung, mit der viele der in der keynesianischen Ära eingerichteten Hindernisse beseitigt wurden, plötzlich und in enormem Ausmaß anstieg. Diese Deregulation, die unter Carter begonnen hatte, unter Reagan beschleunigt und von Bush oder Clinton nicht aufgegeben wurde, machte eine rapide Entwicklung zahlreicher neuer finanzieller Praktiken möglich, von denen viele sehr gut für spekulative Zwecke geeignet waren (z.B. junk bonds [eine spezielle Form von relativ hochverzinsten Wertpapieren; in den USA entwickelt und dort von Bedeutung sind, Anm.d.Ü.]). Kombiniert mit einem neuen White-House-Ethos von Reichtum und Gier (der von den Medien breit propagiert wurde) führte das zu einer Explosion der spekulativen Aktivität, wie es sie seit den 20er Jahren nicht mehr gegeben hatte. Riesige Ressourcen an Geld, menschlichem Können und organisatorischen Anstrengungen wurden in die schnellsten und lukrativsten Profitspiele gesteckt, statt in Investitionen, mit denen sich die langanhaltenden Klassenwidersprüche hätten überwinden lassen. Angesichts schwindelnd hoher Profitraten aus Papierinvestitionen, die zum Teil auf die hohen Zinsraten zurückzuführen sind, zu denen die Fed mit ihrer Politik der Geldverknappung beitrug, und industriellen Profitraten, die unter dem Druck der Depression erwartungsgemäß niedrig waren, geschah das Unvermeidliche. »Kapital« in Geldform floß in Papier- und spekulative Investitionen und forcierte die Hausse-Spekulationen an der Börse und eine immer tiefgreifendere Beteiligung der Banken und Bau-

sparkassen an einem ebenso aufgrund von Spekulation boomenden Immobilienmarkt. Das Ergebnis bestand, wie wir heute wissen, unter anderem im Börsencrash von 1987, den weitverbreiteten Zusammenbrüchen von Bausparkassen und der aktuellen Krise des amerikanischen Bankwesens. All diese phantastischen Rasereien und die Panik, die Marx in den 1850er Jahren fasziniert hatten, aber deren Untersuchung während der keynesianischen Ära aus der neoklassischen und marxistischen Wirtschaftstheorie völlig verschwunden war, erlebten plötzlich ihre Wiedergeburt in dem, was Business Week ohne Zögern und mit beträchtlicher Bestürzung als »Casino-Ökonomie« bezeichnete.[50]

Dieses Wiederauftauchen einer extrem fetischistischen Jagd nach Geld im späten 20. Jahrhundert, bei der die Steuerung der Klassenbeziehungen vernachlässigt wurde, hat zweifellos die Lösung der Krise dieser Beziehungen verhindert, um die das Kapital in den letzten zwanzig Jahren bemüht war. Indem die Reagonomics es erleichterten, große Mengen von Ressourcen von ernsthafteren Experimenten zur Umstrukturierung der Klassenzusammensetzung wegzuleiten, untergruben sie eben die »angebotsorientierte« Revolution, die sie herbeiführen wollten. Die Reaganauten wiesen die Argumente von keynesianistischeren Angebotsorientierten wie Lester Thurow zurück, die für eine beschleunigte Umstrukturierung mittels einer »Industrie-Politik« des Bundes eintraten, statt »die Investitionsentscheidungen dem privaten Sektors zu überlassen«. Aber während ein Teil des privaten Sektors intensiv über alternative Management-Modelle diskutierte, mit denen die Subjektivität der Arbeiterklasse kontrolliert werden sollte (z.B. die Debatte über das »japanische Modell«), begnügte sich der überwiegende Teil damit, die Konzentration des Geldes in den eigenen Händen auf Kosten der ArbeiterInnen zu beschleunigen. Wie ernsthaft konstruktivere Anstrengungen zur Krisenlösung dadurch untergraben wurden, läßt sich nur zum Teil an der Menge des umgeleiteten Geldes ablesen. Wichtiger ist es, die wesentlichen Anstrengungen des Kapitals zu erkennen und zu untersuchen, die auf den erneuten Einsatz des Geldes in der wirklichen Akkumulation zielen.

Zu diesen Anstrengungen gehörten bedeutsame Investitionen in die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien, die die organische Zusammensetzung des Kapitals erhöhten und eine Reorganisation der Produktion und Zersetzung der Arbeitermacht erlaubten. Am bekanntesten waren die Investitionen, die zur Transformation der fordistischen Massenproduktion führten, wie die

---

[50] Vor 1980 gab es innerhalb der herrschenden Wirtschaftstheorie oder im Marxismus nur wenige, die sich mit spekulativem Boom und Crash beschäftigten. Eine erwähnenswerte Ausnahme war Hyman Minsky. Die wenigen übrigen interessierten sich für die »finanzielle Zerbrechlichkeit« vor allem aus historischen Gründen, z.B. Kindleberger (1978).

Mechanisierung der Produktion durch computergesteuerte Robotisierung, um die Fließbandfertigung durch eine flexible Just-in-time-Produktion kleiner Serien zu ersetzen, die von einem neuen Typ von Arbeiter geleitet wird.[51] Solche neuen Technologien werden heute nicht nur in den alten, hochentlohnten Betrieben eingeführt, die dadurch ArbeiterInnen überflüssig machen und entlassen können, sondern auch in den neuen, in die Dritte Welt verlagerten Fabriken, wo sich herausgestellt hat, daß auch eine viel geringer entlohnte Arbeitskraft solche Produktionsprozesse steuern kann. Weniger traditionell, aber von zunehmender Bedeutung ist die Reorganisation von Informationsflüssen (eingeschlossen jene, die mit der Schöpfung der Wissenschaft und Technologie selbst verbunden sind) durch immer stärker dezentralisierte aber komplexe Netze computergestützter Kommunikation.[52] Zu solchen »postfordistischen« Methoden der Arbeitsorganisation gehörten auch Versuche, das öffentliche Bildungswesen als Instrument für ein erneutes Produktivitätswachstums wieder an die Privatwirtschaft zu koppeln (d.h. durch das Aufgreifen und Benutzen einer neuen Subjektivität innerhalb der Arbeiterklasse).[53] Diese beiden Richtungen kapitalistischer Investitionen treffen sich in dezentralen Netzwerken von weitgehend selbstgesteuerter hochflexibler Produktion, in denen sowohl die Produkte wie die Herstellungstechnik von den Arbeitern selbst ständig verändert werden. Das ist nirgends so sichtbar wie in der Softwareindustrie, die in den letzten Jahren dramatisch angewachsen ist.[54] Solche neuen Entwicklungen sind kreative Reaktionen auf das Auftauchen der machtvollen und verschiedenartigen Subjektivität der Arbeiterklasse, die die keynesianische Form des Kapitals in die Krise getrieben hatte. Für ihre Verbrei-

---

[51] Siehe Coriat (1990). Zur Debatte um diese Muster einer postfordistischen kapitalistischen Umstrukturierung siehe Coco und Vercellone (1990) und Bonefeld und Holloway (1991).

[52] Siehe Lazaratto und Negri (1991) und Virno (1992).

[53] Das Ausmaß der staatlichen Beteiligung an solchen Bemühungen um eine Lösung der »Ausbildungskrise« war von Land zu Land sehr unterschiedlich, von Ländern wie Japan und Deutschland, in denen der Staat eine zentrale Rolle spielt, bis zu solchen wie den Vereinigten Staaten, wo sich die Rolle des Staates aufgrund des Fehlens einer geschlossenen Bundespolitik meistens darauf beschränkt, daß örtliche Regierungen ihr Schulsystem an die Privatwirtschaft prostituieren, um innerhalb der Konkurrenz einen größeren Anteil an Investitionen, Arbeitsplätzen und Steuern anzulocken.

[54] Trotz der Existenz von Großunternehmen in Teilen der Softwareindustrie war die Rolle der autonomen, dezentralisierten Programmierarbeit sowie der ähnlich ungesteuerten Zirkulation, Modifikation und Nutzung entscheidender. Die Schwierigkeiten einer kapitalistischen Kontrolle dieser Art von produktiver Tätigkeit waren aber von Anfang an klar, da die meisten Mitglieder dieser

wachsenden Gemeinschaft von »ArbeiterInnen« auf ihrer eigenen Unabhängigkeit bestanden – bis dahin, daß sie es nicht zuließen, ihre »Produkte« zu Waren zu machen, und eine Ideologie des freien Zugangs zu Informationen vertraten.

tung und Weiterentwicklung sind beträchtliche Ressourcen erforderlich, von denen viele von Geschäftsleuten vergeudet wurden und werden, die vergessen *haben, daß das Geschäft des Geschäftemachens nicht nur im Profit besteht, sondern in der Organisation der Gesellschaft durch die Erzwingung und die* Kontrolle von Arbeit.

Schlußfolgerungen

In Zusammenhang mit dem Andauern der Krise und den Fehlschlägen bisheriger politischer Maßnahmen zu ihrer Lösung spielte das Geld eine erfolgreiche kapitalistische Rolle nur auf repressive, nicht auf schöpferische Weise. Die Siege des monetären Terrorismus in den führenden kapitalistischen Ländern und in der Dritten Welt waren nicht von einem neuen Geldfluß in eine Umgestaltung der Klassenbeziehungen begleitet, mit der die kapitalistische Macht wieder stabilisiert und ein neuer Akkumulationszyklus eingeleitet werden konnte. Die komplexe Struktur monetärer Beziehungen, die im Rahmen der keynesianischen gesellschaftlichen Fabrik geschaffen und von den Kämpfen der entlohnten und nichtentlohnten ArbeiterInnen zerstört worden war, ist bisher nicht repariert und ein neues tragfähiges Gewebe solcher monetären Beziehungen nicht geknüpft worden.

Obwohl es verschiedene neue Bemühungen und Experimente gibt, sich die neu aufgetauchten Eigenschaften der Subjektivität in der Arbeiterklasse nutzbar zu machen, sind diese weder auf einer ausreichend breiten Ebene durchgeführt worden, noch haben sie entsprechend stabile Ergebnisse hervorgebracht, um eine erfolgreiche Antwort auf die Krise der Klassenverhältnisse zu sein, die vor mehr als zwanzig Jahren begonnen hat. Auf der Ebene der internationalen Geldverhältnisse folgten auf das Scheitern des »schmutzigen Floatens« die Fehlschläge des EWS.[55] Auf der Ebene der Produktion sind wir vielleicht schon

---

[55] Ein paar Monate nach Fertigstellung ursprünglichen Manuskripts, im September 1992, wurden diese Fehlschläge auf dramatische Weise sichtbar. Großbritannien und dann Italien und Irland zogen sich aus dem System zurück und ließen eine Abwertung ihrer Währungen weit unter die vom System gestattete Schwankungsbreite zu. Die Weigerung einiger europäischer Regierungen, die von der Bundesbank diktierten höheren Zinsen (die Bundesbank hatte den Diskontsatz im Juli auf eine Rekordhöhe von 8,75 Prozent angehoben) und höheren Arbeitslosenraten (die Europäische Kommission sagte einen Anstieg auf 9,5 Prozent für 1992 und auf 9,7 Prozent für 1993 voraus) zu akzeptieren, muß als Versagen bei der Durchsetzung dieser gegen die Löhne und die Arbeiterklasse gerichteten Maßnahmen gegenüber ihren eigenen ArbeiterInnen verstanden werden. Im Sommer 1992 kam es überall in Europa zu einer Welle von (örtlichen und allgemeinen) Streiks, die sich gegen die Angriffe auf die privaten und sozialen Löhne (Senkung der Arbeitslosenunterstützung usw.) richteten. Dies kulminierte im Zusammenbruch des europäischen ERM und stellte die Fähigkeit des europäischen Kapitals in Frage, die für 1997 angekündigte europäische Währungsunion durchsetzen

Zeugen der ersten Krise des gerade begonnen »Postfordismus« geworden.[56] Auf der Ebene der Reproduktion wehren sich Frauen und Studenten weiterhin dagegen, daß ihre Selbsttätigkeit für die Produktion von Arbeitskraft funktionalisiert wird.[57]

Das Andauern der Krise, die Krise des kapitalistischen Gebrauch des Geldes eingeschlossen, erlaubt es uns, eine Reihe von weitreichenden Fragen zu stellen. Wird die Krise schließlich dazu führen, daß sich die kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse wieder auf irgendeine Art und Weise stabilisieren lassen, oder werden wir als Subjekte handeln können, deren nicht zu fesselnde Selbsttätigkeit die kapitalistische Geschichte zu ihrem Endpunkt bringt und neue, postkapitalistische Welten errichtet? Überall auf der Welt, von den Straßen in Los Angeles bis zu denen in Osteuropa, von Brixton in London bis nach Tepito in Mexico City ist die Zukunft des Geldes offen. Kann es in Kapital verwandelt werden? Wir haben die Schwierigkeiten gesehen. Kann es von der Arbeiterklasse genutzt werden, um die Krise zu verschärfen und Alternativen auszuweiten? Wir haben einige der Möglichkeiten gesehen. Und schließlich: Können wir ohne Geld und ohne all die anderen Formen von Kapital und eindimensionalen Mitteln auskommen zugunsten einer Welt, in der wir uns selbst und alle anderen nach ständig neu definierten Werten beurteilen, in einer Vielzahl freier kultureller Einheiten, die durch eine neue Art demokratischer Politik miteinander verbunden sind? ■

Literatur

Baran, P. and Sweezy, P. [1964] (1973) *Monopolkapital: ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Sozialordnung* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Berli, L. (1975) »Inflazione e recessione. La politica della Banca d'Italia (1969-1974)«, *Primo Maggio*, 5 (Spring).

Bologna, S. (1993) »Money and Crisis: Marx as Correspondent of the New York Daily Tribune, 1856-1857«, *Common Sense*, 12 and 14.

Bonefeld, W. and Holloway, J. (1991) *Post-Fordism and Social Form: A Marxist Debate on the Post-Fordist State* (London: Macmillan).

Caffentzis, G. [1975] (1988) »Weg mit der Karriereleiter: Universitäten in der Krise, in: *Zerowork*, Thekla 19 (Berlin).

---

zu können.

[56] Negri (1993), S. 11-15.

[57] Trotz des »backlash« gegen die Frauenbewegung in den 80er und 90er Jahren konnten weder die erreichten Erfolge rückgängig gemacht werden, noch ein eindeutiger Erfolg bei der Einbindung neuer Familienformen ins Kapital erzielt werden. Bezüglich der Ausbildung war es weiterhin schwierig, junge Leute in gefügige Arbeitskraft zu verwandeln. Trotz einer massiven Mittelverlagerung von den freien Künsten zu professionellen Schulen lassen die neuesten Zahlen erkennen, daß es zu einer (vom Standpunkt des Kapitals aus) »verrückten« Abwanderung der UniversitätsstudentInnen in weniger auf den Job ausgerichtete akademische Disziplinen kommt.

Caffentzis, G. (1989) *Clipped Coins, Abused Words and Civil Government: on Locke's Philosophy of Money* (New York: Autonomedia).

Caffentzis, G. (1992) »Hume, Money and Civilization, or, Why was Hume a Metallist?«, TS, University of South Maine, Portland.

Carpignano, P. [1975] (1988) »Die Klassenzusammensetzung in den USA der 60er Jahre«, in: *Zerowork*, Thekla 10 (Berlin).

Cleaver, H. [1977[(1988) »Nahrungsmittel, Hunger und die internationale Krise, in: *Zerowork*, Thekla 10 (Berlin).

Cleaver, H. (1981) »Supply-side Economics: Splendori e miserie«, *Metropoli*, 7(3) (December)

Cleaver, H. (1986) »Reaganisme et rapports de classe aux Etats-Unis«, in: Marie-Blanche Tahon and Andre Corten (eds), *L'Italie: Le Philosophe et le Gendarme* (Montreal: Editeur VLB).

Cleaver, H. (1989) »Close the IMF, Abolish Debt and End Development: a class analysis of the international debt crisis«, *Capital & Class*, 36 (Winter).

Coco, G. and Vercellone, C. (1990) »Les paradigmes sociaux du post-fordisme«, *Futur Antérieur*, 4 (Winter).

Coriat, B. (1990) *L'atelier et le robot: essai sur le fordisme et la production de masse a l'âge de l'électronique* (Paris: Christian Bourgois).

Demac, D. and Mattera, P. [1977] (1988) »New York entwickeln und unterentwickeln. Die 'Haushaltskrise' und die Durchsetzung der Austerität«, in: *Zerowork*, Thekla 10 (Berlin).

De Vries, T. (1976) »Jamaica, or the Non-Reform of the International Monetary System«, *Foreign Affairs* (April).

Facing Reality (1964) *Negro Americans Take the Lead* (Detroit: Facing Reality).

Fitch, R. (1972) »Sweezy and Corporate Fetishism«, *Socialist Revolution*, 12, Vol. 2, No. 6 (November--December).

Fitch, R. and Oppenheimer, M. (1970a) »Who Rules the Corporations? Part 1«, *Socialist Revolution*, 4, Vol. 1, No. 4 (July-August).

Fitch, R. and Oppenheimer, M. (1970b) »Who Rules the Corporations? Part 2«, *Socialist Revolution*, 5, Vol. 1, No. 5 (September-October).

Fitch, R. and Oppenheimer, M. (1970c) »Who Rules the Corporations? Part 3«, *Socialist Revolution*, 6, Vol. 1, No. 6 (November-December).

Flores, E. (1977) *A Call to Action: An Analysis of Our Struggles and Alternatives to Carter's Immigration Program*, pamphlet, 28-30 October.

Fox Piven, F. and Cloward, R.A. (1977/1986) *Aufstand der Armen* (Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp).

Fox Piven, F. and Cloward, R.A. (1982) *The New Class War: Reagan's Attack on the Welfare State and Its Consequences* (New York: Pantheon Books).

Georgakis, D. (1981) »Young Detroit Radicals, 1955-1965«, *Urgent Tasks*, 12 (Summer).

Georgakis, D. and Surkin, M. (1975) *Detroit: I Do Mind Dying. A Study in Urban Revolution* (New York: St Martin's Press).

Greider, W. (1987) *Secrets of the Temple: How the Federal Reserve Runs the Country* (New York: Simon & Schuster).

Kindleberger, C. (1978) *Manias, Panics and Crashes: A History of Financial Crises* (New York: Basic Books).

Lazzarato, M. and Negri, A. (1991) »Travail immatériel et subjectivité«, *Futur Antérieur*, 6 (Summer).

Lichten, E. (1986) *Class, Power and Austerity: The New York City Fiscal Crisis* (South Hadley: Berin & Garvey).

Linebaugh, P. (1992) *The London Hanged* (Cambridge: Cambridge University Press).

Marx, K. [1857] *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 42.

Marx, K. [1859] *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 13.

Marx, K. [1867] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23.

Marx, K. [1884] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. II, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 24.

Moulier, Y. (1986) »L'Opéraisme Italien: Organisation - Représentation – Ideologie, ou la Composition de Classe Revisitée«, in Marie-Blanche Tahon and André Corten (eds), *L'Italie: Le Philosophe e Le Gendarme* (Montreal: Editeur VLB).

Moulier-Butang, Y. and Ewenzyck, P. (1978) »Immigration: The Blockage of Mobility in the Mediterranean Basin« (Englisches Manuskript) ursprünglich auf Französisch in: *Critique de l'Economie Politique*, Nouvelle Serie, 3(4), September.

Negri, A. [1968] (1972) »Die kapitalistische Theorie des Staats seit 1929: John M. Keynes«, in: Negri, A. *Zyklus und Krise bei Marx*, (Merve: Berlin).

Negri, A. (1993) »La première crise du postfordisme«, *Futur Antérieur*, 16.

Nicolas-Le Strat, P. (1992) »La monétarisation des rapports sociaux«, *Futur Antérieur*, 9.

O'Connor, J. (1971) »Question: Who Rules the Corporations? Answer: The Ruling Class«, »Reply«, *Socialist Revolution*, 7, Vol. 2, No. 1 (January/February).

O'Connor, J. [1973] (1974) *Die Finanzkrise des Staates* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

O'Connor, J. and Fitch, R. (1971) »Reply«, *Socialist Revolution*, 7, Vol. 2, No. 1 (January-February).

Palazzini, K. (1992) »Supply Side Economics, A Successful Counterattack?« (typescript) (April).

Reynolds, T. (1980) *The Food Stamp Explosion*, M.A. dissertation, University of Texas.

Ricciardi, J. (1985) *Essays on the Role of Money and Finance in Economic Development*, Ph.D. thesis, University of Texas.

Romano, P. and Stone, R. (1947) *The American Worker* (Detroit: Bewick).

Salvatore, R. (1987) *Class Struggle and International Trade: Rio de la Plata's Commerce and the Allantic Proletariat, 1790-1850*, Ph.D. thesis, University of Texas at Austin, 1987.

Sweezy, P. (1971) »The Resurgence of Financial Control: Fact or Fancy?« *Monthly Review*, Vol. 23, No. 6 (November).

Triffin, R. (1978/1979) »The International Role of the Dollar«, *Foreign Affairs* (Winter).

Tronti, M. (1973) »Social Capital«, *Telos*, 17 (Fall).

Tronti, M. (1976) »The Social Factory«, *Falling Wall Review*, 5.

Virno, P. (1992) »Quelques notes à propos du general intellect«, Futur Antérieur, 10.

Geld, Gleichheit und Ausbeutung: Eine Interpretation der Marxschen Auffassung vom Geld

Werner Bonefeld[1] (in: Bonefeld / Holloway (Hrsg.): Global Capital, National State and the Politics of Money, 1995, Kapitel 8)

Einleitung

Seit der Deregulierung der internationalen Geldmärkte in den Jahren 1971 und 1973 ist Geld zu einer zentralen Achse des Klassenkonflikts geworden. Überall in der Welt haben Regierungen auf den Übergang von festen zu flexiblen Wechselkursen mit einer Politik des knappen Geldes reagiert. Die staatliche Austeritätspolitik erwies sich jedoch als Fehlschlag – zunächst in der Rezession zu Beginn der 80er Jahre, dann in der »Schuldenkrise« der 80er Jahre und schließlich in der Rezession Anfang der 90er Jahre. Der Crash von 1987 und die Rezession Anfang der 90er Jahre läßt sich durchaus mit der Zwischenkriegsperiode vergleichen, daraus folgt jedoch nicht notwendigerweise, daß diese Krise ähnliche Folgen wie in den 30er Jahren haben wird. Aber lassen sich Parallelen so leicht von der Hand weisen?

Eine der Hauptschwierigkeiten bei der Untersuchung der gegenwärtigen kapitalistischen Krise besteht darin, den Zusammenhang zwischen Veränderungen im internationalen Geldsystem und der kapitalistischen Aufzwingung von Arbeit zu verstehen. Um einen Zugang zu diesem Problem zu bekommen, müssen wir die in sich widersprüchliche Existenzweise von »Geld« begreifen. Dieses Kapitel soll ausgehend von Marx' Schriften über das Geld zu diesem Verständnis beitragen. Marx bietet uns eine Reihe von bemerkenswerten Einsichten, die wir fruchtbar machen müssen. Die Marxsche Auffassung vom Geld soll hier als eine Theorie interpretiert werden, in der Geld als ein in sich widersprüchliches Phänomen menschlicher Beziehungen begriffen wird.

Das Verständnis des Geldes als eine in sich widersprüchliche Form menschlicher Beziehungen wirft die grundlegende theoretische Frage nach der Kon-

---

[1] Viele Menschen haben hilfreiche Hinweise zu diesem Kapitel geliefert; besonderen bedanken möchte ich mich bei Peter Burnham, John Holloway und Richard Gunn.

stitution der gesellschaftlichen Existenz und damit der Konstitution von Kategorien auf. Wie Reichelt (1993, S. 74) gezeigt hat, »wenn wir die Dialektik als eine Methode der Kritik der politischen Ökonomie ernstnehmen wollen, müssen wir die Idee der Konstitution in den Kontext von Wert als einer in ständiger Bewegung befindlichen Form von Existenz stellen«. Anders ausgedrückt, die Kategorie des Geldes kann nicht einfach in den Begriffen »ökonomischer Theorie« verstanden werden – ob sie nun »marxistisch« ist oder nicht (vgl. Marazzis Aufsatz »Das Geld in der Weltkrise«, Thekla 10). Die für die kapitalistische gesellschaftliche Reproduktion konstitutive Widersprüchlichkeit ist nicht die zwischen Finanzkapital und produktivem Kapital, sondern die zwischen Kapital und Arbeit. Die meisten marxistischen Schriften über »Geld« sind auffällig steril, vor allem wenn man sie mit Marx' eigenen Schriften vergleicht. Dies liegt daran, daß sie um ein rein formales Verständnis von »Geld« kreisen und dabei die grundlegende Frage ignorieren, die Marx aufgeworfen hatte, nämlich warum menschliche Beziehungen in der Form eines Verhältnisses zwischen Sachen existieren.[2] Die begriffliche Fassung dieser Frage liefert ein Verständnis von Geld als einem in sich widersprüchlichen Phänomen menschlicher Beziehungen. Diese Betrachtungsweise steht im Gegensatz zu Ansätzen, die Geld entsprechend seiner institutionell gegebenen Bestimmungen »definieren« (Aglietta 1979; Coakley und Harris 1983), und zu solchen, die die Notwendigkeit des Geldes betonen und »Geld« in einer rein formalen Weise aus der Darstellung bei Marx ableiten (De Brunhoff 1976; Reuten 1988; Hall 1992). In all diesen Ansätzen wird die gesellschaftliche Wirklichkeit als ein formales System von Regeln und Gesetzen konstruiert. Obwohl es zwischen den genannten Autoren Unterschiede gibt, so ist ihnen ein Problem gemeinsam: sie verstehen das Kapital auf fetischisierte Weise als ein logisches System.[3] Statt die widersprüchliche Konstitution einer kapitalistischen Welt auf den Begriff zu bringen, betonen diese Ansätze die Rolle und die Widersprüche des »Geldes«. Die Auffassung von der Arbeit als Substanz und den ArbeiterInnen als Schöpfern des Werts und damit des Mehrwerts wird implizit als etwas gesehen, das außerhalb der widersprüchlichen Rolle des Geldes selbst liege.

Dieses Kapitel beginnt mit der Marxschen Auffassung von »Wert« als einer Form menschlicher Praxis. Es folgt die Entwicklung eines Begriffs von »Geld«, wobei die dafür wichtigen Stellen bei Marx zum Geld interpretiert werden. Geld wird dann als die elementare und begriffslose Existenzform der Arbeit im Kapitalismus erörtert werden. Der folgende Abschnitt liefert eine Auffassung von der Beziehung des Staates zum Geld. Dort wird betont, daß der »Staat« eine

---

[2] Siehe Marx' (1867) Kritik des Warenfetischismus.

[3] Zur Kritik eines solchen Verständnisses siehe Holloway (1992); Bonefeld (1994).

politische Form ist, innerhalb derer sich die »gesellschaftliche Macht des Geldes« erhält. Der Schlußabschnitt faßt die Argumente zusammen.

Geld und menschliche Praxis

Arbeit wurde von Marx (1857, S. 266) als das »lebendige, gestaltende Feuer; die Vergänglichkeit der Dinge, ihre Zeitlichkeit, als ihre Formung durch die lebendige Zeit« betrachtet. Die Menschen produzieren sich durch Arbeit selber. Arbeit ist eine allgemeine Bedingung der menschlichen Existenz, unabhängig von der konkreten historischen Form der gesellschaftlichen Existenz. Marx versteht Arbeit als Aneignung der Natur, eine gesellschaftliche, sinnliche, kritisch-zweckmäßige Tätigkeit. »Aber die sogenannten allgemeinen Bedingungen aller Produktion sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist« (Marx 1857, S. 10) Die Bestimmung der Arbeit als menschliche Aktivität im allgemeinen muß in ihrer bestimmten historischen Form gefaßt werden.[4] Der Arbeitsprozeß ist die Produktion menschlicher Beziehungen in und durch die »Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform« (Marx 1857, S. 9).

Während die Menschen in jeder Gesellschaft die Rolle von Produzenten spielen, verwandelt sich die einfachste Kategorie, die Arbeit, in der kapitalistischen Gesellschaft in einen mystifizierenden Charakter, weil die materiellen Elemente des Reichtums aus Arbeitsprodukten zu Warenbesitz werden, oder noch deutlicher, sie verwandeln die Produktionsbeziehungen selbst in eine Sache. Die produktive Macht der gesellschaftlichen Arbeit erscheint in der »verkehrten« Form des Werts.[5] Die »objektive« oder faktische Existenz von »Kapital« kann daher nicht als begrifflicher Ausgangspunkt genommen werden, wie es bei den oben erwähnten Ansätzen der Fall ist. Denn das, was sich dem

---

[4] Zur Dialektik von menschlichen Voraussetzungen (allgemeine Abstraktionen) und gesellschaftlicher Form (Realabstraktion) siehe Psychopedis (1992), Gunn (1992) und Holloway (1991).

[5] In der deutschen Ausgabe des *Kapital* spricht Marx von ›verrückten Formen‹. Im Deutschen hat ›verrückt‹ zwei Bedeutungen: verrückt (mad) und ver-rückt (displaced). Die Bezeichnung ›verkehrte Form‹ bedeutet daher beides, verrückt und ver-rückt. Anders ausgedrückt: diese Formen sind die Existenzformen von Arbeit, in denen »sich Subjekt und Objekt nicht statisch gegenüberstehen, sondern gefangen sind in einem ›ständigen Prozeß‹ der ›Verkehrung von Subjektivität in Objektivität und umgekehrt‹« (Backhaus 1992, S. 60, mit Bezug auf Kofler). [Anm.d.Ü.: In einigen Fußnoten dieses Textes diskutiert Bonefeld Probleme der inhaltlich präzisen Übersetzung bestimmter deutscher Ausdrücke von Marx ins Englische. Obwohl sie für das Verständnis seines Textes in deutscher Übersetzung keine Bedeutung haben, werden sie hier mitübersetzt, weil sie für die Entwicklung der Diskussion über bornierte Sprachgrenzen hinaus nicht unwichtig sind.]

ökonomischen Denken als »Objektivität«, »objektive Logik« oder »objektives Sein« darstellt, ist im Verständnis von Marx »entfremdete Subjektivität« (wie es bei Backhaus 1992 ausgeführt wird). Jede begriffliche Fassung des Geldes, die sich auf seine institutionelle Bestimmtheit, seine formale Logik oder seine funktionale Rolle konzentriert, ignoriert den besonderen Charakter der Marxschen Theorie und führt stattdessen dazu, die verdinglichte Welt des Kapitalismus zum Gegenstand und Zweck der Theorie zu machen. Der besondere Charakter der Theorie von Marx liegt in seiner Auffassung von der wesentlichen sozialen Beziehung, von der »Bewegung der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft« (Psychopedis, 1984).

Als die besten Punkte in seiner Kritik der Politischen Ökonomie bezeichnete Marx einmal: »1. (darauf beruht alles Verständnis der facts) der gleich im ersten Kapitel hervorgehobne *Doppelcharakter der Arbeit*, je nachdem sie sich in Gebrauchswert oder Tauschwert ausdrückt; 2. die Behandlung des *Mehrwerts unabhängig von seinen besonderen Formen* als Profit, Zins, Grundrente etc.« (Marx an Engels, 24.8.1867). Marx bestimmte den Begriff des »Werts« damit qualitativ: als ein allgemeines Äquivalent (Tauschwert) muß er ein Gebrauchswert sein und umgekehrt. Die Marxsche Revolution liegt in der Kritik des Werts als einem Fetisch, der scheinbar übermenschliche Macht besitzt. Die Kritik der politischen Ökonomie zeigt auf, daß »Wert« eine gesellschaftliche Beziehung ist, eine Existenzweise von Arbeit im Kapitalismus. Die Kritik des Fetischismus liefert eine Auffassung von »Wert« *ad hominem*.[6] Das heißt, sie zeigt, daß die sogenannten »ökonomischen Formen« in Wirklichkeit Formen menschlichen Handelns sind. Auf diese Weise führt die Kritik der politischen Ökonomie zu einer »begriffenen Praxis« (Schmidt 1974), d.h. zu einem Verständnis der menschlichen Praxis, die die verkehrte Welt des Kapitalismus konstituiert, sie ausfüllt und ihr widerspricht.

Für Marx ist die Arbeit im Kapitalismus als abstrakte Arbeit bestimmt. Individuelle Arbeit ist abstrakte Arbeit in dem Sinne, daß sie Teil der Arbeit der gesamten Gesellschaft ist, mehr noch, sie erhält erst ihre Bedeutung aus diesem Umstand. Die Kategorie der abstrakten Arbeit existiert durch den Austausch von Waren. Die historische Spezifik der Arbeit betrifft die widersprüchliche Einheit von Austausch und Produktion, die darin liegt, daß die konkreten Arbeiten durch den Warentausch auf abstrakte Arbeit als ihrer gemeinsamen Substanz reduziert

---

[6] In gleicher Weise argumentiert Psychopedis (1992). Seine Rekonstruktion der dialektischen Theorie zeigt die widersprüchliche Integration gesellschaftlicher Bedingungen mit der fetischisierenden und zerstörerischen Verkehrung menschlicher Beziehungen in die Beziehungen von ›Dingen‹ im Kapitalismus. Siehe auch Backhaus (1992), Holloway (1992) und Bonefeld (1994), so wie Schmidt (1974), der betont, daß Marx' Kritik der politischen Ökonomie durch den Vorrang der ›Praxis‹ charakterisiert ist.

werden. »Welches aber immer der Mehrwert sei, den das Kapital im unmittelbaren Produktionsprozeß ausgepumpt und in Waren dargestellt hat, der in den Waren enthaltene Wert und Mehrwert muß erst im Zirkulationsprozeß realisiert werden.« (Marx 1894, S. 835) Der spezifische Charakter der kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen liegt in der »Integration von Wertform und abstrakter Arbeit als der Substanz des Werts und der Integration von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß des Kapitals, indem die Aneignung und Verteilung der Mehrarbeit durch Warentausch erzielt wird« (Clarke 1989, S. 136; siehe auch Clarke 1980; Elson 1979). Die Substanz des Werts ist lebendige Arbeit, die vom Kapital zum Zweck der Ausbeutung kommandiert wird. Arbeit ist eine Bedingung der gesellschaftlichen Existenz als ganzer, eine Bedingung, der gegenüber das Kapital nicht autonom werden kann. Das Kapital ist von der Arbeit abhängig. Es lebt davon, die Arbeit sich selbst entgegenzustellen, in der fetischisierten Form der Lohnarbeit, d.h. als eine wertschöpfende Ware.

Geld und Arbeit

Marx faßt Geld als Voraussetzung und Ergebnis des gesellschaftlichen Prozesses des Werts und integriert so Wert- und Geldtheorie als Momente, die sich wechselseitig bedingen und auseinander resultieren (Backhaus 1974 und 1986). Die individuelle Arbeit erhält ihren gesellschaftlichen Charakter durch den Austausch mit Geld in der Zirkulation. Geld ist das »sachliche Medium, worein die Tauschwerte getaucht« werden (Marx 1857, S. 84). In seiner Rolle als universellem Äquivalent zeigt das Geld, daß alle Waren tatsächlich eine gemeinsame Eigenschaft haben: sie sind alle Produkte der »gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit« (Marx 1894, S. 835). Als Medium der Zirkulation agiert Geld als diese gemeinsame Eigenschaft. Nur in und durch Geld stellt sich die besondere individuelle konkrete Arbeit als gesellschaftliche, als abstrakte Arbeit dar. »Das heißt, es ist das Medium durch das konkrete Arbeit abstrakte Arbeit wird. Mit einem Wort, Geld ist die Existenzform der abstrakten Arbeit.« (Kay 1979, S. 58) Die in sich unterschiedene Einheit von Produktion und Zirkulation wird in gleicher Weise durch das Geld hergestellt wie sie von ihm verborgen wird. Sie wird verborgen, weil im Geld die Produktivkräfte der Arbeit den ArbeiterInnen als ein selbständiges »Ding« gegenübertreten. Im Geld wird die gesellschaftliche Bedingung des »Werts«, also zielgerichtete menschliche Tätigkeit, ver-rückt[7] zu

[7] Ver-rückt bedeutet hier und im folgenden die Konstitution der Existenz der Arbeit in und durch verkehrte Formen. Diese Formen sind sowohl verrückt wie ver-rückt, wie ich es bereits dargestellt habe. Es sind Formen, die sich ständig in Bewegung befinden, und die nicht als statisch existierende Formen vorausgesetzt werden können. Im *Kapital* hat Marx dies mit dem Begriff der *prozessualen*

abstrakter Arbeit *sans phrase*. »Als Werte sind alle Waren qualitativ gleich und nur quantitativ unterschieden« (Marx 1857, S. 59). Im Geld tritt die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit ihr selber entgegen, indem der »Stoffwechsel mit der Natur« (Marx 1894, S. 823) in der Form von scheinbar außermenschlichen Systemeigenschaften existiert: Das »unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer gesellschaftlich-sozialen Bestimmtheit« ist eine »verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben« (Marx 1894, S. 838). Der Substanz des Werts tritt seine formale Existenz als die monetäre Autorität des Kapitals gegenüber. Aber diese Autorität existiert nur durch Arbeit, der Substanz des Werts. Zusammengefaßt bedeutet dies, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit sich ihr entgegenstellen, da die produktive Kraft der ArbeiterInnen nichts bedeutet, wenn sie nicht in Geld ausgedrückt wird.

Geld ist die »elementare« Form der kapitalistischen Organisation des Austauschs und – im Austausch – der Ausbeutung. Es ist ein Ausdruck der »Fähigkeit des Kapitals, mit der Warenform (Tauschwert) Arbeit (abstrakte Arbeit) zu erzwingen« (Marazzi 1988, S. 242). Die Aufzwingung von Arbeit durch die Warenform ist an die Konstitution der Arbeit in der Form von »Lohnarbeit« gebunden, die zunächst als Einkommensquelle sowie als gleiche und freie Austauschbeziehung auf dem Markt bestimmt ist (Marx 1867, Kap. 6, Marx 1894, Kap. 48). Die Arbeit erhält ihre Existenz als Lohnarbeit, eine Existenz, auf der die Ausbeutung beruht und durch die zugleich der spezifische Charakter der Mehrwertproduktion »beseitigt« (Marx 1894, S. 822) wird. Die Konstitution der sozialen Beziehungen auf der Basis von formaler Gleichheit, Freiheit und Privateigentum behandelt die sozialen Beziehungen und die Macht des Geldes als gleich. Geld ist die Form, in der und durch die Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham ihre Geltung bekommen. Als eine Beziehung der formalen Freiheit verkündet das Geld nichterzwungene Tauschbeziehungen zwischen Gleichen auf dem Markt. Als eine Beziehung der formalen Gleichheit verkündet es die Ungleichheit der Eigentumsverhältnisse. Dies geschieht jedoch dadurch, daß es Ausbeutungsbeziehungen als Beziehungen formaler Gleichheit darstellt: vor dem Geld sind alle gleich. Als Besitzverhältnis zeigt das Geld die Beziehung jedes Individuums zur Gesellschaft an. Als Bentham-Beziehung, zeigt das Geld das Streben nach individuellem Glück an. Die geldliche Gleichheit in der Zirkulation verleugnet einen Inhalt, der in Ungleichheit und der gesellschaftlichen Reproduktion als Herrschaft besteht. Die Ausbeutungsverhältnisse sind der Inhalt

---

Existenzform betont. ›Ver-rückt‹ weist also auf die Konstitution und damit auf die in sich widersprüchliche Existenzweise entfremdeter Subjektivität hin.

der Gleichheit, die im »Geld« ausgedrückt wird, das die Form ist, in der sich der Widerspruch zwischen formaler Gleichheit und Ausbeutung bewegt. Aber die Ver-rückung der Arbeit zur Lohnarbeit »beseitigt« nicht die widersprüchliche Existenzweise des Kapitals. Diese Ver-rückung ist keine vollendete Tatsache, sondern setzt »Arbeit als wertbildend« (Marx 1894, S. 831) voraus. Wenn von der »Lohnarbeit« ausgegangen wird (wie es z.B. in den Theorien der Regulation und der Profitklemme der Fall ist[8]), dann ist darin schon die begriffliche Fassung des »Kapitals« als einer fetischisierten Form enthalten, d.h. als einer ökonomischen Form. Darauf hat Psychopedis (1991) hingewiesen. Solche Auffassungen können die gesellschaftliche Konstitution der Form »Lohnarbeit« nicht klären, weil in ihnen Arbeit lediglich als eine wertschöpfende Ware betrachtet wird, die vom Kapital in Bewegung gesetzt wird.

Wie bereits dargestellt wurde, verwandeln sich die »gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit« (Marx 1894, S. 835) in der Form des Kapitals in ein sehr mystisches Wesen. Als die »universale Form der Arbeit« (Marx 1859, S. 79) negiert das Geld die gesellschaftlichen Beziehungen als menschliche Beziehungen und behauptet stattdessen, die gesellschaftlichen Beziehungen seien Beziehungen zwischen Dingen. Geld negiert also seinen eigenen Inhalt, die zielgerichtete produktive Aktivität der Arbeit. »Kapital« erhält so eine Existenz als ein »automatisches Subjekt« (Marx 1867, S. 169)[9] Diese Charakterisierung bedeutet nicht, daß das Kapital eine eigene, von der Arbeit unabhängige Logik besitzt.[10] Solch ein Verständnis wäre nicht in der Lage, die grundlegende Frage nach der gesellschaftlichen Konstitution des Werts zu stellen und damit den Fetischismus zu kritisieren. Die Produktivkraft der Arbeit existiert innerhalb des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals als ganzem in der Form abstrakter Arbeit. Der Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals ist die Bewegung der abstrakten Arbeit. Anders gesagt, das, was sich hinter dem Rücken der Subjekte vollzieht ist die Bewegung der gesellschaftlichen Totalität des Werts (siehe Backhaus 1992) – oder die abstrakte Kategorie der Arbeit in Aktion. Die kapitalistische Reproduktion ist gesellschaftliche Reproduktion in einer verkehrten Form: private Produktion in einem gesellschaftlichen Zusammenhang. Da der gesellschaftliche Charakter der privaten Produktion keine bewußte Entscheidung der Gesellschaft ist, und da letztere nur in der verdrehten Form der privaten Zersplitterung (Warenproduktion) existiert, tritt den individuellen Produzenten das gesellschaftliche Dasein der privaten Produktion als ein äußerliches und

---

[8] Die klassischen Formulierungen dieser Ansätze sind Aglietta (1979) und Glyn / Sutcliff (1974).

[9] In der deutschen Ausgabe des *Kapital* benutzt Marx den Ausdruck »automatisches Subjekt«. In der englische Ausgabe wird dies mit »automatisch aktiver Charakter« übersetzt (Marx 1983, S. 152).

[10] Siehe z.B. Jessop (1991), dessen Ansatz auf diesem Mißverständnis beruht.

unabhängiges Ding gegenüber, das nach Marx die Bedingung dafür ist, »daß sie als unabhängige Privatpersonen zugleich in einem gesellschaftlichen Zusammenhang stehn« (1857, S. 909). Die Verkehrung der gesellschaftlichen Arbeit in Kapital als einem »automatischen Subjekt« unterstellt die Existenz der Arbeit als eine Abstraktion in Aktion, die das Kapital in den Grenzen dieser Form halten muß.[11]

Die kapitalistische Produktion ist nicht einfach Produktion von Gebrauchswerten, sondern Produktion von Wert, die wiederum Produktion von Mehrwert ist (Negri 1984), und sie ist nicht einfach Produktion von Mehrwert, sondern die gesellschaftliche Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (Clarke 1982). Die lebendige Arbeit erhält ihre gesellschaftliche Form der abstrakten Arbeit innerhalb des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals als einem Ganzen.[12] »Das Kapital pumpt Mehrarbeit durch Zwang aus der Arbeitskraft heraus und realisiert das Produkt der Arbeit als abstrakten Wert in der Sphäre der Zirkulation« (Marx 1894, S. 830). Diese Sphäre vermittelt die rastlose Aneignung von Arbeit.

> »Fassen wir alle drei Formen [Geld, Ware, produktives Kapital] zusammen, so erscheinen alle Voraussetzungen des Prozesses als sein Resultat, als von ihm selbst produzierte Voraussetzungen. Jedes Moment erscheint als Ausgangspunkt, Durchgangspunkt und Punkt der Rückkehr. Der Gesamtprozeß stellt sich dar als Einheit von Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß; der Produktionsprozeß wird Vermittler des Zirkulationsprozesses und umgekehrt.« (Marx 1884, S. 104)

Die Verlegung der Ausbeutung in die Zirkulation und umgekehrt die Verlegung der Zirkulation in die Ausbeutung bedeutet, daß die Bewegung einer besonderen Form des Kapitals selbst nur ein Moment der Allgemeinheit seiner

---

[11] Ich benutze den Ausdruck »Abstraktion in Aktion« um darauf hinzuweisen, daß Wert nicht statisch ist, sondern ständig in Bewegung. »Aktion« enthält die Idee der Transformation von Objektivität (die Objektivität der Arbeit als zweckvolle Tätigkeit) in Subjektivität (die Subjektivität von Dingen), und umgekehrt die Transformation von Subjektivität in Objektivität (Objektivität der gesellschaftlichen Existenz). »Abstraktion« enthält die Auffassung, daß das, was sich bewegt, tatsächlich eine konstatierte Selbstwidersprüchlichkeit ist, nämlich die konstitutive Kraft der Arbeit, die gegen sich selbst in der verkehrten Form des Werts existiert. »Abstraktion« und »Tätigkeit« existieren als Momente desselben Prozesses, der »entfremdete Subjektivität« ist.

[12] Schließt man sich der Vorstellung an, das Kapital hätte eine eigene Logik unabhängig von der Arbeit, so könnte die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion nur als Konflikt zwischen verschiedenen ›Fraktionen‹ des Kapitals gefaßt werden, zwischen Produktions- und Finanzkapital. Worum diese verschiedenen Kapitalfraktionen konkurrieren bleibt unerklärt, da die gesellschaftliche Konstitution des Werts nicht begriffen ist.

Form ist. Kapital »zirkuliert in der Gestalt einer ständigen Änderung der Form, seine Existenz ist der Prozeß, die Einheit seiner Form, sie ist der beständige Wechsel zwischen der Form der Allgemeinheit und der Form der Besonderheit, zwischen Geld und Ware« (Reichelt 1978, S. 48). Die in sich widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion umfaßt verschiedene Formen von Kapital, das nur als in sich unterschiedene Einheit existiert, d.h. als das Kontinuum der Formen abstrakter Arbeit in Aktion. Geld und Ware »repräsentieren nur verschiedene Existenzweisen des Werts selbst, das Geld seine allgemeine Weise, die Ware seine besondere, oder sozusagen verkleidete Form« (Marx 1867). Wert kann nicht als ein statisches Ding begriffen werden. Den Wert als bloße Abstraktion zu betrachten, hieße zu »vergessen, daß die Bewegung des industriellen Kapitals diese Abstraktion in actu ist« (Marx 1884, S. 109) Diese Abstraktion in Aktion ist mit der konstitutiven Macht der Arbeit verbunden: der Stoffwechsel mit der Natur existiert in widersprüchlicher Weise in der Form einer Beziehung zwischen den Dingen selbst. »Die Zirkulation ist die Bewegung, worin die allgemeine Entäußrung als allgemeine Aneignung und die allgemeine Aneignung als allgemeine Entäußrung erscheint.« (Marx 1857, S. 111) Die allgemeine Entfremdung der menschlichen Beziehungen als Beziehungen zwischen Dingen ist die allgemeine Aneignung der in Geld gemessenen gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit.

Die verschiedenen Formen des Kapitals verhalten sich verschieden zur Arbeit. Die Bewegung des Werts existiert in der Form eines dialektischen Kontinuums als Produktion *sans phrase* (das ist die Objektivierung des Kapitals in Maschinerie und damit unbeweglich) und zugleich als Beweglichkeit *sans phrase* (das ist Kapital in der Form des Geldes als gesellschaftliche Inkarnation des abstrakten Reichtums). Dieses dialektische Kontinuum existiert als ein Prozeß des Widerspruchs, in dem verschiedene Formen des Werts zusammen existieren und in dem sich einzelne Kapitale nacheinander von einer in die andere Wertform verwandeln. Produktives Kapital, Warenkapital und Geldkapital sind die Formen, die der Wert im rastlosen Prozeß seiner Ausweitung annimmt. Ihre Unterschiedlichkeit existiert nur als Einheit der Unterschiede und damit als widersprüchliche Bewegung. Diese widersprüchliche Bewegung wird nicht durch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen oder durch die »Logik« des Kapitals[13] konstituiert, sondern durch die widersprüchliche Integration von abstrakter Arbeit und Wertform. »Das Geldverhältnis (ist) selbst ein Produktionsverhältnis (...), wenn die Produktion in ihrer Totalität betrachtet wird.« (Marx 1857, S. 128) Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit ist dem Geldverhältnis nicht äußerlich, sondern sie ist konstitutiv für das Geld-

[13] Siehe Jessop (1985); zur Kritik daran siehe Bonefeld (1993a).

verhältnis selbst. Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit erscheint als die geldliche Existenz der Waren und damit als ein der unmittelbaren Produktion äußerliches Ding. Diese »Äußerlichkeit« ist eine Existenzform der Arbeit im Kapitalismus. »Das Geld bringt diese Gegensätze und Widersprüche nicht hervor; sondern die Entwicklung dieser Widersprüche und Gegensätze bringt die scheinbar transzendentale Macht des Geldes hervor.« (Marx 1857, S. 65) Die Auffassung, daß »Geld (...) die Arbeitszeit als allgemeiner Gegenstand« ist (Marx 1857, S. 85), bedeutet, daß Arbeit die konstitutive Macht des Reichtums ist. Das heißt, daß die verdinglichte Allgemeinheit des Geldes nur in und durch die Arbeit existiert. Die Integration der gesellschaftlichen Produktion mit der kapitalistischen Reproduktion wird damit nicht durch das Geld als einem bloß ökonomischen Maßstab erreicht, sondern durch Geld als einer Form des gesellschaftlichen Kommandos, das die Einheit von Produktion und Zirkulation »gewaltsam« (Marx 1857, S. 68) herstellt. Die innere Einheit von Kauf und Verkauf wird »durch eine gewaltsame Explosion hergestellt« (Marx 1857, S. 112), eine Explosion, die den widersprüchlichen Charakter der kapitalistischen Aneignung der Arbeitsprodukte »durch und vermittelst der Ent- und Veräußerung« (Marx 1857, S. 111) aufzeigt. Geld ist der Produktion nicht äußerlich, weil die Zirkulation sich selbst darstellt als ein »Prozeß der Produktion, der reale Stoffwechsel. Und so ist denn das Geld selbst bestimmt als besondres Moment dieses Produktionsprozesses.« (Marx 1857, S. 130) Die produktive Existenz des Geldes ist die Aufzwingung von Arbeit durch die Warenform. Geld ist ein Allgemeines in Bewegung – es ist in »beständigem Flusse, und mehr oder minder auf der ganzen Oberfläche der Gesellschaft vorgehend; ein System von Tauschakten« (Marx 1857, S. 103), und auf diese Weise ein System der erzwungenen Arbeit.

Die Umwandlung des Werts von einer Form in die andere integriert Produktion und Zirkulation als verschiedene Momente desselben Prozesses. Jedes Moment ist zugleich Resultat und Voraussetzung des anderen in und durch die Ausbeutung von Arbeit. Zirkulation und Produktion sind Unterschiede innerhalb der Einheit, deren gemeinsames Interesse die »Verwertung des Werts als bestimmender Zweck, als treibendes Motiv« ist (Marx 1884, S. 104). Die gesellschaftliche Gültigkeit der im Zirkulationsprozeß angeeigneten Arbeit unterstellt die gesellschaftliche Vergleichung der einzelnen Kapitale in Ausdrücken von *gesellschaftlich* notwendiger Arbeitszeit in Form von Geld. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit beschränkt die individuellen Kapitale in Form einer durchschnittlichen Profitrate. Es findet ein »Ausgleichungsprozeß der Kapitale« statt, der »die relativen Durchschnittspreise der Waren von ihren Werten und die Durchschnittsprofite in den verschiedenen Produktionssphären (...) von der wirklichen Exploitation der Arbeit durch die besonderen Kapitale losscheidet. (...) Der Profit erscheint nur noch akzessorisch bestimmt durch die unmittelbare Exploitation der Arbeit (...). Die normalen Durchschnittsprofite selbst scheinen

dem Kapital immanent, unabhängig von der Exploitation.« (Marx 1894, S. 836f.). Dadurch erscheint das Kapital schließlich als ein wertschöpfendes Ding. Dieses »Verhältnis der Dinge unter sich« (Marx 1976, S. 145) verschleiert den inneren Zusammenhang zwischen dem »Wert« und seiner gesellschaftlichen Konstitution. Die Sphäre der Zirkulation, in der die Produkte der Arbeit als abstrakter Wert realisiert werden, ist »vom Zufall beherrscht«, während das »innere Gesetz« des Klassenkampfs um die Ausbeutung »den einzelnen Agenten der Produktion selbst unsichtbar und unverständlich bleibt« (Marx 1894, S. 836). Alles erscheint als zufällig. Die Produktionsverhältnisse erscheinen als unabhängig voneinander und die Profite scheinen »aus seinem eigenen Schoß« zu entspringen (Marx 1894, S. 835). In der Zirkulation stellt sich der Profit als die Quelle von Einkommen aus Kapital dar, eine Quelle, in der die Kategorie der Mehrarbeit ausgelöscht ist. »Noch mehr fällt aller Zusammenhang fort, sobald sich die Formel verwandelt in die: ›Kapital – Zins‹.« (Marx 1894, S. 832) Auch wenn der Zusammenhang scheinbar verschwunden ist, die verdinglichte Allgemeinheit des Geldes existiert nur in und durch die abstrakte Kategorie der Arbeit.

Kapital existiert als individuelles Kapital nur innerhalb der historisch dynamischen und sich ändernden Zusammensetzung des gesellschaftlichen Prozesses des Werts. Besondere Kapitale sind nur Momente in diesem Prozeß, deren Beweglichkeit ihnen durch die Flüssigkeit des Geldkapitals aufgezwungen wird. Der Kreislauf des Geldkapitals ist nach Marx (1884, S. 65) die »schlagendste und charakteristischste Erscheinungsform des Kreislaufs des industriellen Kapitals«. Geld ist der materielle Repräsentant des allgemeinen abstrakten Reichtums, der allgemeinen Arbeit, d.h. der Arbeit aller Individuen (siehe Marx 1857, S. 135). Als Repräsentant der abstrakten Arbeit ist Geld die universelle Macht: es ist ein Mittel, um »die wirkliche Allgemeinheit« (Marx 1857, S. 136) einer gesellschaftlichen Existenz zu schaffen, in der das »Kapital (...) die Mehrarbeit, die sich im Mehrwert und Mehrprodukt darstellt, direkt aus den Arbeitern aus(pumpt)« (Marx 1894, S. 829). Der gesellschaftliche Charakter der individuellen Arbeit zeigt sich den besonderen Kapitalen durch die Geldform.

Das Geldkapital ist der rationelle Ausdruck der Gleichheit, Produktivität, Repression und Dinglichkeit, die die Bestimmtheit des Reichtums als einen gesellschaftlichen Prozeß der abstrakten Arbeit kennzeichnen. Es ist nicht nur die wirkliche Allgemeinheit der abstrakten Arbeit, sondern auch und deswegen die elementare Form des kapitalistischen gesellschaftlichen Kommandos. Das »Geld-Subjekt« (Marx 1857, S. 85) ist an die Aufzwingung von Arbeit durch die Warenform gebunden, das heißt durch die formale Gleichheit und die formale Freiheit, die die kapitalistischen Austauschbeziehungen charakterisieren. »Das allgemeine Interesse ist eben die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen. Wenn also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die

Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individueller sowohl wie sachlicher, der zum Austausch treibt, die *Freiheit.* Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit.*« (Marx 1857, S. 156) Das Geld behandelt die Beziehungen der Ausbeutung und die zwischen Bürgern als gleich. Alle individuellen Marktagenten sind vor dem Geld gleich. Als »Versachlichung«, »versachlichtem Verhältnis«, »versachlichtem Tauschwert« (Marx 1857, S. 78) »stellt das Geld das universelle Terrain dar, auf dem alle Subjekte auf Tauschsubjekte reduziert werden« (Bologna 1993b, S. 67). Geld ist so die Inkarnation der Freiheit, des Privateigentums. Es repräsentiert die Freiheit [liberty] individualisierter Eigentümer, ihre Gleichheit und Freiheit [freedom]. Als Ausdruck der Gleichheit dient Geld als ein Moment des Austauschs, daß die menschliche Aktivität in eine Ware verwandelt: Lohnarbeit. »(...) wenn das Geld ein Äquivalent ist, wenn es bisweilen Äquivalentcharakter hat, so ist es vor allem die *Äquivalenz einer gesellschaftlichen Ungleichheit.*« (Negri 1984, S. 26) Der abstrakte Bürger der bürgerlichen Gesellschaft und die Unterdrückung der menschlichen Emanzipation zugunsten der politischen Emanzipation (siehe Bonefeld 1992) ist die andere Seite des Geldes als der verdinglichten Allgemeinheit menschlicher Tätigkeit, wenn Freiheit [liberty, freedom] und Gleichheit in ihrer Totalität betrachtet werden. Die »Republik des Marktes« (Pashukanis, 1979) ist die andere Seite der Aufzwingung von Arbeit durch »nicht-erzwungene«, und daher freie und gleiche, Marktbeziehungen. Geld drückt den abstrakten Durschschnitt und die formale Gleichheit der kapitalistischen Herrschaft aus, indem es die Fähigkeit des Kapitals mißt, Arbeit auf eine unterdrückerische, aber trotzdem widersprüchliche Weise zu erzwingen.

Die in sich gespaltene Einheit von formaler Gleichheit und Ausbeutung weist auf die widersprüchliche Macht des Geldes hin, das Gleicheit als eine Existenzweise von Herrschaft ausdrückt.[14] »Das Geld hat den Vorteil, daß es mir unmittelbar die dreckige Fratze des gesellschaftlichen Wertverhältnisses zeigt; es zeigt mir den Wert sofort als kommandierten und für die Ausbeutung organisierten Tausch.« (Negri 1984, S. 23)[15] Ob das Geld als Maß, als Tauschmittel oder als Kapital fungiert, es präsentiert gesellschaftliche Beziehungen der Ausbeutung in der Form von Gleichheit und Freiheit. Der Begriff des Geldes, verrückt von den Widersprüchen der Mehrwertproduktion und zugleich der höchste Ausdruck und die höchste Unterdrückung dieser Widersprüche, ist eine konkrete

---

[14] Zum Ausdruck »Existenzweise« [mode of existence] siehe Gunn (1987, 1992).

[15] Damit ist nicht gesagt, daß ich Negris Auffassung des Werts als einer ökonomischen Kategorie zustimme.

Darstellung der gesellschaftlichen Realität des Klassenantagonismus. Geld ist die elementare Form der in sich widersprüchlichen Existenz der Kategorie abstrakter Arbeit. »Die Bedingung der Warenzirkulation ist, daß sie [die Waren] als Tauschwerte produziert werden, nicht als unmittelbare Gebrauchswerte, sondern als durch den Tauschwert vermittelte.« (Marx 1857, S. 111) Im Kreislauf des Geldkapitals nimmt der Wert eine Form an, die die Arbeit als konkrete Arbeit ignoriert, indem das Geld von der Produktion der Gebrauchswerte abgetrennt und zu einem gesonderten Ding wird. »Geld hat eine Macht, die von keinem Recht, keiner positiven Norm berührt werden kann.« (Bologna 1993b, S. 67) Es kennt kein Recht auf Beschäftigung, auf Wohnung, soziale Sicherheit, Erziehung usw.. Es ist eine Macht ohne Interesse, die nur ihre eigene »Regel« kennt: akkumuliere, akkumuliere! Es negiert die gesellschaftliche Reproduktion in und durch die Darstellung des Kapitals als einem wertschöpfenden Ding: Geld präsentiert sich selbst als »die« Form des Eigentums. Der widersprüchliche Charakter des »Kapitals« liegt darin, daß es die zweckmäßige produktive Tätigkeit der Arbeit negiert, während es gleichzeitig nur durch sie existiert. »Geld« ist kollekiv und abstrakt. Es ist kollektiv aufgrund der Allgemeinheit seiner Form. Es ist abstrakt, weil es eine »Form« ohne »Inhalt« darstellt. Geld ist die »begriffsloseste« und »elementarste« Form (Marx 1884, Kap. 24) der abstrakten Kategorie der Arbeit.

> »(...) ist das Kapital im Allgemeinen im *Unterschied* von den besondren reellen Kapitalien selbst eine *reele* Existenz. (...) Zum Beispiel das Kapital in dieser *allgemeinen Form*, obgleich einzelnen Kapitalisten gehörig, in seiner *elementarischen Form* als Kapital, bildet das Kapital, das sich in den banks akkumuliert oder durch sie distribuiert wird, und, wie Ricardo sagt, sich so bewundernswürdig verteilt im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Produktion.« (Marx 1857, S. 353)

Geld drückt den abstrakten Durchschnitt und die formale Gleichheit der kapitalistischen Herrschaft aus, indem es die Fähigkeit des Kapitals mißt, Arbeit durch Unterdrückung zu erzwingen. Trotzdem bleibt die Existenz des Geldes als Kommando über Arbeit widersprüchlich, wie noch jede Schuldenkrise auf der Welt zeigt.

Geld ist die begriffslose[16] und elementare Form von Kapital, weil es sich im

---

[16] In der deutschen Ausgabe des *Kapital* spricht Marx vom »Geld« als einer *begriffslosen* Form. In der englischen Ausgabe des *Kapital* wird begriffslos mit »meaningless« übersetzt. Diese Übersetzung ist irreführend. [Wörtlich wäre »meaningless« als »bedeutungslos« oder »sinnlos« zu übersetzen. Anm.d.Ü.] Ich gebrauche den Begriff »meaningless« hier und im Folgenden in der Bedeutung von

Geld als ein Ding darstellt, das unabhängig von der Ausbeutung die Fähigkeit zur Ausweitung des abstrakten Reichtumgs hat. Die Fähigkeit des Geldes, sich von der Ausbeutung abzulösen, hängt mit der Form des Geldes als Kredit zusammen. Der Kredit existiert als ein Hebel für die erweiterte Reproduktion, indem er die innere Beziehung zwischen Produktion und Zirkulation herstellt, ohne daß diese innere Beziehung im wirklichen Ablauf erreicht worden ist. Kreditgestützte Akkumulation kann die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion nicht beseitigen, sondern sie konstituiert eine Existenzweise, in der sich diese Widersprüchlichkeit zeitweilig bewegen kann, ohne aufgehoben zu werden. Der mit dem gleichzeitigen Bestehen und der Abfolge der verschiedenen Wertformen innerhalb des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals verbundene Widerspruch ist die potentielle Verselbständigung der Geldform gegenüber der produktiven Akkumulation. Beim Geld besteht daher die Gefahr, daß es seine Fähigkeit zum Kommando über fremde Arbeit verliert. Daher wird es begriffslos, weil es seinen Zugriff auf Arbeit verliert: es hat seine Bedeutung verloren. Zugleich betont seine Verselbständigung aber auch seine elementare Macht als Kommando über Arbeit. Die Verselbständigung des Geldes bedeutet, daß die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion ersetzt wird durch die Konstitution eines Widerspruchs zwischen produktivem und leihbarem Kapital, oder anders gesagt, eines Widerspruchs »zwischen der Fabrik und dem Kreditsystem« (Marazzi, Thekla 10).[17]

Im Kreditsystem funktioniert Geld als Kapital, »aber in der Hand nicht seines Eigentümers, sondern andrer Kapitalisten, denen es zur Verfügung gestellt ist« (Marx 1884, S. 182). In der Form des Kredits akkumuliert Kapital unabhängig von seinem Ursprungskapital. Im Zins gibt sich »der gegensätzliche Charakter des Kapitals einen selbständigen Ausdruck« (Marx 1894, S. 396), das »Kapital erscheint als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, seiner eigenen Vermehrung« (Marx 1894, S. 405). Zinstragendes Kapital ist Kapital *par excellence* (Marx 1976, S. 447), indem es die bloße Form des Kapitals (G...G') ausdrückt und als solches ein »Dunkelding« ist. Das zinstragende Kapital drückt Kapital als die »Versubjektivierung der Sachen, die Versachlichung der Subjekte« (Marx 1976, S. 484) aus, weil der Zins »den ent-

---

»losing its grip« und damit als »deprived of meaning«. In diesem Sinne ist der Begriff viel näher an dem deutschen Ausdruck »begriffslos«. [In der Übersetzung haben wir »meaningless« durchgehend mit »begriffslos« übersetzt. Anm.d.Ü.]

[17] Einige Autoren begreifen die widersprüchliche Beziehung zwischen »Kredit und der Fabrik« so, als würden die Banken produktive Aktivitäten unterdrücken (Fine und Harris 1985). Diese Betrachtungsweise ist irreführend, weil sie unterstellt, Kapital sei nicht dazu gezwungen, Geld aus Geld zu machen. Die Frage ist nicht, was das Kapital gezwungen ist zu tun. Die Frage ist vielmehr, was den widersprüchlichen Charakter der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse konstituiert.

fremdeten Charakter der Arbeitsbedingungen im Verhältnis zur Tätigkeit des Subjekts« darstellt (Marx 1976, S. 485). Daher ist Geld die elementare und begriffslose Form des Kapitals: das Kapital »existiert hier in der unterschiedslosen, sich selbst gleichen Gestalt des selbständigen Werts, des Geldes« (Marx 1894, S. 381). Die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion findet ihre elementarste Existenzform in der Betontung der abstrakten Arbeit als Geld *sans phrase*: Geld wird Geld gleichgesetzt. In dieser »Kapitalmystifikation in der grellsten Form« (Marx 1894, S. 405) erscheint der Prozeß der Produktion und der Prozeß der Zirkulation unmittelbar so, als wäre er »unvermittelt durch Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß« (ebd.). »Geld« gilt hier als unabhängige Kategorie des Werts im allgemeinen, insofern »das Kapital seine reine Fetischform [erhält], G-G' als Subjekt, verkaufbares Ding« (Marx 1894, S. 406). Die produktive Allgemeinheit der gesellschaftlichen Arbeit ist die Bedingung des Geldes, eine Bedingung, die von der Geldform geleugnet wird. »Das Kapital ist jetzt Ding, aber als Ding Kapital.« (ebd.) Diese Ver-rückung der abstrakten Arbeit reduziert das Kapital auf ein »sinnloses Resumé« (Marx 1894, S. 404), ohne jedoch die besonderen Kapitale aufzulösen. Vielmehr zwingt es ihnen den gesellschaftlichen Charakter ihrer eigenen Existenz auf, während es »die Beziehung zur Arbeit auslöscht« (Marx 1976, S. 456). Aber das Geldkapital existiert nur in und durch die Arbeit (G...P...G'). Der Wert des Geldkapitals ist nicht durch den Wert bestimmt, den es gegenüber den Waren oder gegenüber sich selbst darstellt, sondern durch den Mehrwert, den es für seine Besitzer produziert (Marx 1976). Die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion macht sich in der scheinbaren Selbstverwertungsfähigkeit des Geldkapitals geltend. Die produktive Macht der Arbeit existiert *qua* dem Widerspruch in-und-gegen die Form des Geldes.

Im Zins nimmt das Kapital eine scheinbar »unabhängige Form« an als Beziehung zwischen dem Besitzer des Geldkapitals und dem Manager der Produktion. Der Profit spaltet sich in Unternehmensgewinn und Zins, »als wenn sie aus zwei wesentlich verschiednen Quellen herrührten« (Marx 1894, S. 388). In diesen zwei Formen des Profits ist die Beziehung zum Mehrwert ausgelöscht, weil sie sich wechselseitig als Gegensätze aufeinander beziehen. Die Unterscheidung zwischen Unternehmensgewinn und Zins verklärt den Profit zu einer Eigenschaft des Kapitals als solchem, als würde es auch dann Profit abwerfen, wenn das Kapital nicht produktiv angewandt worden wäre. Die Wahl zwischen produktiver und finanzieller Investition ist aber von der Arbeit als der Substanz des Werts abhängig, der Widerspruch zwischen reproduktivem und finanziellem Engagement ist bestimmt durch den Klassenkampf um das kapitalistische Kommando in der Produktion. »Die elementare Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft ist, daß die Arbeit unmittelbar den Tauschwert produziert, also Geld« (Marx 1857, S. 137). Das widersprüchliche Verhältnis zwischen Produk-

tion und Zirkulation hat sich in eine Bewegung verwandelt, in der die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion sich als G...G' behauptet – »die begriffslose Form des Kapitals, die Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse in der höchsten Potenz: zinstragende Gestalt, die einfache Gestalt des Kapitals, worin es seinem eignen Reproduktionsprozeß vorausgesetzt ist.« (Marx 1894, S. 405) Während »das gesellschaftliche Verhältnis (...) vollendet [ist] als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst«, ist der Zins tatsächlich »nur ein Teil des Profits, d.h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist dem Arbeiter auspreßt« (ebd.). Zusammengefaßt: In der Geldform wird Geld zu einem »automatischen Fetisch« (ebd.), aber es ist die Aneignung von unbezahlter Arbeit; und es ist diese Macht, weil es »in dieser Form Kommando über fremde Arbeit (...), Anspruch auf Aneignung fremder Arbeit (...), daher sich verwertender Wert« (Marx 1894, S. 368) ist. Obwohl wir im zinstragenden Kapital nur eine »inhaltslose Form« sehen (Marx 1894, S. 405), muß Geld Arbeit kommandieren, um sich selbst als das Allgemeine der abstrakten Arbeit zu erhalten. Es kann »das langsame Tempo, den täglichen Kampf um das Abpressen des Mehrwerts« (Bologna 1993b, S. 83) nicht vergessen. Und doch ist es diese »Vergeßlichkeit«, die das Geld als elementare und begriffslose Form des Kapitals charakterisiert.

Die kreditgestützte Ausbeutung der Arbeit ist mehr als nur ein Hebel für die erweiterte Kapitalreproduktion. Der damit verbundene Widerspruch besteht darin, daß sich der Kredit als Inbegriff des Reichtums behauptet: »Der Wert wird also prozessierender Wert, prozessierendes Geld und als solches Kapital.« (Marx 1867, S. 170) Obwohl im Kredit die Beziehung zur Arbeit als Wertsubstanz scheinbar ausgelöscht ist, tritt der Kredit als »Ansprüche des Eigentums auf die Arbeit« (Marx 1894, S. 493) auf, d.h. als Anspruch auf einen Anteil am zukünftigen Mehrwert. Kredit repräsentiert abstrakte Arbeit in der Form eines Anspruchs auf die zukünftige Ausbeutung der Arbeit. Dieser Anspruch existiert in der Form der elementaren und begriffslosen Geldform. Der Kredit kommt zur gesellschaftlichen Existenz als Kommando zur wirksamen Ausbeutung der Arbeit. Die Konstitution des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals auf der Basis einer krisengeschüttelten Verselbständigung des Geldkapitals von der Ausbeutung ist mit der Geltendmachung des »Privateigentums« in seiner abstraktesten Form verbunden. Kreditgestütze Akkumulation enthält eine Wette auf die Zukunft. Die Ausbeutung der Arbeit stellt sich selbst als Hypothek auf die Zukunft dar. Denn im Geld erhält die abstrakte Kategorie der Arbeit ihre rationalste und zugleich begriffsloseste Existenzform (G...G'). Während sich Geld als die Quelle seiner eigenen Selbstverwertung behauptet, existiert G...G' nur in und durch die Möglichkeit des Kapitals, Arbeit als variable Komponente der Ausbeutung einzuspannen. G...G' existiert nur in und durch die Möglichkeit des Kapitals, Arbeit wirksam auszubeuten, d.h. Arbeit als variable Komponente des

kapitalistischen Kommandos für die Ausbeutung einzuspannen.

Während einer Krise[18] quillt die Kreditausweitung zunehmend über und fließt in unproduktive und spekulative Kanäle. Dieses Überquellen erscheint als Disproportion zwischen der Güterproduktion und den Marktverhältnissen. Diese Disproportion erscheint wiederum durch zufällige Faktoren bestimmt (z.B. unausgewogene Geldpolitik), deren Ausschaltung wie eine einfache Wiederanpassungsmaßname aussieht, wie die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt. Für die monetaristische Ideologie geht es hier nur darum, eine konsistente Finanz- und Haushaltspolitik zu betreiben, die die ökonomische Aktivität einschränkt. Die Vorstellung, daß im Falle von Inflation das Geldangebot eingeschränkt werden muß, ist grundsätzlich richtig – aber nur im Sinne der monetären Zersetzung der Klassenverhältnisse durch die Unterordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter die abstrakte Gleichheit des Geldes.[19] Denn die verschiedenen Formen des Werts stehen in einem inneren Zusammenhang. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Zirkulation kann nicht unter Hinweis auf die Verselbständigung der einen Form gegen die andere erklärt werden, eine Verselbständigung, die sich durch einfache ökonomische Anpassungsmaßnahmen beheben ließe. Eine Politik der staatlichen Austerität bezieht sich nicht unmittelbar auf die Krise der Mehrwertproduktion, sondern auf die Konstitution dieser Krise durch Geldkapital, das unabhängig von der Ausbeutung der Arbeit akkumuliert, während es zugleich nur in ihr und durch sie existiert.

Der Widerspruch besteht nicht zwischen Produktion und Zirkulation, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Die widersprüchliche Beziehung zwischen der ungezügelten Entwicklung der produktiven Macht der Arbeit und den Grenzen der kapitalistischen Form, in der sich die gesellschaftliche Reproduktion vollzieht, erzwingt die Komprimierung der notwendigen Arbeit, um die produktive Macht der Arbeit zu vervielfältigen. Der auf jedem individuellen Kapital lastende Druck, nicht nur zu produzieren, sondern im Verlauf der Akkumulation den relativen Mehrwert zu steigern, zwingt jedes Kapital, die notwendige Arbeit auf das Äußerste zu senken. Dieser Prozeß ist bezogen auf das »*Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit*, das heißt (...) das Verhältnis zwischen den Bestandteilen des Arbeitstags und dem Klassenverhältnis, das ihn konstituiert« (Negri 1984, S. 74). Das Kapital existiert nur als Gegensatz zur

---

[18] Aus Platzgründen können wir hier den Begriff der ›kapitalistischen Krise‹ nicht systematisch entwickeln. Zur Krisentheorie von Marx siehe Bell und Cleaver (1982) und Clarke (1994); siehe auch Bologna (1993a, 1993b), Holloway (1992) und Bonefeld (1988).

[19] Siehe Clarke (1988a) und Bonefeld (1993b) zur monetären Zersetzung der Klassenverhältnisse in Großbritannien während der 80er Jahre.

lebendigen Arbeit und zugleich nur in und durch die Erzwingung der notwendigen Arbeit. Das Kapital ist von der Arbeit abhängig, es kann sich nicht von der Arbeit verselbständigen. Lebendige Arbeit ist die Substanz des Werts. Die Einzelkapitale existieren nur als Momente des gesellschaftlichen Kapitals und als solche nur in und durch einander, und nicht nur in und durch einander, sondern in und durch die Ausbeutung von Arbeit. Wie stark die Verbindung zwischen Geld und Ausbeutung ist, hängt von der Erzwingung von Arbeit durch die Form dieser Erzwingung ab, das ist der Austausch.

Die kapitalistische Krise stellt sich selbst in der Form von unbeschäftigtem Kapital dar. Unbeschäftigtes Kapital hört nicht einfach auf, als Kapital zu fungieren. Im Unterschied zum verausgabten Kapital in der Produktion existiert unbeschäftigtes Kapital in der allgemeinen Form von Kapital und zugleich in seiner elementarsten Form, dem Geld:

> »Die sog. Plethora des Kapitals bezieht sich immer wesentlich auf die Plethora von Kapital, für das der Fall der Profitrate nicht durch seine Masse aufgewogen wird – und dies sind immer die neu sich bildenden frischen Kapitalableger – oder auf die Plethora, welche diese, für sich selbst zur eignen Aktion unfähigen Kapitale den Leitern der großen Geschäftszweige in der Form des Kredits zur Verfügung stellen.« (Marx 1894, S. 261)

Diese Entwicklung ist ein Moment der Überakkumulation von Kapital, da Geldkapital nicht mehr in reproduktive Tätigkeit umgesetzt werden kann. Anders gesagt, weil Geldkapital nicht in ausgeweitetes Kommando über lebendige Arbeit umgesetzt werden kann. Daher »unbeschäftigtes Kapital auf der einen und unbeschäftigte Arbeiterbevölkerung auf der andren Seite« (Marx 1894, S. 261) – verschiedene Pole eines Kontinuums, das durch die Existenz der Arbeit in-und-gegen das Kapital konstituiert wird. Die Aufrechterhaltung der Überakkumulation durch Kredit konstituiert den Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals auf der Basis eines spekulativen Hinausschiebens von massenhafter Kapitalentwertung. Dieses Hinausschieben enthält die Möglichkeit einer Akkumulation von Schulden. Geld akkumuliert dann in der Form eines möglicherweise wertlosen Anspruchs auf Mehrwert. Die Stabilität und die pure Existenz von Geldkapital ist gefährdet, wenn eine fortschreitende Aushöhlung der Beziehung zwischen Kredit und Ausbeutung das Kapital in seiner elementaren Form des Geldes zunehmend bedeutungslos macht. Zugleich beruhen alle gesellschaftlichen Beziehungen auf der Aufrechterhaltung der formalen Gleichheit des Tauschs und damit auf der Stabilität des Kredits als einem Anspruch auf zukünftige Ausbeutung. Die Lebensrettung des »Kredits« oder, anders gesagt, der formalen Tauschgleichheit der »transzendentalen Macht des Geldes« hängen davon ab, wie wirksam das Kapital Arbeit ausbeuten kann und wie

wirksam sich die Arbeit der Ausbeutung widersetzen kann (siehe Holloway 1990).

Die Ausbeutung der Arbeit mit unbeschäftigtem Kapital aufrechtzuerhalten, ist fiktiv. Denn dann wird die Ausbeutung der Arbeit durch eine Akkumulation von Ansprüchen auf einen Mehrwert erhalten, der erst noch aus den ArbeiterInnen herausgepumpt werden muß. Wenn eine allgemeine Entwertung des gesellschaftlichen Kapitals durch Hyperinflation, die Akkumulation wertloser Schulden und letzlich allgemeiner Bankrott aufgrund fehlenden Geldes verhindert werden soll, dann muß unbeschäftigtes Kapital in »beschäftigtes Kapital« umgewandelt werden. Dies kann nur durch die Umwandlung von Geld in tatsächlich produktives Kapital geschehen, was eine Neuzusammensetzung des Verhältnisses zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit voraussetzt. Um mit den Zinszahlungen Schritt halten und Kredite in Zahlungsmittel umwandeln zu können, muß das Kapital die Arbeit wirksamer ausbeuten, um den Mehrwert zu steigern, der im Geldangebot bereits repräsentiert wird, aber von den ArbeiterInnen noch nicht produziert ist. Die Stabilität des von der produktiven Akkumulation getrennten Geldes ist nur auf die Erwartung zukünftigen Mehrwerts hin möglich. Dies würde zukünftige Profite erfordern, die nicht nur den weiteren Erfordernissen der Akkumulation entsprechen müssen, sondern darüber hinaus groß genug sein müssen, um das Geldkapital zu ersetzen, mit dem die Akkumulation durch in Wirklichkeit unbeschäftigtes Kapital gesichert wurde. Je mehr Akkumulation durch den Kredit gesichert wird, desto effektiver muß das Kapital die Arbeit ausbeuten, um die Profitabilität zu steigern. Dies ist die einzigste Möglichkeit, um mit den Schulden Schritt zu halten. Das ist einfacher gesagt, als getan, denn schließlich ist das Geld unbeschäftigt, weil es an der Durchsetzung einer ausgeweiteten Ausbeutung gegenüber der Arbeit gescheitert ist. Zudem macht die Entwicklung der produktiven Macht der Arbeit die Ausbeutung der Arbeit immer teurer. Die erforderlichen Investitionen, um in der Produktion Arbeit in Bewegung zu setzen, steigern den Kostpreis der Produktion, wodurch selbst bei einer steigenden Ausbeutungsrate die Profitrate tendenziell fällt. Dafür ist der wachsende Wert des konstanten Kapitals (Produktionsmittel) im Vergleich zum variablen Kapital (Arbeitskraft) verantwortlich.[20] Überakkumulation ist daher »die falsche Bezeichnung für Überausbeutung« (Bologna 1993a, S. 51) Außerdem muß das Kapital die Macht der Arbeiterklasse überwinden, die sich durch Störungen der Produktion einer Ausbeutung jenseits gewisser Grenzen und Löhnen unterhalb einer gewissen Höhe widersetzt. Das heißt, Geld ist deswegen unbeschäftigt, weil es in der Gegenwart kein Kommando über die Arbeit ausüben kann und daher in die zukünftige Ausbeutung der Arbeit flüchtet. Es sucht

[20] Siehe hierzu Rosdolsky (1973, Kap. 33).

nach Erlösung in der Zukunft. Ohne massive Geldentwertung, Zerstörung von Produktionskapazitäten, Fragmentierung der Arbeitskraft, Liquidierung überschüssigen Kapitals, umfassendem Bankrott, Verschlechterung der Bedingungen und Intensivierung der Arbeit bleibt diese Zukunft jedoch eine Fiktion. Aber das Kapital muß die Gegenwart in die Zukunft verlängern, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Die Aufrechterhaltung der Produktion mittels Schulden und ihrem Recycling intensiviert nur die spekulative Dimension des kapitalistischen Kommandos über die Arbeit und damit die fiktive Integration der Arbeit ins Kapitalverhältnis selbst: die Unfähigkeit des Kapitals, Arbeit wirksam auszubeuten, bedroht das produktive Kapital wie das Geldkapital gleichermaßen mit Zahlungsunfähigkeit und Liquidation aufgrund des Versagens des einen Pols der widersprüchlichen Einheit von produktivem und Geldkapital. Monetäre Panik und industrieller Zusammenbruch sind die zwei Seiten einer Medaille.

Im Verlauf einer Krise, die selbst durch durch den Kredit ausgelöst wird, steigt der Bedarf des industriellen Kapitals an Zahlungsmitteln. Dieser Bedarf kann nur durch Kredite gedeckt werden. Mit steigendem Bedarf werden Kredite daher teurer, während mit dem Rückgang der »ökonomischen Aktivität« und der Auswirkung der »deflationären Inflation« (vgl. Mattick 1980) das Umschlagen der Schulden in Zahlungsunfähigkeit und Bankrott von reproduktivem Kapital droht. Wenn Kredite fehlen, droht den Banken selbst die Zahlungsunfähigkeit und damit ein Kollaps des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals, der auf Spekulation und schuldenfinanzierter Reproduktion beruht. Die Verselbständigung der begriffslosen, aber elementaren Form des Werts gegenüber der Ausbeutung weist auf die Spannung zwischen den verschiedenen Formen des Werts hin. Die Lebensrettung der elementaren Form des Geldes hängt von der Ausbeutung ab, die wiederum durch »unbeschäftigtes« Geld aufrechterhalten wird. Um die elementarste und begriffslose Form des Kapitals zu erhalten, muß produktives Kapital und Arbeit geopfert werden, damit die Banken schwere Verluste kompensieren können. Die Opferung von Mehrwertproduktion auf dem Altar des Geldes zerstört aber die Basis, durch die die »begriffslose« Form des Kapitals existiert. Mit dem Mangel an produktiver Aktivität ist die Gefahr eines Zusammenbruchs der Kreditbeziehungen verbunden, auf denen alle gesellschaftlichen Verhältnisse beruhen. Die Opferung von Mehrwertproduktion auf dem Altar des Geldes zerstört die Grundlage, durch die sich die Geldmacht des Kapitals erhält. Die Einheit von monetärer und produktiver Akkumulation bestätigt sich in und durch ihre zerstörerische Spaltung. Die Vorherrschaft des Geldes ver-rückt – und das ist eine Form von Klassenkampf – die widersprüchliche Existenz des Produktionsprozesses in einen Widerspruch zwischen Kredit und fungierendem Kapital. Diese Ver-rückung der widersprüchlichen Einheit der Mehrwertproduktion ist abstrakt in Hinblick auf das gesellschaftliche Kommando, so wie ihre Form des Reichtums inhaltslos in Hinblick auf den Ge-

brauchswert ist; es handelt sich um nichts anderes, als die Loslösung des Verwertungsprozesses vom Arbeitsprozeß (siehe Marx 1867). Alles hängt von der engen Verbindung zwischen Geld und Ausbeutung ab. Der Kredit muß Arbeit kommandieren. Und er kann dies nur, indem er die Arbeit ins Kapitalverhältnis integriert, wobei der Verwertungsprozeß das entscheidende ist, nicht eine Akkumulation von monetären Ansprüchen auf die zukünftige Ausbeutung von Arbeit. Die produktive Akkumulation muß gelingen, um das Geldkapital zu erhalten. Versagt der Kredit dabei, sich in wirksames Kommando über Arbeit zu verwandeln, dann wird das gesamte Kapital zahlungsunfähig und geht bankrott. Die Krise zeigt, was das Geld ist.

Geld und Staat

Der gesellschaftliche Konflikt um die Durchsetzung der Wertform in den gesellschaftlichen Beziehungen ist grundlegend für die Entwicklung des Staates. Er ist kein *Agent* des Kapitals. Jedes Kapital existiert nur in und durch jedes andere als Momente eines einzigen Prozesses; ihre Unterschiedenheit-in-Einheit wird durch die abstrakte Kategorie der Arbeit in Aktion konstituiert. Damit die kapitalistische Reproduktion die Form von Überakkumulation und Krise annehmen kann, muß jedes Einzelkapital als ein Moment am gesellschaftlichen Prozeß des Werts beteiligt sein, im Sinne einer Negation (Entwertung) und im Sinne einer Affirmation (Durchschnittsprofitrate). Die ständige Transformation des Werts zwischen Besonderheit und Allgemeinheit (Reichelt, 1978) ist innerhalb des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals vermittel und zusammengesetzt (siehe Marx 1867, Kap. 1-4). Die historische Entwicklung des Staates läßt sich nicht aus den speziellen Interessen, denen besondere Politikformen dienen, ableiten.[21] Stattdessen muß die Form des Staates als eine Existenzform der Klassenverhältnisse gesehen werden, die den Kreislauf des Kapitals konstituieren und erfüllen. Folglich erlangt die Form des Staates ihre Existenz als die politische Existenzform der abstrakten Kategorie der Arbeit in Aktion.[22]

Die entwickeltsten Formen der Kategorie der abstrakten Arbeit in Aktion sind die globalen Ausbeutungsbeziehungen. Der Weltmarkt ist eine Bedingung und Voraussetzung für den gesamten Prozeß der kapitalistischen Reproduktion. Der Weltmarkt »ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben« (Marx 1857, S. 311), da er die Bedingungen der kapitalistischen Reproduktion bildet

---

[21] Solch ein Verständnis findet sich bei Poulantzas (1973); Van der Pijl (1984); Ingham (1984); Fine und Harris (1985) und Anderson (1987); zur Kritik daran siehe Clarke (1978, 1988b).

[22] Siehe Bonefeld (1992) als eine systematische begriffliche Entwicklung der Form des Staates als einer Existenzform der Arbeit im Kapitalismus.

»und seinen Träger« (Marx 1857, S. 139). Dies deshalb, da für den Weltmarkt »die Produktion als Totalität gesetzt ist und ebenso jedes ihrer Momente; worin aber zugleich alle Widersprüche zum Prozeß kommen« (Marx, 1857, S. 139). Entsprechend bildet die äußerste Expansion des auf Ausbeutung beruhenden Prozesses des abstrakten Reichtums auch die Ausweitung der Geldform. In der globalen Bewegung, »auf dem Weltmarkt funktioniert das Geld in vollem Umfang als die Ware, deren Naturalform zugleich unmittelbar gesellschaftliche Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit in abstracto ist« (Marx 1867, S. 156). Die gesellschaftlichen Verhältnisse erhalten sich in und durch die Gleichheit, Unterdrückung und Dinglichkeit, die vom »Terrorismus des Geldes« repräsentiert werden (vgl. Marazzi). Globale Ausbeutungsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Erzwingung von Arbeit innerhalb nationaler Grenzen. »Obwohl der Staat politisch auf einer nationalen Basis gebildet wird, ist sein Klassencharakter nicht im nationalen Rahmen definiert. Die kapitalistischen Eigentums- und Vertragsrechte gehen über die nationalen Rechtssysteme hinaus und das Weltgeld über die nationalen Währungen.« (Clarke 1992, S. 136) Die Nationalstaaten stehen untereinander nicht nur in einem Wettbewerb, bei dem jeder versucht, den Fluß des Geldkapitals in sein eigenes Territorium umzulenken. Sie sind zugleich einzelne Knoten innerhalb der globalen Kapitalströme. Der Nationalstaat existiert durch die globalen Ausbeutungsverhältnisse und ist gebunden »an Schranken, die ihm durch die widersprüchliche Form der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab auferlegt werden« (Clarke 1992, S. 136).[23]

In einer Krise erscheint die überdehnte Ausweitung des Kredits in der Form eines wachsenden Abflusses aus den Reserven der Zentralbanken. Die Rücklagen der Zentralbanken haben eine zentrale Bedeutung für das Funktionieren des Kreditsystems und damit für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung von Arbeit. Die Reserven garantieren die Existenz des Kredits in Hinblick auf die Eintauschbarkeit von Wechseln in »wirkliches« Geld. Die Grenze der weiteren Akkumulation zeigt sich in dem begrenzten Angebot von staatlichen Reserven, mit denen die Austauschrate angesichts eines Abflusses von den Reserven gestützt werden kann. Diese Begrenztheit hängt scheinbar mit der inflationären Geldaufblähung zusammen und nicht mit der Krise der Fesselung der produktiven Macht der Arbeit innerhalb der kapitalistischen Form der Reproduktion. Für den Staat stellt sich der Abfluß von Reserven als Zahlungsbilanzdefizite dar, die durch einen Anspruch der Kreditgeber auf Steuereinnahmen bestimmt werden, und als Gefährdung der Eintauschbarkeit der Währung in Waren auf dem Welt-

---

[23] Siehe auch »Globales Kapital und Nationalstaat« von Holloway, das 6. Kapitel in diesem Buch, und »Kapital, Krise und das internationale Staatensystem« von Burnham, das 5. Kapitel in diesem Buch. Siehe auch Burnham (1990) und Bonefeld (1992).

markt, die durch spekulativen Druck auf den Wechselkurs hervorgerufen wird.[24] Die Integration einer nationalen Währung auf dem Weltmarkt hängt von der Fähigkeit der Zentralbank ab, einem Abfluß von Reserven zu begegnen und Wechsel in Zahlungsmittel einzutauschen. Diese Fähigkeit beruht auf den Einnahmen des Staates. Es sind die Einnahmen des Staates, die die Reserven stützen, indem sie den Kredit als einen Anspruch auf Steuer garantieren. Die Eintauschbarkeit einer nationalen Währung in Waren auf dem Weltmarkt ist von der Akzeptanz dieser Währung als legales Zahlungsmittel abhängig. Diese Akzeptanz hängt wiederum davon ab, ob der Kredit als Anspruch auf Steuereinnahmen auf den Finanzmärkten akzeptiert wird, die mit dem ultimativen Sanktionsmittel des spekulativen Drucks gegen Währungen im Falle »inländischen Mismanagements« ausgestattet sind. Die Konvertibilität des Kredits hängt von der Fähigkeit des Staates ab, die Expansion des Kredits einzuschränken, wenn die Banken die Überakkumulation von Kapital durch Investitionen in zinstragende Unternehmungen vorantreiben.[25] »Die »Interessen« des Kapitals im allgemeinen werden in letzter Instanz durch die Geldpolitik des Staates, vermittelt über das Bankensystem, den besonderen Kapitalen aufgezwungen, wenn die Ausweitung der Produktion durch die Grenzen ihrer kapitalistischen Form eingeschränkt wird.« (Clarke 1988b, S. 9-10). Restriktive Geldpolitik ist nicht in erster Linie eine Frage der Sicherung des Kapitals in seiner elementaren Form des Geldes, sondern er Sicherung des Kapitals als einer gesellschaftlichen Form der Reproduktion. Ein Versagen der internationalen Kreditbeziehungen gefährdet nicht nur den abstrakten Prozeß des Reichtums in seiner begriffslosen Form des Geldkapitals, sondern auch die elementare Form des Kapitals, auf der alle gesellschaftlichen Verhältnisse beruhen. Geld ist die elementare Form der abstrakten Arbeit.

Der spekulative Charakter der kreditgestützten Akkumulation tritt in den Vordergrund, wenn die Pseudoverwertung der Mehrwertproduktion durch Kreditausweitung sich als Akkumulation (möglicherweise) wertlosen Papiers darstellt. Wenn die Nachfrage nach Zahlungsmitteln steigt, wird es für die Zentralbank zunehmend schwieriger, als Verleiher in letzter Instanz zu agieren. Um die formale Tauschgleichheit auf dem Weltmarkt zu erhalten, muß die politische Kontrolle des Geldangebots die Kredite zurückstutzen und so die finanzielle Stabilität sichern. Das bedeutet nichts anderes als eine Politik der staatlichen Austerität. Aber die Durchsetzung des knappen Geldes ist eine äußerst wider-

---

[24] Siehe auch Clarke (1988a).

[25] In der historischen Entwicklung beanspruchte der Staat für sich die Macht, die inflationäre Aufblähung des Geldes einzuschränken. Diese Machtmittel lieferten die Basis für die staatliche Geld- und Finanzpolitik (siehe Marx 1894 zum Bank Act von 1844).

sprüchliche Angelegenheit. Um das Geldkapital zu stützen, muß die produktive Akkumulation weitergehen. Wenn es nicht mehr gelingt, Kredite in wirksame Ausbeutung von Arbeit umzusetzen, dann stellt sich die Krise der wirksamen Ausbeutung als Zahlungsunfähigkeit und Bankrott dar, was das Versagen des Kredits als Anspruch auf zukünftigen Mehrwert bedeutet.

Um diese Funktionsweise des »Geldes« zu verstehen, müssen wir von der »Geldform der Krise (...) zur Analyse der Krise der gesellschaftlichen Verhältnisse herabsteig[en], von der Krise der Zirkulation zur Krise des Verhältnisses zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit« (Negri 1984, S. 25). Die Substanz des Geldes ist Arbeit, die Akzeptierung des Geldes als gesetzliches Zahlungsmittel wird von der wirksamen Ausbeutung der Arbeit garantiert. Das »illusorische Gemeinwesen« der formalen Gleichheit des Geldes erhält sich nur durch sein Kommando »fremder Arbeit«. Die Bewegung des Widerspruchs zwischen produktivem Kapital und Kreditsystem wird vom Klassenkampf um die Durchsetzung der Verwertung im Arbeitsprozeß bestimmt. Dieser Kampf wird durch monetäre Druckmittel konstituiert, die vom Staat vermittelt werden. In diesem krisengeschüttelten Prozeß gewinnt der Staat Allgemeinheit als in sich widersprüchliches Moment der gesellschaftlichen Macht des Geldes. Die Loslösung des Geldes von der Ausbeutung prägt den Staat durch die Geldmacht des Kapitals (G...G'), eine Macht in der die Bedingung seiner Existenz, das heißt die sich erweiternde Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutung von Arbeit (G...P...G') scheinbar ausgelöscht ist. Die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion wirkt auf den Staat als der Widerspruch zwischen funktionierendem und Geldkapital. Aufgrund der widersprüchlichen Einheit der Mehrwertproduktion reproduziert der Staat diese Widersprüche des Kapitals in einer politischen Form, statt sie zu lösen.

Eine *keynesianische* Politik des billigen Kredits und auch das dadurch angeregte Wachsen der Märkte lösen das Problem der Überakkumulation nicht (Mattick 1980). Stattdessen fördert sie die Überakkumulation noch, indem sie die Arbeiterklasse durch Vollbeschäftigungsgarantien einbindet und die Profite durch die Schöpfung von Nachfrage sichert. Das durch Kredite und Staatsdarlehen steigende Geldangebot garantiert die Realisierung von Preiserhöhungen und ermöglicht damit Akkumulation und die Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung in einer ständig wachsenden inflationären Spirale. Während ein Entwertungsdruck durch Kreditausweitung aufgefangen und Arbeitslosigkeit hinausgezögert werden kann, beschleunigt sich die Tendenz zur Überakkumulation, was sich ausdrückt in Preissteigerungen, Haushaltsproblemen, spekulativem Druck auf die Währung und wachsender Entwertung von Geldkapital durch Inflation, Erschütterung des Vertrauens in das inländische Geldwesen, Gefährdung der formalen Tauschgleichheit nationaler Währungen auf dem Geldmarkt und schließlich einem möglichen Zusammenbruch der globalen Kreditbeziehun-

gen. Die kreditgestützte Überakkumulation balanciert am Rande des Zusammenbruchs, der um so heftiger ausfallen wird, je stärker die Akkumulation auf dem Kredit basierte. Kreditausweitung und wachsende inländische und internationale Staatsausgaben verstärken schließlich nur die Tendenzen, die von dieser Politik zunächst reguliert werden sollten (Mattick 1980).

Eine *monetaristische* Politik versucht, die Überakkumulation durch eine einschränkende Geldpolitik zurechtzustutzen, wodurch sowohl Kapitalentwertung und -liquidierung sowie Arbeitslosigkeit verstärkt werden. Eine Politik des knappen Geldes und hoher Zinsen macht es für das reproduktive Kapital teuer, sich zusätzliche Zahlungsmittel zu beschaffen, die für die Aufrechterhaltung der produktiven Aktivitäten und der Beschäftigung erforderlich sind. Zugleich beschleunigen die hohen Zinsen die Zahlungsunfähigkeit und Liquidierung von Kapital. Obwohl die hohen Zinsraten es den Banken ermöglichen, große Ausfälle ohne Verlust zu überstehen, ist die Politik des knappen Geldes mit der Gefahr verbunden, den gesamten Prozeß zu untergraben, auf dem die Akkumulation beruht. Die produktive Aktivität kann nicht geopfert werden, weil das Geld nur in und durch die Arbeit als der Substanz des Werts existiert. Der Versuch, die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Reproduktion mit einer Politik der hohen Zinsraten durchzusetzen, verstärkt das Absacken der produktiven Tätigkeit, weil Kredite für Fremdfinanzierung knapp und teuer und die Schuldendienste belastender werden. Das Kreditsystem balanciert am Rande des Zusammenbruchs, weil der Anspruch auf zukünftigen Mehrwert ins Leere geht, was sich an der Unfähigkeit des Geldes zeigt, sich in Kommando über Arbeit zum Zwecke der Ausbeutung einzutauschen.

Beide Politikformen, Monetarismus und Keynesianismus, sind politische Phänomene der widersprüchlichen Einheit von abstrakter Arbeit und Wertform, d.h. sie sind unterschiedene Momente eines dialektischen Kontinuums der Einheit-in-der-Unterscheidung von Produktion und Zirkulation. Der Keynesianismus will die Einheit aufrechterhalten, indem er mit Schulden und inflationärem Druck auf die Profite eine Nachfrage zur Sicherung der Überakkumulation schafft, wobei er die elementare Form des Geldkapitals diskriminiert. Der Monetarismus will die Uneinigkeit korrigieren, indem er die reproduktive Akkumulation und die Arbeit auf dem Altar des Geldes opfert. Solch eine Beschränkung der Ziele des reproduktiven Kapitals bedroht die erweiterte Produktion von Mehrwert und das Kreditsystem als solches. Auch wenn keynesianische und monetaristische Politikformen das Auseinanderfallen von Produktion und Zirkulation bis zu einem gewissen Grad abmildern können, so bietet keine von ihnen eine Lösung für die Widersprüche der Kapitalreproduktion. Sie versuchen, die zerstörerischen Spannungen zwischen den verschiedenen Momenten des gesellschaftlichen Kapitals (d.i. produktives und Geldkapital) von zwei entgegengesetzen Seiten aus zu korrigieren, und laufen dabei Gefahr, die Spannungen noch zu

verstärken, indem sie ein Moment auf Kosten des anderen opfern.

Politisch besteht der Unterschied zwischen Monetarismus und Keynesianismus in der Art, in der die produktive Macht der Arbeit der Wertproduktion untergeordnet wird. Die Eindämmung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Basis einer strengen Geldkontrolle führt zur Garantierung des Kredits durch die Verschlechterung des Lebensstandards und damit durch die Auferlegung von Schulden in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Zum Beispiel wurde in den 80er Jahren der monetaristische Versuch, das Geld durch eine Kontrolle des Geldangebots wieder an die Arbeit zu koppeln, schon kurz nach seinem Beginn wieder fallen gelassen. Ein kurzfristiger politischer Erfolg des Monetarismus bestand jedoch darin, daß die Klassenverhältnisse durch die individualisierende und fragmentierende Form der Schulden zersetzt wurden.[26] Der Staat gewann Allgemeinheit als die politische Form von Geld-als-Kommando: die Organisation der Arbeitskraft auf der Basis der Planung und Kontrolle des gesellschaftlichen Konflikts und der Antizipation des politischen Verhaltens der Arbeiterklasse. Die »Auferlegung« von Schulden oder anders gesagt, das monetaristische Ziel, die Gesellschaft die Wette des Kapitals auf die Zukunft bezahlen zu lassen, ging Hand in Hand mit einem Staat, der zum Einsatz von Provokation und der Anwendung von Gewalt bereit war. Die Durchsetzung der Gleichheit in der Form von Schulden führt dazu, daß die Arbeit durch den Staat der Macht des Geldes unterworfen wird. Die politische Erzwingung der gleichgültigen Regeln des Geldes ist mit der Erzwingung der formalen Gleichheit und formalen Freiheit verbunden, eine Erzwingung, die Bürger und Schulden als gleich behandelt. Die »Republik des Marktes« wird in die »Republik der Schulden« transformiert. Die Auferlegung von Schulden hält das System zusammen. Damit war die Anerkennung der Arbeiterklasse verbunden, soweit Haus- und Grundbesitz betroffen war.

Die Aufzwingung des Geldes ist mit der Aufzwingung der Marktgleichheit auf der Basis von Gesetz und Geld verbunden. Zum Beispiel formulierte die monetaristische Ideologie der neuen Rechten die Krise der Mehrwertproduktion als das Verhältnis zwischen Geld und Staat. Sie wies die Konzeption des keynesianischen Staats zurück, der dafür kritisiert wurde, daß er zu Abhängigkeit und einem Verlust an Verantworlichkeit und Selbstrespekt führen würde. Der monetaristische Versuch, finanzielle Stabilität durch die Aufzwingung des gewaltfreien Tauschs auf dem Markt wiederzuerlangen, zielte also darauf, die Abhängigkeit der Leute vom Staat zu verringern, zugunsten ihrer Unterordnung

---

[26] Siehe Bonefeld (1993b, Clarke (1988a); und »Das Geld als Kommando – und wie es in der aktuellen Krise unterlaufen wird« von Cleaver, in diesem Zirkular.

unter die ungezügelten Regeln der Tauschverhältnisse, des Geldes. Diese Unterordnung führt zur Erzwingung der abstrakten Gleichheit des Geldes in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Gemäß der monetaristischen Ideologie ist die Erzwingung von »Selbstverantwortlichkeit« dasselbe wie ungehinderte Marktfreiheit. Diese Freiheit schränkt diejenigen ein, die den Botschaften des Marktes keine Aufmerksamkeit schenken: die Orientierung an irgendwelchen Werten außer denen des materiellen Gewinns wird erbarmungslos bestraft. Wie schon gesagt, im Kapitalismus reduziert das Geld alle »Subjekte zu Tauschsubjekten« (Bologna 1993b, S. 67). Jedes Individuum ist vor dem Geld gleich. Für diejenigen, die Geld besitzen, ist es ein Mittel der Freiheit und des Wohlstands. Für diejenigen, die keines haben, definiert ihr Mangel an Geld nicht nur ihre Armut, sondern auch ihr Dasein als eine arbeitende Ware. »Die Macht, die jedes Individuum über die Tätigkeit der andren oder über die gesellschaftlichen Reichtümer ausübt, besteht in ihm als dem Eigner von *Tauschwerten*, von *Geld*. Es trägt seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft, in der Tasche mit sich.« (Marx 1857, S. 74f.) Die monetaristische Formulierung der Grenzen des Marktes beinhaltete nicht nur die monetäre Zersetzung der Klassenverhältnisse auf der Basis des individuellen Marktagenten. Sie beinhaltete auch den Versuch, Arbeit durch den Einsatz von Gewalt zu erzwingen: paß Dich den Marktkräften an – sonst! Die gewaltsame Durchsetzung der Macht manifestiert das Recht des Eigentums, sich vor dem Ausfall von Schulden zu schützen. Die »präventive Konterrevolution« (vgl. Agnoli, 1975) des Monetarismus führt zum Einsatz von Gewalt, um Schulden als einen Anspruch auf zukünftige Ausbeutung in der Gegenwart zu sichern.

Indem der Staat den gesellschaftlichen Verhältnissen die elementare Form des Kapitals, d.h. Geld, auferlegt, beteiligt er sich mit dem Einsatz von Zwang an der Lebensrettung der Geldgarantie. Durch den Versuch, die Umwandlung der Ansprüche des Geldes in zukünftige Ausbeutung von Arbeit abzusichern, koppelt der Staat die Gegenwart an die Zukunft. In diesem Prozeß wird die in sich widersprüchliche Form des Staates zur Allgemeinheit als dem »letzten Refugium der Harmonien« (Marx 1857) – den Harmonien der formalen Gleichheit und formalen Freiheit, auf denen die Ausbeutung beruht. Der Staat als letztes Refugium der Harmonien repräsentiert so das »gemeinschaftliche Interesse« (vgl. Marx und Engels, Deutsche Ideologie). Er erzwingt die formale Tauschgleichheit, indem er die gesellschaftlichen Beziehungen der begriffslosen Form des Geldes opfert. Die Auferlegung des Geldes beinhaltet die politische Lebensrettung der ökonomischen Freiheit als dem abstrakten Durchschnitt der Gleichheit, deren Inbegriff das Geld ist. Der Staat existiert als der kollektive Repräsentant des kommandierenden Geldes: das heißt, als die Unterordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter die monetäre Knappheit, verbunden mit der Kontrolle von Recht und Ordnung als seiner Voraussetzung, Bedingung und

Resultat. Die Durchsetzung der Wertform erfordert nicht nur die Unterordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter die monetäre Knappheit, sondern grundlegender die monetäre Zersetzung der Klassenverhältnisse auf der Basis des Lohnverhältnisses. Das Kapital muß die Arbeit als Bedingung seiner eigenen Existenz eindämmen. Die antagonistische Tendenz der abstrakten Arbeit ist, wie schon gesagt, mit dem Widerspruch verbunden, daß die Arbeit unmittelbar Tauschwert, Geld, produzieren muß, während die abstrakte Arbeit in der Form von Geld ihrer kapitalistischen Form widerspricht. Die Kehrseite der produktiven Macht der Arbeit ist die möglicherweise uneinlösbare Akkumulation von unbeschäftigtem Kapital, von Schulden. Marx charakterisierte diese Situation als die »Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst« (Marx 1894, S. 454). Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kann dieser Widerspruch nur durch Gewalt eingedämmt werden, was nicht nur die Zerstörung von Produktionskapazitäten, Arbeitslosigkeit, verschlechterte Bedingungen und weitverbreitete Armut bedeutet, sondern auch die Zerstörung menschlichen Lebens durch Krieg und Hunger.[27] »Gewalt« ist so begriffslos und elementar wie Geld. Der Antagonismus der ArbeiterInnen zum Kapital ist die Kehrseite der »transzendentalen Macht« des Geldes. »Geld geht nun schwanger« (Marx 1894) mit einer Zukunft, in der es in das Museum der Geschichte verbannt werden könnte. Geld ist der Kreislauf des Glücks, der sich als totaler Horror entfaltet. »(...) man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!« (Marx).

Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde gezeigt, daß die Kategorie des Geldes eine in sich widersprüchliche Form der konstitutiven Macht der Arbeit ist. Weder ist es ein regulierender Mechanismus für die kapitalistische Produktion, noch existiert es nur als eine Inkarnation des abstrakten Reichtums. Und doch ist es beides. Die Frage ist jedoch nicht, wie das Geld funktioniert, sondern wie seine widersprüchliche Existenz als gesellschaftliche Macht zu erklären ist. Clarke (1988a S. 13-14) hat darauf hingewiesen, daß Geld »die abstrakteste Form des kapitalistischen Eigentums« und damit »die oberste gesellschaftliche Macht, durch die die gesellschaftliche Reproduktion der kapitalistischen Reproduktion unterworfen wird«, ist. Als diese höchste gesellschaftliche Macht, bestätigt das Geld in einer

[27] Siehe z.B. Barret Brown (1993) zum Krieg im früheren Jugoslawien, Cleaver (1977) zum »Hunger und Krise«, Postone (1986) zur politischen Ökonomie des Antisemitismus, so wie Aly und Heim (1991) zur ›Bevölkerungspolitik‹ im Nationalsozialismus. Siehe auch Bonefeld (1988).

begriffslosen und elementaren Form die Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit. Im Geld erscheint die gesellschaftliche Nützlichkeit der Produktion als ein bloßes Ding (Zins), da die Beziehung des Geldes zur Arbeit ausgelöscht zu sein scheint. Was jedoch der krisengeschüttelten Loslösung des Geldes von der Ausbeutung zugrundeliegt, ist die mißlungene Eindämmung der produktiven Macht der Arbeit im Konzept der Profitabilität. Die Stabilität des Kredits hängt zugleich von der Fähigkeit des Kapitals ab, Arbeit wirksam auszubeuten. Es muß die Arbeit wirksam ausbeuten, weil das Kapital nicht nur genügend Mehrwert für die Akkumulation braucht, sondern auch zur Befriedigung der Kreditgeber.

Die potentielle Verselbständigung des Geldkapitals wird in und durch die produktive und Störungen verursachende Macht der Arbeit konstituiert. Geld ist die Form, in der das Kapital vor dem Widerstand der Arbeiterklasse in der Fabrik flieht. Bologna (1993a, S. 52) hat in seinem Kommentar zu den Marxschen Schriften zwischen 1856 und 1857 darauf hingewiesen, daß »die historische Bedeutung der monetären Spekulation genau in der Tatsache zu suchen ist, daß es die direkte Beziehung mit der Arbeiterklasse vermeidet«. Der Versuch des Kapitals, das »Wertgesetz« zu überwinden, indem es Geld aus Geld macht, statt die Arbeit auszubeuten, weist jedoch zugleich darauf hin, daß das Kapital in einem verzweifelten Versuch, die Gegenwart in die Zukunft zu verlängern, über seine Verhältnisse lebt. Für das Kapital ist die Krise der Beweis für »seinen Verlust der Kontrolle über die Arbeiterklasse« (Bell und Cleaver 1982, S. 258). Dieser Verlust bestätigt die begriffslose Form des Geldes als eine agressive Gewalt, die die Entfremdung von der Gegenwart in die Zukunft verlängern will.

Angesichts der gegenwärtigen Krise zeigt die andauernde Ausweitung des Kredits, daß es dem Kapital nicht gelungen ist, eine seinen Bedürfnissen entsprechende Umstrukturierung der Ausbeutungsverhältnisse durchzusetzen. Seit den späten 60er Jahren hat sich das Kapital bemüht, eine kontrollierte Deflation einzuführen, was zu einer andauernden und noch nie dagewesene Ausweitung des Kredits im Weltmaßstab führte. Schuldenkrise ist die falsche Bezeichnung für die Krise des Geldes. Das Kapital kann sich nicht erlösen, indem es Geld aus Schulden macht. Es muß der Arbeiterklasse gegenübertreten. Es kann dem Klassenkampf nicht entfliehen, indem es der direkten Konfrontation mit der Arbeit in der Produktion aus dem Weg geht. Es kann sein Kommando über die Arbeit nur retten, indem es mit gnadenloser Gewalt das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im Weltmaßstab neu durchsetzt. Aktuelle Vorschläge von reformierten Sozialisten, die »Regierung solle das Geld zu ihrem Diener machen, nicht zu ihrem Herrn« (Mitchell 1989, S. 61), sind nicht einfach eine Illusion. Die Auffassung, Geld sei »ein Medium, daß dazu gebracht werden muß, für Wachstum und Beschäftigung zu funktionieren, statt für die

egoistischen Zwecke der Händler der Gier« (Mitchell 1989, S. 61), ist in Wirklichkeit der Vorschlag, daß das Geld die Ausbeutung der Arbeit managen und organisieren soll. Dieses Kapitel hat gezeigt, was das bedeutet. ■

Literatur

Aglietta, M. (1979) *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience* (London: Verso).

Agnoli, J. (1975) *Überlegungen zum bürgerlichen Staat* (Berlin: Wagenbach).

Aly, G. and Heim, S. (1991) »The Economics of the Final Solution«, Comnlon Sense, 11, first published in English in *Simon Wiesenthal Centre Annual*, 5, Krau International (1988).

Anderson, P. (1987) »The Figure of Dissent«, *New Left Review*, 161.

Backhaus, H.-G. (1974) »Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie«, *Gesellschaft*, 1 (Frankfurt: Suhrkamp).

Backhaus, H.-G. (1986) »Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit«, *Prokla*, 63.

Backhaus, H.-G. (1992) »Between Philosophy and Science: Marxian Social Economy as Critical Theory«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol. 1. History and Dialectics.*

Barratt Brown, M. (1993) »The War in Yugoslavia and the Debt Burden«, *Capital & Class*, 50.

Bell, P. and Cleaver, H. (1982) Marx's Crisis Theory as a Theory of Class Struggle«, *Research in Political Economy*, 5.

Bologna, S. (1993a) »Money and Crisis: Marx as Correspondent of the New York Daily Tribune, 1856-57«, Part 1, *Common Sense*, 13, trans. Ed Emery and John Mcrrington.

Bologna, S. (1993b) »Money and Crisis: Marx as Correspondent of the New York Daily Tribune, 1856-57«, Part II, *Common Sense*, 14, transl. Ed Emery

Bonefeld, W. (1988) »Class Struggle and the Permanence of Primitive Accumulation«, *Common Sense*, 6.

Bonefeld, W. (1992) »Social Constitution and the Form of the Capitalist State« in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol. 1. History and Dialectics.*

Bonefeld, W. (1993a) »Crisis of Theory«, *Capital & Class*, 50.

Bonefeld, W. (1993b) *The Recomposition of the British State During the 1980s* (Aldershot: Dartmouth).

Bonefeld, W. (1994) »Capital As Subject and the Existence of Labour«, forthcoming in Bonefeld et al. (eds) *Open Marxism Vol III: Emancipating Marx.*

Bonefeld, W. and Holloway, J. (eds) (1991) *Post-Fordism and Social Form* (London: Macmillan).

Bonefeld, W., Gunn, R. and Psychopedis, K. (eds) (1992a) *Open Marxism Vol. I: History and Dialectics*; (1992b) *Open Marxism Vol. II: Theory and Practice* (London: Pluto Press).

Bonefeld, W., Gunn, R., Holloway, J. and Psychopedis, K. (eds) (1994) *Open Marxism Vol. III: Emancipating Marx* (London: Pluto Press).

Burnham, P. (1990) *The Political Economy of Postwar Reconstruction* (London: Macmillan).

Burnham, P. (1993) »Marxism, Neo-Realism and International Relations«, *Common Sense*, 14.

Clarke, S. (1978) »Capital, Fractions of Capital and the State«, *Capital & Class*, 5.

Clarke, S. (1980) »The Value of Value: Rereading Capital«, *Capital & Class*, 10.

Clarke, S. (1982) *Marx, Marginalism and Modern Sociology* (London; Macmillan).

Clarke, S. (1988a) *Keynesianism, Monetarism, and the Crisis of the Sate* (Aldershot: Edward Elgar).

Clarke, S. (1998b) »Configuration of Dissent: Fractions of Capital Class Struggle and the Decline of Britain«, unpublished paper, *University of Warwick.*

Clarke, S. (1989) »Review Article on M.Itoh's »Basic Understanding of Capitalism"«, *Capital & Class*, 37.

Clarke, S. (1992) »The Global Accumulation of Capital and the Periodisation of the Capitalist State Form«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol I: History and Dialectics.*

Clarke, S. (1994) *Marx's Theory of Crisis* (London: Macmillan).

Cleaver, H. (1977) »Food, Famine and the International Crisis«, *Zerowork*, 2.

Coakley, J. and Harris, L. (1983), City of Capital (Oxford: Basil Blackwell).

De Brunhoff, S. (1976) *Marx on Money* (London: Pluto Press).

Elson, D. (1979) »The Value Theory of Labour«, in D. Elson (ed.) (1979) *Value: The Representation of Labour in Capitalism* (London: CSE Books).

Fine, B and Harris, L. (1985) *The Peculiarities of British Capitalism* (London: Lawrence & Wishart).

Glyn, A. and Sutcliff, B. (1974) *Die Profitklemme* (Berlin: Rotbuch Verlag)
Gunn, R. (1987) »Marxism and Mediation«, *Common Sense*, 2.
Gunn, R. (1992) »Against Historical Materialism«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol. I: History and Dialectics.*
Hall, M. (1992) »On the Creation of Money and the Accumulation of Bank-Capital«, *Capital & Class*, 48.
Holloway, J. (1990) »The Politics of Debt«, *Common Sense*, 9.
Holloway, J. (1991) »In the Beginning was the Scream«, *Common Sense*, 11.
Holloway, J. (1992) »Crisis, Fetishism, Class Composition«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol. 1: History and Dialectics.*
Ingham, G. (1984) *Capitalism Divided* (London: Macmillan).
Kay, G. (1979) »Why Labour is the Starting Point of Capital«, in D. Elson (ed.) *Value: The Representation of Labour in Capitalism* (London: CSF Books).
Jessop, B. (1985) *Nicos Poulantzas: Marxist Theory and Strategy* (London: Macmillan).
Jessop, B. (1991) »Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism«, in W. Bonefeld and J. Holloway (eds) *Post-Fordism and Social Form* (London: Macmillan).
Marx, K. [1845-6] »Die deutsche Ideologie«, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3.
Marx, K. [1857] *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 42.
Marx, K. [1859] *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 13.
Marx, K. [1867] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23.
Marx, K. [1884] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. II, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 24.
Marx, K. [1894] *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. III, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 25.
Marx, K. (1976) *Theorien über den Mehrwert*, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 26.3.
Marx, K. (1983) *Capital*, Vol. I (London: Lawrence & Wishart).
Mattick, P. (1980) *Economics, Politics, and the Age of Inflation* (London: Merlin Press).
McLellan, D. (1977) *Selected Writings of Marx and Engels* (Oxford: Oxford University Press).
Mitchell, A. (1989) *Competitive Socialism* (London: Unwin).
Negri, A. (1984) *Marx Beyond Marx* (Cambridge, Mass.: Bergin & Garving).
Pashukanis, E. (1979) *Law and Marxism* (London: Pluto Press). Dtsch: Pashukanis, E. (1966) Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (Frankfurt: Verlag Neue Kritik).
Postone, M. (1986) »Anti-Semitism and National Socialism«, in A. Rabinbach and J. Zipes (eds), Germans and Jews Since the Holocaust (New York: Homer & Meier). Dtsch: Postone, M. (1982) Die Logik des Antisemitismus, *Merkur.*
Poulantzas N. (1973) *Political Power and Social Classes* (London: NLB).
Psychopedis, K. (1984) *Geschichte und Methode* (Frankfurt and New York: Campus).
Psychopedis, K. (1991) »Crisis of Theory in the Contemporary Social Sciences«, in W. Bonefeld and J. Holloway (eds) *Post-Fordism and Social Form* (London; Macmillan).
Psychopedis, K. (1992) »Reconstruction of Dialectical Theory«, in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds) *Open Marxism Vol. 1: History and Dialectics.*
Reichelt, H. (1978) »Some Remarks on Flatow and Huisken"s Essay »On the Problem of the Derivation of the Bourgeois State"«, in J. Holloway and S. Picciotto (eds), *State and Capital: A Marxist Debate* (London: Edward Arnold).
Reichelt, H. (1993) »Some Notes on Jacques Bidet"s Structuralist Interpretation of Marx"s Capital«, *Common Sense*, 13.
Reuten, G. (1988) »The Money Expression of Value and the Credit System: a value form theoretic outline«, *Capital & Class*, 35.
Rosdolsky, R. (1973) *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«*, (Frankfurt/M.: EVA).
Schmidt, A. (1974) »Praxis«, in *Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 2* (Frankfurt: Suhrkamp).
Van der Pijl, K. (1984) *The Making of the Altantic Ruling Class* (London: Verso).

Schlußfolgerungen: Geld und Klassenkampf

Werner Bonefeld und John Holloway (in: Bonefeld / John (Hrsg.): Global Capital, National State and the Politics of Money, 1995, Kapitel 9)

Einleitung

> »Man kann es nicht verteidigen, es sei denn als die Herrschaft des Pöbels. Das Land weiß es vielleicht noch nicht, aber ich denke wir werden sehen, daß wir eine Revolution erlebt haben, die drastischer ist als die Französische Revolution. Die Masse hat den Regierungssitz erobert und versucht, den Reichtum zu erobern. Die Achtung vor Recht und Ordnung ist verschwunden (Bernard Baruchs Kommentar zu Roosevelts Aufgabe des Goldstandards im Jahr 1933, zitiert in Schlesinger, 1959, S. 202).«

Kaum eine Aussage drückt den inneren Zusammenhang zwischen Geld und Klassenkampf besser aus, der das grundlegende Thema dieses Buches war. Baruchs Reaktion auf die Aufgabe des Goldstandards ist bei weitem nicht so übertrieben, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Abkehr vom Gold brachte tatsächlich »die Herrschaft des Pöbels«, die Aufsässigkeit der ArbeiterInnen, direkt ins Herz des Kapitalismus, wo sie in Kreditausweitung und monetäre Instabilität verwandelt wurde. Der innere Zusammenhang hat jedoch zwei Seiten: Baruchs Aussage läßt sich im Hinblick auf die Vergangenheit und auf die Zukunft gerichtet lesen. Die logische keynesianische Antwort auf Baruchs monetaristische Bedenken wäre gewesen: »Ja, die Achtung vor Recht und Ordnung ist verschwunden, die Masse hat den Regierungssitz erobert, und diese Revolution ist drastischer als die Französische Revolution, aber das Land weiß es noch nicht. Die Ausweitung des Kredits ist unsere einzige Hoffnung, solange das Land noch nicht weiß, was passiert ist, wird der monetäre Trick uns helfen, die Achtung vor Recht und Ordnung wiederherzustellen, die Masse vom Regierungssitz zu vertreiben und eine Restauration zustande zu bringen, bevor irgendjemand überhaupt mitbekommen hat, daß es eine Revolution gegeben hat.«

Der innere Zusammenhang zwischen Geld und Klassenkampf ist komplex: indem das Geld (als Kredit) die Arbeitermacht anerkennt, entwaffnet und zersplittert es diese Macht zugleich durch seine Bewegung und seine wechselnden Formen. Die monetäre Antwort auf die Arbeitermacht ist zugleich eine Neu-

Formierung oder Neu-Zusammensetzung des Antagonismus zwischen ArbeiterInnen und Kapital. Mit anderen Worten: Die Geschichte des Geldes kann als die Bewegung der Zusammensetzung, Zersetzung und Neuzusammensetzung der Klassenbeziehungen betrachtet werden.

Kreditausweitung und Klassenkampf

Der Kredit spielt immer eine wichtige Rolle bei der Reproduktion der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Er enthält immer ein Element des Risikos, eine Wette auf die Zukunft. Wenn ein Kapitalist eine Bank um ein Darlehen bittet, sagt er in Wirklichkeit: »Ich brauche Geld; ich habe momentan nicht genügend Geld, weil die Ausbeutung meiner Arbeiter mir nicht genug Mehrwert abgeworfen hat. Aber ich werde sie künftig ausreichend ausbeuten, so daß ich die Schulden mit Zinsen zurückzahlen kann.« Der Kredit enthält immer ein Spiel um die Zukunft, eine Wette, die eine Fiktion schafft: Die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen wird so behandelt, als ob sie gegenwärtige Ausbeutung wäre. Wenn der Kapitalist es schafft, die ArbeiterInnen in der Zukunft genügend auszubeuten, gewinnt er seine Wette; wenn nicht, verliert nicht nur er, sondern auch der Banker.

Dasselbe läßt sich auf der Ebene des Kapitalismus allgemein sagen: Die Ausweitung des Kredits ist ein Zugeständnis, daß die gegenwärtige Unterwerfung der ArbeiterInnen nicht ausreichend ist für die Expansion des Kapitals, das heißt für die Existenz des Kapitals als Kapital, als sich selbst vermehrender Wert. Die historische Tendenz des Kapitals ist es, zu spielen und auf die zukünftige Ausbeutung der Arbeit zu wetten.[1] Der Kredit ist ein Mittel, um die Einheit zwischen der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Realisierung des Werts in der Zirkulation herzustellen. Diese auf Kredit beruhende Integration ist immer prekär. Sie präsentiert einen Anspruch auf die zukünftige Unterwerfung der ArbeiterInnen und somit eine spekulative Integration der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis. Mit anderen Worten: eine Ausweitung des Kredits, der keine entsprechende Ausweitung der Ausbeutung der ArbeiterInnen gegenübersteht, ersetzt den gegenwärtigen Mangel an Unterwerfung der ArbeiterInnen durch eine fiktive Unterwerfung, und das enthält immer ein Spiel um die zukünftige Unterwerfung: Wenn das Kapital die Wette verliert, kommt es zum finanziellen Zusammenbruch.

Kreditausweitung ist kein zyklisches Phänomen, wie es von der ökonomischen Theorie präsentiert wird. Für das Kapital ist sie eher ein Weg, der gegen-

---

[1] Siehe auch Bolognas (1993) fesselnden Kommentar zu Marx' Schriften über das Geld zwischen 1856 und 1987.

wärtigen Aufsässigkeit der ArbeiterInnen zu entkommen. Diese Aufsässigkeit wird versteckt und als ein ökonomisches Problem verkleidet. Als ökonomischer Ausdruck der Aufsässigkeit der ArbeiterInnen ist die Ausweitung des Kredits offenbar zu einem unausrottbaren Krebs geworden, der den Kern des Kapitalismus selbst befallen hat. Das ist nicht das Ergebnis einer falschen Politik, wie die Monetaristen behaupten würden, sondern spiegelt die Abhängigkeit des Kapitals von einer Kraft wider, die es nicht kontrolliert: Arbeit.

Die große Welle revolutionärer Kämpfe zu Beginn dieses Jahrhunderts, die ihren stärksten Niederschlag in der Oktoberrevolution von 1917 fand, wurde zwar teilweise durch Gewalt überwunden, aber teilweise auch durch die Ausweitung des Kredits in den 20er Jahren, was schließlich zur Wirtschaftskrise von 1929 führte. Die Ausweitung des Kredits, die der Krise vorausging, war die Kehrseite der offenen Aufsässigkeit in der Oktoberrevolution, eine Wette auf zukünftige Unterwerfung.

Nach dem Trauma von 1917 und seinem Echo von 1929 wurde die Ausweitung des Kredits zu einem zentralen Prinzip der kapitalistischen Herrschaft erhoben. Die Bedeutung von Keynes lag darin, daß er einen Prozeß theoretisch untermauerte, der bereits stattfand. Er lieferte die theoretische Anerkennung für die Tatsache, daß der Staat die Ordnung nur dadurch aufrechterhalten konnte, daß er die Ausweitung des Kredits akzeptierte und förderte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Arbeiterfrage hauptsächlich mittels der Ausweitung des Kredits unter Kontrolle gehalten. Wie Burnham zeigt, lag der Zweck des Marshall-Plans darin, »den Lebensstandard anzuheben, 'um dem Lockruf des Kommunismus zu widerstehen'« (Burnham, 1990, S. 100, zitiert hier Gifford, einen Berater des US-Handelsministeriums). Die Aufsässigkeit der ArbeiterInnen wurde in ein ökonomisches Problem übersetzt, in monetäre Instabilität.[2]

Die Ausweitung des Kredits war zweischneidig. Einerseits lieferte sie ein Mittel, um die Ausbeutung der ArbeiterInnen mit der Realisierung des Mehrwerts in der Zirkulation zusammenzubringen. Andererseits wurde mit der Übernahme der Kreditausweitung als Herrschaftsprinzip auch eine Tendenz hin zur inflationären Loslösung des Geldes von der Produktion hingenommen. Unter diesen Umständen wurde die »Buchhaltung« im Weltmaßstab zu einem der wichtigsten »Mechanismen« der Kontrolle. Die Verhinderung einer Loslösung des Geldes von der Produktion war gegründet auf die Anerkennung des Dollars als Weltwährung und die Unterwerfung anderer Währungen unter den Dollar innerhalb festgelegter Spielräume. Realisiert wurde die »Buchhaltung« in der Form, daß die »heimische Akkumulation« abwechselnd durch deflationären Druck gebremst oder durch Inflation unterstützt wurde. In Großbritannien waren

---

[2] Zur Politik des Wiederaufbaus nach dem Krieg siehe Burnham (1990).

die sogenannten »Stop-and-Go-Zyklen« die ökonomische Bezeichnung für die Eindämmung der ArbeiterInnen auf der Grundlage globaler Nachfragesteuerung. Die Kreditausweitung stellte ein Mittel zur Verfügung, mit dem sich der Konflikt eindämmen ließ und mit dem offenen Klassenschlachten, wie sie Anfang des Jahrhunderts vorherrschend waren und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgetaucht waren, als die Stimmung definitiv sozialistisch war, die Spitze abgebrochen werden konnte.[3] Aber um den Preis einer Lockerung der entscheidenden Verknüpfung zwischen Geldsystem und Produktivitätsrate.

Die 70er und 80er Jahre: Kredit und Zersetzung-Neuzusammensetzung

Die zweite große Welle von Kämpfen in diesem Jahrhundert, die mit 1968 verbunden wird, gab der Ausweitung des Kredits einen erneuten Impuls. Die Revolte jener Jahre wurde wie Anfang des Jahrhunderts teilweise durch gewaltsame Unterdrückung eingedämmt, doch in weit größerem Ausmaß durch die Ausweitung des Kredits. Aus diesem Grund waren die Folgen von »1968« (der akkumulierten Welle von Kämpfen, die ihre Spitze im Jahr 1968 erreichte) weniger dramatisch, aber in einigen Aspekten sogar tiefergehender als die der Aufstände im ersten Teils des Jahrhunderts. Das prekäre Verhältnis zwischen dem Geldsystem und der Produktivitätsrate wurde sogar noch grundlegender aufgebrochen, was sich am Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods 1971 zeigte.

Die Kämpfe Ende der 60er Jahre bedeuteten, daß das Kapital sich nicht länger auf die direkte Kontrolle der Arbeitermacht in der Fabrik verlassen konnte. Der Ausbeutung der Produktivkraft der ArbeiterInnen standen gesunkene Profitraten gegenüber. Die Ausbeutung der ArbeiterInnen war genau zu dem Zeitpunkt viel zu teuer geworden, als das Kapital kaum noch fähig war, der gesellschaftlichen Arbeitskraft die notwendige Arbeit aufzuzwingen. Außerdem ließen die ArbeiterInnen Ende der 60er Jahre ihre aufständische Macht spüren im Widerstand gegen Arbeitsintensivierung und gegen Versuche von Lohnsenkung (Einkommenspolitik). Mit anderen Worten: Die Arbeiterklasse stellte klar, daß sie Ausbeutung über bestimmte Grenzen hinaus nicht länger dulden würde.

---

[3] Natürlich war das Geld nicht das einzige Element. Die Wiederbewaffnung und der McCarthyismus spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Der McCarthyismus ist lediglich der US-amerikanische Ausdruck eines virulenten Anti-Kommunismus, der in weltweitem Maßstab von der Theorie des Totalitarismus unterstützt wurde, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzte. Diese Gleichsetzung zerstörte jegliche Verbindung zwischen Faschismus und Kapitalismus. Die Totalitarismus-Theorie wirkte wie ein Waschpulver: Der Kapitalismus reinigte sich selbst von Faschismus, Krieg und Zerstörung, und erschien wieder als der wahre und einzige Liebhaber der Menschlichkeit. Der Kalte Krieg war des Liebhabers Hochzeitsreise.

Das Kapital antwortete mit der Flucht aus der Fabrik. Das dramatische und beispiellose Anwachsen des Geldkapitals wurde nicht durch die Reduktion der notwendigen Arbeit, der konstitutiven Seite der Mehrarbeit, ausgeglichen. Anders ausgedrückt: Das Kapital begann Reichtum in der Geldform zu akkumulieren, ohne die Arbeitskraft in der Fabrik in entsprechender Weise auszubeuten. Es schien, als ob das Kapital die niedrige Geschwindigkeit und den Dreck der Produktion »vergessen« hätte. Das Kapital versuchte sauber zu werden: Profite konnten viel leichter durch Investitionen auf den Finanzmärkten erreicht werden, und die Auspressung der »Zinsen« wurde vom Staat durch Steuerpolitik und antiinflationäre Maßnahmen gefördert. Der Versuch des Kapitals, sich vom verseuchten Boden der Ausbeutung zu »befreien« und über sich selbst hinauszugehen, indem es sich in seiner »rationalsten« Form geltend machte, der des Geldkapitals, zeigt die Macht der Aufsässigkeit der ArbeiterInnen. Er zeigt ebenso, wie fiktiv die Eindämmung der ArbeiterInnen ist: Die monetäre Akkumulation war in Wahrheit eine Akkumulation »arbeitslosen« Kapitals, eines Kapitals, das aus der Fabrik geflohen war und Geld dadurch verdiente, daß es auf die zukünftige Ausbeutung der Arbeit wettete. Die spekulative Dimension der Akkumulation und die aufsässige Macht der ArbeiterInnen sind also die beiden Hälften derselben Walnuß.

Die Flucht des Kapitals aus der Fabrik in die fantastische Welt der Selbstvermehrung des Geldes setzte die globalen Verhältnisse von Ausbeutung und Kampf neu zusammen. Der Weltmarkt wurde zu einem Geldmarkt. Der Versuch des Kapitals, die Fabrik zu umgehen und aus Geld Geld zu machen, schuf in weltweitem Maßstab einen viel zerbrechlicheren Kapitalismus. Ohne die weltweite Suche des Kapitals nach Profiten aus Geld wäre es undenkbar gewesen, daß die mexikanische Schuldenkrise von 1982 den »westlichen« Banken und darüber dem weltweiten Kapitalkreislauf einen solchen Schlag hätte versetzen können. Anders ausgedrückt: Der Unfähigkeit des Kapitals, der produktiven Macht der ArbeiterInnen eine steigende Verwertung aufzuzwingen, stand eine viel stärkere aufständische Macht der ArbeiterInnen gegenüber. Die mexikanische Regierung war nicht in der Lage, die sozialen Konflikte um die Rückzahlung der Schulden einzudämmen, und mußte ihre Zahlungsunfähigkeit androhen. Daran zeigte sich, daß Konflikte, die einst gering und marginal erschienen wären, sich nun verheerend auf die Stabilität der gesamten kapitalistischen Welt auswirkten. Die Loslösung des Geldes von der Ausbeutung gab dem internationalen Kampf gegen den Kapitalismus eine neue Einheit. Diese Einheit hat ihre konkrete Stofflichkeit im Kampf gegen die Austerität.

Die mexikanische Schuldenkrise von 1982 machte klar, daß der gewaltige Versuch, mittels einer Politik der Geldverknappung die Arbeiterbewegung in weltweitem Maßstab innerhalb des Kapitalverhältnisses einzuschließen, einen toten Punkt erreicht hatte. Die »Krise von 1982« deutete auf eine enorme

Neuzusammensetzung des Klassenverhältnisses hin. Scheinbar »marginale« Widerstandsnester gegen die Durchsetzung von Geld als Herrschaft drohten, den Versuch, Geld aus der Armut zu schöpfen, in eine globale Finanzkrise zu verwandeln. Die Deregulierung der globalen Kreditbeziehungen untergrub nicht nur die korporatistische Integration der großen Gewerkschaften. Sie eröffnete auch neue politische Räume. »Mexiko 1982« war nicht nur ein Hinweis darauf, daß »Geld« alle gesellschaftlichen Verhältnisse Tauschbeziehungen unterwirft. Es zeigte auch, daß das »Geld« den Kämpfen gegen »Schuldeneintreibung« eine weltweite Einheit verleiht. Die weltweite Schuldenkrise war also ein Zeichen für die globale Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse als Antagonisten des Geldterrorismus.

»Mexiko 1982« demonstrierte die aufständische Macht der ArbeiterInnen im Weltmaßstab. Der Arbeiterwiderstand gegen die Durchsetzung der globalen Schuldeneintreibung erreichte an diesem Punkt seine höchste Einheitlichkeit. Der »Zyklus«, der 1971 mit der Entkopplung des Dollars vom Gold begonnen und mit der Rezession 1974/75, der italienische Krise 1976, der Pfund-Sterling-Krise 1976 und der Dollarkrise 1977[4] weiterentwickelt hatte, fand während der Rezession Anfang der 80er Jahre ein knirschendes Ende.

Von der anfänglichen Antwort auf die Erhebungen von 1968-1971-1974, nämlich zu versuchen, Austerität mittels Konsens durchzusetzen, war man Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre angesichts der sogenannten Krise der Sozialdemokratie abgerückt. Eine Politik, die versuchte, Austerität mittels Konsens durchzusetzen, war unglaubwürdig geworden. Dies war an verschiedenen Erschienungen zu spüten, wie etwa am »winter of discontent« im Vereinigten Königreich, dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen in Deutschland und der Bewegung von 1977 in Italien.[5] Der Versuch, die Arbeiterfrage durch eine Politik der Sozialreform im Griff zu behalten und die ArbeiterInnen durch eine Politik des selektiven Korporatismus in das Kapitalverhältnis zu integrieren, war durch die Deregulierung der weltweiten Kreditbeziehungen untergraben worden.

Der Widerstand gegen die Austerität durch Konsens gab dem Monetarismus der Neuen Rechten und seiner Strategie der Durchsetzung einer Geldverknappung ohne vorherige Übereinkunft und Unterstützung von den Gewerkschaften politische Tragweite. In den Finanzkrisen von 1976/77 drückte sich die Aufsässigkeit der ArbeiterInnen auf wirtschaftlicher Ebene aus. Sie signalisierten nicht nur das Ende einer Politik der Klassenzersetzung, die mit korporativistischen Formen der Integration und des Ausschlusses einherging, sondern auch

---

[4] Siehe Bonefeld: »Monetarismus und Krise«, Wildcat-Zirkular 28/29. Siehe auch Marazzi: »Das Geld in der Weltkrise«, TheKla 10 »Zerowork«.

[5] Siehe Bonefeld (1993), Hirsch (1980) beziehungsweise Lotringer und Marazzi (1980).

eine Verschiebung hin zu einem viel direkteren und willkürlicheren Versuch, die »Wirtschaft« zu deflationieren und »die Produktivität zu steigern«. Der Aufstieg der neoliberalen Politik führte zu einer heftigen und viel direkteren Konfrontation mit der »Arbeiterfrage«. Die »Währungs«-Krisen der 70er Jahre ebneten den Weg für den willkürlichen Versuch des Monetarismus, das Geld an die Ausbeutung zu fesseln.

Die mexikanische Krise von 1982 war eine Antwort auf diesen Versuch. Die Aufsässigkeit der ArbeiterInnen, die sowohl die »Währungskrise« wie »Mexiko 1982« hervorrief, ist somit untereinander eng verbunden. Es gab eine neue Homogenität des Widerstands gegen eine Politik der Schuldeneintreibung, eine Homogenität, die aus der Untergrabung der korporativistischen Integration der großen Gewerkschaften und dem willkürlichen Angriff auf die gesellschaftliche Arbeit durch Geldverknappung entstand. Dieser monetaristische Angriff, der keine Unterschiede machte, eröffnete riesige politische Räume. Diese Räume wurden integriert und definiert durch Geld. Und so erschienen 1982 die Ereignisse der 70er Jahre auf eine viel wuchtigere Weise wieder. Das ist der Grund, warum der Zusammenbruch der Kontrolle mittels Geldverknappung sich 1982 mit Lichtgeschwindigkeit durch die kapitalistische Welt verbreitete.

Die Krise von 1982 war keine Krise an den Rändern der kapitalistischen Welt. Es war vielmehr eine Krise im Herzen der kapitalistischen Reproduktion selbst. Das monetaristische Projekt benutzte das Geld als ein Mittel, um die Arbeitermacht mithilfe von Schulden und deren Eintreibung, und Anfang der 80er Jahre durch Arbeitslosigkeit und eine massive Entwertung von Kapital, zu disziplinieren. Es erkannte an, daß Zwang erforderlich war, um das kapitalistische Kommando über die Arbeit zum Zwecke der Ausbeutung wiederherzustellen. Es konnte das Kommando jedoch nur wiederherstellen, indem es die Stabilität der Kreditbeziehungen bedrohte, auf denen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse beruhten.

Nach 1982: Zersetzung durch Kredit

Die willkürliche Geldeintreibung führte nicht zur Schuldentilgung und wurde deshalb rasch fallen gelassen. Der rasche Wechsel von einer Politik der Kreditverknappung zu einer Politik der Kreditausweitung bedeutete, daß das Kapital, statt sich direkt am Ort der Produktion mit der Arbeiterklasse zu konfrontieren, sich eher auf die Vergesellschaftung als auf die Tilgung der Schulden einließ. Diese Antwort erkannte die Aufsässigkeit der ArbeiterInnen an und versuchte sie einzudämmen, indem sie die Klassenverhältnisse durch die Förderung der Kreditaufnahme zersetzte. Die Ausweitung des Kredits half, die Homogenität des weltweiten Widerstands gegen die Austerität zu zersetzen. Sie integrierte die Arbeiterklasse in das Kapitalverhältnis mittels eines kreditgestützten Booms.

Der Boom der 80er Jahre diente als neutralisierende Kraft, indem er Teile der Arbeiterklasse in das Projekt des Wohlstands einbinden konnte. Die Einheit der Opposition gegen die Durchsetzung von Geld als Kommando wurde so aufgebrochen. Der kreditgestützte Boom der 80er Jahre, der auf den andauernden Transfers von den sogenannten Schuldnerländern in die sogenannten Metropolenländer aufbaute, erkannte die Tatsache an, daß das Aufrechterhalten der Akkumulation die beste Garantie für die Fragmentierung oder Zersetzung der Klassenverhältnisse bietet. Diese Zersetzung betraf nicht nur die Fragmentierung von Einheit wie etwa zwischen den Metropolenländern und den »Schuldnerländern«. Sie ging im wesentlichen um die Zersetzung der Klassenverhältnisse in jedem einzelnen Land. An jedem Punkt der sozialen Vereinheitlichung der ArbeiterInnen – als dem Antagonisten gegen die Schuldeneintreibung – brachte das Kapital seine monetäre Zerstörung zur Anwendung. Armut, Arbeitslosigkeit und die Verdrängung des überflüssigen Arbeitsvermögens an den Rand der Gesellschaft fielen zusammen mit Wohlstand. Der Boom rechtfertigte die monetaristische Durchsetzung der Gleichheit auf dem Markt. Die Zersetzung des Widerstands gegen die Austerität beruhte auf Armut – einer Armut als Spiegelbild eines kreditgetragenen Wohlstands. Angesichts der Armut zerbrach der Wohlstand die Homogenität des Widerstands gegen die Austerität.

Die Bedeutung der Kreditausweitung als eines zentralen Prinzips der kapitalistischen Herrschaft machte sich wieder geltend. Die Politik der Deregulierung und der weltweite Zersetzungsangriff auf den ArbeiterAntagonismus gegen das Geld gingen Hand in Hand. Wie Negri (1989, S. 134) es ausdrückte: »Die Rekonstruktion des Marktes bedeutet, der individualistischen Plünderung der gesellschaftlichen Kooperation freie Hand zu lassen; das heißt, die unwürdige Legende des Wettbewerbs zu vertreten... An die Spitze der Rekonstruktion des Marktes stellt die kapitalistische Ideologie das Ziel der *Segmentierung des Arbeitsmarktes*« (ebd.). Somit stützte die Ausweitung des Kredits nicht nur die Ausbeutung der ArbeiterInnen in einer immer fiktiveren Dimension. Sie half auch dabei, die Idee des Marktes zu verbreiten und so der Solidarität der Arbeiterklasse die überparteiliche Durchsetzung einer abstrakten Gleichheit, das heißt der Gleichheit des Geldes, entgegenzustellen. Die Politik des freien Marktes setzte das Bürgerrecht mit der Macht des Geldes gleich. Vor dem Geld sind alle gleich. Dies war ein gewaltiger Versuch, »Bedingungen der Trennung und Absonderung sowie effektive Hindernisse für den Prozeß der Zusammenarbeit zu etablieren« (ebd.). Die Zersetzung der Klassenverhältnisse durch den auf dem Markt beruhenden Pluralismus der Neuen Rechten war abhängig von der kontinuierlichen Reproduktion der »dualen Gesellschaft« (ebd.). Vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen Trennung des Geldes von der Ausbeutung war die »duale Gesellschaft« kein Ziel für sich, sondern vielmehr die Grundbedingung der kapitalistischen Reproduktion, eine Grundbedingung, die selbst reproduziert

werden mußte: Die Zersetzung der Klassenverhältnisse auf der Grundlage der Gleichheit auf dem Markt mußte von Dauer sein, um die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zu verhindern – des Antagonisten zur selbstlosen und zunehmend gewalttätigen Herrschaft des Geldes.

Eine Voraussetzung der monetären Zersetzung der Klassenverhältnisse durch die Förderung des Privateigentums war die gleichermaßen individualisierende Eintreibung der Schulden vor Gericht. Die prompte Verlängerung von Krediten und die Zwangsherrschaft, die die Eintreibung von Schulden mit sich bringt, sind zwei Seiten derselben staatlichen Medaille. Das Herzblut des Booms war der Kredit, und der Preis für die Kontrolle der Kreditausweitung wurde bezahlt von den Arbeiterklassen in sogenannten Schuldnerländern sowie von den Arbeitslosen und Verarmten. Jene, die so glücklich waren am Boom teilzuhaben, wurden durch die drohende Marginalisierung unter Kontrolle gehalten. Für den Fall, daß sie auf die Zwänge des Marktes nicht angemessen reagierten oder mit dem »Recht des Managements zu führen« nicht übereinstimmten, standen harte Strafen zur Verfügung. Entlassung oder Lohnverlust durch Streiks bedeuteten, daß vertraglich festgeschriebene Zinszahlungen möglicherweise nicht eingehalten werden konnten.

Die Drohung mit Arbeitslosigkeit wurde verstärkt durch die Drohung mit Zwangseintreibung unbezahlter Schulden, Zwangsräumung und somit Obdachlosigkeit und Armut.[6] Die disziplinierende Macht von Schulden und ungarantierter Arbeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Ansporn, die Grundbedürfnisse wie Wohnung, Ausbildung, Gesundheit, Kleidung, Heizung und so weiter nicht zu gefährden, untergrub die Solidarität mit jenen, deren Armut eine dauernde Warnung darstellte.

Die Zersetzung der Klassenbeziehungen durch eine strenge Kontrolle über den Teil der öffentlichen Ausgaben, der der Arbeiterklasse zugeflossen war, die Durchsetzung von Recht und Ordnung, die Unterstützung von privatem Eigentum und die Ermutigung zu privaten Schulden knüpfte an den durch den Boom erzeugten sozialstaatlichen Leistungen an. Die Befriedung des Klassenkampfes durch einen kreditgestützten Boom und staatliche Sparpolitik gehörten zusammen. Die kreditgestützte Durchsetzung des Lohnverhältnisses bestand in dem zynischen Gebrauch des Sozialstaats als einem Mittel, die Leute für die Sozialleistungen ans Arbeiten zu bringen und die gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Basis von Armut zu überwachen.

Der Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals wurde wieder in Gang gebracht auf der Basis von Kreditausweitung und einem monetaristischen Angriff auf die Arbeiterklasse. Damit weitete sich aber auch das ungelöste Problem der

---

[6] Siehe Ford (1988) zu Schulden und Individualisierung.

Aufsässigkeit der ArbeiterInnen in immer fiktivere Dimensionen aus. Der Keynesianismus der neuen Rechten spekulierte auf die zukünftige Unterordnung der ArbeiterInnen, wenn er mit überschüssigem Kapital den weltweit anwachsenden staatlichen und privaten Schuldenberg finanzierte. Die kreditgestützte Akkumulation reproduziert die spekulative Dimension der Akkumulation und die Produktivitätsteigerungen beruhten auf der Verschrottung unproduktiver Fabriken, der Entlassung von ArbeiterInnen und dder Intensivierung der Arbeit. Allerdings konnte durch die kreditgestützte Akkumulation eine Fragmentierung der Arbeiterklasse durch eine spalterische Durchsetzung des Lohnverhältnisses erreicht werden: einigen wurden Lohnerhöhungen zugestanden, während die Beziehung zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen gekappt wurde.

Das letzte Jahrzehnt war kein frontaler Angriff auf die Arbeiterklasse. Teile der Arbeiterklasse erfreuten sich eines gestiegenen Lebensstandards, auch wenn sie dafür mit einer Intensivierung der Arbeit bezahlten. Die Verwendung staatlicher Ausgaben konzentrierte sich darauf, die Klasse zu desorganisieren, indem kollektive sozialstaatliche Regelungen in spalterischer Weise verstärkt auf den Markt ausgerichtet wurden. Dies geschah z.B. durch die Privatisierung von Dienstleistungen, die Deregulierung von Lohngarantien, die Kopplung von Sozial- und Beschäftigungspolitik und die Förderung von privatem Vermögensbesitz. Die Auflösung der Klassenbeziehungen in Eigentümer und Staatsbürger beinhaltete den Einsatz repressiver Mittel zur politischen Beherrschung. Die Ausweitung des Geldes, mit der auf die Homogenität des Antagonismus der ArbeiterInnen gegen die Geltendmachung der Schulden 1982 reagiert wurde, hatte vor allem eine repressive Form. Die Zersetzung der Klassenbeziehungen durch die Auferlegung der abstrakten Gleichheit des Geldes bedeutete den Wegfall der positiven Rechte und Ansprüche aus der keynesianischen Ära: das Recht auf Sozialleistungen wurde angegriffen; das Recht auf Arbeit verschwand; das Recht auf eine Wohnung wurde den Kräften des Marktes übertragen; das Recht auf Gesundheitsversorgung wurde zunehmend selektiver; das Recht auf Bildung wurde untergraben; das Recht auf den Genuß anderer Werte als den materiellen Vorteil, beschränkte sich auf diejenigen, die sich ein schönes Leben finanziell leisten konnten. Die Rechte wurden umdefiniert: statt des Rechts auf Arbeit, proklamierte man das Recht, Arbeit zu suchen (»schwing dich auf's Fahrrad«). Andere Rechte verschwanden oder wurden wesentlich eingeschränkt: in den 80er Jahren wurde z.B. das Recht, für höhere Löhne, Gesundheits- und Sicherheitstandards zu kämpfen, immer mehr beschnitten, wenn nicht gar kom

plett abgeschafft.[7] Die Erosion der »Rechte« fiel zusammen mit der Privatisierung von Dienstleistungen, der Deregulierung von Lohngarantien und der Förderung privater Versicherungen z.B. gegen gesundheitliche Risiken.

Geld ist ein großer »Gleichmacher«. Beim Abräumen der »Rechte und Ansprüche«, die mit der Institutionalisierung der politischen Macht der ArbeiterInnen nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden waren, zeigte das Geld sein wahres Potential. Geld kennt keine speziellen Privilegien. Es behandelt Arme und Reiche gleich. Der »Wert« der Gesundheit ist dem Geld unbekannt, es kennt nur die Kosten der Gesundheitsversorgung und die Profite, die damit gemacht werden können. Der Angriff auf den Sozialstaat brachte nicht nur eine gehörige Dosis kommerzieller Maßstäbe, sondern es wurde auch versucht, den Geist der Ungleichheit, der Ungleichheit des individuellen Marktsubjektes, durchzusetzen. Mit der Aufzwingung der abstrakten Gleichheit des Geldes ist die Aufzwingung der Ungleichheit verbunden, denn »(...) die Macht, die jedes Individuum über die Tätigkeit der andren oder über die gesellschaftlichen Reichtümer ausübt, besteht in ihm als dem Eigner von *Tauschwerten*, von *Geld* (Marx, 1857, S. 74). Die Zersetzung der Arbeiterklasse auf Grundlage der »Gleichheit« negierte und unterbrach die Vergesellschaftung ihres Antagonismus und führte wieder zu gesellschaftlichen Beziehungen, die auf der Zahlungsfähigkeit beruhen; die Gleichheit des Marktindividuums vor der Macht des Geldes. Der Angriff auf die kollektiven Versorgungseinrichtungen zugunsten von Markt- und Wahlfreiheit förderte individualistische Formen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit, wie sie sich im Ansporn zur Habgier offen ausdrücken, der mit der modernen Personifikation der ehemaligen Angestellten verbunden ist, den Yuppies. Die Abdankung der öffentlichen Verantwortung für die private Vorsorge und die Aushöhlung der noch staatlich geregelten Leistungen kreiste um die marktwirtschaftliche Zersetzung der Klassenbeziehungen durch die Unterscheidung zwischen denjenigen, die stark und erfolgreich sind, und denen, die es nicht sind. - Diese marktwirtschaftlich bestimmte Wiederherstellung der Klassenbeziehungen erforderte die Durchsetzung einer formalen Gleichheit, was durch selektiven Zugang zu hierarchisierten Werten erreicht werden sollte. Mit all dem war die Durchsetzung der widerlichen Fratze der Gleichheit verbunden, die für eine auf kapitalistischen Tauschbeziehungen beruhende Organisation der Arbeit charakteristisch ist. Armut, hierarchisierte Werte und individualistische Formen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit sollten durchgesetzt werden, um als Hebel gegen die Solidarität auf der Seite der aufsässigen ArbeiterInnen zu dienen.

---

[7] So werden z.B. in Großbritannien die jungen Arbeitslosen in den staatlichen Trainingsprogrammen vom Gesundheits- und Sozialministerium nicht als Beschäftigte betrachtet. Daher haben sie keinen Anspruch auf die Leistungen der industriellen Unfallversicherung.

Die große Institution der Zivilisation, das Geld, stützte sich selbst, indem es sich die inzestuöse und promiskuitive Spekulation des Geldes mit sich selbst von denjenigen bezahlen ließ, deren Ausbeutung das Kapital als zu schwierig erachtete. Die Einzwängung der ArbeiterInnen in die Form des Kapitals bestand einerseits in der Ausweitung von Kredit und Geld (wodurch die Eindämmung der produktiven Macht der ArbeiterInnen zu immer spekulativeren Formen führt), und andererseits in der Ausweitung der Kosten für die Befriedung, mit denen die Zersetzung der Klassenbeziehungen und die Zerstörung des keynesianischen Zusammenhangs zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen erreicht werden sollte. Die monetaristische Zersetzung der Klassenbeziehungen beinhaltete einen repressiven Gebrauch der öffentlichen Ausgaben, wobei denjenigen die Gunst erwiesen wird, auf deren Passivität die Stabilität beruhte, um die staatliche Sparpolitik auf die Großzügigkeit des Marktes zu stützen (Lohnerhöhungen, Aktienanteile, Hausbesitz). Für die an den Rand des Arbeitsmarkts Gedrängten bedeutete dies unterdessen Armut, Arbeit und eine repressive bürokratische Überwachung.[8]

Die 80er Jahre brachten einen fortschreitenden Umbau des Sozialstaats von einer Institution, die die ArbeiterInnen für die kapitalistische Ausbeutung fithalten sollte, zu einer Institution, die nicht nur die an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten kontrollierte, sondern die auch Armut aufbürdete und die Leute in schlecht bezahlte Jobs locken und zwingen sollte. Aber diese Transformation des Sozialstaats war teuer und erwies sich als schwer durchführbar, was sich an der ungleichmäßigen Entwicklung bei der Neugestaltung des Sozialstaats zeigt. Der Angriff konzentrierte sich auf die Teile der Arbeiterklasse, die leichter als andere von der organisierten Arbeiterbewegung getrennt werden konnten, also Frauen, junge ArbeiterInnen, die Arbeitslosen und »ethnische« Minderheiten. Im weltweiten Maßstab wurden vor allem diejenigen angegriffen, die von der Rezession zu Beginn der 80er Jahre am schwersten getroffen worden waren. Der Antagonismus gegen die Kontrolle durch Schulden wurde durch das zersetzt, was Hirsch (1985/1991) als die »Südafrikanisierung« der Metropolenländer bezeichnet. Diese Charakterisierung wird von Negri geteilt (1989, S. 97), der feststellt: »das Ideal des modernen Kapitalismus ist Apartheid«. Aber im Unterschied zu Hirsch besteht Negri darauf, daß Apartheid das Ideal, nicht die Realität ist. Die Realität waren die aufsässigen Arbeiter und ihre Eindämmung durch die Zersetzung der Klassenbeziehungen. Jegliche offene Form der Insubordination der Arbeiterklasse sollte vermieden werden, auch auf Kosten einer uneinge-

---

[8] Die Schere zwischen gut und schlecht bezahlten ArbeiterInnen öffnete sich dramatisch. Nach S. Brittan (*Financial Times*, 6 Januar 1994), »in einem Ausmaß, das es seit 1940 nicht mehr gegeben hat«. Siehe auch Mitter (1986).

schränkten Ausweitung der Kredite.

Die Zersetzung der Arbeiterklasse entlang den Linien einer »dualen Gesellschaft« zwang dem Klassenkonflikt einen pluralistischen Disput um den Status und die Position innerhalb der Gesellschaft auf. Hierarchien und pluralistische Konflikte wurden aufgedrängt und verstärkt. Diese verliefen quer zu den Klassenbeziehungen und kanalisierten den Klassenkonflikt in Formen, mit denen die gesellschaftlichen Beziehungen nach anderen Kategorien aufgespalten wurden: nach Lohnunterschieden, nach Geschlechtern, nach »Rassen«, nach »Regionen«, nach Religion, nach Qualifikation, nach »Nation« (die blutigste von allen) und nach reichen und armen Ländern.

Spaltungen verstärkten den Konflikt zwischen den »Segmenten«. Für die USA sagt Cleaver (1993, S. 37): »Gegenangriffe auf bestimmte Sektoren, besonders gegen diejenigen, deren Forderungen und Kämpfe quer zu vielen anderen Konflikten liegen (z.B. die Frauenbewegung, Bewegungen von »Minderheiten« und die Selbstorganisierung von MigrantInnen) gossen Öl in das Feuer der ätzendsten Ideologien der Spaltung der Menschheit – Sexismus, Rassismus und ethnischer Chauvinismus«. Die abstrakte Gleichheit des Geldes sah sich nicht mit der Forderung nach gesellschaftlicher Selbstbestimmung konfrontiert, stattdessen mündete die Zersetzung der Klassenbeziehungen allzuoft in einen Konflikt, der die Gesellschaft ausbalancierte: die politische Antwort auf bereits ghettoisierte »Minderheitengruppen« unterstützte »juristische und legislative Angriffe auf Frauenrechte«, »ethnische Rechte und stützte Kürzungen der Sozialleistungen«. Die Zersetzung der Klassenbeziehungen trug also dazu bei, die »Konflikte« für das Kapital konstruktiv zu machen, und setzte sie der Plünderung der »Schutzrechte« aus. Aber auch ein konstruktiver Konflikt ist gefährlich, er verliert sein zerstörerisches Potential nicht.[9] Der Krieg im früheren Jugoslawien bleibt eine Warnung.

Die Politik des knappen Geldes beruhte auf einer systematischen Ausübung staatlicher Macht, die gesellschaftliche Aktivitäten wurden auf der Grundlage des Marktes bestimmt – Armut ist nicht Unfreiheit. Der Inhalt des Konsenses wechselte den Schwerpunkt, hin zu einem unhinterfragten Gehorsam und der Vernichtung von »Ungehorsam« durch eine repressive Entfaltung der staatlichen Macht. Aber dieser Umschwung bestätigte auf negative Art und Weise wieder die Schwierigkeiten des Kapitals bei der Sicherstellung der Unterordnung der gesellschaftlichen Beziehungen unter die abstrakte Gleichheit der Tauschbeziehungen und der darin enthaltenen Ausbeutung.

Die Auflösung der Klasse in die Kategorien von Eigentümern und Bürgern

---

[9] Zum dialektischen Kontinuum zwischen konstruktiven und zerstörerischen Konflikten, siehe Agnoli (1990).

wurde ermöglicht durch eine aufrecht gehaltene Akkumulation und ein umfassendes Aufgebot an staatlicher Gewalt: vom repressiven Gebrauch des Sozialstaats über die paramilitärische Unterdrückung von Konflikten bis hin zur finanziellen Disziplinierung der Gewerkschaften, die ihre Mitglieder überwachen sollten, ohne ihnen dafür auch nur den Anschein einer politischen Beteiligung zu gewähren. Die hoch differenzierte Mischung aus Angriff und Vermittlung umfaßte die Überwachung der gesellschaftlichen Beziehungen durch den Staat, der zum Rückgriff auf Provokationen und einem ausdifferenzierten Gewalteinsatz bereit war.

Aber dennoch...

In dem Maße, wie die Bedingungen für die Homogenität des Klassenkampfs gegen die Durchsetzung von Geld-als-Kommando zerstört wurden, löste sich auch das Geld weiter von der Ausbeutung. Die monetaristische und rechtliche Zersetzung der Klassenbeziehungen, und der Versuch einer Neuzusammensetzung der Klassenbeziehungen auf Grundlage einer individualisierenden und aufspaltenden Form des Lohnverhältnisses basierte auf einer kreditgestützten Akkumulation. In den 80er Jahren war die Spekulation kein Zeichen für einen schlanken und fitten Kapitalismus, sondern Ausdruck der Insubordination der ArbeiterInnen. Aufsässige Arbeit wurde durch die Spekulation nicht nur eingedämmt: sie existierte durch Spekulation. Die monetaristische Kontrolle mittels Buchhaltung war niemals erfolgreich, wie schmerzhaft ihre Versuche auch waren.

Gerade die Intensität des Angriffs auf die ArbeiterInnen unterstreicht die Tiefe der Krise des Kapitals. Trotz all der Härten, dem Elend, all den Kürzungen, der Armut, der Intensivierung und Restrukturierung der Arbeit kann sich das Kapital immer noch nicht anders als durch Kreditausweitungen reproduzieren, muß es in immer größerem Umfang einen Mehrwert einsetzen, der noch nicht produziert ist. Trotz all seiner Erfolge, scheint sich das Kapital nicht von der Insubordination befreien zu können, die sich wie eine chronische Krankheit in seinem Inneren befindet.

In den 80er Jahren war die spekulative Dimension der Akkumulation Ausdruck der spekulativen Eindämmung der Insubordination der ArbeiterInnen. Die unregulierte Ausweitung der Kredite und der scharfe Angriff auf die Arbeiterklasse hängen eng zusammen. Um so mehr sich die Abhängigkeit des Kapitals von den ArbeiterInnen auf Kredite stützte, desto mehr mußte der Staat die Kredite durch die Tilgung der öffentlichen Defizite garantieren. Mit jeder staatlichen Kürzung bei den Sozialunterstützungen, bei den Sozialwohnungen, der Gesundheitsversorgung und bei der Sozialhilfe trieb es die Leute tiefer in die Schulden, da nur so überhaupt noch ein erträglicher Lebensstandard aufrech-

terhalten werden konnte. Um so mehr die gesamte Existenz des Kapitals auf dem Kredit basierte, desto mehr mußte das Kapital Änderungen bei den Arbeitsbedingungen, der Technologie und eine Intensivierung der Arbeit, sowie Reduktionen der Staatsausgaben vorantreiben, um die Gültigkeit der Kredite zu stützen. Durch die Versuche des Staates, die Sozialausgaben zu kürzen, wurden private Schulden entweder immer mehr zum Mittel, gerade neu erworbene Eigentumsrechte abzusichern, oder, um grundlegende Lebensstandards wie das Wohnen aufrechtzuerhalten. Außerdem verstärkte das Anwachsen der Kredite den Inflationsdruck und die spekulativen Angriffe auf die Währung. Hohe Zinssätze halfen bei der Kontrolle des Inflationsdrucks und liquidierten einiges Geld, als private Bankrotte und Pfändungen zunahmen. Die disziplinierende Gewalt der Vergesellschaftung von »schlechten Schulden« ist enorm. Die Unfähigkeit des Kapitals, die gesellschaftlichen Beziehungen durch eine staatliche Sparpolitik zu kontrollieren, nimmt durch die individualisierenden privaten Schulden und deren Eintreibung grausame Formen an. Aber der Versuch, die Homogenität des Widerstandes gegen das Geld zu zersetzen, führte zu einem widersprüchlichen Ergebnis, indem der fragmentierende Angriff auf die gesellschaftlichen Verhältnisse Klassenbeziehungen auf der Basis von Schulden wiederherstellte. Die Republik der individualisierten Vermögensbesitzer verwandelte sich in den 80er Jahren in eine Republik der Schulden. Wie zerbrechlich die kapitalistische Eindämmung der Arbeiterklasse ist, drückt sich am deutlichsten in der Inflation des Kredits aus.

In den späten 80er Jahren wurde deutlich, daß der Kreditausweitung die entsprechende Einbeziehung der ArbeiterInnen in eine Ausweitung der kapitalistischen Akkumulation fehlte. Der Versuch, das Geld knapp zu halten, also durch eine staatliche Sparpolitik die Kredite mit Steuern zu garantieren, konnte mit einer finanziellen und rechtlichen Zersetzung der Klassenbeziehungen den Klassenkampf erfolgreich eindämmen. Aber die Zersetzung der Arbeiterklasse in eine produktive Arbeitskraft schlug fehl. Der Kredit-Boom der 80er Jahre wurde zur Kreditkrise. Die Verbindung zwischen der abstrakten Arbeit und der Wertform beruht auf schlechten Schulden. Der Versuch, die anwachsenden Kredite mittels Armut, zunehmend unsicheren Jobs und einem Angriff auf die Gewerkschaften, der eine kollektive Antwort durch Einschränkung von gewerkschaftlicher Organisierung und Aktion verhindern sollte, zu garantieren, schlug fehl. Das Kapital muß den ArbeiterInnen auf dem umkämpften Terrain der Produktion gegenübertreten. Es kann nicht immer wegrennen, denn wenn sich das Verhältnis von Schulden und Mehrwert immer mehr zugunsten der Schulden verschiebt, dann wird es zunehmend schwieriger, aus Schulden Geld zu machen.

Aus einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten ist das Geld als eine zentrale Achse des Klassenkonflikts hervorgegangen. In den 90er Jahren zeigt die Schwäche der produktiven Tätigkeit und die Instabilität des Finanzsystems, daß

es dem Neoliberalismus nicht gelungen ist, in der Gegenwart die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen zu garantieren. Der monetaristische Versuch, die Klasse in die Kategorien von Eigentümern und Bürgern aufzulösen, wird durch die Schulden in Frage gestellt. Die individualisierende monetaristische Zersetzung der Klassenbeziehungen hat ihre grausamste Form zum Vorschein gebracht: die Erschöpfung der Illusionen über die Prosperität, die Umwandlung der Prosperität in Schulden und Bankrotte. Die Kreditausweitung innerhalb eines engen finanziellen Korsetts ist weit davon entfernt, Investitionen, Beschäftigung und Output zustimulieren; stattdessen führt sie zu einer Verschlechterung der Bedingungen und zu Massenarbeitslosigkeit. Bei den Investitionen gab es keinen Durchbruch. Die Ausweitung der Kredite wurde von der Spekulation verschlungen, statt der Erzeugung von Mehrwert zu dienen. Der Gebrauch der Schulden als Kontrollinstrument und das Scheitern dieser Kontrolle in Form eines Spekulationsbooms, zeigt die Stärke der ArbeiterInnen, sich auch im Moment der Niederlage der Neuzusammensetzung zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit zu widersetzen. Resultat dieses Widerstands war die Integration der ArbeiterInnen in das Kapital auf der Basis einer Ausweitung des Kredits, der niemals abzuzahlen sein wird.

Im Unterschied zu den 80er Jahren erfordert die Wiederherstellung des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals nicht nur eine aufspaltende und fragmentierende Auflösung der Klassenbeziehungen in die Kategorien von Vermögensbesitzern und Bürgern. Vielmehr geht es um die Durchsetzung der Verwertung im Arbeitsprozess. Dies bedeutet nicht nur die Intensivierung der Arbeit und die repressive Ausschließung derjenigen aus der Produktion, die für das Kapital gezwungenermaßen bedeutungslos sind. Es umfaßt die Transformation von Geld in wirklich produktives Kapital. Diese Transformation setzt die Unterordnung der ArbeiterInnen unter eine ausgedehnte Mehrwertabpressung voraus. Anders ausgedrückt, Geld muß in effektive Herrschaft über die gegenwärtige Arbeit transformiert werden, anstatt auf eine Ausbeutung in der Zukunft zu wetten. Die Ausbeutung der ArbeiterInnen muß also eine Profitrate abwerfen, die zur Abzahlung der Schulden reicht und eine erweiterte kapitalistische Akkumulation ermöglicht. Solch eine Ausbeutung der ArbeiterInnen hat die Neuzusammensetzung des Verhältnisses von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit zur Voraussetzung. Die Neuzusammensetzung dieser Beziehung liegt immer noch jenseits des Horizonts. Die Aufblähung der schlechten Schulden ist das sicherste Anzeichen für die Erfolglosigkeit des Kapitals, den Ausbeutungsverhältnissen eine Neuzusammensetzung aufzubürden, die den aufgehäuften Ansprüchen auf Mehrwert genügen würde.

Die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre legt den Gedanken nahe, daß die Transformation des Geldes in wirklich produktives Kapital sowohl notwendig als auch unmöglich ist. Das Kapital kann nicht ständig vor den ArbeiterInnen

fliehen, aber die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre weist darauf hin, daß es ebenfalls nicht in der Lage ist, den ArbeiterInnen auf dem Terrain der Produktion auf eine Art gegenüberzutreten, die wieder eine gesunde Basis für die Akkumulation des Kapitals herstellen könnte. In den letzten zwanzig Jahren wurde alles Erdenkliche versucht, um eine Wiederholung von 1929 zu vermeiden. Nicht aus humanitären Gründen, sondern weil eine vergleichbare Vernichtung von fiktivem Kapital in ihrer Bedeutung und ihren Konsequenzen mit 1929 überhaupt nicht zu vergleichen wäre: sie würde den Kapitalismus in seinen innersten Grundpfeilern erschüttern. Als sich im Oktober 1987 der Börsenkrachs von 1929 zu wiederholen drohte, befürworteten sogar die grimmigsten Monetaristen die weitere Expansion – die Katastrophe und die Konfrontation, die ein Börsenkrach mit sich bringen würde, mußte um jeden Preis verhindert werden.

Es scheint keinen Ausweg zu geben, für das Kapital nicht und nicht für die ArbeiterInnen. Aber dies geschieht nicht zum ersten Mal. Paul Mattick ging 1934 davon aus, daß der Kapitalismus eine Phase der permanenten Krise erreicht habe:

> »Die Periodizität der Krise ist praktisch nichts anderes, als die immer wiederkehrende Reorganisation des Akkumulationsprozesses auf einem neuen, niedrigeren Wert- und Preisniveau, das erneut die Kapitalverwertung garantiert. Ist dies nicht mehr möglich, so ist auch die weitere Akkumulation nicht mehr möglich, dieselbe Krise, die bisher zyklisch auftrat und überwunden werden konnte, wird zur permanenten Krise.« (1934/1974, S. 56)

Im Unterschied zu früheren Krisen des Kapitalismus, die immer zu einer Restrukturierung des Kapitals und zu einer erneuten Akkumulationsperiode geführt hatten, schien die Krise der 30er Jahre zu tief und anhaltend zu sein, als daß sie hätte gelöst werden können. Mattick nahm an, die Krise sei kein periodisch wiederkehrendes Phänomen mehr, sondern zu einem endemischen Merkmal des Kapitalismus geworden.

So pessimistisch der Gedanke von Mattick war, er erwies sich schließlich als allzu optimistisch. Das Kapital *hat* seine Krise gelöst, auf blutige Weise. Das Kapital *wurde* umstrukturiert und die Grundlage einer neuen Akkumulationsphase geschaffen. Dieses »Goldene Zeitalter« des Nachkriegskapitalismus ist heute Erinnerung, und wieder einmal scheinen wir uns in einer Situation der permanenten Krise zu befinden. Möglicherweise wird die Krise eine permanente sein, mit einer zunehmenden »Südafrikanisierung« oder »Brasilianisierung« der Welt, einem allmählichen Anstieg der Ungleichheit, der Gewalt, des Hungers und des Kriegs. Ebenso ist möglich, daß die Krise nicht von Dauer ist, daß sie tatsächlich gelöst werden wird: was die Lösung der »permanenten Krise« bedeuten kann, schwebt wie die Warnung vor einer alptraumhaften Zukunft über uns.

Die hier vorgeschlagenen Thesen gehen davon aus, daß noch eine andere Zukunft möglich ist. Die Krise des Kapitals ist die Krise seiner Abhängigkeit von den ArbeiterInnen. Die »Permanenz« der Krise ist nicht nur eine Warnung, sie ist auch eine Botschaft der Hoffnung. Wenn es das Kapital trotz der Intensität seiner Anstrengungen nicht geschafft hat, die Zersetzung der Arbeiterklasse in eine profitable Arbeitskraft zustandezubringen, dann liegt dies an der enormen Macht der Insubordination der ArbeiterInnen, darin besteht die Hoffnung. Währungskrise, Schuldenkrise, Rezession und was es sonst noch gibt, dies alles sind falsche Namen für die Krise der kapitalistischen Ausbeutung der ArbeiterInnen. Wir können nicht »dem Kapital« die Schuld für seine Krise geben. Stattdessen sollte sich die Aufmerksamkeit denjenigen zuwenden, denen sie gebührt: der aufsässigen Existenz der ArbeiterInnen. Diese Macht muß offengelegt werden, theoretisch und praktisch. ■

Literatur

Agnoli, J. (1990) »Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit«, *Konkret*, Nr. 2 (Hamburg)

Bologna, S. (1993) »Money and Crisis: Marx as Correspondent of the New York Daily Tribune, 1856-1857«, *Common Sense* #13 and #14

Bonefeld, W. (1993) *The Recomposition of the British State During the 1980s* (Aldershot: Dartmouth).

Burnham, P. (1990) *The Political Economy of Post-War Reconstruction* (London: Macmillan).

Cleaver, H. (1993) »Marxian Categories, The Crisis of Capital and the Constitution of Social Subjectivity Today«, *Common Sense* #14.

Ford, J. (1988) *The Indebted Society: Credit and Default in the 1980s* (London: Routledge).

Hirsch, J. (1980) *Der Sicherheitsstaat* (Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt).

Hirsch, J. (1985/1991) »Fordism and Post-Fordism«, in W. Bonefeld and J. Holloway (eds), *Post-Fordism and Social Form* (London: Macmillan).

Lotringer, S. and Ch. Marazzi (eds) (1980) *Italy: Autonomia – Post- Political Politics* (New York: Semiotext(e)).

Marx, K. [1857] (1974) *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, (Berlin)

Mattick, P. (1934/1974) »Zur Marxschen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie«, *Rätekorrespondenz*, Nr. 4 (1934); nachgedruckt in: Korsch / Mattick / Pannekoek (1974) *Zusammenbruchstheorie oder Revolutionäres Subjekt* (Berlin: Karin Kramer Verlag)

Mitter, S. (1986) *Common Fate Common Bond* (London: Pluto Press).

Negri, A. (1989) *The Politics of Subversion* (Cambridge: Polity Press).

Schlesinger, A. (1959) *The Coming of the New Deal* (Boston: Houghton Mifflin) (Vol. II of *The Age of Roosevelt*).

Asien in Umwälzung

Referate der Veranstaltung: *»NIKE auf der Flucht – Klassenkampf am Standort Asien«*, 25.9.1996, Wildcat Mannheim-Ludwigshafen

NIKE AUF DER FLUCHT

Seit Nike Anfang der 60er Jahre gegründet wurde, fand die Produktion in asiatischen Billiglohnländern statt. Zunächst in Japan für $4 am Tag. Als dort die Löhne stiegen, wurde die Produktion nach Südkorea und Taiwan verlagert. Andere Marken wie Reebok, Adidas, Fila zogen mit. Sie bauten aber keine eigenen Fabriken, sondern ließen von ortsansässigen Subunternehmern produzieren. Pusan in Südkorea wurde die Turnschuhhauptstadt der Welt.

Die Südkoreanische Militärdiktatur unterdrückte die Arbeiterbewegung und hatte eine beruhigende Allianz mit den USA. Außerdem schienen die koreanischen Frauen willig, die konfuzianische Moral zu akzeptieren. Bei dieser ist es Aufgabe der Frauen, hart für das Wohl der Familie zu arbeiten. Dieses Pflichtbewußtsein machte sie zu idealen Arbeitskräften für exportorientierte Wachstumsindustrien.

Während der 80er Jahre wurden jedoch Demokratie- und Arbeiterbewegung stark. Und in diesem Zusammenhang lehnten auch die Frauen mehr und mehr die traditionelle Rolle ab. Sie organisierten sich gegen gefährliche Arbeitsbedingungen, tägliche Demütigungen und niedrige Löhne. Dieser Widerstand traf nicht nur die Unternehmer, er bedrohte das ganze politische System. Beim ersten Anzeichen von Ärger in einer Fabrik trat deshalb die Aufstandsbekämpfungspolizei auf den Plan. Gegen weibliche Arbeiter wurde auch das Mittel sexueller Gewalt eingesetzt. Aber es funktionierte nicht. Letztendlich wurde 1987 das Militärregime gestürzt. Die Arbeiter setzten eine deutliche Erhöhung ihres Lebensstandards durch.

Ohne den speziellen Schutz der Ausbeutungsbedingungen, den eine autoritäre Regierung bietet, wurde es für Nike Zeit, weiterzuziehen. In den späten 80ern und frühen 90ern wurde eine ganze Anzahl Sportschuhfabriken in Südkorea geschlossen. Nike verlor dadurch kein Kapital, die Fabriken gehörten sowieso Subunternehmern. Und viele von diesen Subunternehmern gingen nach China und Indonesien, um für Nike und andere Marken neue Fabriken aufzubauen. 1989 wurde 60% der Nike-Produkte in Korea hergestellt, heute sind es noch 12%. Im selben Zeitraum stieg der Produktionsanteil in China von 4 auf 34%,

in Indonesien von 0 auf 36%. In Indonesien produzieren heute 120 000 Arbeiter, vor allem Frauen, für Nike.

Beide Regimes, so unterschiedlich sie von der Ideologie her sind, glauben, daß Arbeiter hart arbeiten und sich nicht organisieren sollen, um ein freundliches Klima für ausländische Investoren zu schaffen: Staatsgewerkschaften, bewaffnete Sicherheitskräfte bei Arbeitskämpfen, niedrige Löhne für Arbeiter, noch niedrigere Löhne für Arbeiterinnen.

1993 lag der Stundenlohn in der Schuhindustrie in den USA zwischen 7 und 8Dollar, in Südkorea etwas über 2 Dollar, in Indonesien zwischen 16 und 20 Cents, in China zwischen 10 und 14 Cents. In einem Paar Nike Pegasus für $70 stecken $1.66 an Arbeitskosten. Nike bezahlt dem Subunternehmer $15, schlägt $23 für sich selbst drauf und verkauft für $38 an den Großhandel.

Aber der Druck der Arbeiterkämpfe läßt die Löhne steigen, und nicht nur bei NIKE. Im letzten Juni legten 5000 Arbeiter einer Fabrik, die für Adidas produziert, die Arbeit nieder, um zum Parlamentsgebäude in Jakarta zu demonstrieren.

Und wieder wird es Zeit für Nike nach noch billigeren und willigeren Arbeitskräften Ausschau zu halten. Schließlich stellen ein Profitzuwachs seit 1988 um 700% eine Verpflichtung dar. Schließlich müssen pro Jahr 300 Mill. Dollar für Werbung ausgegeben werden. Schließlich müssen das Sponsorengeld für die Sportprominenzen verdient werden: z.B. $20 Millionen pro Jahr für Michael Jordan, 10 Mill. pro Jahr für Andre Agassi. Scließlich ist auch NIKE-Gründer Phil Knight noch nicht reich genug: Außer jährlichem Einkommen von über 1,5 Mill Dollar besitzt er Nike-Aktien in Wert von 4,5 Milliarden US-Dollar.

Der neue Ort der Begierde ist Vietnam. Ende 95 wurden in Ho-chi-Minh-Stadt fünf Nike-Fabriken eröffnet, wiederum im Besitz Koreanischer und taiwanesischer Subunternehmer. In diesem Jahr findet bereits 2% der Nike- Weltproduktion in Vietnam statt. Die Mindestlöhne liegen bei 30-35 Dollar im Monat für ungelernte Arbeiter. Aber auch das scheinbare Ausbeuterparadies hat Schatten. Dutzende von wilden Streiks haben im letzten Jahr allein in Ho-Chi-Minh-Stadt stattgefunden. Die meisten davon in Fabriken, die sich in ausländischem Besitz befinden und für den Export Billigwaren, wie Textilien und Schuhe herstellen. Der Direktor einer koreanischen Textilfabrik erklärt: »Über 35% unserer Arbeiter bezeichneten sich als Hilfsarbeiter, um die Jobs zu kriegen... Aber nachdem sie eingestellt worden waren, sagten sie, sie seien Facharbeiter und verlangten die höheren Facharbeiterlöhne.« Dann gingen sie in Streik, bis sie diese bekamen. Der Direktor einer koreanischen Schuhfabrik: »Die Kosten sind viel höher, als ich erwartet habe. Ich bin nicht optimistisch bezüglich der Zukunft meines Geschäfts.«

Viel Spaß, NIKE! Wohin als nächstes? Es gibt in der Gegend noch einige freundliche Diktaturen, z.B. Burma, wo Leute zu kostenloser Fronarbeit gezwungen werden, oder wie wäre es mit Nordkorea oder Bhutan?

INDONESIEN – Repression nach dem Aufstand in Jakarta

Indonesien ist mit beinahe 200 Mill. Einwohnern das viertgrößte Land der Welt. Bis zum 2. Weltkrieg niederländische Kolonie, wurde es 1942 von Japanern besetzt. Nach deren Kapitulation wurde 1945 die Unabhängigkeit erklärt, die 1949 unter dem Druck der indonesischen Guerilla von Holland anerkannt wurde.

Von Anfang an spielte die Armee eine zentrale Rolle in Staat und Wirtschaft. Sie übernahm in den fünfziger Jahren beschlagnahmte holländische Unternehmen, später auch britische und amerikanische Firmen. Ihre Macht war aber nicht unumstritten. Die Kommunistische Partei Indonesiens war mit 2 Mill. Mitgliedern die drittgrößte kommunistische Partei der Welt. 1965/66 putschte die Armee, um diese Opposition zu vernichten. Das erledigten sie gründlich, eine halbe Million Menschen wurde damals als Kommunisten ermordet, eine weitere Million inhaftiert.

Seitdem wird Indonesien von einer kleinen Clique von Offizieren und deren Verwandten und Freunden beherrscht. Die Familie des Staatspräsidenten Soeharto gilt inzwischen als eine der reichsten der Welt.

Seit 1971 finden sogenannte Wahlen statt. Von den 500 Sitzen im Abgeordnetenhaus werden 100 vom Staatspräsident an Militärs vergeben, die restlichen durch Wahlen auf drei Parteien aufgeteilt. Die Regierungspartei GOLKAR wurde vom Militär gegründet, die beiden »Oppositionsparteien« von der Regierung ins Leben gerufen. Die Vorsitzenden der Oppositionsparteien brauchen die Bestätigung des Präsidenten.

In den letzten Jahren gibt es einen Wirtschaftsboom, dessen hohe Wachstumsraten aber von einem ebensolchen Wachstum der Auslandsschulden begleitet werden. Ein Aufschwung auf Pump sozusagen. Von ihm profitiert die Soehartoclique und eine dünne Schicht von Staatsbeamten und hohen Angestellten. Der Definition der Weltbank zufolge leben 30 Millionen in »absoluter Armut«, von 79 Mill. arbeitsfähigen Indonesiern sind 29 Mill. arbeitslos. Ausländische Investoren müssen damit rechnen, daß sie zwar nur 10% der Gesamtproduktionskosten für Löhne, dafür aber 30% für Schmier- und Bestechungsgelder aufwenden müssen. Der Mindestlohn liegt bei ca. zweieinhalb Dollar am Tag.

Angesichts solcher Löhne und frühkapitalistischer Arbeitsbedingungen ist es kein Wunder, daß Streiks und Aufstände zunehmen. 1992 gab es 177 Streiks, 1994 mehr als 1000. 1995 versammelten sich zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder Arbeiter und Studenten am 1. Mai auf den Straßen von Jakarta und

Semarang. 1996 wurde der 1. Mai mit Streiks gefeiert, die sich meist um die Zahlung der Mindestlöhne drehten. Aber einige Streiks in Surabaya gingen weiter. Dort forderten Arbeiter aus vier Fabriken, daß sich das Militär aus Arbeitskämpfen heraushalten solle und die Abschaffung mehrerer antidemokratischer Gesetze.

Die Kämpfe der ArbeiterInnen ermutigen auch Teile der Mittelschichten und sogar Angehörige der engeren Machtelite über Veränderungen nachzudenken. Auch die kleinen Kapitalisten ärgern sich über die Raffgier der Präsidentenclique. Vor allem aber: sie haben Angst, daß ausbleibende Reformen zu revolutionären Erhebungen führen könnten.

So nimmt die bürgerliche Demokratiebewegung an Stärke zu. Vor allem eine Figur rückt ins Zentrum: Megawati Sukarnoputri, Tochter des früheren Präsidenten Sukarno, Vorsitzende der PDI, der Demokratischen Partei Indonesiens, eine der beiden zugelassenen »Oppositionsparteien«. Sie hat keine Chance, bei der Präsidentenwahl 1998 zu gewinnen. Denn zum einen wird ein Teil des Wahlmännergremiums überhaupt nicht gewählt, sondern von der Armee gestellt. Zum anderen hat nur die Staatspartei GOLKAR den Apparat und die Bewegungsfreiheit, um überall im Land auf Stimmenfang zu gehen und Verluste beispielsweise in Städten durch Gewinne auf dem Land und auf den kleineren Inseln auszugleichen. Und um nötigenfalls auch das Ergebnis nachträglich zu korrigieren. Aber Soeharto und die Chefs der Armee wissen, daß schon ein Achtungserfolg von vielleicht 30% eine gefährliche Dynamik auslösen kann. Hinzu kommt, daß die Nachfolge des alten und gesundheitlich angeschlagenen Soehartos völlig ungeklärt ist.

Die Armee beruft also einen Kongreß der PDI ein, wo ein neuer Marionettenvorsitzender gewählt wird. Megawati und ihre Anhänger boykottieren den Kongreß und erklären die Wahl für illegal. Sie räumen die Parteizentrale in Jakarta nicht, sondern richten vor der Parteizentrale eine »Zone für freie Rede« ein. Dieser Platz wird schnell zum Zentrum der politischen Opposition; viele einfache Leute, aber auch Prominente nutzen die Gelegenheit, Reden zu halten und Gedanken zu verbreiten. Es ist eine Dauerdemonstration gegen die Politik Soehartos.

Die Armee unternimmt zunächst nichts, vor allem, weil ein Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten in Jakarta stattfindet. Zwei Tage nach Abreise der Staatschefs schlagen sie zu, die Parteizentrale wird gestürmt und brutal geräumt. Unterstützer der Megawati-Fraktion und Jugendliche aus den umliegenden Viertel strömen daraufhin zusammen, so daß sich schnell eine Demo von mehreren tausend Menschen formiert. Diese Demo wird von den Soldaten eingeschlossen, durchbricht aber den Kessel und zieht in die Innenstadt. Beobachter schätzen, daß nur etwa ein Viertel der Demonstration aus »politischen Leuten« besteht, die Mehrheit kommt aus den Slums. Viele beginnen, verhaßte Symbole des Regimes

anzugreifen: Banken, Regierungs- und Armeegebäude werden angegriffen, Geschäfte geplündert.

Die Armee wird nur langsam wieder Herr der Lage. Mehrere hundert Menschen werden verhaftet. Der Bericht der Nationalen Menschenrechtskommision sagt, daß 5 Menschen getötet und 149 verletzt wurden, 74 sind seitdem verschwunden, Schicksal unbekannt.

Als am nächsten Tag die Plünderungen weiter gehen, erteilt die Armeeführung den Befehl, ohne Warnung zu schießen. In vielen anderen Städten kommt es zu Solidaritätsdemos, die z.T. ebenfalls brutal niedergeknüppelt werden. Das Regime, das offenbar mit Protesten, aber nicht mit einem Aufstand der Jugendlichen aus den Vorstädten gerechnet hatte, holt am Tag darauf seine älteste Waffe aus dem Sack: den Antikommunismus. Die Demokratische Volkspartei PRD, eine kleine linke Partei, die die Kampagne der Megawati unterstützt hat, aber auch vor kurzem eine Demonstration von 20 000 ArbeiterInnen in Surabaya organisiert hatte, wird zur Nachfolgerin der alten Kommunistischen Partei erklärt und zur Jagd freigegeben. Gegen ihre bekannten Mitglieder werden Haftbefehle ausgestellt. Die Haftbefehle lauten auf »Subversion«, worauf die Todesstrafe verhängt werden kann.

Aufgrund ihrer Verbindung zur PRD sitzen z.Z noch einige Dutzend Leute in Haft. AI und Human Rights Watch berichten von Fällen, in denen mit Schlägen und Stromstößen gefoltert wurde. Außerdem ist Muchtar Pakpahan, der Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, verhaftet worden. Er war vor zwei Jahren schon mal im Knast und kam unter dem Druck internationaler Proteste frei. Rechtsanwälte, Journalisten, Menschenrechtler wurden abgehört, vorgeladen, teilweise mißhandelt, ihre Büros verwüstet. Haufenweise Razzien. »Die Leute sind gelähmt vor Angst, keiner weiß wie es weitergehen soll«, schreibt ein Indonesien- Solidaritätsaktivist. Arbeiterorganisationen drängen ihre Mitglieder, sich jetzt erstmal zurückzuhalten, um nicht noch mehr Repression auf sich zu ziehen.

Mehrere Staaten haben gegen das Vorgehen des indonesischen Militärs protestiert. Vor allem die USA mahnen die Demokratisierung an. Der Verkauf mehrerer F-16 Flugzeuge von den USA nach Indonesien ist verschoben worden. (Ganz im Gegensatz zur Bundesregierung, die erst vor kurzem Wiesel- Schützenpanzer, eine ideale Bürgerkriegswaffe, an das indonesische Militär lieferte). Der CIA weiß, daß die Situation ungeheuere Sprengkraft hat. Wenn der Übergang zur Demokratie nicht organisiert werden kann, drohen soziale und politische Eruptionen, die die ganze Region erschüttern können. Ob dabei islamisch-fundamentalistische, nationalistisch-ethnische und revolutionär-proletarische Bewegungen die Hauptrolle spielen werden, ist noch nicht abzusehen.

ASIEN IN UMWÄLZUNG

Zur Zeit findet die größte gesellschaftliche Umwälzung statt, die dieser Planet je gesehen hat. Groß, das meint die Zahl der Menschen, die direkt davon betroffen sind und das meint die Geschwindigkeit, mit der diese Umwälzung vor sich geht. Es geht um die letzten 6 bis 7 Jahre, und um die nächsten Jahre, denn die Sache ist nicht nur nicht vorbei, sondern wird an Umfang und Geschwindigkeit noch zunehmen. Es geht um Asien, ein bißchen auch um Afrika und Lateinamerika. Aber – die Dimensionen allein zeigen, daß wir natürlich von Welt-Geschichte reden, um Geschichte, die unter unseren Augen vor sich geht.

Seit der Jungsteinzeit war die große Mehrheit der Menschen Bauern. In unterschiedlichen gesellschaftichen Verhältnissen, z.B. Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus etc. Bauer zu sein und auf dem Land zu leben, das heißt: direkten Zugang zum einfachen Produktionsmittel, dem Boden zu haben. Also immer die Möglichkeit, wenigstens das Allernotwendigste selber herstellen zu können. Auch die Bauern wurden ausgebeutet, aber die Herren mußten ihnen den Zehnten oder mehr immer mit offener Gewalt wegnehmen. Auf dem Land zu leben, das heißt nicht nur viel schwere Arbeit, sondern Kinderarbeit, wenig Ausbildung und Bildung, wenig oder gar keine überschüssige Zeit für Kultur. Landleben: das heißt nicht nur: keine Disco, sondern heute noch, daß die Familie und die Religion das Leben bestimmt, und deshalb heißt es vor allem Unterdrückung der Kinder und der Frauen.

Bis vor kurzem, bis vor vielleicht 2,3 Jahren, war die Mehrheit der Menschen Bauern. Zwar nicht mehr in Europa und Nordamerika. Auch nicht mehr in Lateinamerika. Wohl aber in Afrika und vor allem in Asien, wo 2/3 der Menschheit lebt.

Ich will von »gesellschaftlicher Umwälzung« in Asien berichten und dabei gehts um:

- Proletarisierung und Urbanisierung,
- den Aufstieg einer neuen Arbeiterklasse,
- und den Anfang des Zerfalls von großen Staats- und Machtgebilden.

Ich will mich auf zwei Länder beschränken: China und Indonesien. Aber die Entwicklung dort ist typisch für ganz Asien, auch wenn es zwischen den einzelnen Ländern Zeitverschiebungen von wenigen Jahren gibt.

Das Epizentrum dieses gesellschaftlichen Erdbebens liegt in Shenzhen, Südostchina, zwischen Hongkong und Kanton. 1979 hatte Shenzhen ca 23000 Einwohner. Der Brockhaus von 93 meldet schon 600000. Inzwischen gibt es keine gesicherten zahlen mehr; es sind mindestens 2 Millionen, vielleicht aber auch 4 oder 5 Millionen. 1980 wurde Shenzhen zu einer der 4 ersten Wirtschaftssonderzonen. Wirtschaftssonderzonen, d.h. Zollfreiheit, ohne Schutzrechte

aller Art, also freies Wirtschaften für Kapital aus dem Westen. Seit 78 in der Landwirtschaft und 84 in der Industrie verfolgt der chinesische Staat die Politik der Liberalisierung der Wirtschaft; u.a. als Antwort auf den Lohndruck der ArbeiterInnen in den Staatsbetrieben. Ein paar Stichworte:

- Aufhebung der Kollektivierung in der Landwirtschaft,
- immer größere Entscheidungsfreiheit der Chefs auch in Staatsbetrieben,
- Gewerbefreiheit,
- 1985 Abschaffung der Garantiepreise für die Bauern, Ende der zentralstaatlichen Einzelplanung und Ersatz durch Steuerungsmechanismen mittels Steuern, Geldmenge etc.
- Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen.
- nur noch befristete Einstellungen usw.

Die politische Struktur des Staates soll unverändert bleiben. Alles unter Führung durch die KPChina, Monopolisierung aller politischen und kulturellen Bereiche durch den Staat oder staatliche Massenorganisationen. Dennoch beginnt mit den wirtschaftlichen Reformen eine langsame kulturelle Öffnung. Westliche Kleidung und Musik werden möglich. Gleichzeitig nimmt die Inflation rapide zu und führt in den 80er Jahren zur deutlichen Verarmung der städtischen Bevölkerung und zu Arbeiterkämpfen. Teile der herrschenden Elite drängen auf mehr Freiheiten und Freizügigkeiten; vor allem der Nachwuchs der Elite, die Studenten. Das gipfelt in den Hungerstreik auf dem Tien-an-men im Frühjahr 89.

In Indonesien herrscht seit der Vernichtung der Opposition die Armee und die Clique um Soeharto. Die Entwicklung ist seitdem weniger kurvenreich und weniger spektakulär, aber in den späten 80ern haben wir ähnliche Ergebnisse wie in China. Der Reichtum der herrschenden Clique ist so extrem wie die Armut der Massen. Java, die Hauptinsel ist zwar die fruchtbarste Region der Erde, aber auch die am dichtesten besiedelte. Die Bauern wirtschaften auf Parzellen, die oft kleiner sind als 1 Hektar. Die Bevölkerung wächst stark, sie hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt. Es gibt den kontinuierlichen Zug in die Städte, die haben die typische Struktur der Städte in der »Dritten Welt«. Ein kleines blitzendes Zentrum und eine riesige Fläche von Vorstädten drumrum. Die übergroße Zahl der Menschen arbeitet im sogenannten Dienstleistungssektor. Die wirtschaftliche Entwicklung ist mäßig und beruht auf der Ausfuhr von Rohstoffen und Naturprodukten (Öl und Kaffee).

1989 (Tien-an-men) ist das Datum, das am Beginn der jetzigen Entwicklung steht. Tien-an-men deshalb, weil er in zweifacher Hinsicht für die ungeheure Beschleunigung der Entwicklung in China steht.

Am 4.Mai 89 besetzen einige zehntausend Studenten der Pekinger Eliteuniversitäten den Platz des himmlischen Frühlings und fordern mehr Demokratie. Die Bevölkerung spendet Beifall, bleibt aber zunächst zurückhaltend. Die Stu-

denten bemühen sich auch nicht um Unterstützung, sondern versuchen sogar, »fremde Elemente« fernzuhalten. Der Autonome Pekinger Arbeiterverband darf am Rande des Platzes ein eigenes Zelt aufschlagen. Es kommt tatsächlich zu Verhandlungen mit höchsten Regierungskreisen, die auch im TV gezeigt werden. Immer mehr Menschen schließen sich dem Protest an auf die eine oder andere Weise an und es entwickelt sich, zuerst recht unsichtbar, ein Aufstand des Pekinger Proletariats. Ein Stahlwerk war schon länger im Streik, jetzt wird der Aufruf zum Generalstreik vollständig befolgt. In dem Maße, wie die Regierung das wahrnimmt, bereitet sie die Niederschlagung vor; Truppen werden von weit her herbeigeschafft, der Ausnahmezustand verhängt. Die Bevölkerung, durch spontan organisierte Motorradmelder informiert, errichtet Barrikaden. Versuche der Armeeführung, die Sache mit Polizeimaßnahmen, also ohne sofortigen Einsatz von Schußwaffen, zu beenden, schlagen im Ansatz fehl. Die einmarschierenden Truppen werden weit ab vom Platz von der Bevölkerung eingekesselt und stillgelegt. Am Abend des 3. Juni allerdings marschiert die Armee ohne Rücksicht auf Verluste. Mehrere Panzer- und Infantriedivisionen durchbrechen die Barrikaden und schießen. Die Pekinger setzen sich weiterhin zur Wehr, haben aber ohne Waffen keine Chance. Es wird oft vom Massaker auf dem Tien- an-men gesprochen. Die hungerstreikenden Studenten erhielten freien Abzug, dabei mögen einige umgekommen sein. Das eigentliche Massaker aber wurde in den Vorstädten an der Pekinger Bevölkerung verübt. Sichere Zahlen gibt es nicht, das Chinesische Rote Kreuz hat von 2600 getöteten Zivilisten gesprochen, andere Quellen schwanken zwischen 400 und 10000. Wie erbittert die ungleichen Kämpfe gewesen sein müssen, zeigt sich daran, daß die Armee über 1000 Lastwagen und 60 Panzer verloren hat.

Der Aufstand in Peking, seine Niederschlagung und die nachfolgende Repressionswelle macht erst mal viele Hoffnungen zunichte. Die Menschen wenden sich wieder den individuellen Möglichkeiten zu. Das Regime unterstützt dies mit noch weitergehender wirtschaftlicher Liberalisierung. 1990 wird in Shenzhen die erste Aktienbörse eröffnet. Staatsbetriebe fangen an, Beschäftigte abzubauen. Riesige Mengen Kapital fließen ins Land. »Geld machen« wird zur Maxime von allen, die entweder skrupellos oder reich genug dazu sind. Die regionalen und lokalen Amtsinhaber machen ihre eigene Wirtschaftspolitik, richten Sonderzonen ein (1992 sind es schon 2000), gründen Joint-Ventures, machen eigene Firmen auf. Korruption explodiert in der Grauzone von neuen Zuständigkeiten, neuen Steuern und Abgaben.

Vor allem die Leute auf dem Land gehören zu den Verlierern. Gewiß, einige gründen kleine Firmen in den über 10000 lokalen Provinzsonderzonen. Einige werden reich im Handel mit Grundstücken.

Ein großer Teil aber hat die Schnauze voll vom Wirtschaften auf kleinen Parzellen, von den hohen Steuern und Schmiergeldern und überhaupt vom Leben

auf dem Land. Er zieht in die Städte. Und wenn ich bei China sage: »ein großer Teil«, dann läßt sich die Dimension schon erahnen, die die Völkerwanderung hat. Mingong, Arbeiterbauern, werden die Menschen genannt, die noch einen Ausweis haben, der sie zu Bauern erklärt, die aber in die Städte auf der Suche nach Arbeit gezogen sind und immer noch ziehen. Es dürften heute ungefähr 150 Millionen Menschen sein. Also ungefähr so viele, wie in der ganzen Europäischen Union abhängig beschäftigt sind. Es sind ungefähr 15% der Gesamtbevölkerung Chinas, gut 1/3 der abhängig Beschäftigten. Damit ist das Proletariat, also diejenigen die keinen direkten Zugang zu Produktionsmittel haben, die nichts haben außer ihrer Arbeitskraft, zur zahlenmäßigen Mehrheit in China geworden (und damit gilt dies wohl auch für die Welt).

Viele bleiben erstmal in ihrer Heimatprovinz und ziehen in die kleineren Städte oder in die tausend Landstädte, die in letzten Jahren neu entstanden sind. Sie verdingen sich in Bergwerken, kleinen Privatklitschen. Die meisten allerdings ziehen in die großen Städte im Osten und Südosten.

Was in China etwas sprunghaft vor sich gegangen ist, war so ähnlich in fast allen Süd- und südostasiatischen Ländern. Indonesien war schon länger politisch und sozial so organisiert wie China heute. Militärdiktatur, eine prinzipiell auf allen Ebenen korrupte Verwaltung, Armut der Landbevölkerung, Reichtum bei einer kleinen städtischen Schicht. Die bescheidene Entwicklung wird mit Öl und Schulden bezahlt. Der Aufstand 1987 in Südkorea gegen die Diktatur und der Aufstand der Pekinger 1989 markieren entscheidende Daten für ganz Asien. Seit dem nämlich strömt internationales Kapital in großem Umfang auch nach Indonesien. Und es sind vor allem südkoreanische und chinesische Kapitalisten, die als Subunternehmer die Produktion von Textil, Schuhen, Elektronik organisieren. Es entstehen riesige Fabriken, aber auch Netze von Heimarbeit mit viel Kinderarbeit.

Auch in Indonesien schwillt der Zug nach Java und der Zug in die Städte gewaltig an: Seit 1980 hat sich die Zahl der Einwohner der Städte verdoppelt und möglicherweise ist dies noch lange nicht die ganze Wahrheit. Die Stadtverwaltungen sind hoffnungslos überfordert. 40% der Leute in Jakarta haben z.B. kein Trinkwasser. Überhaupt scheint der Staat immer mehr die direkte Kontrolle zu verlieren. Sehr vorsichtige Autoren schätzen, daß ein Drittel der gesamten Wirtschaftstätigkeit auf allen Ebenen im »informellen Sektor« stattfindet, es gibt auch Schätzungen bis 60%.

Noch ausgeprägter in China. Noch vor, sagen wir 10 Jahren hatte China wohl das umfangreichste und ausgeklügelste System zur Verwaltung und Kontrolle der Gesellschaft. Niemand konnte in die Kreisstadt fahren, ohne daß dies vom Nachbarschaftskomitee notiert worden ist. Für alles brauchte man eine Genehmigung. Heute bauen die Mingong ganze Millionenstädte aus Zelten und Baracken am Rande von Shanghai oder Wuhan. Ohne irgendjemanden zu

fragen. Aber das ist nur der eine Aspekt. Die Reginalfürsten werden immer mächtiger, machen ihre eigene Investitionspolitik, bis hin zu den Stadtverwaltungen, die oft nix mehr kontrollieren, sondern nur noch abzocken.

Entsprechend verfallen die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Unvorstellbar die Bergwerke, wo 94 und 95 je 10000 Arbeiter umgekommen sind, und in den ersten zwei Monaten 96 schon über 1000. Vielleicht habt ihr auch schon von den Brandkatastrophen gehört, wo in Fabriken deshalb so viele junge Frauen umkommen, weil alle Ausgänge abgeschlossen sind. Auch bekannt die Umweltdesaster, wozu auch die Überschwemmung von vor ein paar Wochen gehört, wo tausende umgekommen sind. In Liaoming sind ganze Städte nicht mehr auf Satellitenaufnahmen zu sehen- wegen dem Smog.

Daß Armut und soziales Elend zunimmt, will ich nur benennen. Vor allem alte Menschen sind betroffen. Aber alles in allem hat dieses Problem wohl noch nicht das Ausmaß wie in Indonesien oder anderen Ländern.

Daß kulturelles Elend zunimmt, ist auch klar. Kriminalität nimmt natürlich in dem Maße zu, wie die wildwest-kapitalistischen Umgangsformen den halbfeudalen staatlichen Strukturen entschwinden. Pornografie und Prostituion sind jetzt für jedermann zugänglich, sogar die Volksbefreiungsarmee betreibt in Shanghai ein First-Class-Bordell, natürlich als Joint-Venture. Das Regime hat keine andere Antwort mehr als Gewalt. Seit Anfang April läuft die Kampagne »Harter Schlag« gegen die Kriminalität. Seitdem hat Amnesty 1014 Todesstrafen registriert, wovon über 800 sofort vollstreckt wurden, teilweise als öffentliches Schauspiel. Allein am 26.Juni, dem chinesischen Anti-Drogen-Tag, wurden 769 zum Tode verurteilt und 230 noch am selben Tag hingerichtet.

Die Diktaturen, ob sie sich »kommunistisch« nennen oder antikommunistisch, kommen aus einer Zeit, in der die Bauern noch die maßgebende Klasse waren. Militärdiktaturen in relativ großen Einheiten oder Reichen. Staaten, die noch in vieler Hinsicht an den Feudalismus erinnern, vor allem in dem Punkt, daß ihre wichtigsten Methoden der Herrschaft Ideologie und offene Gewalt sind. Diktaturen, die sich jetzt aber immer weniger auf die relative Ruhe und Stabilität der Landbevölkerung stützen können. Heute verwalten sie die Gesellschaft kaum noch, sondern herrschen nur noch mit schlichter und unverhüllter Repression.

Wir haben jetzt also Proletarisierung als Verelendung. Gleichzeitig nehmen aber mit Verelendung Nationalismus, Ethnizismus, religiöser Wahn zu, vor allem dann, wenn die Proletarisierung der Menschen nicht mit der Hoffnung verbunden ist, einen Teil des ungeheuren Reichtums abzukriegen, den der Kapitalismus vorführt. Überall gibt es Minderheiten, auch wenn das Problem unterschiedlich groß ist. Indonesien besteht eigentlich nur aus Minderheiten; in China sind es vor allem die Mongolen, die Uiguren und Tibet. Man braucht also kein Prophet zu sein, wenn man sagt, daß Entwicklungen wie in der Sowjetunion oder gar Jugoslawien möglich sind.

Aber »möglich« heißt nicht »unausweichlich«. Denn es gibt auch die andere Seite. Proletarisierung muß nicht nur zu sozialem und kulturellem Elend führen. Aus dem Proletariat kann auch Arbeiterklasse werden; also eine Klasse, die von sich selber weis, die in der Lage ist, sich gegen ihr Elend zu wehren und die vielleicht sogar die Hoffnung auf eine ganz andere Welt repräsentiert. Und daß diese neue Arbeiterklasse entsteht, ist ein entscheidender Unterschied zur Entwicklung in Osteuropa!

Die Geschichte der Unterdrückten bleibt meist verborgen. Nur selten melden sie sich so zu Wort, daß wir es von hier aus sehen und hören. So wie beim Pekinger Aufstand 89 oder vor kurzem in Jakarta. In China und in Indonesien sind unabhängige Arbeiterorganisationen verboten. In China kommt noch die gut durchorganisierte Staatsgewerkschaft hinzu, die alle Lebensbereiche zumindest der ArbeiterInnen der Staatsbetriebe kontrolliert – in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Armee. Es gibt keine Statistik oder so über Streiks. Aber es gibt immer wieder einzelne Berichte, die darauf hin weisen, daß gerade die neue Arbeiterklasse sehr wohl in der Lage ist, zu kämpfen. Arbeiteraktionen, von kollektiven Beschwerden bis hin zu Streiks, sind Alltag. Allerdings wohl noch nicht so häufig wie derzeit in Indonesien vor dem Aufstand in Jakarta.

Viel eindrucksvoller ist es, wenn wir uns diese neue Arbeiterklasse als politisch-kulturelle Größe vor Augen führen:

1. Sie ist verdammt jung. Vor allem die jungen Menschen bringen die Voraussetzungen und den Mut auf, sich aus den alten Verhältnissen zu lösen, sich auf Wanderschaft zu begeben und ein anderes Glück zu versuchen. Ich denke, daß in vielen der neuen Elektronik- und Textilfabriken das Druchschnittsalter um die 20 oder darunter liegt.

2. Sie ist politisch unverbraucht. Das kann man am besten daran sehen, daß auch ihre »FührerInnen«, also die Leute, die bekannt werden, sehr jung sind.

3. Sie ist hochmobil, sie sind nicht durch Tradition oder so gebunden und bereit und fähig zur Migration.

4. und das ist vielleicht das wichtigste: sie ist ungeheuer weiblich. 1/3 der Mingong sind Frauen. (»Da gong mei«). Und gerade die bringen, über ganz Asien, mit die eindrucksvollsten Kämpfe zustande. Fast jede Woche kommt übers Internet ein Bericht über oder ein Hinweis auf Aktionen von TextilarbeiterInnen.

Und wenn man sich jetzt vor Augen hält, daß in den feudalen Strukturen des ländlichen Chinas noch vor wenigen Jahrzehnten den Mädchen die Füße abgebunden wurden zur größeren sexuellen Freude ihres Besitzers; wenn man sich vor Augen hält, daß heute noch einzelne Stadtverwaltungen ein Bußgeld von Frauen verlangen, die bei Eheschließung nicht mehr »Jungfrau« sind, wenn man sich vor Augen hält, daß in Indonesien eine tiefverwurzelte islamische Tradition auf dem Land vorherrscht und sich dann demgegenüber das 17-jährige

Mädchen vorstellt, das angesichts der ungeheuren kapitalisten Welt und angesichts von Soldaten mit automatischen Waffen einen Streik durchführt, dann kann man sich vielleicht ein Bild von der Dynamik machen, die in dieser neuen Arbeiterklasse steckt.

Was zur Zeit in Asien vor sich geht, ist wahrhaft eine proletarische Kulturrevolution. Was da vor sich geht, ist ein Aufbruch von Massen auf der Suche nach Glück, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Und eins ist gewiß: der Kapitalismus wird ihre Hoffnungen nicht erfüllen. ■

Verabredungen mit wem?

Karl Heinz Roth (aus: Pietro Ingrao / Rossana Rossanda: Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken)

Daß ihr im vergangenen Jahr veröffentlichter Essay über die Perspektive der Linken im ausgehenden 20. Jahrhundert auch in Deutschland auf breites Interesse stoßen wird, dessen können sich Rossana Rossanda und Pietro Ingrao gerade aufgrund ihrer Konzentration auf die spezifisch italienische Problemlage gewiß sein.[1] Italien war seit Ende der 1970er Jahre neben Japan das wichtigste Experimentierfeld zur Durchsetzung jenes epochal-systemimmanenten Wandels der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der mit dem Begriff »Postfordismus« inzwischen seine allgemein anerkannte Definition erfahren hat. Zudem ereignete sich diese Transformation in einem Land, in dem seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die stärksten und initiativreichsten Flügel der kommunistischen bzw. neuen Linken des Westens beheimatet waren. Wenn sich 1994/95 zwei besonders profilierte Exponenten dieser beiden Strömungen zusammentaten, um im gemeinsamen Insistieren auf die inzwischen allseits verketzerte kommunistische Utopie Bilanz zu ziehen, dann ist die Publikation der Ergebnisse zweifellos ein wichtiges Ereignis. Es ist wahrhaft überfällig geworden, selbstkritisch die Wertmaßstäbe, Rahmenbedingungen und strategischen Zielpunkte der Hauptströmungen der Linken zu überprüfen, denn sie haben alle in den vergangenen 20 Jahren weitreichende Niederlagen erlitten und spätestens seit dem Untergang des sogenannten realen Sozialismus und dem Golfkrieg ihren Einfluß auf Politik und Gesellschaft fast vollständig verloren.

Der Essay enthält wichtige Erkenntnisse und formuliert bedeutsame Hypothesen zum Verständnis der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Dynamik des zurückliegenden Vierteljahrhunderts. Der seit 1971/73 im Kontext der Aufkündigung des Gold-Dollarstandards in Gang gekommene globale Gegenangriff gegen die »Lohn- und Demokratie-Exzesse« der damaligen Sozialbewegungen wird präzis auf den Punkt gebracht. Er wird mit einer kenntnisreichen Analyse des internationalen machtpolitischen Strukturbruchs von 1989/90 verknüpft, der nicht nur die Bipolarität des Kalten Kriegs beendete, sondern Deutschland als europäische Vormacht restauriert und vor allem die endgültige Entfesselung des Postfordismus zur einzigen globalen Gesellschaftsformation bewirkt hat. Die höchst labilen Beziehungen zwischen finanzkapitalistisch-macht-

politischer Globalisierung und sozioökonomischen Regionalisierungen werden herausgearbeitet und mit dem fortschreitenden Regulationsverlust der klassischen Nationalstaaten überzeugend erklärt. Auch ist den Verfassern uneingeschränkt zuzustimmen, wenn sie ihren politisch-publizistischen Zusammenhängen bescheinigen, den dramatischen Wandel der strategischen Rahmenbedingungen nicht erkannt zu haben und gegenüber den Rückwirkungen auf die spezifisch italienische Klassenkonstellation blind geblieben zu sein. Dieser internationale Blickwinkel hat sie denn auch befähigt, die seit dem Wahlsieg der italienischen Rechten vom März 1994 grassierende absurde Debatte über eine angebliche Rückkehr des Faschismus zu beenden. Zu recht bescheinigen sie den medienkapitalistischen Exponenten der »konservativen Revolution«, was sie in Wahrheit sind: Manager eines »verschlankten« Staatswesens, die die öffentlichen Angelegenheiten erstmalig als ein dem Postfordismus vollständig adäquates Regierungsexperiment betreiben. Es gibt somit eine Menge von Argumenten und Reflexionen, die den Beitrag Rossanda's und Ingrao's für all jene unverzichtbar machen, die sich um ein kritisches Verständnis des Epochenbruchs bemühen, der im vergangenen Vierteljahrhundert stattgefunden hat. Doch dies ist alles andere als ein akademisches Problem. Es geht Rossanda und Ingrao letztlich um die Klärung der Frage, warum auch die italienische Linke, unter deren Einfluß seinerzeit wie in keinem anderen europäischen Land studentische und Arbeiterrevolten zu koordiniertem Handeln gefunden hatten, in eine ausweglos scheinende Krise geraten ist.

Ambivalent und nicht aufhellend genug erscheinen mir die Überlegungen, die Rossanda und Ingrao über die trotz aller internationalen Rückwirkungen doch weitgehend hausgemachten Aspekte des Niedergangs der italienischen Linken vortragen. Was sie über die illusionären Praktiken des »historischen Kompromisses« der KPI und die damit gepaarte Intoleranz gegenüber der Jugendrevolte sowie der Arbeiterautonomie schreiben, ist durchaus schlüssig und nachvollziehbar (wenn man von einigen deutlich durchscheinenden Ressentiments gegen die rebellische T-Shirt-Generation von 1968 absieht). Dennoch skizzieren sie nur die »Überbau«- Seite jenes tragisch ausgegangenen Konflikts zwischen dem letztlich systemstabilisierenden kommunistischen Traditionalismus und den Kadern der jugendlichen Massenarbeiter bzw. Arbeiter-Techniker, der zum irreparablen inneren Vernichtungskampf führte: hier die Beharrungstendenzen eines seiner sozialen Verankerungen weitgehend verlustig gegangenen Parteiapparats, und dort die Exzesse der bewaffneten Gruppen, die schließlich unter aktiver Mitwirkung der KPI ausgelöscht wurden. Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Der gravierende Fehler bestand darin, daß angesichts einer in ihrer strategischen Reichweite deutlich faßbar gewordenen kapitalistischen Gegenoffensive alle Brücken, die zwischen den Repräsentanten defensiver Reform-

strategien und offensiver Revolutionserwartungen noch bestanden, von beiden Seiten her zerstört wurden. Einseitige Schuldzuweisungen sind fehl am Platz, zumal letztlich beide Seiten verloren haben. Zeitweilig waren mehr als 7000 Kader und Anhänger der Arbeiterautonomie inhaftiert, und diese aus dem legendären Operaismus hervorgegangene Sondererscheinung der Sozialrevolten der 1970er Jahre ist kläglich untergegangen. Die KPI aber zahlte für die von ihr mitgetragene repressiv-staatliche Lösung eines innerproletarischen Konflikts den Preis mittelfristiger mentaler Selbstzerstörung. Wenn heute, 15 Jahre später, über die Krise der antagonistischen Subjektivität auf der Seite der Arbeiterklasse und über die inzwischen absurd übersteigerte Realitätsflucht der Linken nachgedacht wird, dann müssen auch die Traumatisierungen zur Sprache kommen, die die Katastrophe von 1978 bis 1981 hervorrief. Sie haben nicht nur das Schicksal der italienischen Linken und der jugendlichen Arbeitermilitanten auf jener innersten Linie besiegelt, aus der alle emanzipatorischen Zukunftserwartungen herkamen. Auch auf die Sozialbewegungen der anderen europäischen Länder mit all ihren weniger weit zugespitzten Entsprechungen haben sie sich verheerend ausgewirkt und Wunden geschlagen, die wahrscheinlich nie mehr heilen werden. Wir müssen ehrlich anerkennen, daß die resignierte Apathie, mit der heute viele ehemalige Militante die radikale Zuspitzung des kapitalistischen Umstrukturierungsangriffs hinnehmen, zu erheblichen Teilen aus zerstörten Hoffnungen herrührt, die das Ergebnis einer zumindest teilweise von ihren Organisationsansätzen verschuldeten strategischen Niederlage sind. Für diesen Zustand sind wir alle, die wir damals aktiv involviert waren, mitverantwortlich. Vielleicht ist gerade wegen dieses verdrängten Traumas die Frage des Neuanfangs einer in den gewandelten proletarischen Verhältnissen verankerten Linken in erster Linie zu einem Generationenproblem geworden.

Die größte Schwäche des Beitrags von Rossanda und Ingrao sehe ich jedoch auf dem für sie selbst entscheidenden Terrain ihrer Verabredungen für das Ende dieses Jahrtausends: in der Bestimmung des Verhältnisses der Linken zu den postfordistisch gewandelten Gesellschaftsstrukturen. Bei der Analyse der sozioökonomischen Funktionsweisen des Postfordismus kommen Rossanda und Ingrao kaum über allgemeine Einschätzungen, die vor allem die technologisch-strukturellen Aspekte der »verschlankten« und globalisierten Produktionsweise thematisieren, hinaus. Sie erwecken manchmal fast den Eindruck, als ob der Postfordismus das allerneueste Produkt der Berlusconira wäre. Und immer wieder führen sie Klage darüber, daß die italienische Linke es versäumt hätte, sich mit den Charakteristika des neuen Produktions- und Gesellschaftsmodells auseinanderzusetzen.

Diese Argumentationsweise erscheint mir kaum nachvollziehbar und verschleiert entscheidende Aspekte des Problems. Erstens sind elementare Strukturen dessen, was wir heute als Postfordismus bezeichnen, seit Ende der 1970er Jahre in Italien entwickelt und ausgetestet worden. Ich meine vor allem die Miniaturisierung der Betriebe im industriellen Dreieck Mailand – Florenz – Bologna des sogenannten Dritten Italien. Sie war in einen Prozeß der Kapitalzentralisation ohne Konzentration der Produktionsstrukturen eingebettet. Ausgehend vom kaufmännischen Primat des Umsatzerfolgs sollten die Klein- und Mittelbetriebe fortschreitend restrukturiert werden. Die Suche nach neuen Marktsegmenten wurde produktionsbestimmend, die instabile und unberechenbare Absatzsphäre beherrschte zunehmend die industriellen Beziehungen. Dies war das Benneton-Modell, das Kommando eines nur noch kaufmännisch qualifizierten zentralen Managements über Hunderte von Klein- und Mittelunternehmen. Nicht nur die Flexibilisierung der Produktion war die Folge, es kam zusätzlich zu einer zunehmenden Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Punkten der kaufmännisch vernetzten Produktionsketten. Dies wiederum führte zu einer enormen Aufwertung des Transports. Die (Wieder-)Entdeckung und Entfaltung des ausschließlich vom Markt dominierten kapitalistischen Verlags-Systems ruht seither auf zwei Säulen: auf immer kleiner werdenden Produktionseinheiten, die durch eine noch nie dagewesene Transportintensität miteinander vernetzt und kaufmännischen Managementzentralen unterworfen sind.[2] Im Verlauf der 1980er Jahre ist diese spezifisch italienische Innovation durch die Anverwandlung der japanischen Produktions- und Distributionstechnologie (Toyotismus) zusätzlich dazu benutzt worden, um auch die Giganten der fordistisch-tayloristischen Massenproduktion in ihre Einzelteile zu zerlegen und den unberechenbaren Teufelsmühlen der zunehmend globalisierten Märkte auszuliefern. Über diesen Umbruch der Produktions- und Distributionsverhältnisse existiert seit den 1980er Jahren eine umfangreiche und vorzüglich dokumentierte internationale Debatte. Es ist mir unverständlich, warum sich Rossanda und Ingrao an keinem Punkt ihres Essays damit auseinandergesetzt haben und stattdessen von der paradoxen Annahme ausgehen, das internationale Vorzeigemodell Italien sei industriell noch immer ziemlich unterentwickelt.

Es erscheint mir zweitens unzutreffend, wenn Rossanda und Ingrao annehmen, die italienische Linke hätte diese Entwicklungen mehr oder weniger verschlafen. Ich glaube, daß eher das Gegenteil der Fall ist. Große Teile der Linken haben den Umschlag zum Postfordismus nicht nur kommentiert, sondern explizit gutgeheißen und gefördert. Die »schöpferische Zerstörung« des korrupt kommandierten und durch die Explosionen der Arbeiterautonomie in wilde Konflikte verstrickten Modells der standardisierten Massenproduktion schien eine friedliche sozialpartnerschaftliche Alternative gefunden zu haben. Die Parolen hießen

jetzt flexible Spezialisierung in überschaubaren Produktionseinheiten mit ständiger Produkterneuerung. Hier würde es zu einer neuen Inwertsetzung von immer weniger entfremdeter Arbeit kommen, und zusätzlich würden die permanent gewordenen technologischen Innovationen immer mehr Arbeit für alternative Tätigkeiten entbinden. Der Stein des Weisen schien entdeckt, ohne das kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationssystem selbst weiter in Frage stellen zu müssen. Wieder einmal blickte die internationale Linke auf Italien, wo sich ihre Diskussionspartner zu großen Teilen von den Wildheiten der Arbeiterautonomie abwandten, um im Prozeß der Demontage der großindustriell-militaristischen Fossile des Fordismus und eines korporatistisch erstarrten Sozialstaats zu den neuen Ufern einer »Befreiung von falscher Arbeit« aufzubrechen. Was haben Rossanda und Ingrao nur in den 1980er Jahren gemacht, daß sie diese sozioökonomische Involution nicht bemerkten, in deren Verlauf große Teile der alten und neuen italienischen Linken unter dem Applaus der internationalen intellektuellen Community ihre strategische Niederlage zu kompensieren suchten? Diese Frage muß gestellt werden, denn während viele Linksintellektuelle die Verheißungen ihrer Interpretationsvariante von Postfordismus ausmalten, gerieten im »Dritten Italien« Tausende prekär gewordener Basismilitanter sehr real in das neue Milieu der miniaturisierten Schwitzbudensphäre.

Diese Unkenntnis der realen Umbrüche und der nicht weniger realen Verstrickungen der Linken führt die beiden Autoren drittens zu einer Fehleinschätzung des gesamtwirtschaftlichen Zyklus seit Mitte der 1970er Jahre. Dabei ist ihnen durchaus zuzustimmen, wenn sie sich bei dessen Analyse auf die Staatsverschuldung konzentrieren, die früher als in anderen europäischen Ländern und selbst den USA astronomische Dimensionen erreichte. Es ist sicher zutreffend, daß die Liberalisierung der Devisenmärkte und die internationale Finanzspekulation erheblich zum Budgetdefizit beitrugen und die klassischen monetär-fiskalischen Steuerungsfunktionen des Staats zunehmend aushebelten. Entscheidend ist jedoch, daß auf diese Weise zugleich ganz normale Weichen gestellt wurden, um mit Hilfe einer veritablen staatlichen Verschuldungsökonomie den Strukturwandel der italienischen Wirtschaft zu beschleunigen. Der italienische Staat nahm umfassender und früher als andere vergleichbare Fiskalregimes Kredite zur Finanzierung der postfordistischen Netzwerkunternehmen auf. Er alimentierte auch von der Nachfrageseite her einen besonders frühen Durchbruch zur Absicherung dieses neuen Modells, blieb aber weiterhin den konkurrierenden Strukturen von Mediobanca, Großunternehmen und Wohlfahrtsregulierung verpflichtet. Als dieses duale Alimentierungssystem schließlich an seine Grenzen stieß, folgte darauf eine Abwertung der Lira und die endgültige Verlagerung des Schwerpunkts der debt economy auf den postfordistischen Strukturbruch. Das früh einsetzende und die damaligen Vergleichsmaßstäbe weit

hinter sich lassende italienische Budgetdefizit steht somit in enger Beziehung mit der besonders früh begonnenen und weit vorangetriebenen Option auf das postfordistische Modell. Die Tragweite dieses Wechselspiels von ökonomischer Restrukturierung und Verschuldungswirtschaft wurde schließlich seit Beginn der 1990er Jahre sichtbar, als das dadurch bewirkte und zunächst mit erheblichen internationalen Konkurrenzvorteilen einhergehende take off des »Standorts Italien« zu keinem sich selbst tragenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum führte. Jetzt – aber erst jetzt! – wurde die Schuldenkrise zu einem Strukturproblem. Und jetzt zeigte sich, daß nicht etwa die Staatsverschuldung »pathologisch«, sondern das gesamte postfordistische (De-)Regulierungsmodell auf Sand gebaut ist. Es entpuppte sich mehr und mehr als spekulative Seifenblase, und seit 1992/93 mußten unter dem sich abzeichnenden Maastricht-Regime der Deutschen Bundesbank alle Register der deflationären Schuldenkonsolidierung gezogen werden. So haben die Protagonisten und Akteure des Postfordismus Schuldenrechnungen aufgehäuft, die die nachfolgenden Generationen werden bezahlen müssen, indem sie die eigenen Ansprüche an die öffentliche Absicherung der Wechselfälle ihres lohnabhängigen Daseins abschreiben. Mit einer historisch durchaus typischen Verzögerung sind inzwischen auch jene zentralen Machtfraktionen der ersten Republik von der Bühne gefegt worden, die dem jetzt zu erwartenden öffentlichen Austeritätskurs noch im Weg stehen. Dabei ist völlig offen, ob es gelingen wird, die so rasch an ihre Grenzen gestoßenen Produktions- und Distributionsverhältnisse des Postfordismus dadurch zu stabilisieren, daß nun zu ihren Gunsten auch die Kernzonen antizyklischer sozialstaatlicher Umverteilung geschleift werden. Die Situation hat sich also enorm zugespitzt, und die neuen »Industriedistrikte« des neoliberalen Postfordismus werden zunehmend zur Fiktion. Aber die Lage ist ganz anders, als dies Rossanda und Ingrao aus den Besonderheiten der italienischen debt economy ableiten. Sie haben offensichtlich nicht wahrhaben wollen, daß die Struktur des italienischen Staatshaushalts sowohl in ihrer expansiven wie in ihrer neuesten restriktiven Phase vollkommen mit den Liquiditäts- und Ersparnisansprüchen des postfordistischen Modells übereinstimmt.

Am meisten hat mich erstaunt, daß sich Rossanda und Ingrao fast vollständig über den durch den Postfordismus erzwungenen Wandel der Arbeitsverhältnisse ausschweigen. Sie beschränken sich auf bruchstückhafte Andeutungen über die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die sie aber für bedeutungslos halten, weil die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen Lebenden ihrer Meinung nach a piori nicht zur Konstituierung als antagonistische Subjekte fähig seien. Hier brechen ganz offensichtlich die negativen Erfahrungen durch, die die Arbeiterbewegung vergangener Epochen mit den proletaroid-kleinbürgerlichen Existenzweisen des traditionellen Einzelhandels und Dienstleistungsgewerbes gemacht

hat. Dies verstellt den beiden Autoren von vornherein den analytischen Zugang zu der außerordentlichen Komplexität des postfordistischen Arbeitsmarkts, der gerade in Italien die klassische Dichotomie von gesichert Beschäftigten und Arbeitslosen weit aufgesprengt hat. Darüber hinaus fragen sich Rossanda und Ingrao aber auch grundsätzlich, ob die Arbeit überhaupt noch »Wert« habe und für ein linkes Rekonstruktionsprojekt als zentrale Bezugspunkt in Frage komme. Diese offensichtliche Kombination von Vorurteilen und Verzichterklärungen gegenüber den Wandlungen der Klassenverhältnisse hat, wie ich meine, ziemlich fatale Folgen. Die »subalternen Klassen« stellen keinen analytischen Bezugspunkt mehr für jene Verabredungen dar, die Rossanda und Ingrao für das Ende des Jahrhunderts vorschweben. Stattdessen haben sie sich auf eine pragmatische Mischung verständigt: die Arbeitslosigkeit soll durch den Rückgriff auf gemischtwirtschaftliche Beschäftigungsmaßnahmen bekämpft, ein neuer Sektor gesellschaftlich nützlicher Arbeiten etabliert, und ansonsten das jenseits der schmutzigen Materialität der aktuellen Arbeitsverhältnisse gelegene Szenario emanzipatorischer linker Politik gepflegt werden. Da sie die meines Erachtens zentrale Fragestellung einer jeden Kritik am real gewordenen Postfordismus ausgeklammert haben, bleibt ihnen am Ende nichts anderes übrig, als auf gängige wie fragwürdige Reformmodelle zurückzugreifen. Rossanda und Ingrao verbinden die postfordistischen Interpretationsmythen der Linken mit den Hoffnungen einiger sozialdemokratischer Theoretiker auf eine neokeynesianische Korrektur der zunehmend wieder entfesselten kapitalistischen Klassengesellschaft.

Wie sehen dagegen heute die realen Arbeitsverhältnisse in Italien und Europa aus?[3] Durch das Zwischenschalten der marktförmig bestimmten Informationstechnologien hat der postfordistische Kapitalismus die Beziehungen zwischen Investitionen und Beschäftigungsverhältnissen aufgesprengt. Den klassischen dualen Arbeitsmarkt, auf dem die konjunkturellen Schwankungen zwischen mehr oder weniger gesicherter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit durch die Garantien des sozialen Keynesianismus antizyklisch reguliert waren, gibt es nicht mehr. An seine Stelle sind komplexe Segmentationen getreten, die zur Ausbildung spezifisch hierarchisierter Arbeitsverhältnisse geführt haben. Ihnen allen aber ist eine Rationalisierung der Arbeitsbeziehungen gemeinsam, die sich als Krise der Lohnformen ausdrückt und die bisher dominant gewesene reguläre lohnabhängige Existenzweise zunehmend an den Rand drängt. Materiell drückt sich dieser Übergang vom vertraglich geregelten Lohnverhältnis zur »desalarisierten« Beziehung zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern in dramatisch sinkenden Realeinkommen aus, denen entsprechend verlängerte Arbeitszeiten gegenüberstehen. Im Gegensatz zur postfordistischen Theorie der Linken verschwindet somit keineswegs die Arbeit, und die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit

wird in der Alltäglichkeit der proletarischen Lebenserfahrung genauso wie das gesicherte Arbeitsverhältnis der voraufgegangenen Epoche tendenziell zu einem Randphänomen, weil die dafür konstitutiven arbeitsrechtlichen Normen zunehmend verschwinden. Es gibt kaum garantiert Beschäftigte mehr, aber auch in der Sphäre wohlfahrtsstaatlich kompensierter Arbeitslosigkeit können sich immer weniger Entlassene über längere Zeit aufhalten. Ungesicherte und zugleich verschleierte Arbeitsverhältnisse sind dagegen überall auf dem Vormarsch, und ihr gemeinsames Charakteristikum ist trotz aller inneren Differenzierungen die Verlängerung der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Verlust der das Arbeitsleben insgesamt absichernden Reproduktionsgarantien. Mit progressiv sinkenden variablen Kapitalbestandteilen verwertet der postfordistische Kapitalismus ein progressiv steigendes Arbeitsvolumen.

Dieser Befund läßt sich inzwischen in allen Segmenten des deregulierten Arbeitsmarkts nachweisen. Die Schicht der working poor, die wegen ihrer Hungerlöhne trotz überlanger Arbeitszeiten immer seltener an das standardisierte Existenzminimum herankommen, wird von Jahr zu Jahr größer. Mit ihr überschneiden sich die Segmente der jugendlichen, weiblichen und älteren chronisch Arbeitslosen, die sich in einer chaotischen Abfolge prekärer Beschäftigung bewegen und auf eine wie auch immer dingfest zu machende stabile Arbeitsperspektive verzichten müssen. Diese neuartigen ungeschützten Lebenswelten verzahnen sich wiederum mit der wachsenden Anzahl der selbständigen Arbeiter der Einmann-Betriebe, die den Archipel der miniaturisierten Unternehmenssphäre aufblähen. Und hier handelt es sich schließlich nur um die unterste Schicht der Netzwerk-Konglomerate mit ihren zentralen Kernen und den konzentrisch hierarchisierten Zulieferbetrieben, wo überlange Arbeitszeiten, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und sinkende Einkommen zur Peripherie hin zunehmen. Dabei ist inzwischen auch statistisch gesichert, daß die Erosion der allein noch tarifvertraglich gesicherten Kernbereiche von Jahr zu Jahr zunimmt.

So betritt ein vielfältig hierarchisiertes und zersplittertes neues Proletariat die Bühne, dem der postfordistische Kapitalismus als Hauptmerkmale seines Daseins ungesicherte Existenzperspektiven, entwertete Qualifikationen, steigende Arbeitszeiten, sinkende Realeinkommen und immer stärker eingeschränkte Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung feilbietet. Dort aber, wo er in seinen hard cores noch überschaubare Beschäftigungsgarantien bevorratet, hat er die arbeitsrechtlichen Normen durch ein neuartiges Kontrukt von Gehorsam, Betriebstreue und Servilität ersetzt, das an das feudale Vasallentum gemahnt und eine unbeschränkte Disponibilität und Unterwerfungsbereitschaft unter das Unternehmensziel für selbstverständlich erachtet. Statt die Lohnabhängigen von »falscher Arbeit« zu befreien, führt der Postfordismus sie in eine neuartige Dimension von

proletarischer Knechtschaft. In Italien sind diese Entwicklungen besonders weit fortgeschritten.

In der Auseinandersetzung mit dem Postfordismus hat die Linke bisher weitgehend in den Wind geredet. Rossana Rossanda und Pietro Ingrao haben versucht, diese Tendenz zu brechen und wichtige Hinweise zur Charakterisierung der neuen Epoche gegeben. An ihre zentrale Problematik haben aber auch sie nicht gerührt. Wer sich zu einer ernsthaften und begründeten Negation der postfordistischen Zustände verabreden will, sollte sich zuallererst auf die Beobachtung ihrer Arbeitsverhältnisse konzentrieren. Die Linke hat nur noch eine Chance, wenn sie einen Zugang zum neuen Proletariat findet und sich mit ihm zu einer neuen Periode der »militanten Untersuchung« zusammenschließt. Wie sehr sie sich dabei gegenwärtig noch selbst im Weg steht, zeigt sich beispielhaft daran, daß sich manche ihrer längst sozial abgestiegenen Exponenten sogar den ureigensten Proletarisierungserfahrungen verweigern. Wir sollten die Herausforderungen des Postfordismus annehmen und bereit sein, zu den Wurzeln der revolutionären Arbeiterbewegung zurückzukehren. ■

Anmerkungen:

1. Dieses Interesse erstreckt sich aber auch auf die Aufsätze, in denen sich in der italienischen Originalpublikation drei weitere Autoren mit dem »Toyotismus«, den Institutionen der Weltökonomie und der Entwicklung Rußlands auseinandersetzen. Insbesondere der Beitrag Marco Revelli's über die Toyotisierung der italienischen Autombilindustrie hätte es verdient gehabt, auch den deutschsprachigen Lesern zugänglich gemacht zu werden.

2. Am klarsten hat Sergio Bologna diese neue Struktur des sternförmig miteinander vernetzten Unternehmenstyps auf den Begriff gebracht. Vgl. Sergio Bologna, Wenn immer mehr Menschen aus gesicherter Arbeit herausfallen. Ein Blick nach Italien und Frankreich: Das Unternehmen als Netzwerk, in: Frankfurter Rundschau, Nr. v. 16.2.1994, S. 10.

3. Die folgenden Überlegungen basieren vor allem auf den folgenden Arbeiten: Sergio Bologna, Orari di lavoro e postfordismo, Referat auf der Tagung »Il giusto lavoro per un mondo giusto«, Milano, Camera del Lavoro, 8./9.7.1995; Europäische Kommission, Variazioni dell'occupazione e della forza lavoro nella Comunità 1986-93, 1994; dies., Lavoratori autonomi nell'industria e nei servizi, secondo le ore settimanali abituali nella Comunità 1983 e 1992, 1994; Christian Marazzi, Il posto dei calzini. La svolta linguistica dell'economia e i suoi effetti nella politica, Bellinzona 1994; Giovanni Sarpellon (Hg.), Secondo rapporto sulla povertà in Italia, Milano 1992. Ich danke Sergio Bologna und Primo Moroni, die mir bei der Beschaffung dieser Materialien behilflich waren.

zerowork

Thekla 10: Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977 zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf

Inhalt:

Die Klassenzusammensetzung in den USA der sechziger Jahre *(Paolo Carpignano)*

Bemerkungen zur internationalen Krise *(Mario Montano)*

Krise in der Automobilindustrie *(Peter Linebaugh & Bruno Ramirez)*

Postarbeiter gegen den Staat *(Peter Taylor)*

Wildcats im Kohlerevier der Appalachen *(William Cleaver)*

Weg mit der Karriereleiter: Universitäten in der Krise *(George Caffentzis)*

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krise. Die eigenmächtige Herabsetzung der Preise in Italien: autoriduzione *(Bruno Ramirez)*

Nahrungsmittel, Hunger und die internationale Krise *(Harry Cleaver)*

Nationale Befreiung, Sozialismus und der Kampf gegen die Arbeit: Der Fall Vietnam *(Philip Mattera)*

Das Geld in der Weltkrise. Die neue Basis der kapitalistischen Macht *(Christian Marazzi)*

New York entwickeln und unterentwickeln. Die "Haushaltskrise" und die Durchsetzung der Austerität *(Donna Demac & Philip Mattera)*

Bestellung bei Sisina, Pf. 360 527, 10975 Berlin, nur gegen Vorkasse: Kto. 31502-109 Postgiro Berlin BLZ 10010010

noch vorrätig!!!

288 Seiten
12 Mark (inkl. Versand)

Möglicherweise wird die Krise eine permanente sein, mit einer zunehmenden »Südafrikanisierung« oder »Brasilianisierung« der Welt, einem allmählichen Anstieg der Ungleichheit, der Gewalt, des Hungers und des Kriegs. Es ist ebenso möglich, daß die Krise nicht von Dauer ist, daß sie tatsächlich gelöst werden wird: was die Lösung der »permanenten Krise« bedeuten kann, schwebt wie die Warnung vor einer alptraumhaften Zukunft über uns.

Die hier vorgeschlagenen Thesen gehen davon aus, daß noch eine andere Zukunft möglich ist. Die Krise des Kapitals ist die Krise seiner Abhängigkeit von den ArbeiterInnen. Die »Permanenz« der Krise ist nicht nur eine Warnung, sie ist auch eine Botschaft der Hoffnung. Wenn es das Kapital trotz der Intensität seiner Anstrengungen nicht geschafft hat, die Zersetzung der Arbeiterklasse in eine profitable Arbeitskraft zustandezubringen, dann liegt dies an der enormen Macht der Insubordination der ArbeiterInnen, darin besteht die Hoffnung. Währungskrise, Schuldenkrise, Rezession und was es sonst noch gibt, dies alles sind falsche Namen für die Krise der kapitalistischen Ausbeutung der ArbeiterInnen. Wir können nicht »dem Kapital« die Schuld für seine Krise geben. Stattdessen sollte sich die Aufmerksamkeit denjenigen zuwenden, denen sie gebührt: der aufsässigen Existenz der ArbeiterInnen. Diese Macht muß offengelegt werden, theoretisch und praktisch.